

„Sozioökonomische Effekte der Braunkohlesanierung“

Sozialwissenschaftliche Evaluationsstudie

Schlussbericht

Prof. Dr. Joachim Fischer ◦ Prof. Dr. Sabine Gensior
Dr. Detlef Oesterreich ◦ Dr. Eva Schulze

unter Mitarbeit von Anne Engler und Karoline Dietel

Berlin, im März 2016

Berliner Institut für Sozialforschung GmbH

Brandenburgische Straße 16

10707 Berlin

Tel: (030) 31 00 09 0

Fax: (030) 31 00 09 66

E-Mail: mail@bis-berlin.de

Internet: www.bis-berlin.de

Kurzfassung

(1) *Ziel der Studie* ist die Darstellung und Bewertung der sozioökonomischen Auswirkungen der Braunkohlesanierung (im Folgenden: „BKS“).

Im Zuge der BKS werden die ehemaligen Flächen der Tagebaue und Braunkohleveredlungsanlagen (z. B. Brikettfabriken) entsprechend den bergrechtlichen Verpflichtungen für eine künftige Nachnutzung als Forst-, Wasser-, naturnahe -, Landwirtschafts- und Gewerbe- sowie Verkehrsflächen vorbereitet.

Seit rund 25 Jahren sind für diesen Zweck finanzielle Mittel des Bundes und der Länder Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in Höhe von ca. 10,5 Mrd. € aufgewendet worden. Die Mittel für die Arbeitsförderung sind hier enthalten.

Infolge des Strukturwandels und des Niedergangs der Braunkohleindustrie verändern sich Umfang und Struktur der Bevölkerung, die Beschäftigung und der Arbeitsmarkt sowie die Schwerpunkte der wirtschaftlichen Aktivitäten in den betroffenen Regionen.

(2) Im Rahmen dieser Studie wurden unterschiedliche *Methoden* angewendet, die sich in ihren Ergebnissen wechselseitig ergänzen und stützen. Es wurden Analysen der Regionalstatistiken zur sozioökonomischen Entwicklung vorgenommen, die Bürgermeister/innen aller Gemeinden, die von der BKS betroffen sind, befragt, sowie Gespräche mit Expert/innen zur aktuellen Lage und zu den Perspektiven der BKS geführt. Für die Analyse des Landschaftswandels und der sozioökonomischen Entwicklung wurden in Absprache mit der Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (im Folgenden „LMBV“) Beispielregionen für die Länder Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt gebildet; wegen der relativ geringen Bedeutung der BKS in Thüringen wurde dieses Land hierbei nicht berücksichtigt.

Um darüber hinaus einen Überblick über die sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen in allen BKS-Gebieten zu erhalten, wurden zwei Primärerhebungen durchgeführt: eine Befragung aller Bürgermeister/innen in Gemeinden mit BKS und zweitens eine Befragung verschiedener Expert/innen (Vertreter/innen von Ministerien, Kammern, Zweckverbänden, der LMBV und Unternehmen sowie Regionalplaner/innen, Wissenschaftler/innen und Kommunalpolitiker/innen).

Die Ergebnisse dieser Datenerhebungen und -auswertungen eröffnen einen gleichermaßen differenzierten wie generalisierten Blick auf den typischen mit der BKS verbundenen Strukturwandel.

(3) Die Analyse des *Landschaftswandels* in vier der beispielhaft betrachteten BKS-Regionen (Goitzsche, Südraum Leipzig, Lausitzer Seenland, Raum Lohsa/Dreiweibern/ Bärwalde) zeigt einen drastischen Rückgang der bergbaulich in Anspruch genommenen Flächen auf einen Anteil von annähernd Null und eine sehr deutliche Zunahme insbesondere von Forst-, Wasser- und naturnahen Flächen, aber auch – allerdings in geringerem Maß – von Verkehrsflächen. Damit wurden Bedingungen geschaffen, die für Tourismus und Naherholung, Landwirtschaft, Industrie, Handwerk und Verkehr genutzt werden können. Die BKS kann hinsichtlich des Landschaftswandels dann als gelungen und erfolgreich bewertet werden, wenn an die Stelle der von der Braunkohlewirtschaft beanspruchten Flächen solche Flächen getreten sind.

Darüber hinaus tragen die Ergebnisse der Braunkohlesanierung sowohl zur Verbesserung „weicher Standortfaktoren“ bei, wie auch maßgeblich zum Imagewandel und zu tragfähigen Zukunftsperspektiven der betroffenen Regionen.

(4) Zur Analyse der sozioökonomischen Entwicklung in den sieben BKS-Beispielregionen (Goitzsche, Südraum Leipzig, Lausitzer Seenland, Raum Lohsa/Dreiweibern/ Bärwalde, Geiseltal, Lauchhammer und Berzdorf/Oberlausitz) wurden *Daten der Gemeindestatistik* verwendet. Auf Gemeindeebene existiert keine einheitliche Statistik, sodass die Daten aus verschiedenen Informationsquellen zusammengetragen werden mussten. Betrachtet wurde der Zeitraum von 1998 bis 2013.

Die sozioökonomische Entwicklung der Sanierungsgebiete ist unterschiedlich: Dies gilt sowohl für einen Vergleich der sieben Gebiete untereinander als auch für den Vergleich der Gebiete mit den drei Bundesländern (Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen), in denen die wesentlichen Sanierungsgebiete liegen.

Gemeinsam ist allen Gebieten, dass sie zwischen den Jahren 1998 und 2013 einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen haben. In einigen der Sanierungsgebiete unterscheidet sich die natürliche Bevölkerungsentwicklung sowie die durch Wanderungen bedingte kaum von der in den drei Bundesländern, in anderen fällt sie noch negativer aus. Besonders problematisch ist der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, der stärker ausgeprägt ist als der der Bevölkerung insgesamt.

Außer im Südraum Leipzig ist die Zahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten rückläufig. Der Anteil der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der erwerbsfähigen Bevölkerung ist allerdings – außer in Berzdorf/Oberlausitz, wo er konstant geblieben ist – in den Beispielregionen angestiegen, und zwar etwas stärker als in den entsprechenden Bundesländern.

Ansätze für eine positive Entwicklung gibt es im Verarbeitenden Gewerbe, wo sowohl die Zahl der Betriebe zugenommen hat als auch – allerdings schwächer ausgeprägt – die der Tätigen Personen.

Positiv fällt auf, dass die Arbeitslosenzahlen sowohl in den Sanierungsgebieten als auch in den zum Vergleich herangezogenen Bundesländern zurückgegangen sind. Bei der Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit ist allerdings die Entwicklung in den Sanierungsgebieten ungünstiger; während der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen in den drei Bundesländern zwischen 1998 und 2013 gesunken ist, ist er in allen sieben Sanierungsgebieten gestiegen.

Die positivste Entwicklung findet sich im Bereich des Tourismus. Während in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen die Zahl der angebotenen Betten, der Übernachtungen und der Beherbergungsbetriebe nur moderat gestiegen ist, lässt sich in den meisten Sanierungsgebieten eine deutliche Zunahme beobachten.

(5) Die **Befragung der Bürgermeister/innen** von Gemeinden, die von der BKS betroffen sind, liefert neben Informationen zur sozioökonomischen Situation wichtige Einblicke in die Entwicklungen, Planungen und Projekte der näheren Zukunft. Die Befragung wurde mit Hilfe eines Online-Fragebogens durchgeführt mit einer Rücklaufquote von 56 Prozent (53 auswertbare Fragebögen).

Nach Auskunft der Bürgermeister/innen ist in über 60 Prozent der Gemeinden die Braunkohlesanierung bereits abgeschlossen oder wird in naher Zukunft abgeschlossen sein. Weiterhin gibt über die Hälfte aller Bürgermeister/innen an, in ihrer Gemeinde gesperrte Flächen zu haben.

Auch die Bürgermeister/innen berichten, dass die BKS-Gebiete durch einen Bevölkerungsrückgang und eine hohe Abwanderung gekennzeichnet sind. Dieser betrifft vor allem die jüngeren und mittelalten Jahrgänge im erwerbsfähigen Alter, während die Zahl der Älteren eher zunimmt. Zudem verlassen vor allem höher und hoch Qualifizierte die Region, während die niedriger Qualifizierten bleiben.

Trotz dieser Entwicklung sind die Bürgermeister/innen, was die Zukunftsaussichten betrifft, nicht pessimistisch. Vor allem im Bereich des Tourismus sind Arbeitsplätze geschaffen worden und auch in den Bereichen Industrie und Handwerk werden Chancen gesehen.

Auf die Frage nach Projekten und Investitionen wurde von rund 90 % der Bürgermeister/innen ausführlich geantwortet. Dabei wurde vor allem die Entwicklung der dafür erforderlichen Infrastruktur hervorgehoben. Dies reicht von der konkreten Förderung touristischer Projekte bis hin zu landschaftlichen Gestaltungsmaßnahmen, die die Ansiedlung von Tourismus begünstigen. Öffentliche und private Investitionen unterscheiden sich von der Schwerpunktsetzung her dabei wenig.

90 Prozent der Bürgermeister/innen schätzen den Erfolg der BKS als „sehr positiv“ oder „eher positiv“ ein. Um erfolgreich zu sein, bedarf die BKS aber auch einer Akzeptanzbasis bei der in den Gebieten wohnenden Bevölkerung. Aus der Sicht der Bürgermeister/innen ist diese groß; nur eine sehr kleine Minderheit meint, die Bevölkerung sei negativ eingestellt. Es beteiligen sich zudem viele

Einwohner/innen an Initiativen, um die Region attraktiver zu machen.

(6) Die 32 ausgewählten *Expert/innen*, die sich zum Thema der Studie geäußert haben, sind sich fast alle darin einig, dass eine Orientierung nur auf die Tourismuswirtschaft kaum eine ausreichende wirtschaftliche Basis für die BKS-Regionen darstellt. Notwendig sei, entsprechend den Aussagen dieser Funktionsträger und Akteure, vielmehr die Ansiedlung von Industrie und Handwerk. Manche *Expert/innen* warnen sogar vor einem Verdrängungswettbewerb im Tourismus.

Bemerkenswert erscheint, dass eine Reihe von kreativen Impulsen für die Entwicklung der BKS-Regionen von der Internationalen Bauausstellung IBA, der EXPO 2000 und der Landschaftskunst ausgegangen sind. Auf diese Weise sind nicht zuletzt einige für den Tourismus bedeutsame Alleinstellungsmerkmale entstanden.

Im Wesentlichen bestätigen die *Expert/innen* die oben dargelegten Tendenzen der demografischen und der Arbeitsmarktentwicklung, dennoch gehen an manchen Punkten die Auffassungen recht weit auseinander. Betont wird einheitlich, dass vor allem die jüngeren Frauen und die höher Qualifizierten abgewandert sind, und dass sich insbesondere die ländlichen Räume tendenziell weiter entleeren. Durchaus nicht selten sind Klagen über mangelnden Unternehmergeist der verbliebenen Bevölkerung sowie über fehlende Fach- und Nachwuchskräfte gerade im Tourismus und in der Gastronomie. Fachkräftemangel wird von einigen *Expert/innen* als „riesig“ und von anderen als nicht existent eingeschätzt, was wohl im Kontext der jeweiligen Branchen und Regionen zu interpretieren ist. Im Wirtschaftszweig Tourismus seien die sog. atypischen Beschäftigungsverhältnisse (befristet, Saisonarbeit, Zeitarbeit) weit verbreitet, was die Attraktivität der beruflichen Perspektiven in den entsprechenden Branchen mindere.

Die Bewertungen der BKS durch die *Expert/innen* lassen sich unter der Überschrift „Erfolge und Probleme“ zusammenfassen. Mehrheitlich halten die *Expert/innen* die BKS für eine „Erfolgsstory“ mit einigen problematischen Zügen.

Zu den wichtigsten Problemen gehören ohne Zweifel die Unfälle (geotechnische Ereignisse in Nachterstedt, Bergener See, Hochwasserschäden: Großer Goitzschensee/Seelhausener See und Berzdorfer See) und die Sperrungen von Flächen, insbesondere solcher, die schon einmal freigegeben waren. Vor dem Hintergrund des Nutzungsdrucks wird nicht selten von den Gemeindevertretern über die zu lange Dauer der BKS geklagt. Der Wiederanstieg des Grundwassers und die Verockerung der Gewässer wurden ebenfalls als Probleme angesprochen. Darüber hinaus wird kritisch auf die nicht immer anforderungsgerechte Kooperation und Koordination der beteiligten Akteure verwiesen. Defizite bei der Planungssicherheit und eine hier und da auftretende Intransparenz der Planungen verunsichere Investoren. Zum Teil wird auch die Einschätzung einer zu frühen, ja

voreiligen Vermarktung von Flächen durch die LMBV getroffen – z. B. im Falle von Solar- und Windparks, die nur mit geringen regionalen Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekten verbunden seien. Schließlich klagen die Expert/innen immer wieder über die nicht sonderlich sachkundige Berichterstattung zu den BKS-Problemen in den Medien.

Bei der allgemeinen Bewertung der BKS allerdings stehen nicht die Probleme, sondern die Erfolge eindeutig im Vordergrund. Exemplarisch für diese Sicht auf die BKS steht ein Experte, der davon spricht, dass 80 Prozent der Bilanz der BKS positiv und 20 Prozent zu hinterfragen seien.

Joachim Fischer · Sabine Gensior · Detlef Oesterreich · Eva Schulze

Vorwort

Im vorliegenden Text werden die Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Evaluationsstudie „Sozioökonomische Effekte der Braunkohlesanierung“ dargestellt.

Auftraggeber der Studie ist die Bund-Länder-Geschäftsstelle für die Braunkohlesanierung des Steuerungs- und Budgetausschusses (StuBA). Regelmäßige Mitglieder und Vorsitzende des StuBA sind

- das Bundesministerium der Finanzen sowie
- das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.
- Ländervertreter im StuBA sind
- für das Land Brandenburg das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung, das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft sowie das Ministerium für Wirtschaft und Energie;
- für den Freistaat Sachsen das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sowie das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft;
- für das Land Sachsen-Anhalt das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt und das Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft;
- für den Freistaat Thüringen das Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz.

Außerdem ist das bergrechtlich verantwortliche Unternehmen in seiner Funktion als Projektträger die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) im StuBA vertreten.

Gedankt sei an dieser Stelle dem Auftraggeber, der regelmäßig hilfreiche Unterstützung gegeben hat, der LMBV, die wichtige Unterlagen zur Verfügung gestellt und aufbereitet hat, sowie den Expert/innen und Bürgermeister/innen, die auf viele Fragen zum Thema bereitwillig geantwortet haben. Wir danken auch den Beiräten, Prof. Dr. Andreas Berkner, Dr. Friedrich von Bismarck und Frau Ulrike Michael, für ihre Unterstützung.

Inhalt

Abbildungsverzeichnis.....	11
Tabellenverzeichnis.....	14
1 Einleitung.....	16
1.1 Ziele der Studie und Fragestellungen.....	16
1.2 Vorliegende Materialien, Dokumente und Studien zum Thema	16
1.3 Kriterien zur Bewertung der sozioökonomischen Effekte.....	22
1.4 Methodisches Vorgehen der Studie	27
2 Zum Landschaftswandel in vier ausgewählten Braunkohlesanierungs- Regionen	29
3 Analyse der Regionaldaten von sieben ausgewählten Braunkohle- sanierungs-Regionen.....	36
3.1 Vorgehen bei der Regionaldatenanalyse.....	36
3.2 Bevölkerungsentwicklung zwischen 1998 und 2013.....	42
3.2.1 Natürliche Bevölkerungsentwicklung: Lebendgeborene und Gestorbene	44
3.2.2 Räumliche Bevölkerungsentwicklung: Zuzüge und Wegzüge	45
3.2.3 Natürliche und räumliche Bevölkerungsentwicklung im Vergleich.....	47
3.3 Entwicklung der Altersstruktur der Gesamtbevölkerung.....	48
3.4 Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	53
3.4.1 Umfang/Anzahl der erwerbsfähigen Bevölkerung und Anteile an der Gesamt- bevölkerung	53
3.4.2 Veränderungen der Altersstruktur der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	56
3.5 Indikatoren zur wirtschaftlichen Entwicklung (1998 – 2013).....	58
3.5.1 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung	58
3.5.2 Betriebe und Tätige Personen im Verarbeitenden Gewerbe.....	62
3.5.3 Arbeitslosigkeit	65
3.5.4 Tourismus.....	71
3.6 Zusammenfassung der Regionaldatenanalyse.....	75

4	Ergebnisse der Bürgermeister/innen - Befragung	77
4.1	<i>Ansatz und Durchführung der Befragung.....</i>	77
4.2	<i>Entwicklung der Braunkohlesanierung</i>	79
4.3	<i>Wirtschaftliche Entwicklung in den Sanierungsregionen</i>	83
4.4	<i>Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung und den Arbeitsmarkt</i>	99
4.5	<i>Akzeptanz der Braunkohlesanierung bei der Bevölkerung.....</i>	105
4.6	<i>Einschätzungen zum bisherigen Erfolg der Braunkohlesanierung und zu den Zukunftsaussichten.....</i>	111
4.7	<i>Zusammenfassung.....</i>	117
5	Ergebnisse der Expert/innen - Gespräche	119
5.1	<i>Schwerpunkte der Entwicklung</i>	121
5.2	<i>Impulse für die Region.....</i>	123
5.3	<i>Einschätzung der demografischen – und Arbeitsmarktsituation</i>	124
5.4	<i>Kooperation mit anderen Akteuren: „Akteursnetzwerke“</i>	127
5.5	<i>Bergbaufolge- und Braunkohlesanierungsprobleme</i>	128
5.6	<i>Erfolge und Probleme.....</i>	130
6	Literatur- und Quellenverzeichnis	135
7	Anhang.....	139
	Tabellenanhang zur Regionaldatenanalyse	139
	Tabellenanhang zur Bürgermeister/innen - Befragung.....	148

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Rückgang der Abbauflächen	31
Abbildung 2: Rückgang der „Sukzessionsflächen“	31
Abbildung 3: Zunahme der Wasserflächen	32
Abbildung 4: Zunahme der Waldflächen	32
Abbildung 5: Rückgang der Landwirtschaftsflächen.....	33
Abbildung 6: Rückgang der Gewerbeflächen	33
Abbildung 7: Zunahme der Verkehrsflächen	34
Abbildung 8: Landschaftswandel in den vier Sanierungsgebieten	35
Abbildung 9: Anteil der Bergbausanierungsflächen an den Gemeinden der sieben Beispielregionen	37
Abbildung 10: Karte der Lausitz mit Abbildung der Beispielregionen.....	38
Abbildung 11: Karte von Mitteldeutschland mit Abbildung der Beispielregionen.....	39
Abbildung 12: Bevölkerungsentwicklung von 1998 bis 2013	42
Abbildung 13: Bevölkerungsentwicklung zwischen 1998 und 2013 in Fünfjahres- schritten.....	43
Abbildung 14: Altersstruktur der Bevölkerung - Anteile der Altersgruppen in Prozent ...	49
Abbildung 15: Unter 20 - Jährige – Veränderung von 1998 zu 2013.....	50
Abbildung 16: Über 65 - Jährige – Veränderung von 1998 zu 2013.....	51
Abbildung 17: Bevölkerungsentwicklung bei Jungen und Alten von 1998 zu 2013	52
Abbildung 18: Erwerbsfähige Bevölkerung – Veränderung von 1998 zu 2013.....	53
Abbildung 19: Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in Fünfjahresschritten.....	55
Abbildung 20: Altersstruktur der erwerbsfähigen Bevölkerung	57
Abbildung 21: Veränderung der Anzahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort von 1998 zu 2013	59
Abbildung 22: Anteil der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an den Erwerbs- fähigen - Veränderungen 1998 bis 2013 in Prozentpunkten	60
Abbildung 23: Veränderung der Anzahl der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe von 1998 zu 2013.....	62
Abbildung 24: Veränderung der Anzahl der Tätigen Personen im Verarbeitenden Gewerbe von 1998 zu 2013	63
Abbildung 25: Anteil der Tätigen Personen im Verarbeitenden Gewerbe an den Erwerbsfähigen - Veränderungen 1998 bis 2013 in Prozentpunkten	64
Abbildung 26: Entwicklung der Arbeitslosigkeit von 1998 zu 2013	66
Abbildung 27: Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Fünfjahresschritten von 1998 bis 2013.....	67
Abbildung 28: Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit von 1998 zu 2013	68

Abbildung 29: Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit in Fünfjahresschritten von 1998 bis 2013	69
Abbildung 30: Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen in 1998 und 2013 ..	70
Abbildung 31: Zunahme der geöffneten Beherbergungsbetriebe von 1998 zu 2013	72
Abbildung 32: Zu- und Abnahme der Zahl der angebotenen Gästebetten von 1998 zu 2013	72
Abbildung 33: Zu- und Abnahme der Zahl der Übernachtungen von 1998 zu 2013	73
Abbildung 34: Auslastung der angebotenen Betten in Fünfjahresschritten von 1998 bis 2013	74
Abbildung 35: In welchem Stadium befindet sich die Braunkohlesanierung zurzeit?	80
Abbildung 36: Circa wieviel Prozent der Fläche Ihrer Gemeinde sind Braunkohlesanierungsgebiete?	80
Abbildung 37: Welche Art von Flächen sind durch die BKS entstanden?	81
Abbildung 38: Gibt es gesperrte Flächen?	82
Abbildung 39: Welche Art Flächen sind gesperrt?	82
Abbildung 40: Gibt es darüber hinaus noch andere wichtige Entwicklungen/ Projekte ..	87
Abbildung 41: Welche Personengruppen (Geschlecht) sind während der Braunkohlesanierung in Ihrer Gemeinde weg- oder zugezogen?	99
Abbildung 42: Welche Personengruppen (Jüngere, Ältere) sind während der Braunkohlesanierung in Ihrer Gemeinde weg- oder zugezogen?	100
Abbildung 43: Welche Personengruppen (Qualifikation) sind während der Braunkohlesanierung in Ihrer Gemeinde weg- oder zugezogen?	100
Abbildung 44: Welchem Geschlecht gehören die Arbeitslosen in Ihrer Gemeinde an? ..	101
Abbildung 45: Welchen Altersgruppen gehören die Arbeitslosen in Ihrer Gemeinde an?	101
Abbildung 46: Welche Qualifikation haben die Arbeitslosen in Ihrer Gemeinde?	102
Abbildung 47: Wo sind im Zuge der Braunkohlesanierung in Ihrer Gemeinde Arbeitsplätze erhalten und/oder neue geschaffen worden?	103
Abbildung 48: In Unternehmen/Betrieben welcher Größenordnung sind Arbeitsplätze erhalten und/oder neue geschaffen worden?	105
Abbildung 49: Wie steht die Bevölkerung Ihrer Gemeinde zur Braunkohlesanierung? ..	106
Abbildung 50: Hat sich die Einstellung der Bevölkerung eher positiv oder negativ entwickelt?	107
Abbildung 51: Gibt es in Ihrer Gemeinde Gruppen, die sich aktiv für die Nutzung/ Weiterentwicklung der Flächen, die durch die Braunkohlesanierung entstanden sind, einsetzen	107
Abbildung 52: Gibt es Gruppierungen, die gegen die Braunkohlesanierung votieren? ..	108
Abbildung 53: Welche Art von Unterstützung würden Sie sich in Ihrer Gemeinde für die Braunkohlesanierung wünschen?	110
Abbildung 54: Wie hoch schätzen Sie die Bedeutung der Braunkohlesanierung für die Entwicklung Ihrer Gemeinde ein?	111
Abbildung 55: Alles in allem: Wie schätzen Sie den Erfolg der Braunkohlesanierung für Ihre Gemeinde ein?	112

Abbildung 56: In welchen Wirtschaftsbereichen sehen Sie die besten Zukunftsaussichten für Ihre Gemeinde?	113
Abbildung 57: Wie haben sich die Braunkohlesanierungsmaßnahmen auf die ökonomische Situation in Ihrer Gemeinde ausgewirkt?	114
Abbildung 58: Wie hat sich die Braunkohlesanierung auf den Haushalt Ihrer Gemeinde ausgewirkt?.....	115
Abbildung 59: Wie zufrieden sind Sie mit den Aktivitäten und der Kooperation mit...	116

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Natürliche Bevölkerungsentwicklung von 1998 bis 2013 in Fünfjahresschritten	44
Tabelle 2:	Räumliche Bevölkerungsentwicklung von 1998 bis 2013 in Fünfjahresschritten	46
Tabelle 3:	Bevölkerungsstand zwischen 1998 und 2013 in Fünfjahresschritten	139
Tabelle 4:	Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen zwischen 1998 und 2013 in Fünfjahresschritten.....	140
Tabelle 5:	Altersstruktur der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 1998 bis 2013	141
Tabelle 6:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort.....	142
Tabelle 7:	Tätige Personen im Verarbeitenden Gewerbe	143
Tabelle 8:	Anzahl der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe	144
Tabelle 9:	Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Langzeitarbeitslosigkeit von 1998 bis 2013	145
Tabelle 10:	Entwicklung des Tourismus von 1998 bis 2013.....	146
Tabelle 11:	In welchem Stadium befindet sich die Braunkohlesanierung zurzeit?	148
Tabelle 12:	Wie hoch schätzen Sie die Bedeutung der Braunkohlesanierung für die Entwicklung Ihrer Gemeinde ein?	148
Tabelle 13:	Ca. wieviel Prozent der Fläche Ihrer Gemeinde sind Braunkohlesanierungsgebiete?.....	148
Tabelle 14:	Welche Art von Flächen sind durch die BKS entstanden?	149
Tabelle 15:	Gibt es gesperrte Flächen?	149
Tabelle 16:	Welche Art Flächen sind gesperrt?	150
Tabelle 17:	Gibt es darüber hinaus noch andere wichtige Entwicklungen/ Projekte? ..	150
Tabelle 18:	Wo sind im Zuge der Braunkohlesanierung in Ihrer Gemeinde Arbeitsplätze erhalten und/oder neue geschaffen worden?	151
Tabelle 19:	In Unternehmen/Betrieben welcher Größenordnung sind Arbeitsplätze erhalten und/oder neue geschaffen worden?.....	151
Tabelle 20:	Welche Personengruppen (Geschlecht) sind während der Braunkohlesanierung in Ihrer Gemeinde weg- oder zugezogen?.....	152
Tabelle 21:	Welche Personengruppen (Jüngere, Ältere) sind während der Braunkohlesanierung in Ihrer Gemeinde weg- oder zugezogen?	152

Tabelle 22: Welche Personengruppen (Qualifikation) sind während der Braunkohlesanierung in Ihrer Gemeinde weg- oder zugezogen?.....	152
Tabelle 23: Welchem Geschlecht gehören die Arbeitslosen in Ihrer Gemeinde an?	152
Tabelle 24: Welchen Altersgruppen gehören die Arbeitslosen in Ihrer Gemeinde an?	153
Tabelle 25: Welche Qualifikation haben die Arbeitslosen in Ihrer Gemeinde?.....	153
Tabelle 26: In welchen Wirtschaftsbereichen sehen Sie die besten Zukunftsaussichten für Ihre Gemeinde?	153
Tabelle 27: Wie haben sich die Braunkohlesanierungsmaßnahmen auf die ökonomische Situation in Ihrer Gemeinde ausgewirkt?.....	154
Tabelle 28: Wenn sich die ökonomische Situation verschlechtert hat, warum?.....	154
Tabelle 29: Wie zufrieden sind Sie mit den Aktivitäten und der Kooperation mit.....	154
Tabelle 30: Wie hat sich die Braunkohlesanierung auf den Haushalt Ihrer Gemeinde ausgewirkt?.....	154
Tabelle 31: Haben Sie wegen des vorgeschriebenen Eigenanteils bisher auf die Nutzung der §4 (VA) Maßnahmen verzichtet?.....	155
Tabelle 32: Wenn Sie wegen des vorgeschriebenen Eigenanteils bisher auf die Nutzung der §4 (VA) Maßnahmen verzichtet haben, warum?.....	155
Tabelle 33: Alles in Allem: Wie schätzen Sie den Erfolg der Braunkohlesanierung für Ihre Gemeinde ein?.....	155
Tabelle 34: Wie steht die Bevölkerung Ihrer Gemeinde zur Braunkohlesanierung?	155
Tabelle 35: Hat sich die Einstellung der Bevölkerung eher positiv oder negativ entwickelt?	156
Tabelle 36: Gibt es in Ihrer Gemeinde Gruppen, die sich aktiv für die Nutzung/ Weiterentwicklung der Flächen, die durch die Braunkohlesanierung entstanden sind, einsetzen?	156
Tabelle 37: Gibt es Gruppierungen, die gegen die Braunkohlesanierung votieren?.....	156
Tabelle 38: Welche Art von Unterstützung würden Sie sich in Ihrer Gemeinde für die Braunkohlesanierung wünschen?	156

1 Einleitung

1.1 Ziele der Studie und Fragestellungen

Ziel der Studie ist eine Darstellung und Bewertung der sozioökonomischen Effekte der Braunkohlesanierung (im Folgenden „BKS“). Insbesondere interessieren die wirtschafts- und sozialstrukturellen Wirkungen in den Regionen, in denen die BKS stattgefunden hat.

Dabei ist zunächst von Interesse, welche Nutzungsarten auf den sanierten Flächen anzutreffen sind. Bei den sanierten bzw. wieder nutzbar gemachten Flächen handelt es sich vorrangig um Wald- und Wasserflächen sowie um naturnahe Flächen, die sich potentiell für die Naherholung und den Tourismus eignen. Durch die Sanierung werden aber auch Flächen für die Landwirtschaft, für die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe, beispielsweise für Solar- und Windparks, und schließlich Verkehrsflächen, wie beispielsweise Verbindungsstraßen, bereitgestellt. Ein erstes Ziel der Studie ist daher die Erfassung des entsprechenden Landschaftswandels.

Untersucht werden soll darüber hinaus, inwieweit im Gefolge der BKS die betroffenen Gemeinden und Städte Einwohner verloren oder gewonnen haben, ob und inwieweit Arbeitsplätze für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte entstanden sind und ob es gelungen ist, Industriebetriebe in diesen Gemeinden zu halten oder neu zu etablieren. Wegen der allseits in den Tourismus gesetzten Hoffnungen gilt die besondere Aufmerksamkeit diesem Wirtschaftszweig.

1.2 Vorliegende Materialien, Dokumente und Studien zum Thema

Soweit den Verfassern/Verfasserinnen bekannt und zugänglich, liegen der hier präsentierten Studie annähernd vergleichbare Untersuchungen nicht vor. Allerdings findet man Studien und Materialien, die sich mit einzelnen Aspekten befassen, die im Zusammenhang mit der BKS stehen. Zu einem Teil handelt es sich dabei um Dokumente und Materialien, die direkt von der Bund-Länder-Geschäftsstelle für die Braunkohlesanierung (dem Auftraggeber auch dieser Studie) oder von der LMBV publiziert oder bereitgestellt wurden; zum Teil handelt es sich aber auch um wissenschaftliche Veröffentlichungen, um Gutachten und Studien, die etwa der Frage nach den Nachnutzungsmöglichkeiten im Bereich Tourismus gewidmet sind, und schließlich um Publikationen der Städte und Gemeinden mit BKS-Aktivitäten. Diese seien im Folgenden kurz vorgestellt.

(1) Eine erste Bilanz der Aktivitäten zur Sanierung der Braunkohlefolgelandschaften und ihrer Effekte ist mit der Publikation „20 Jahre Verwaltungsabkommen Braunkohlesanierung. Gesichter und Geschichten der Braunkohlesanierung“, herausgegeben von der Bund-Länder-Geschäftsstelle für die Braunkohlesanierung, gezogen worden. In dieser Publikation werden einerseits die Aufgaben der BKS, die bisherigen Verwaltungsabkommen und die Finanzierungsstrukturen der BKS, die Institutionen der BKS und die in ihnen wirkenden Akteure, andererseits die Ergebnisse der BKS hinsichtlich des Landschaftswandels, der Nachnutzungsmöglichkeiten bspw. für den Tourismus sowie der getätigten Investitionen und der Arbeitsplätze dargelegt. Darüber hinaus werden Perspektiven der weiteren Entwicklung in den einzelnen Regionen aufgezeigt und es werden relativ ausführlich ausgewählte Akteure der BKS, ihre Funktionen, Biografien und ihr Engagement für die BKS vorgestellt (daher „Gesichter“).

(2) Eine wichtige Dimension der sozioökonomischen Effekte stellen die Beschäftigungswirkungen der BKS dar. Durch die Tätigkeit der LMBV entstehen direkt und indirekt (d.h. durch die Generierung von Kaufkraft) Beschäftigungseffekte in den BKS-Regionen. Die Berechnung der Gesamtbeschäftigungswirkung durch die LMBV geschieht regelmäßig seit Jahren auf Grundlage der Studie „Primäre und sekundäre Beschäftigungseffekte der Braunkohlesanierung in Ostdeutschland“ (Bläsche et al. 1999). Für das Jahr 2014 hat diese Fortschreibung ergeben, dass die Gesamtbeschäftigungswirkung in der Braunkohlesanierung sich auf 3.118 Arbeitnehmer beläuft (LMBV 2015b).

Die so ermittelte direkte Beschäftigung beläuft sich dabei auf 2.752, die „indirekte Beschäftigung aus Arbeitseinkommen (Kaufkraft“ (ebd.) auf 366 Arbeitnehmer. Als direkte Beschäftigungswirkung gelten dabei sowohl die Arbeitnehmer bei den Auftragnehmern der LMBV (2.220) als auch die bei der LMBV und der Bund-Länder-Geschäftsstelle selber (484); hinzu kommen noch 48 Auszubildende.

Diese Zahlen gelten für alle BKS-Regionen in den Bundesländern Brandenburg (1.368), Sachsen (1.244), Sachsen-Anhalt (482) und Thüringen (24).

Da die Aktivitäten der BKS bekanntlich seit dem Jahr 1998, dem Zeitpunkt der für die o. g. Studie erforderlichen Befragungen zurückgegangen sind, ist der Beschäftigungseffekt natürlich geringer geworden. Zum Vergleich: im Jahr 1998 wurden insgesamt 12.875 Beschäftigte errechnet.

(3) Relevant für die sozioökonomische Entwicklung in den BKS-Regionen ist zudem, ob und in welchem Maße die LMBV Aufträge an in diesen Regionen ansässige Unternehmen vergibt. Unterlagen, die uns dankenswerterweise von der LMBV zur Verfügung gestellt wurden, erlauben die folgenden Berechnungen für das Jahr 2014: (a) Von insgesamt 1.198 Aufträgen an gewerbliche Unternehmen hat

die LMBV 936 (77,0%) an Unternehmen in den BKS-Bundesländern Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen vergeben. (b) Von insgesamt 636 gewerblichen Unternehmen, an die diese Aufträge vergeben wurden, befinden sich 399 (62,7%) in diesen Bundesländern. (c) Da die LMBV „gewerbliche Unternehmen“ und „Ingenieurbüros“ unterscheidet, lassen sich gesonderte Angaben für diese Ingenieurbüros machen: Von 405 Aufträgen an Ingenieurbüros hat die LMBV 312 (77,0%) an Ingenieurbüros in den BKS-Bundesländern vergeben. (d) Und: Von insgesamt 199 Ingenieurbüros, an die die LMBV Aufträge vergeben hat, befinden sich 166 (83,4%) in den BKS-Bundesländern. (e) Zusammengefasst: 77,9 Prozent der LMBV-Aufträge gingen 2014 an gewerbliche Unternehmen und Ingenieurbüros in den vier BKS-Bundesländern; 73,9 Prozent dieser Auftragnehmer hatten ihren Sitz in diesen Bundesländern.

(4) „Nachhaltige Entwicklung in Industrie- und Bergbauregionen – Eine Chance für den Südraum Leipzig“ lautete 1997 der Titel eines Buches, das von I. Ring vom Umweltforschungszentrum Leipzig – Halle GmbH herausgegeben wurde. Verschiedene Wissenschaftler/innen insbesondere aus diesem Institut und aus der Region um Leipzig haben damals Überlegungen zum Naturschutz, zur Entwicklung von Erholungsgebieten, zu Arbeitsmarkteffekten der BKS, zur Entwicklung einer nachhaltigen Land- und Umweltwirtschaft im Südraum Leipzig sowie zu einer am Leitbild „Nachhaltigkeit“ orientierten regionalen Entwicklungskonzeption angestellt. Zwar stehen in diesem Text noch die unmittelbaren Aufgaben und Maßnahmen der BKS im Vordergrund, es fällt aber auf, dass – vielleicht dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung folgend – als eine der Nachnutzungsmöglichkeiten der BKS-Flächen nur „Nah- und Wochenenderholung“ (S. 106) vorgeschlagen werden; von Touristen aus weiter entfernten Regionen ist (fast) keine Rede.

(5) Ganz anders ausgerichtet sind demgegenüber Studien, die sich mit den Chancen der Tourismuswirtschaft in den BKS-Regionen beschäftigen. Für das Lausitzer Seenland hat 2012 die Projekt M GmbH z. B. eine „Betrachtung/ Untersuchung der tourismuswirtschaftlichen Effekte aus der wassertouristischen Entwicklung der neu entstehenden Gewässerlandschaft“ vorgelegt, in der Investitionen von erheblichem Umfang vorausgesagt werden. Wesentliches Ziel der Studie war zu erkunden, „welche wirtschaftlichen Effekte durch private und öffentliche Investitionen bislang erreicht werden konnten und welche tourismuswirtschaftlichen Potentiale künftig noch zu erwarten sind“ (S. 4). Als „ungefähre Größenordnung“ (S. 30) ist hier von einer Wertschöpfung von insgesamt 336 Mio. Euro die Rede, wobei nur der Übernachtungstourismus, der Tagestourismus, die Infrastruktur-Investitionen und sog. gewerbliche Anlagen geschätzt wurden, die Umsätze aus dem Chartergeschäft und dem regionalen Bootsverkehr hingegen als „nicht ermittelbar“ galten, aber noch hinzugerechnet werden müssten (vgl. S. 30). Es wird angenommen, dass „(...) langfristig jeder Euro, der in die Infrastrukturentwicklung

investiert wird, eine private Folgeinvestition in ungefährer Höhe von 1,60 Euro (bewirkt)“ (S. 31). Als Alleinstellungsmerkmal der Region werden die schiffbaren Verbindungen zwischen den Seen herausgestellt. Die Prognose soll für das Jahr 2025 gelten.

(6) In einer weiteren Studie der Projekt M GmbH wird eine „Erholungsortentwicklungskonzeption Senftenberg“ vorgestellt (2015a). Hintergrund dieser Studie ist die von der Stadt Senftenberg „angestrebte Prädikatisierung als staatlich anerkannter Erholungsort“ (S. 5). „Die touristische Zielstellung im Allgemeinen und die angestrebte Prädikatisierung als staatlich anerkannter Erholungsort im Besonderen erfordert eine konzeptionelle Grundlage mit klaren Vorstellungen über die touristischen Zielstellungen, Strategien und die dafür erforderlichen Schritte/Maßnahmen. Die Erholungsortentwicklungskonzeption ist in diesem Verständnis mehr als nur ein Pflichtelement, das vom Landesfachbeirat gefordert wird“ (S. 5 f.). Dass schon heute der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Stadt Senftenberg ist, lässt sich damit begründen, dass eine „überschlägige Berechnung“ einen Bruttoumsatz von insgesamt 47 Mio. Euro aus „Camping, Gewerbliche Betriebe, Privatunterkünfte und Tagesgäste“ ergibt (S. 15). In dem Kapitel, das sich um die touristischen Wachstumspotentiale dreht, wird insbesondere auf Strand- und Badeurlaub, Radfahren, Kultur-Eventtourismus, Gesundheitstourismus, Aktivurlaub und Wassertourismus abgestellt (vgl. S. 34).

Nun muss eingeräumt werden, dass es sich bei der Stadt Senftenberg und dem Senftenberger See um ein schon seit DDR-Zeiten etabliertes Naherholungsgebiet handelt, das – natürlich – nach Auffassung der regionalen Akteure weiter ausgebaut werden kann und soll. Zumindest als Beispiel- und Modellfall aber taugt Senftenberg im vorliegenden Kontext aber durchaus.

(7) „Wirtschaftliche Effekte im Wassertourismus in Berlin und Brandenburg“ ist eine weitere Studie der Projekt M GmbH (2015b) betitelt, die von den Industrie- und Handelskammern in Berlin und Brandenburg in Auftrag gegeben wurde und im Juli 2015 erschien. Aus dem Titel wird schon ersichtlich, dass hier überwiegend ein anderer Raum betrachtet wird als die BKS-Regionen. Ein genauere Blick auf die räumliche Abgrenzung des Untersuchungsgebiets zeigt überdies, dass das Lausitzer Seenland, die hier interessierende BKS-Region, nur zu einem geringen Teil überhaupt einbezogen ist (vgl. S. 9). In methodischer Hinsicht erscheint die Studie deshalb interessant, weil sie sich auch sowohl einer „Sekundärdaten-Strukturanalyse“ als auch einer „Breitenbefragung“ und einer „Tiefenbefragung“ als Instrumente bedient (S. 10). Adressaten der Befragung sind Unternehmen des Bootstourismus. In dieser Hinsicht konzentriert sich die Untersuchung damit allerdings auf nur eine Facette des Tourismus. Hier von Interesse ist die Studie aber auch, weil die befragten Vertreter/innen der entsprechenden Unternehmen sich bezüglich der künftigen wirtschaftlichen Potentiale „optimistisch“ (S. 42) geben

und eine Marktsättigung nicht sehen. Die Autor/innen der Studie betonen ebenfalls, „dass der Wassertourismus, speziell der Bootstourismus, weiter auf Wachstumskurs ist.“ (S. 67), was durchaus als positive Botschaft auch für die anderen Seen in den BKS-Gebieten betrachtet werden kann.

(8) J. Köhler hat sich im Rahmen ihrer Dissertation zum Thema „Eine umfassende Wirkungsbetrachtung der nicht-monetären Effekte von Events am Beispiel des Melt!-Festivals 2011“ auch mit den *monetären* Effekten dieses Festivals beschäftigt. Nach einem Bericht in der Mitteldeutschen Zeitung unter der Überschrift „Melt! kurbelt lokale Wirtschaft an“ (16. 08. 2012) hat dieses Festival in der „Stadt aus Eisen“ („Ferropolis“) 1,3 Mio. € „in die Region gespült.“ Mit „Region“ sind hier Gräfenhainichen, Wittenberg und Dessau gemeint. Die Daten beruhen auf einer Befragung der Festivalbesucher. Aus Sicht der regionalen Händler allerdings wird kritisiert, dass nur 15 Prozent der Händler auf dem Festivalgelände aus der Region kommen (vgl. ebd.). Erwähnung finden soll diese Studie hier vor allem deshalb, weil das Melt!-Festival als Beispiel und Modell für ähnliche Festivals in den BKS-Regionen, beispielsweise auf der Halbinsel Pouch, am Störmthaler und am Bärwalder See angesehen werden kann. Die Autorin stellt zwar besonders die positiven Effekte solcher Events heraus, hier vor allem die wirtschaftlichen und den Imagegewinn der Region bei jungen Besuchern, verschweigt aber auch nicht die „ökologische Belastung“ (S. 87) durch solche Events.

(9) Eine „Umfrage zum Leipziger Neuseenland 2014 in der Stadt Leipzig sowie in den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen“ des Amtes für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig liefert den verantwortlichen Akteuren positive und aufschlussreiche Ergebnisse: Die überwiegende Mehrheit der befragten Bürger/innen hält die Möglichkeiten der touristischen Nutzung für gut und sehr gut (vgl. S. 5). „Die Entwicklung ehemaliger Tagebaufolgelandschaften zu touristisch erschlossenen Seenlandschaften wird von der überwiegenden Mehrheit in allen drei Gebieten (Stadt Leipzig, Landkreis Leipzig, Landkreis Nordsachsen – d. Verf.) mit ‘sehr gut‘ und ‘gut‘ eingeschätzt. Unterschiede zwischen Großstadt und Umlandbevölkerung bestehen also kaum. Jeweils neun von zehn Befragten stellen ein positives Zeugnis aus. Weitere ca. zehn Prozent der Befragten sehen die Entwicklung zwiespältig (‘Teils/ teils‘ – d. Verf.). Schlechte Beurteilungen sind statistisch kaum messbar und bewegen sich im Bereich von weniger als 1.“ (S. 15) Die Gewässer werden insbesondere von den Leipziger Bürger/innen häufig genutzt (vgl. S. 22). „Gute Wasserqualität, eine intakte Natur und der öffentliche freie Zugang zu den Gewässern sind den Befragten in allen drei Gebieten am wichtigsten“ (S. 5, S. 25). Von besonderem Interesse für Planer und politische Akteure ist wohl das Ergebnis, dass die Bürger/innen sich in drei Gruppen unterteilen lassen, deren Interessen nicht ohne Weiteres „unter einen Hut“ zu bringen sind: „Naturschützer, Ambivalente und Tourismusedwickler“ (S. 43). Die Gruppe der sog. Naturschützer umfasst

zwischen 10 (Stadt Leipzig) und maximal 31 Prozent (Landkreis Nordsachsen), die der sog. Ambivalenten zwischen 35 (Landkreis Leipzig) und maximal 52 Prozent (Stadt Leipzig) und die der Tourismusedwickler zwischen 25 (Landkreis Nordsachsen) und maximal 46 Prozent (Landkreis Leipzig (vgl. S. 43) Dieses Ergebnis ist deshalb relevant, weil es vermutlich nicht nur im Leipziger Neuseenland gilt, sondern der Tendenz nach auch auf andere BKS-Regionen übertragen werden kann.

(10) Eine Studie mit dem Titel „Koordination als Lernprozess – Braunkohlesanierung und Tourismusedwicklung im Lausitzer Seenland“ von G. Lintz und P. Wirth aus dem Jahr 2015 zeigt im Rahmen einer qualitativen Fallstudie „die Faktoren des vielschichtigen und insgesamt als gelungen zu betrachtenden Koordinationsprozesses“ (S. 214) zwischen den Ebenen des Bundes, der Länder und der regionalen Ebene auf. Im Zentrum dieser Fallstudie steht die Problematik der Kooperation und Koordination. „Die Koordination im Zusammenhang mit dem Lausitzer Seenland lässt sich insbesondere auf der regionalen Ebene als ein langer, vielschichtiger Prozess komplexen Lernens einer Vielzahl beteiligter Akteure verstehen, bei dem sich kognitive und normative Orientierungen grundlegend änderten. Es wuchs schrittweise die Erkenntnis, dass sich die entstehende Seenlandschaft durch die Abstimmung von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen gut zu einer überregional ausstrahlenden Tourismusdestination verwandeln lässt.“ (S. 233) Dieser Lernprozess gestaltete sich „nicht einfach, da nach der Historie des Bergbaus ein wasserorientierter Tourismus zunächst die Vorstellungskraft überstieg.“ (S. 234). Hinsichtlich der „Politikkoordination durch Verhandlungen“ (S. 216) wird besonders positiv die Kompromissbereitschaft und Kompromissfindung bei der Finanzierung herausgestellt (vgl. S. 233).

(11) Broschüren und Materialien zu den BKS-Regionen werden auch von regionalen Planungsinstanzen herausgegeben: So beispielsweise der Seenkatalog 2015 – 2017 vom Regionalen Planungsverband Leipzig – Westsachsen (2015) oder die Broschüre „Demografischer Wandel in der Oberlausitz“ (2011), ebenfalls vom dortigen regionalen Planungsverband (Oberlausitz-Niederschlesien). Im Seenkatalog werden ausführliche Informationen für Nutzer, Besucher und Touristen, aber wohl auch für potentielle Investoren bereitgestellt. In der Broschüre zum demografischen Wandel wird auf die Risiken dieses Wandels für die Oberlausitz hingewiesen.

Auf diese wie auch auf die folgenden unter (12) und (13) genannten Publikationen wird an dieser Stelle nicht weiter inhaltlich eingegangen, weil die behandelten Themen in den folgenden Kapiteln hinreichend zur Sprache kommen.

(12) Die einzelnen Regionen und Gemeinden geben entweder über ihre regionalen Zweckverbände oder direkt als Kommunen Informationsmaterial und Broschüren

der verschiedensten Art heraus, die für Touristen und potentielle Investoren von Interesse sein könnten. Beispielhaft seien hier erwähnt: (a) „Landschaftspark Goitzsche. Auf der Suche nach dem Außergewöhnlichen“, (b) „Wirtschaftsstandort Großräschen“ und „Seestadt Großräschen“, (c) „Großpösna – eine Gemeinde mit Charme“ sowie „An neuen Ufern. Dreiskau-Muckern“ und „Dreiskau-Muckern – ein Dorf sucht seine Bevölkerung“, (d) „Eine Region ändert ihr Gesicht. Boxberg/ O. L. und sein Kraftwerk“ und „Gemeinde Boxberg/ O. L.“.

(13) Schließlich sollen hier noch die von der LMBV publizierten Broschüren Erwähnung finden, beispielsweise „Liegenschaften, Standorte und Landschaften“ (12/2007), wo über die Ansiedlungsmöglichkeiten auf Industrieparks informiert wird. Oder die Präsentation der Bergbauseen „Landschaften im Wandel. Zu neuen Ufern“ (2/2010). Ferner: „Impulse für die Regionalentwicklung in Sachsen“ (11/2014), der „Tätigkeitsbericht § 4-Maßnahmen im Freistaat Sachsen 2012 und 2013“.

Hingewiesen werden soll außerdem auf die von der LMBV herausgegebene Broschüren-Reihe „Wandlungen und Perspektiven“, in denen z. B. über die folgenden Standorte berichtet wird: Sedlitz/ Skado/ Koschen (mit dem Geierswalder, dem Sedlitzer sowie dem Partwitzer See) (2009); Spreetal/ Bluno (mit dem Blunoer Südsee, dem Spreetaler und Sabrodter See) (2008); Meuro-Süd (mit dem Industriepark Marga) (2010), Meuro (mit dem – früher so bezeichneten – „Ilse-See“ bei Großräschen, den IBA-Terrassen sowie dem Industriepark Sonne) (2009), Plessa/ Lauchhammer/ Schwarzheide (mit dem Bergheider See und dem Industriestandort Schwarzheide) (2013); Lohsa/ Dreiweibern (mit dem Speicherbecken Lohsa II und dem Dreiweibern See) (2015); Bärwalde (mit dem gleichnamigen See) (2009); Berzdorf (mit dem Berzdorfer See) (2014) und Nochten/ Reichwalde (mit noch aktivem Tagebau) (2010). Diese Broschüren können als Informationsmaterial für Ansiedler und Investoren ebenso nützlich sein wie für Besucher und Touristen.

1.3 Kriterien zur Bewertung der sozioökonomischen Effekte

(1) Die Bewertung der sozioökonomischen Effekte der BKS hängt – wie immer in Evaluationsstudien – davon ab, welche Erwartungen man hegt. Je nachdem, wie und vor welchem Hintergrund diese Erwartungen formuliert werden, können Bewertungen dann unterschiedlich ausfallen.

(2) Bezogen auf den *Wandel der Landschaft*, der hier im Kapitel 2 betrachtet wird, lassen sich diese Erwartungen wie folgt formulieren: Es ist damit zu rechnen, dass der Aufwand, der mit der BKS betrieben wurde, zunächst dazu führt, dass die Tagebau-Abbauf Flächen deutlich weniger werden, während Wald- und Wasserflächen deutlich mehr werden. Im Laufe der Zeit werden sich Brachflächen zu einem relevanten Teil beispielsweise in Wald- und naturnahe Flächen

transformieren. Verkehrsflächen werden ebenfalls ausgeweitet werden, damit die neu geschaffene Landschaft und der entsprechende Raum angemessen erschlossen werden kann; zum Teil wird dies schon im Zuge der Sanierungsarbeiten erforderlich. Ob die Anteile von Landwirtschafts- und Gewerbeflächen zu- oder abnehmen, ist eher eine offene Frage, die sowohl vom Stand der Sanierungsarbeiten, also von der mehr oder minder guten Eignung der Böden und Flächen abhängt, als auch von der Nachfrage nach solchen Flächen. Diese Nachfrage aber ist keine technische Frage wie etwa die der Flutung von Tagebaurestlöchern.

Eine durchweg positive Würdigung des Landschaftswandels ergibt sich wohl einfach daraus, dass nach Schließung der Tagebau-, der Veredelungs- und Kraftwerk-Standorte weitgehend devastierte Landschaften in wieder nutzbare transformiert wurden. Eine erfolgreiche BKS kann ja einfach daran gemessen werden, dass eben dies geschehen ist. Gegenüber der zumindest denkbaren Alternative, die Flächen über einen vermutlich sehr langen Zeitraum sich selbst zu überlassen und schlicht abzusperren, erscheint dies wohl einer Mehrheit der betroffenen und involvierten Akteure als die bessere Lösung.

(3) Bezogen auf die *Analyse der Regionaldaten* für sieben ausgewählte BKS-Regionen in den Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt im Kapitel 3 sollte die Bewertung sich auf einen Vergleich dieser Regionen mit anderen Regionen, d. h. mit den Durchschnittswerten für diese drei Bundesländer stützen.

Eine mögliche Bewertung hängt dabei von den Erwartungen ab, also davon, von welchen der folgenden Annahmen (Hypothesen) man ausgeht:

Annahme 1: Die Beispielregionen stehen schlechter da als das jeweilige Bundesland, weil die „Erblast“ der zum großen Teil stillgelegten Tagebaue und der Veredelungsanlagen der Energiewirtschaft nicht so schnell „abgeschüttelt“ werden kann. Der Prozess der Revitalisierung der Regionen dauert länger als der Prozess der BKS, der in den Regionen unterschiedlich weit fortgeschritten ist.

Annahme 2: Die Situation und die Entwicklungen in den Beispielregionen liegen im Wesentlichen im Trend der Bundesländer, unterscheiden sich also mit Blick auf die Kennziffern kaum. Die BKS-Regionen haben mittlerweile Anschluss gefunden an die allgemeine Entwicklung im entsprechenden Bundesland.

Annahme 3: Die Beispielregionen stehen besser da als der Durchschnitt des Bundeslandes, weil im Rahmen der BKS Investitionen in die Infrastruktur erfolgt sind und vielfältige Nachnutzungsmöglichkeiten geschaffen wurden.

Je nachdem, von welcher dieser Annahmen man nun ausgeht, lassen sich unterschiedliche Bewertungen vornehmen. Folgt man der Annahme 1, so stellen sich auch ungünstigere Entwicklungen in den Beispielregionen als im jeweiligen

Bundesland als akzeptabel dar. Folgt man der Annahme 3, so könnte man die bisherige Entwicklung dann als enttäuschend beurteilen, wenn in den Beispielregionen nicht wenigstens das Durchschnittsniveau des jeweiligen Bundeslandes erreicht wird. Im Wesentlichen unproblematisch wird die Einschätzung ausfallen, wenn man die – vielleicht naheliegende - Annahme 2 favorisiert und die Daten sich dementsprechend darstellen; kritisch kann die Bewertung allerdings dann sein, wenn dieser Vergleich zu Ungunsten der Beispielregionen ausfällt.

Die Indikatoren, die für diesen Vergleich – für den Zeitraum 1998 bis 2013 (zu vier Messzeitpunkten: 1998, 2003, 2008 und 2013) - jeweils herangezogen werden können, sind die folgenden:

(a) Die Bevölkerungsentwicklung insgesamt: Die Annahmen hierzu lauten: Generell eher günstig ist eine Zunahme der Bevölkerung, generell eher ungünstig eine Abnahme. Ein überdurchschnittlich (im Vergleich zum jeweiligen Bundesland) starker Bevölkerungsrückgang ist eher ungünstig für die jeweilige Region, ein unterdurchschnittlicher günstig. Diese Annahmen gelten auch für:

(b) Die natürliche Bevölkerungsentwicklung (Geborene und Gestorbene) und

(c) die räumliche Bevölkerungsentwicklung (Zuzüge und Wegzüge)

(d) Die Altersstruktur der Gesamtbevölkerung: Ein überdurchschnittlich hoher Anteil Älterer und ein unterdurchschnittlich niedriger Anteil Jüngerer an der gesamten Bevölkerung ist eher ungünstig für die Region, ein unterdurchschnittlicher Anteil Älterer und ein überdurchschnittlicher Anteil Jüngerer dementsprechend eher günstig. - Dies gilt auch für die Anteile Älterer und Jüngerer an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

(e) Die Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (hier definiert als 20- bis unter 65-Jährige): Ein unterdurchschnittlicher Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist eher ungünstig, ein überdurchschnittlicher Anteil eher günstig.

(f) Die Entwicklung des Anteils der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter an der Bevölkerung insgesamt: Ein unterdurchschnittlicher Anteil dieses Anteils ist eher ungünstig für die Region, ein überdurchschnittlicher eher günstig.

(g) Die Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter: Ein unterdurchschnittlicher Anteil Jüngerer kann als eher ungünstig angesehen werden.

(h) Die Entwicklung der Sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung: Ein Rückgang der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist generell ungünstig, eine Zunahme generell günstig. Ein überdurchschnittlicher Rückgang der Zahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (im Vergleich zu den jeweiligen Bundesländern) ist ungünstig für die Region, eine überdurchschnittliche

Zunahme hingegen günstig. – Dies gilt auch für die Tätigen Personen im Verarbeitenden Gewerbe.

(i) Die Entwicklung des Anteils der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter: Je höher dieser Anteil, umso günstiger, wiederum im Vergleich mit den jeweiligen Bundesländern. - Dies gilt auch für die Anteile der Tätigen Personen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

(j) Die Entwicklung der Zahl der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe: Ein Rückgang dieser Zahl erscheint eher ungünstig, eine Zunahme eher günstig. Ein überdurchschnittlicher Rückgang könnte demnach eher ungünstig für die Region sein, ein unterdurchschnittlicher eher günstiger. Hinsichtlich der Beschäftigtenzahlen kommt es hierbei darauf an, ob die Betriebe Outsourcing betrieben haben oder nicht, oder gegebenenfalls fusioniert wurden.

(k) Die Entwicklung der Zahl der Tätigen Personen im Verarbeitenden Gewerbe: Ein überdurchschnittlicher Rückgang der Zahl der Tätigen Personen (im Vergleich zu den jeweiligen Bundesländern) ist ungünstig für die Region, eine überdurchschnittliche Zunahme hingegen günstig.

(l) Die Entwicklung des Anteils der Tätigen Personen im Verarbeitenden Gewerbe an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter: Je höher dieser Anteil, umso günstiger, wiederum im Vergleich mit den jeweiligen Bundesländern.

(m) Die Entwicklung des „Anteils“ der Tätigen Personen im Verarbeitenden Gewerbe an den Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (zur Erläuterung siehe 3.5.2): Eine Zunahme dieses „Anteils“ bedeutet zunächst nur, dass die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe zugenommen hat; dies kann einhergehen mit einer Zu- oder Abnahme der Sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.

(n) Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit insgesamt und der Langzeitarbeitslosigkeit: Ein Rückgang der Arbeitslosigkeit wie der Langzeitarbeitslosigkeit ist generell günstig, eine Zunahme generell ungünstig. Im Vergleich der Beispielregionen mit den drei Bundesländern kommt es wiederum darauf an, ob der Rückgang bzw. die Zunahme über- oder unterdurchschnittlich ausfällt.

(o) Die Entwicklung des Anteils der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen insgesamt: Je höher dieser Anteil ist, desto ungünstiger, je niedriger, desto günstiger. Im Vergleich der Beispielregionen mit den drei Bundesländern ist wiederum entscheidend, ob der Rückgang bzw. die Zunahme dieses Anteils über- oder unterdurchschnittlich ausfällt.

(p) Die Entwicklung des Tourismus, gemessen an der Zahl der Beherbergungsbetriebe, der angebotenen Gästebetten, der Übernachtungen und der

Auslastung der Gästebetten. Erwartet wird hier eher eine Zunahme aller dieser Zahlen; falls dies gar nicht oder zeitweise nicht zutrifft, ist dies eher ungünstig für die Region. Im Vergleich der Beispielregionen mit den drei Bundesländern kommt es wiederum darauf an, ob die Zunahme oder gegebenenfalls der Rückgang über- oder unterdurchschnittlich ausfällt.

(4) Bezieht man Aussagen zur Evaluation der sozioökonomischen Effekte der BKS auf die **Angaben der Bürgermeister/innen** (siehe Kapitel 4), so muss man zunächst konzidieren, dass es sich hier um subjektive Bewertungen handelt. Angesichts dessen, dass die Bürgermeister/innen daran interessiert sind, für ihre Gemeinden BKS-Mittel zu akquirieren, könnte es sein, dass sie Fragen nach ihrer Bewertung auch taktisch beantworten, da sie ja wissen, dass die Informationen aus dieser Studie auch an Entscheidungsträger weitergeleitet werden. Prinzipiell aber gilt, dass überwiegend positive Antworten erwartet werden können, die aber um deutliche Hinweise auf noch bestehende Probleme (gesperrte Flächen, Grundwasseranstieg usw.) ergänzt werden.

Darüber hinaus sind die Bürgermeister/innen aber auch noch nach ihren Einschätzungen zu den Themen gefragt worden, die den Landschaftswandel und die sozioökonomische Entwicklung in ihren Gemeinden betreffen. Es werden hier also zu einem großen Teil wiederum die Themen angesprochen, die schon in den voran gegangenen Kapiteln 2 (Landschaftswandel) und vor allem 3 (Indikatoren der sozioökonomischen Entwicklung wie Wanderungen, Arbeitsmarkt, Schaffung von Arbeitsplätzen, kommunale und private Investitionen) behandelt wurden – nur hier eben aus dem Blickwinkel der Bürgermeister/innen.

Ferner haben wir die Bürgermeister/innen danach gefragt, wie sie die Akzeptanz der BKS in ihrer Gemeinde beurteilen, ob es Bevölkerungsgruppen gibt, die sich aktiv für die Weiterentwicklung der sanierten Flächen einsetzen, oder umgekehrt Gruppen, die sich gegen die BKS-Maßnahmen wenden, und schließlich, welche Auswirkungen die BKS auf die ökonomische Situation in ihrer Gemeinde und gegebenenfalls auch auf den Gemeindehaushalt hat.

(5) Die **anderen Expert/innen**, die wir für diese Studie interviewten, haben sich ebenfalls zu den oben angesprochenen Themen geäußert und teilweise auch explizite Aussagen zum Erfolg oder Misserfolg der BKS-Maßnahmen gemacht. Der Vorteil dieser Interviews ist erstens darin zu sehen, dass die Einschätzungen und Bewertungen aus recht verschiedenen Blickwinkeln erfolgten: der Sicht von Ministeriumsvertretern, Regionalplanern, Vertreter/innen von Kammern und von Unternehmen usw. Zweitens eröffnen die hier verwendeten leitfadengestützten Interviews mehr und bessere Möglichkeiten für die Befragten, ihre Auffassungen ausführlicher darzustellen, näher zu begründen und gegebenenfalls weitere Themen anzusprechen.

1.4 Methodisches Vorgehen der Studie

(1) Um zunächst festzustellen, welche Veränderungen der Flächenanteile im Zuge und als Folge der BKS zu beobachten sind, konnte auf Daten der LMBV zurückgegriffen werden, die sich auf die Jahre 1991, 2010 und 2013 bzw. 1993, 2009 und 2013 in vier Beispielregionen (dazu s.u.) beziehen. Dieser Flächen- bzw. Landschaftswandel, der im Kapitel 2 behandelt wird, stellt eine unmittelbare bzw. direkte Wirkung der BKS dar und bildet die Voraussetzung für soziale und wirtschaftliche Aktivitäten auf den entsprechend neu geschaffenen Flächen.

(2) Die BKS findet an „Standorten“ (so die LMBV) statt, die Teilgebiete von Gemeinden oder Städten sind. (Im Folgenden wird der Einfachheit halber immer nur von „Gemeinden“ gesprochen). In den betroffenen Gemeinden bilden diese Standorte nur einen mehr oder minder großen Teil der gesamten Gemeindefläche.

Die Amtliche Statistik stellt Nutzern im Allgemeinen nur Daten für Landkreise und kreisfreie Städte zur Verfügung, in gewissem – eingeschränkten – Umfang aber in der Regionaldatenbank auch für Gemeinden. Diese Regionaldatenbank-Daten sind für die Zwecke dieser Studie zu bevorzugen, da sie auf einer niedrigeren Aggregationsebene als die Landkreise und die kreisfreien Städte liegen und daher eine bessere Annäherung an die erwähnten Standorte ermöglichen. Üblicherweise würde man bei der Erfassung regionaler Wertschöpfung mit Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) arbeiten, beispielsweise mit dem regionalen Bruttoinlandsprodukt oder der regionalen Bruttowertschöpfung. Eben diese Daten stehen aber leider nur für die Landkreise und die kreisfreien Städte zur Verfügung. Die Regionaldatenbank bietet dem Nutzer demgegenüber nur eine Reihe ausgewählter Daten der Amtlichen Statistik, die aber ebenfalls als Indikatoren für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dienen können. Diese Einschränkung betrifft auch Daten zur Sozialstruktur (z. B. Bildungsabschlüsse), die üblicherweise mit der Stichprobe des Mikrozensus (MZ) bereitgestellt werden, dessen Ergebnisse für die Gemeindeebene wegen unzureichender Repräsentativität aber nicht veröffentlicht werden.

Es war hier also eine Abwägung vorzunehmen zwischen den spezifischeren sozioökonomischen Daten auf hoch aggregierter Ebene (VGR, MZ auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte) und den etwas weniger spezifischen Daten, die aber näher am Gegenstand der Betrachtung in dieser Studie, den Standorten der Braunkohlesanierung, liegen. In Abstimmung mit dem Auftraggeber ist die Entscheidung zugunsten der Regionaldaten gefallen.

(3) An dieser Stelle ist einleitend ein weiterer methodischer Hinweis erforderlich. Da die Zahl der BKS-Standorte bei rund 120 liegt, würde eine genauere Analyse der sozioökonomischen Entwicklung in allen diesen Regionen bzw. Gemeinden den

Rahmen einer Studie wie dieser sprengen. Um dennoch gut interpretierbare Daten zusammenzustellen und zu generieren, sind drei methodische Zugänge gewählt worden:

Erstens wird die Analyse der Regionaldaten (aus der Regionaldatenbank der Amtlichen Statistik) auf sieben ausgewählte BKS-Regionen begrenzt, die jeweils mehrere Gemeinden umfassen. Ein wichtiges Merkmal dieser Regionen ist, dass sie schon relativ weit entwickelt sind, die sozioökonomischen Effekte der BKS also schon gut sichtbar werden. Das methodische Konzept besteht daher darin, Modell- bzw. Referenz-Regionen näher zu analysieren, um so ein Bild der sozioökonomischen Effekte der BKS zu entwerfen, von dem angenommen werden kann, dass es in sehr ähnlicher Weise auch in anderen BKS-Regionen anzutreffen sein wird. Die Auswahl dieser Beispielregionen ist vom Auftraggeber und der LMBV vorgenommen worden. Die Ergebnisse dieser Analysen finden sich im Kapitel 3.

Zweitens ist eine Befragung aller 122 Bürgermeister/innen in den Bundesländern Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Niedersachsen durchgeführt worden, in deren Gemeinden die oben erwähnten Standorte der BKS angesiedelt sind. Auch darüber, welche Gemeinden betroffen sind, hat uns dankenswerterweise die LMBV in Kenntnis gesetzt. Auf diese Weise kann somit ein Bild der sozioökonomischen Effekte der BKS entworfen werden, das über den eingegrenzten Blick auf nur sieben Beispielregionen deutlich hinausgeht. Das Kapitel 4 präsentiert die Ergebnisse dieser Bürgermeister/innen-Befragung.

Drittens haben wir Expertengespräche mit Expert/innen auf verschiedenen Ebenen der BKS geführt, die zum überwiegenden Teil einen generalisierten, zum Teil aber auch einen differenzierten Blick auf die BKS-Regionen haben: auf die Bedeutung der BKS für die Bundesländer, die Planungsregionen, die Kammerbezirke, die Gemeinden und Unternehmen, die sich auf den BKS-Flächen angesiedelt haben. Die Auswahl einiger dieser Expert/innen ist uns ebenfalls vom Auftraggeber nahegelegt worden. Die Ergebnisse dieser Experteninterviews finden sich im Kapitel 5.

2 Zum Landschaftswandel in vier ausgewählten Braunkohlesanierungs-Regionen

(1) Der Prozess der Braunkohlesanierung ist mit einem tiefgreifenden Landschaftswandel verbunden. Insbesondere gilt dies für die Flächen ehemaliger Tagebaue, aber zum Teil auch für ehemalige Standorte der Veredelung der Braunkohle wie beispielsweise Standorte von Brikettfabriken. Durch die Flutung der Tagebau-Restlöcher entstehen neue Seen, auf sanierten Landflächen wachsen Wälder und Wiesen und es entwickeln sich naturnahe Räume. Einige dieser Flächen eignen sich für touristische Aktivitäten, andere für Landwirtschaft, Handwerk, Industrie oder Dienstleistungen. Zur Erschließung dieser Flächen für entsprechende Zwecke werden zudem neue Verkehrswege erforderlich. Dieser Landschaftswandel wird im Folgenden in seinen qualitativen und quantitativen Dimensionen beispielhaft für vier Regionen dargestellt.

(2) Die folgenden Aussagen zum Wandel der Landschaften und Flächen fußen auf diesen von der LMBV für die abgestimmte Gebietskulisse übergebenen Daten:

- Gesamtflächennutzung und Nutzung ausgewählter Entwicklungsgebiete für die vier Beispielräume
 - Goitzsche
 - Südraum Leipzig
 - Lausitzer Seenland,
 - Raum Lohsa/ Dreiweibern/ Bärwalde.
- Gesamtflächennutzung in den Beispielräumen für die Jahre 1991 bzw. 1993, 2009 bzw. 2010 und 2013 einschließlich Planung (Zeithorizonte),
- Übersicht der in den einzelnen Beispielräumen „gemarkungsführenden Gemeinden“ (A. Kadler/ LMBV 2015a und 2015b).

(3) Die unmittelbaren bzw. direkten Wirkungen der BKS sind deutlich erkennbar: Neben dem Rückgang des Anteils der Abbauf Flächen (von maximal 43% auf weniger als 1%) und der „Sukzessionsflächen“ (von zwischenzeitlich 20 bis 25% auf 4 bis maximal rund 10% - dazu auch: s. u.) lässt sich auch eine Abnahme der Anteile der Landwirtschaftsflächen (von zwischen 13 und 27% auf Werte von 8 bis maximal 14%) und der Gewerbeflächen (von zwischen 1,6 und 4,3% auf Werte zwischen 0,3 und 1,6%) beobachten. Demgegenüber sind die Anteile insbesondere der Wald, der Wasser- und der Verkehrsflächen gestiegen: die der Waldflächen von zwischen neun auf 31 Prozent (im Südraum Leipzig) und von 31 auf 47 Prozent im

Raum Lohsa/ Dreiweibern/ Bärwalde; die der Wasserflächen von maximal rund vier Prozent auf mindestens 25 bis maximal 37 Prozent; die der Verkehrsflächen von unter einem Prozent auf maximal 3,4 Prozent. Schließlich sind in den Regionen erstmals Strandflächen entstanden.

Mit der Zunahme der Anteile der Wald- und Wiesenflächen und der Ausweitung naturnaher Räume entstehen Chancen für Naherholung und Tourismus. Die Erweiterung der Verkehrsflächen (etwa der Ausbau der Autobahnen) lässt sich als Verbesserung der Infrastruktur für Tourismus und Gewerbe interpretieren. Inwieweit diese Möglichkeiten genutzt werden, soll in den folgenden Kapiteln näher betrachtet werden.

An dieser Stelle seien noch zwei kurze Hinweise auf die Verwendung der Begriffe „Südraum Leipzig“ und „Sukzessionsflächen“ in den o. g. Unterlagen (A. Kadler/ LMBV 2015a und 2015b) gegeben:

Der „Südraum Leipzig“ wird dort wie folgt definiert: „Die hier als Südraum Leipzig bezeichnete Region schließt sich unmittelbar an die Siedlungsflächen von Leipzig und Markkleeberg an. Eigentlich umfasst der Raum auch noch die weiter südlich gelegenen und bis ins Thüringische reichenden Bergbaufolgelandschaften ... Der Beispielraum liegt auf Flächen der Gemeinden Stadt Leipzig, Stadt Markkleeberg, Stadt Zwenkau, Großpösna, Böhlen, Rötha und Espenhain (2015 nach Espenhain eingemeindet – d. Verf.).“ (ebd.).

Als „Sukzessionsflächen“ werden in diesen Unterlagen verschiedene Arten von Übergangs- und Brachflächen bezeichnet: Flächen, „die sich im Vorfeld des weiteren Abbaus befanden“; Flächen, „die ... aus einstigen Abbauflächen entstanden waren“; Flächen, die sich langsam in Waldflächen verwandelten; Flächen, die zusammen mit Wasser- und Waldflächen „zu den Grundlagen der ... Goitzsche-Wildnis“ wurden; neben dem aktiven Tagebau brachliegende Flächen. Der hier verwendete Begriff darf also nicht mit naturnahen Flächen, wie sie absichtsvoll im Rahmen der BKS hergestellt werden, verwechselt werden.

Abbildung 1: Rückgang der Abbauflächen

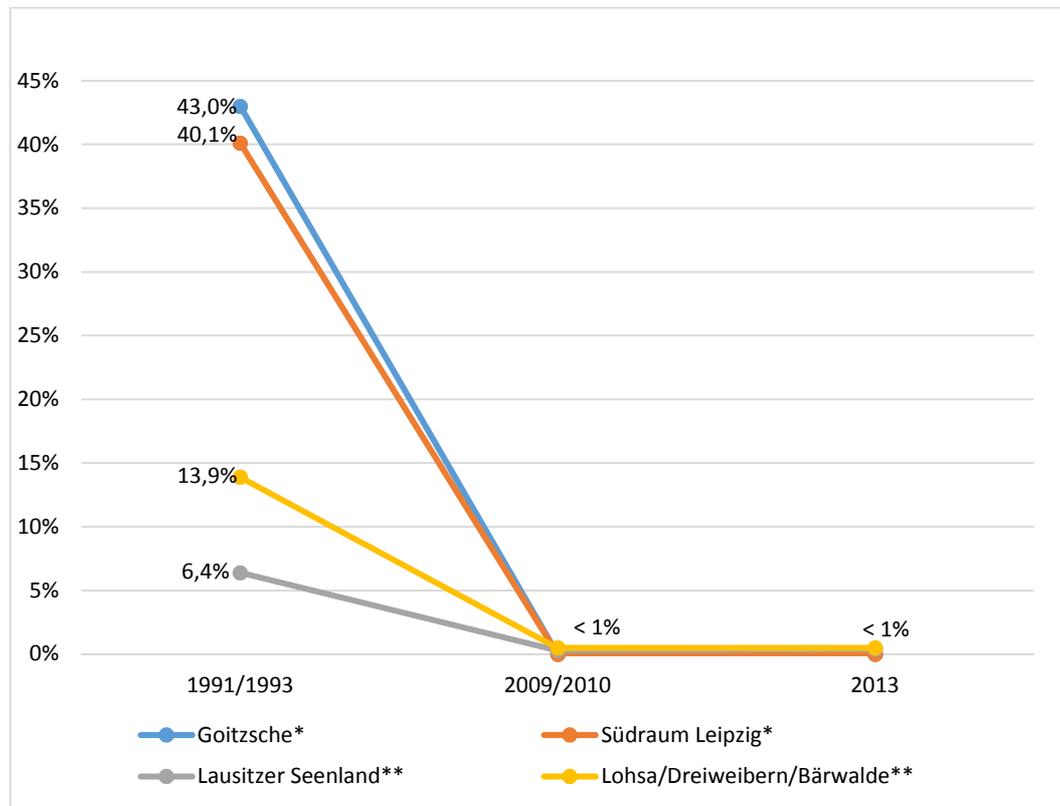


Abbildung 2: Rückgang der „Sukzessionsflächen“

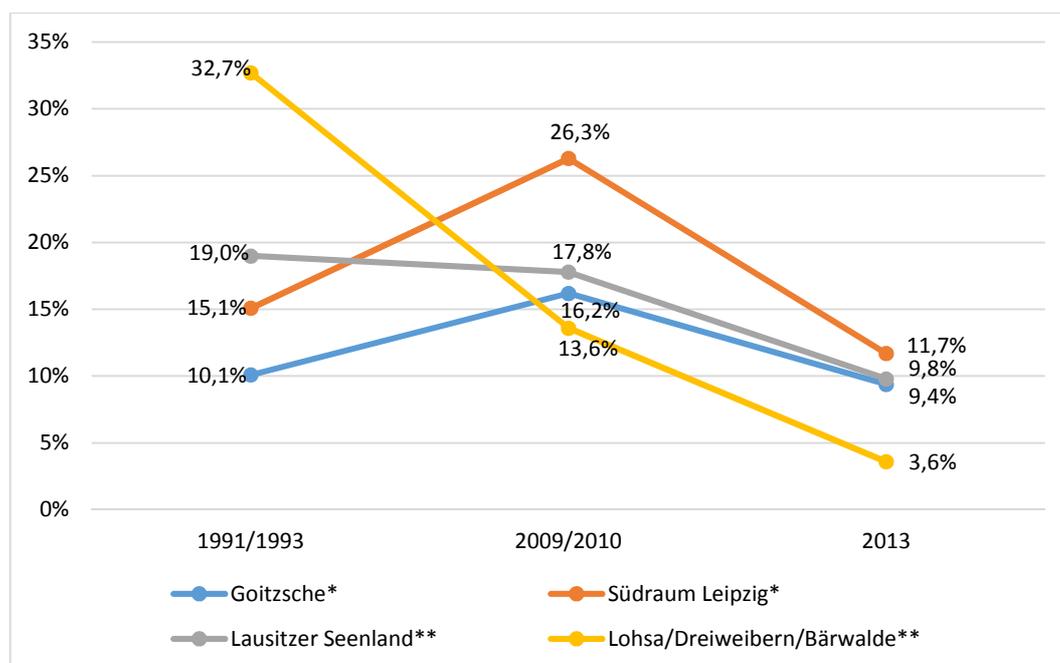


Abbildung 3: Zunahme der Wasserflächen

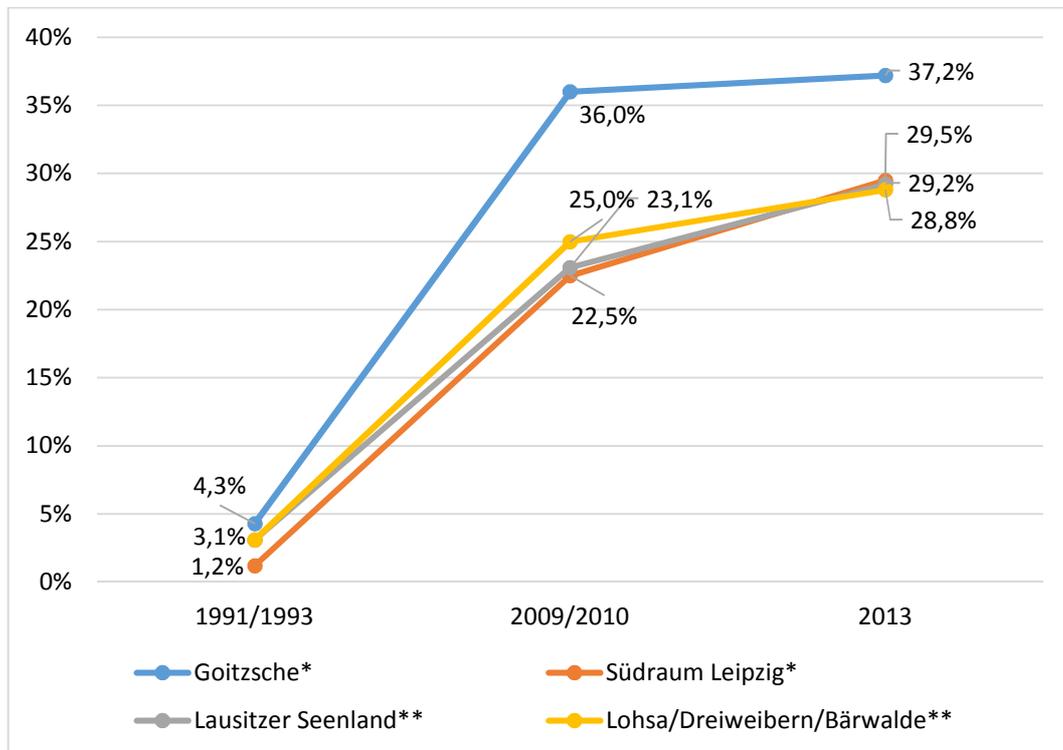


Abbildung 4: Zunahme der Waldflächen

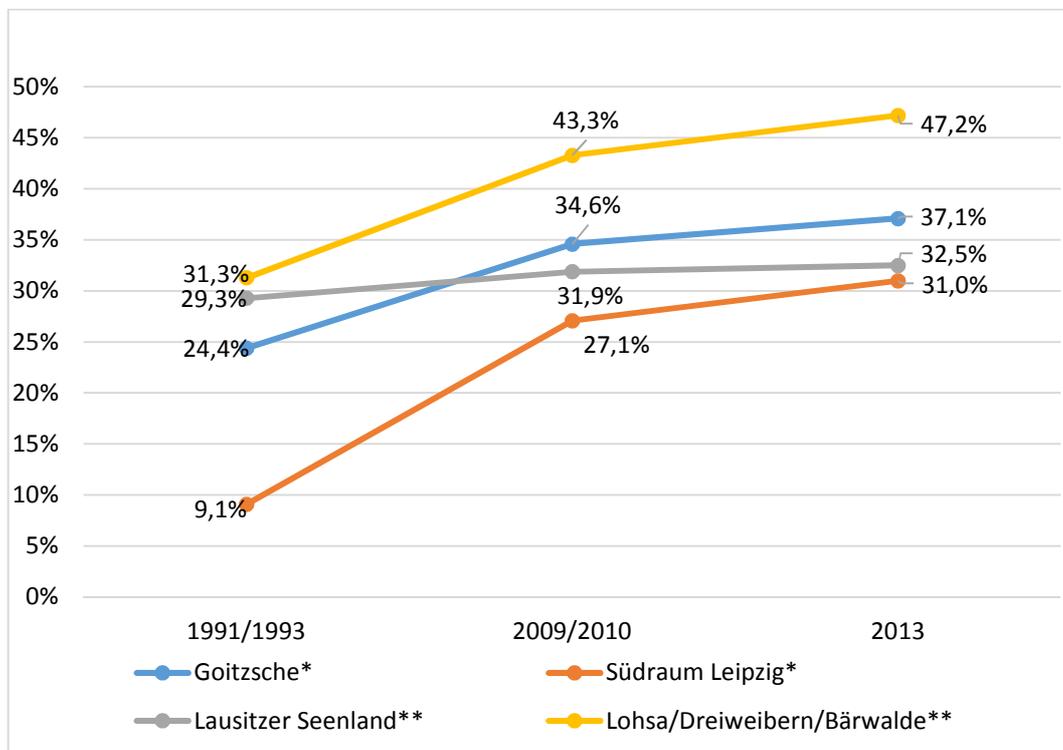


Abbildung 5: Rückgang der Landwirtschaftsflächen

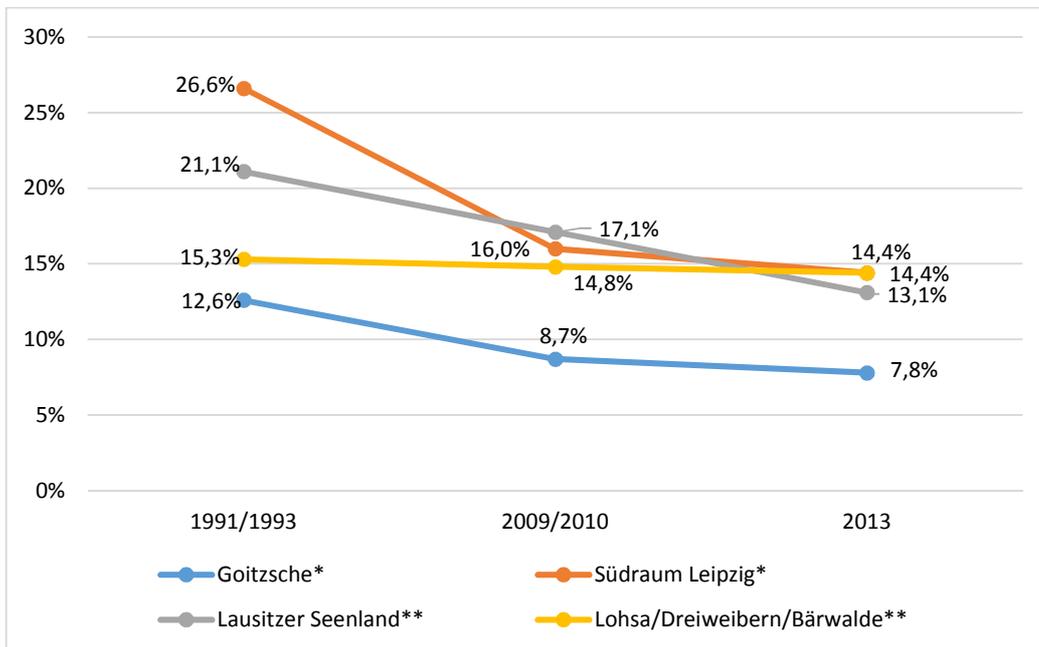


Abbildung 6: Rückgang der Gewerbeflächen

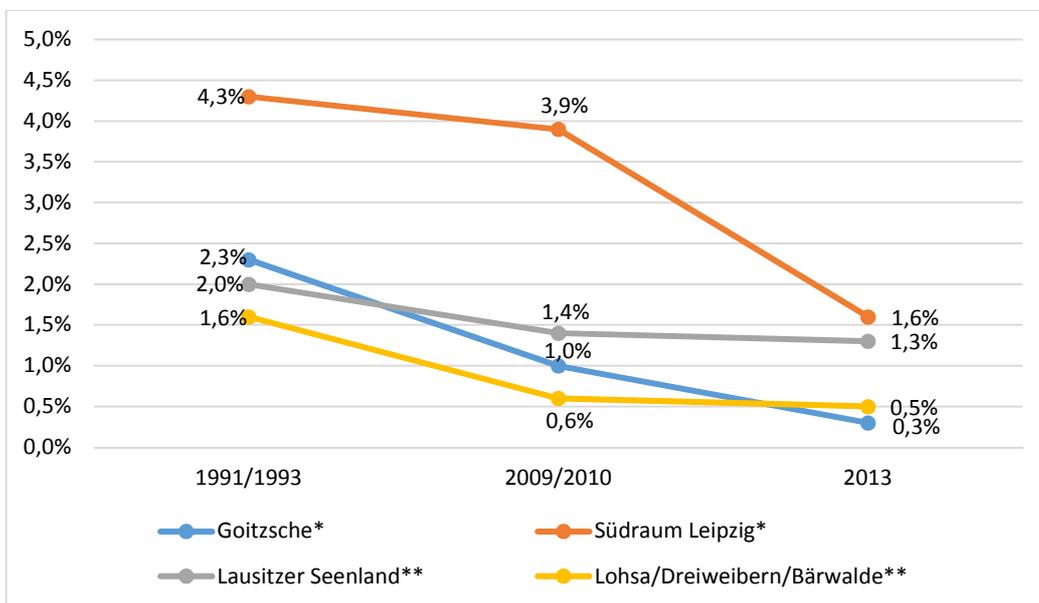


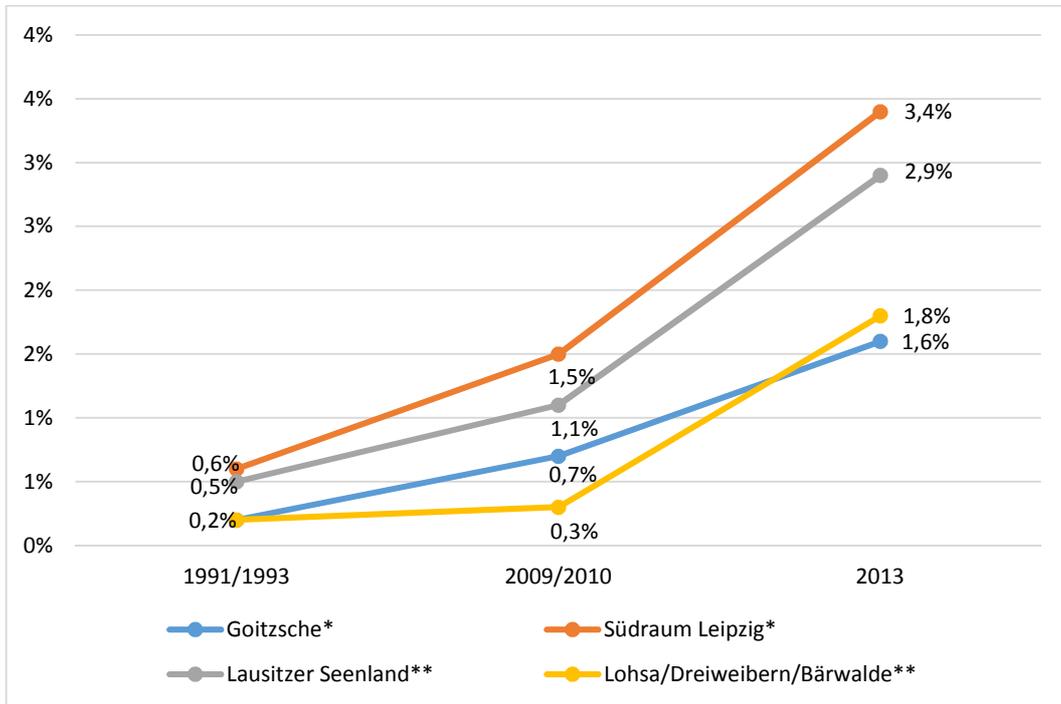
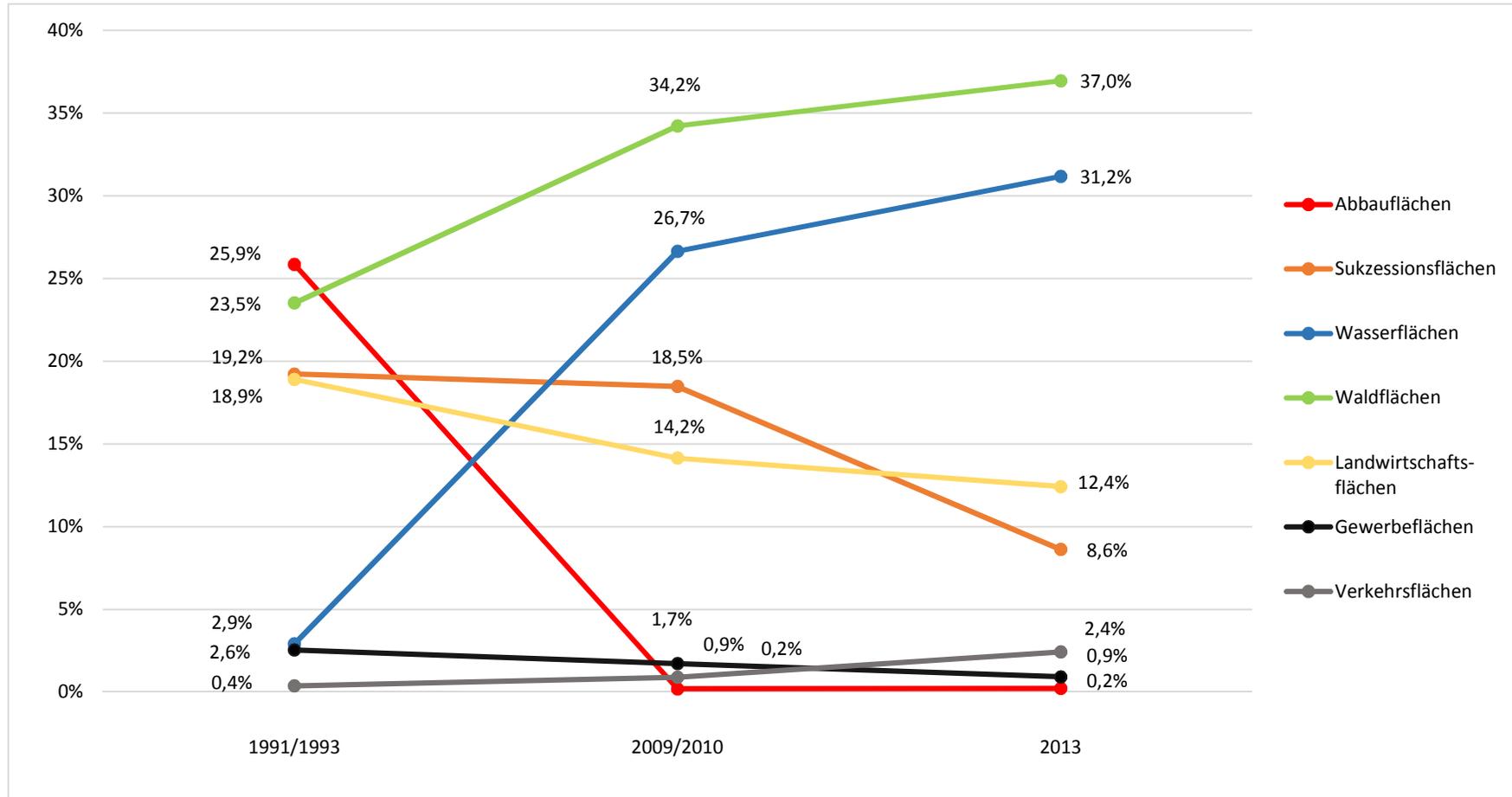
Abbildung 7: Zunahme der Verkehrsflächen

Abbildung 8: Landschaftswandel in den vier Sanierungsgebieten



3 Analyse der Regionaldaten von sieben ausgewählten Braunkohlesanierungs-Regionen

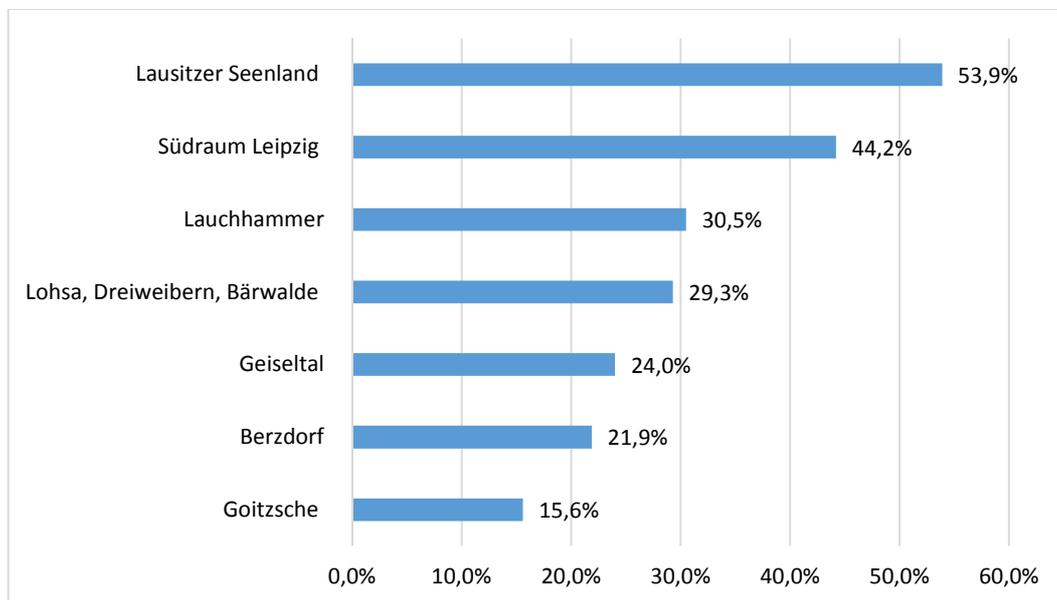
3.1 Vorgehen bei der Regionaldatenanalyse

Schwerpunkt der Auswertung von Statistiken zu den Braunkohlesanierungsgebieten ist eine Analyse der Gemeindedaten der von der Braunkohlesanierung betroffenen Gebiete. Insgesamt wurden von den 107 Gemeinden 33 ausgewählt, die zu sieben Regionen zusammengefasst wurden. Auswahl und Zusammenfassung wurden von der LMBV getroffen. Folgende Regionen wurden gebildet:

Beispielraum	Land	<u>Einbezogene</u> Gemeinden
Goitzsche	Sachsen-Anhalt	Stadt Bitterfeld-Wolfen; Muldestausee; Stadt Sandersdorf-Brehna
	Sachsen	Stadt Delitzsch; Löbnitz
Südraum Leipzig	Sachsen	Stadt Markkleeberg; Stadt Zwenkau; Stadt Böhlen; Stadt Rötha; Espenhain; Großpösna
Lausitzer Seenland	Brandenburg	Großräschen; Neu-Seeland; Schipkau; Stadt Senftenberg; Stadt Welzow
	Sachsen	Elsterheide; Stadt Lauta; Stadt Hoyerswerda; Spreetal
Lohsa/Dreiweibern/ Bärwalde	Sachsen	Lohsa; Boxberg/O.L.
Geiseltal	Sachsen-Anhalt	Braunsbedra; Mücheln; Merseburg
Lauchhammer	Brandenburg	Finsterwalde; Lauchhammer; Gorden-Straupitz; Lichterfeld-Schacksdorf; Plessa; Sallgast; Schwarzheide
Berzdorf/ Oberlausitz	Sachsen	Schönau-Berzdorf; Görlitz

Für die Beispielregionen lassen sich die Anteile der Standortflächen an den Gemeindeflächen der Beispielregionen ermitteln. Diese Anteile zeigen, wie flächenmäßig bedeutsam die Bergbau- und Bergbausanierungsflächen an den Gemeinden und an den Beispielregionen sind. Dabei ist zu bedenken, dass hier auch die Flächen der aktiven Tagebaue (z.B. Welzow-Süd, Nochten und Reichwalde) einbezogen sind sowie die Flächen, die schon früher, etwa zu DDR-Zeiten, saniert wurden (z.B. Senftenberg). Annäherungen an die relative flächenmäßige Bedeutsamkeit stellen die Zahlen gleichwohl dar.

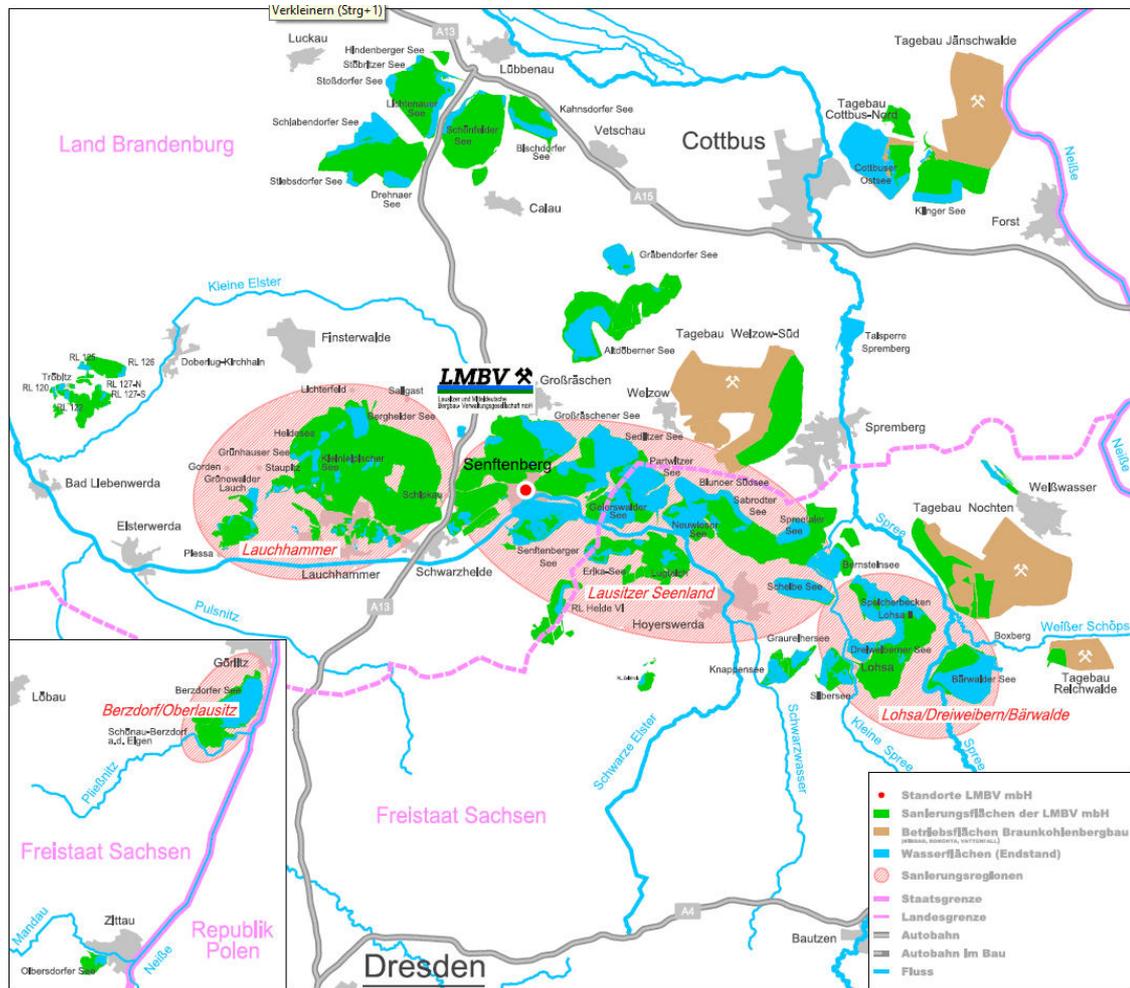
Abbildung 9: Anteil der Bergbausanierungsflächen an den Gemeinden der sieben Beispielregionen (in Prozent)



Wie die Übersicht zu den Bergbausanierungsflächen zeigt, sind die Anteile der Sanierungsflächen in den sieben Regionen unterschiedlich groß. Sie reichen von 15,6 Prozent in Goitzsche bis hin zu 53,9 Prozent im Lausitzer Seenland (vgl. Abbildung 9). Die unterschiedlichen Anteile der BKS-Flächen an den Gemeindeflächen hängen dabei von der Größe der Gemeindeflächen ab, die einmal mehr, einmal weniger umfangreich sind.

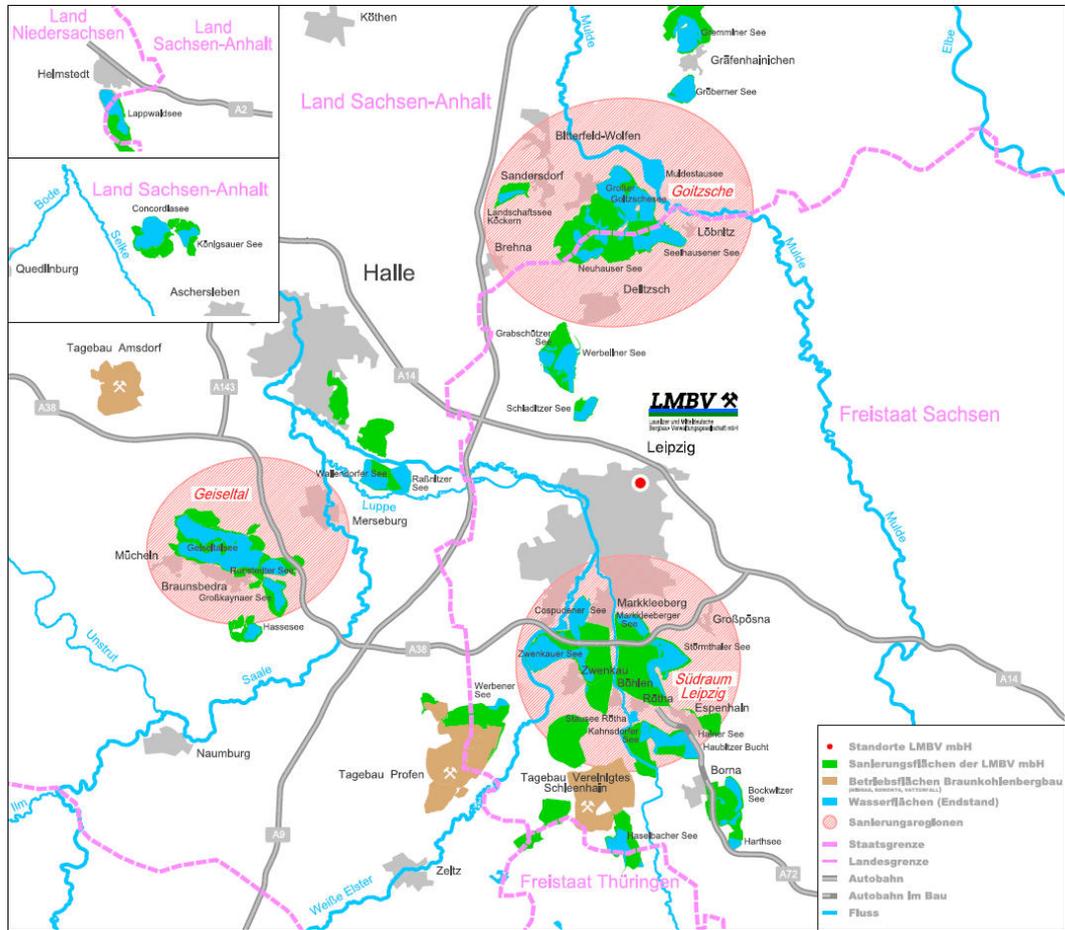
Die Abbildungen 10 und 11 zeigen die sieben Beispielregionen auf Karten der Lausitz bzw. von Mitteldeutschland.

Abbildung 10: Karte der Lausitz mit Abbildung der Beispielregionen



- Standorte LMBV mbH
- Sanierungsflächen der LMBV mbH
- Betriebsflächen Braunkohlenbergbau (NEHAG, RÖHMSTA, VATTENFALL)
- Wasserflächen (Endstand)
- Sanierungsregionen
- Staatsgrenze
- Landesgrenze
- Autobahn
- Autobahn im Bau
- Fluss

Abbildung 11: Karte von Mitteldeutschland mit Abbildung der Beispielregionen



- Standorte LMBV mbH
- Sanierungsflächen der LMBV mbH
- Betriebsflächen Braunkohlenbergbau (MERRAU, ROSENITA, VATTENFALL)
- Wasserflächen (Endstand)
- Sanierungsregionen
- Staatsgrenze
- Landesgrenze
- Autobahn
- Autobahn im Bau
- Fluss

Zur Analyse der sieben Beispielräume mit ihren insgesamt 33 Gemeinden wurden Indikatoren festgelegt, mit denen die sozioökonomische Situation der jeweiligen Region beschrieben werden kann. Ausgewählt wurden die folgenden Daten:

- Bevölkerungsentwicklung insgesamt
- natürliche Bevölkerungsentwicklung: Lebendgeborene und Gestorbene sowie der Saldo aus Lebendgeborenen und Gestorbenen
- räumliche Bevölkerungsentwicklung: Zuzüge und Wegzüge sowie der Saldo aus Zuzügen und Wegzügen
- Entwicklung der Altersstruktur insgesamt und nach Altersgruppen, also einschließlich der Altersstruktur der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter
- die Zahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort
- die Zahl der Betriebe und der Tätigen Personen im Verarbeitenden Gewerbe
- die Zahl der Arbeitslosen und der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen
- Daten zur Entwicklung des Tourismus: die Zahl der geöffneten Beherbergungsbetriebe, der angebotenen Gästebetten und die der Übernachtungen.

Sicherlich wären weitergehende Statistiken, insbesondere im ökonomischen Bereich, sinnvoll. Aussagefähigere Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (z.B. Bruttoinlandsprodukt, Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, Bruttowertschöpfung) liegen aber nicht auf Gemeindeebene vor, sondern nur für die Landkreise und die kreisfreien Städte.

Auch die von uns für die Analysen verwendeten Daten standen nicht in einer einheitlichen Statistik zur Verfügung, sondern mussten aus verschiedenen Informationsquellen zusammengetragen werden. Im Internet können regionale statistische Daten in der „Regionaldatenbank Deutschland“ abgefragt werden. Diese dort abrufbaren Gemeindedaten reichen allerdings nur bis zum Jahr 2008 zurück. Für Gemeinden des Freistaates Sachsen ließen sich weitere Daten für die Jahre 1998 und 2003 im Internet in der „Gemeindestatistik Sachsen“ auf der Homepage des Freistaates Sachsen abrufen.

Um Daten der Gemeinden in Sachsen-Anhalt und Brandenburg sowie fehlende Daten der Gemeinden in Sachsen von 1998 und 2003 zu bekommen, mussten die Statistischen Landesämter von Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen kontaktiert werden. Diese stellten teilweise umsonst, teilweise kostenpflichtig Informationen zur Verfügung. Dies war manchmal allerdings auch mit einiger Wartezeit verbunden.

Daten zu den Arbeitslosen sowie Langzeitarbeitslosen konnten auf den Internetseiten der Bundesagentur für Arbeit abgefragt werden.

Als gravierendes Problem bei der Recherche von Daten erwies sich die Tatsache, dass die Gemeinden von 2013 nicht direkt mit denen von 1998 verglichen werden können. Durch Ein-, Aus- oder Umgemeindungen haben sich die Kommunen teilweise sehr stark in ihrer Zusammensetzung verändert. Dies musste bei den Abfragen der Daten gerade von 1998 bis 2003 berücksichtigt werden. So wurde zunächst einmal recherchiert, welche Gemeinden im Laufe der Jahre dazugekommen sind. Diese dazugekommenen Ortsteile mussten in den Jahren dazugerechnet werden, in denen sie noch nicht dazuzählten. Teilweise gestaltete es sich jedoch als schwierig bis unmöglich, überhaupt Daten zu diesen teilweise sehr kleinen Ortsteilen zu erhalten.

Auch für das Jahr 1998 oder 2003 waren nicht alle Daten zu erhalten, da in einigen Bundesländern gerade für das Verarbeitende Gewerbe oder den Tourismus keine Aufzeichnungen mehr existieren bzw. existierende Daten zu kleinteilig waren, sodass sie unter Datenschutz stehen.

Nachdem alle soweit verfügbaren Daten der Gemeinden zusammengetragen waren, wurden diese für die Beispielregionen zusammengerechnet.

Die Auswahl der in die Untersuchung einzubeziehenden Gemeinden sowohl für die sieben Beispielräume als auch für das Gesamtgebiet der Braunkohlesanierung wurde anhand der absoluten, auf dem jeweiligen Gemeindegebiet liegenden Sanierungsfläche in Kombination mit deren Anteil an der gesamten Fläche der Gemeinde getroffen. Auf die Einbeziehung von Leipzig und Cottbus sowie aller Gemeinden mit einem Anteil der Sanierungsfläche an der Gemeindefläche unter drei Prozent wurde verzichtet.

Als Alternative für die Analysen war erwogen worden, anstelle der Statistiken der Gemeinden diejenigen von Landkreisen heranzuziehen. Für ein solches Vorgehen sprach, dass viel mehr, leichter zugängliche und Daten zur Wertschöpfung zur Verfügung gestanden hätten. Gegen ein solches Vorgehen sprach jedoch, dass der Anteil von Braunkohlesanierungsgebieten an den Landkreisen sehr viel kleiner ist als an den ausgewählten Gemeinden und von daher Veränderungen in sehr viel geringerem Maße als Folgen des Braunkohleabbaus und der Braunkohlesanierung interpretiert werden können als bei einer Analyse auf Gemeindeebene.

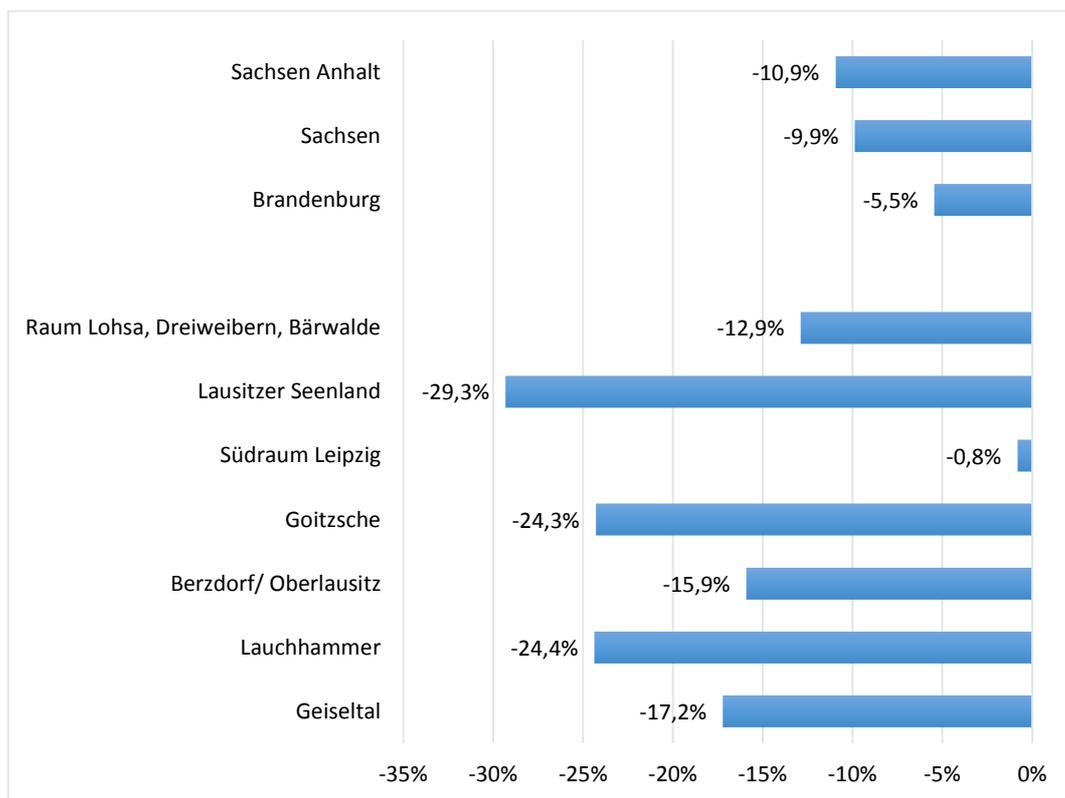
Bei der Darstellung der Ergebnisse haben wir vor allem leicht interpretierbare Abbildungen mit Stabdiagrammen verwendet. Die absoluten Zahlen zu den Abbildungen werden jeweils im Anhang in Tabellenform präsentiert. Bei einer Reihe von Fragestellungen haben wir im Interesse einer differenzierenden Interpretation aber auch die absoluten Zahlen direkt im Text dargestellt und dann, um Doppelungen zu vermeiden, auf die Abbildungen verzichtet.

3.2 Bevölkerungsentwicklung zwischen 1998 und 2013

In den drei Bundesländern, in denen die Braunkohlesanierungsgebiete überwiegend liegen (Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg), hat es in den letzten Jahren einen deutlichen Bevölkerungsrückgang gegeben. Während die Bevölkerung in der Bundesrepublik im Zeitraum von 1998 bis 2013 insgesamt um knapp 2 Prozent gesunken ist, ist sie in den drei Bundesländern zwischen 5,5 Prozent und 10,9 Prozent zurückgegangen.

In den sieben von uns untersuchten Braunkohlesanierungsgebieten ist der Bevölkerungsrückgang nochmals deutlich höher (um die 20 Prozent). Einzige Ausnahme ist die Region Südraum Leipzig, in der die Bevölkerung nur um 0,8 Prozent zurückgegangen ist. Dem steht im Lausitzer Seenland ein Bevölkerungsrückgang von 29,3 Prozent gegenüber (vgl. Abbildung 12).

Abbildung 12: Bevölkerungsentwicklung von 1998 bis 2013

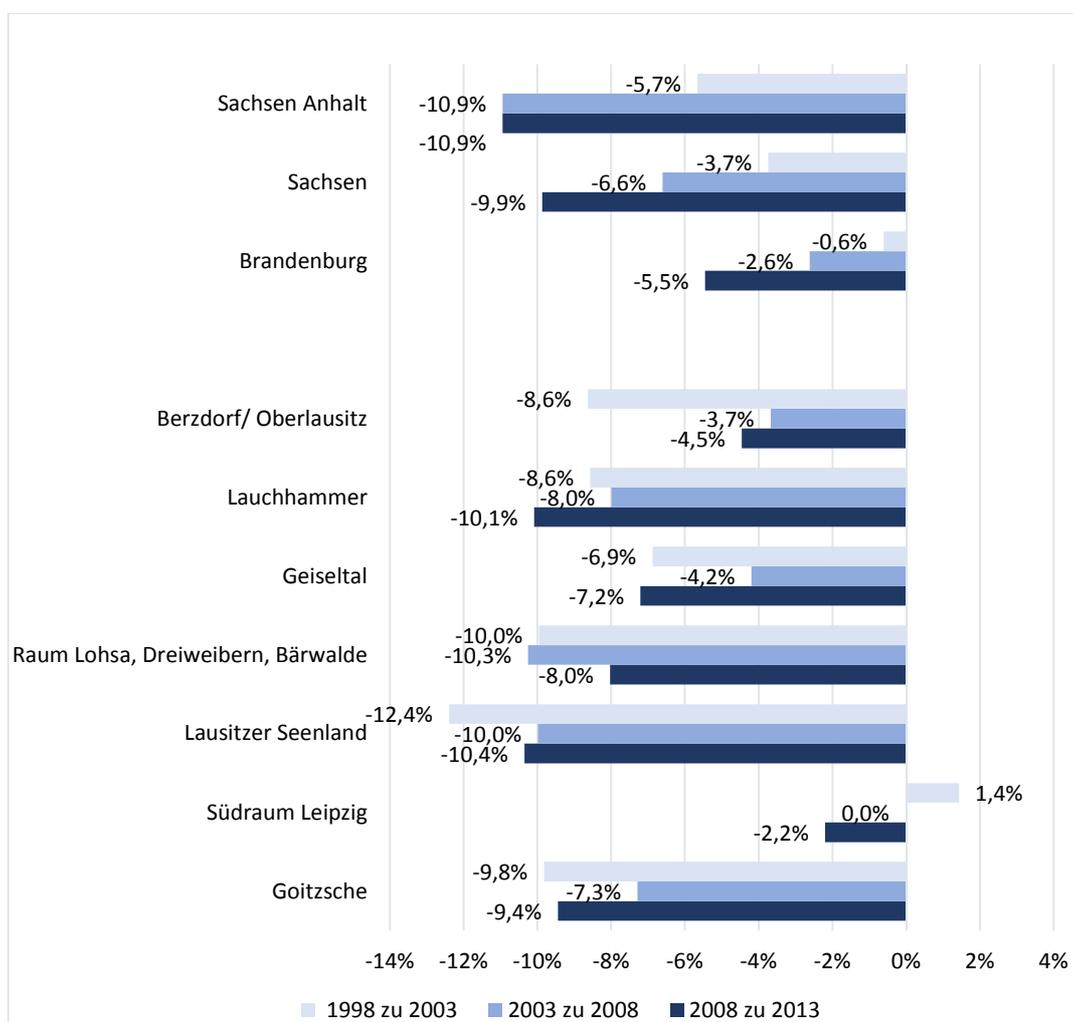


Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 3.

Was die Verteilung des Bevölkerungsrückgangs über die vier Untersuchungszeitpunkte betrifft, gibt es zwischen den Bundesländern und den sieben Beispielregionen eine gegenläufige Entwicklung. Während sich in den drei Bundesländern der Bevölkerungsrückgang in den jeweiligen Fünfjahresperioden verstärkt hat (z.B. in Sachsen von -3,7 Prozent im Jahre 1998 auf -9,9 Prozent im

Jahre 2013), ist die Entwicklung in den Untersuchungsregionen unterschiedlich, teilweise sogar umgekehrt. Zwischen 1998 und 2003 ist der Bevölkerungsrückgang in vier der sieben Gebiete größer als zwischen 2008 und 2013, nur in drei Gebieten entspricht die Entwicklung dem Trend der Bundesländer. Als Beispiel sei die Region Berzdorf / Oberlausitz herausgegriffen, in der die Bevölkerung zwischen 1998 und 2003 um 8,6 Prozent abgenommen hat, zwischen 2008 und 2013 aber nur noch um 4,5 Prozent. Dies könnte man als Trend zu einer Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung deuten, auch wenn sie insgesamt negativer ausfällt als in den drei Bundesländern (vgl. Abbildung 13).

Abbildung 13: Bevölkerungsentwicklung zwischen 1998 und 2013 in Fünfjahresschritten



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 3.

Die Bevölkerungsentwicklung ist das Ergebnis der Bilanz von Geburten und Sterbefällen einerseits sowie Zuzügen und Wegzügen andererseits. Wie sich diese beiden Komponenten der Bevölkerungsentwicklung verändert haben, wird im Folgenden dargestellt.

3.2.1 *Natürliche Bevölkerungsentwicklung: Lebendgeborene und Gestorbene***Tabelle 1: Natürliche Bevölkerungsentwicklung von 1998 bis 2013 in Fünfjahresschritten**

	Lebendgeborene	Gestorbene	Lebendgeborene minus Gestorbene									
	1998			2003			2008			2013		
Goitzsche	780	1461	-681	699	1355	-656	685	1402	-717	668	1384	-716
Südraum Leipzig	322	601	-279	362	537	-175	344	549	-205	394	628	-234
Lausitzer Seenland	841	1429	-591	717	1410	-693	660	1377	-717	589	1497	-908
Raum Lohsa, Dreiweibern, Bärwalde	91	121	-30	79	143	-64	75	154	-79	62	144	-82
Geiseltal	436	837	-401	410	720	-310	445	813	-368	429	798	-369
Lauchhammer	363	673	-310	352	665	-313	348	639	-291	285	712	-427
Berzdorf, Oberlausitz	476	858	-376	462	835	-373	443	788	-345	429	829	-400
Brandenburg	17146	26327	-9181	17970	26862	-8892	18808	26807	-7999	18355	29678	-11323
Sachsen	30190	51883	-21693	34800	50669	-15869	34411	48997	-14586	34800	52936	-18136
Sachsen-Anhalt	17513	31011	-13498	16889	29632	-12743	17697	29905	-12208	16797	31385	-14588

Zunächst fällt auf, dass die Salden aus Geborenen und Gestorbenen in allen drei Bundesländern und in allen sieben Beispielregionen in den Jahren 1998, 2003, 2008 und 2013 negativ sind, dass also die Zahl der Gestorbenen immer über der Zahl der Geborenen liegt (vgl. Tabelle 1). In den Beispielregionen Goitzsche, Lausitzer Seenland und im Raum Lohsa, Dreiweibern, Bärwalde stellt sich auch der Trend im Zeitverlauf 1998 bis 2013 negativ dar, d.h. der Überschuss der Gestorbenen über die Geborenen nimmt zu. In den anderen vier Beispielregionen gibt es keinen einheitlichen Trend.

Insgesamt unterscheiden sich die Entwicklungen in diesen sieben Regionen damit nicht von denen in den Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt, denn auch in diesen drei Bundesländern sind die Salden aus Geborenen und Gestorbenen im Betrachtungszeitraum immer negativ.

3.2.2 *Räumliche Bevölkerungsentwicklung: Zuzüge und Wegzüge*

Hinsichtlich der räumlichen Bevölkerungsentwicklung stellt sich die Situation etwas differenzierter dar (vgl. Tabelle 2). In den vier Beispielregionen Goitzsche, Lausitzer Seenland, Geiseltal und Lauchhammer sind die Salden aus Zuzügen und Wegzügen zwar negativ, aber der negative Trend der Abwanderung zeigt im Zeitverlauf 1998 bis 2013 in den meisten Regionen eine Abschwächung.

Der Vergleich mit den drei Bundesländern ergibt Folgendes: Während in Sachsen-Anhalt die Salden aus Zuzügen und Wegzügen in allen vier Jahren negativ sind, dreht sich in Sachsen im Jahr 2013 der Trend vom Negativen ins Positive; in Brandenburg gibt es sogar nur im Jahr 2008 einen Wanderungsverlust, ansonsten sind die Salden positiv. Die Ergebnisse decken sich mit den jüngst vom Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2016) publizierten Zahlen für den ostdeutschen Raum, die eine deutliche Zunahme der Zuzüge in den letzten Jahren konstatieren.

Tabelle 2: Räumliche Bevölkerungsentwicklung von 1998 bis 2013 in Fünfjahresschritten

	Zuzüge	Wegzüge	Zuzüge minus Wegzüge									
	1998			2003			2008			2013		
Goitzsche	4816	6574	-1758	3811	5203	-1392	4425	4602	-764	4041	4260	-219
Südraum Leipzig	3857	3116	1341	2801	2384	417	2348	2366	-18	2611	2296	315
Lausitzer Seenland	4088	7083	-2985	3542	5527	-1985	3172	4569	-1397	3404	3869	-465
Raum Lohsa, Dreiweibern, Bärwalde	796	643	153	437	433	4	374	474	-100	299	345	-46
Geiseltal	3781	4248	-467	2936	3364	-428	2880	3079	-199	2801	2813	-12
Lauchhammer	1983	2677	-694	1697	2228	-531	1533	2187	-654	1571	1877	-306
Berzdorf/ Oberlausitz	2027	2839	-812	1886	2320	-434	2278	2245	33	2700	2415	285
Brandenburg	177063	150798	26265	141056	140022	1034	121298	126578	-5280	131788	121152	10636
Sachsen	213904	225150	-11246	174884	183882	-8998	168144	180663	-12519	190210	176781	13429
Sachsen-Anhalt	129960	143662	-13702	113925	127152	-13227	96666	115232	-18566	99077	99925	-848

3.2.3 *Natürliche und räumliche Bevölkerungsentwicklung im Vergleich*

Vergleicht man den Wanderungssaldo mit dem Saldo aus Geborenen und Gestorbenen, so stellt dieser sich insgesamt günstiger dar. Denn der negative Trend schwächt sich in vier Beispielregionen im Zeitverlauf ab, in zwei Regionen ist dieser Trend sogar positiv und nur in einer Region überwiegen im Trend die Wegzüge die Zuzüge.

Fragt man nun noch danach, welche Komponente der Bevölkerungsentwicklung, die natürliche oder die räumliche, vorrangig für den Bevölkerungsrückgang verantwortlich ist, so ergibt sich wiederum ein differenziertes Bild.

In den drei Beispielregionen Goitzsche, Lausitzer Seenland und Lauchhammer wiegen die Wanderungsverluste in den Jahren 1998, 2003 und 2008 schwerer als das Defizit bei den Geborenen. Im Jahr 2013 ist es umgekehrt.

In den beiden Regionen Geiseltal und Berzdorf, O.L. liegen die Salden aus Zuzügen und Wegzügen in den Jahren 1998 und 2003 über denen aus Geborenen und Gestorbenen. Während in der Region Geiseltal allerdings beide Salden in allen vier Jahren negativ ausfallen, ist die Entwicklung in Berzdorf, O. L. insofern deutlich günstiger, als in den Jahren 2008 und 2013 die Zuzüge die Wegzüge überwiegen, ohne aber das Geburtendefizit ausgleichen zu können.

Im Raum Lohsa, Dreiweibern, Bärwalde stellt sich die Entwicklung besonders unübersichtlich dar. In den Jahren 1998 und 2003 sind die Wanderungssalden positiv, in den Jahren 2008 und 2013 hingegen negativ. Im Jahr 1998 überkompensieren die Zuzüge sogar das Geburtendefizit, im Jahr 2003 nicht mehr. Im Jahr 2008 liegt der negative Saldo aus Zuzügen und Wegzügen über dem aus Geborenen und Gestorbenen, im Jahr 2013 ist es umgekehrt.

Im Südraum Leipzig haben wir wiederum ein recht günstiges Bild. Zwar ist hier auch die natürliche Bevölkerungsentwicklung in allen vier Jahren negativ, aber die Salden aus Zuzügen und Wegzügen sind 1998, 2003 und 2013 positiv. In den Jahren 2003 und 2013 überkompensieren die Wanderungsgewinne sogar das Geburtendefizit.

Versucht man nun eine Art Gesamtbilanz zu formulieren, so ergibt sich bei Betrachtung der vier Messzeitpunkte (1998, 2003, 2008 und 2013), dass die Komponente der räumlichen Bevölkerungsentwicklung stärker als die natürliche für den Bevölkerungsrückgang verantwortlich ist. Für die drei Beispielregionen Goitzsche, Lausitzer Seenland und Lauchhammer ist dies eindeutig. In den drei Regionen Geiseltal, Raum Lohsa, Dreiweibern, Bärwalde und Berzdorf, O. L. ist das Gewicht des Geburtendefizits (etwas) stärker als der Wanderungsverlust. Im Südraum Leipzig vermögen die Wanderungsgewinne das Geburtendefizit sogar annähernd auszugleichen. Die bilanzierende Aussage, dass die Komponente der

räumlichen Bevölkerungsentwicklung stärkeren Einfluss als die Komponente der natürlichen Bevölkerungsentwicklung auf den Bevölkerungsrückgang insgesamt hat, resultiert allerdings insbesondere aus den sehr starken Wanderungsverlusten in den ersten zwei bis drei hier betrachteten Jahren. Ein Blick auf das Jahr 2013 hingegen zeigt ein Bild, in dem die natürliche Komponente stärker als die räumliche wirkt.

Betont werden soll abschließend noch einmal, dass die Zahl der Gestorbenen im Betrachtungszeitraum ständig über der der Geburten liegt, während der negative Wanderungssaldo sich in jüngerer Zeit abgeschwächt oder sogar positiv entwickelt hat.

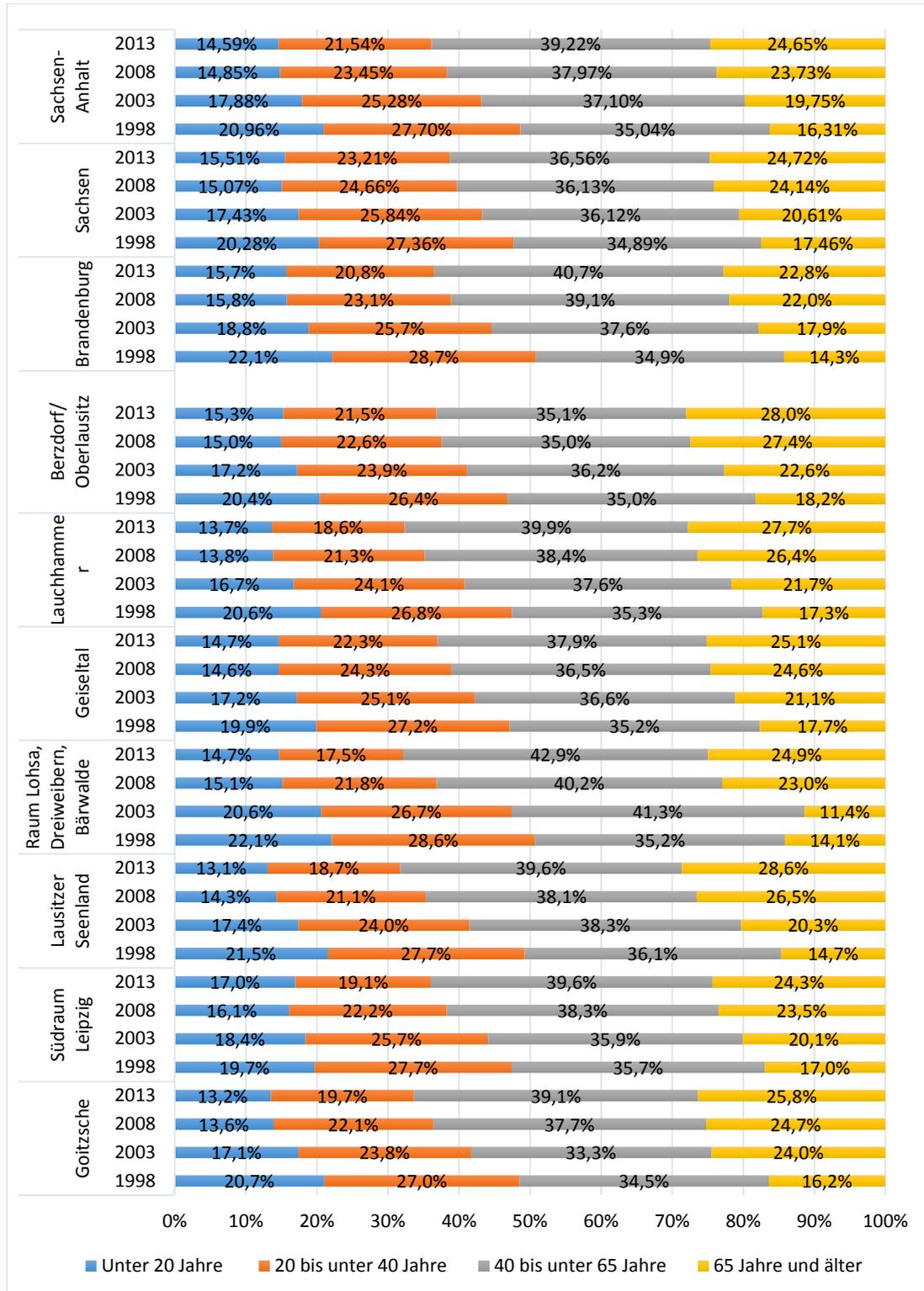
3.3 Entwicklung der Altersstruktur der Gesamtbevölkerung

Die Altersstruktur der Bundesrepublik Deutschland verschiebt sich seit Jahrzehnten zugunsten eines Übergewichts der Alten über die Jungen. Zwischen 1990 und 2013 ist der Anteil der über 65-Jährigen von 14,9 Prozent auf 20,8 Prozent gestiegen (5,9 Prozentpunkte) und der Anteil der bis 18 –Jährigen von 19,2 Prozent auf 16,1 Prozent gesunken (-3,1 Prozentpunkte) (Statistisches Jahrbuch 2013; Abb. 2.1.10). Deutliche Unterschiede gibt es zwischen den Alten und den Neuen Bundesländern. So beträgt im Jahre 2013 in Sachsen-Anhalt der Anteil der bis 18-Jährigen 13,4 Prozent, der der über 65-Jährigen 24,7 Prozent. In Bayern demgegenüber beträgt der Anteil der bis 18- Jährigen 16,5 Prozent und der der ab 65-Jährigen 19,8 Prozent (Statistisches Jahrbuch 2013; Abb. 2.1.11).

Gründe dafür dürften sein: Die nach der Wende stark gesunkenen Geburtenraten in den Neuen Bundesländern sowie der größere Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den Alten Bundesländern, die einerseits durchschnittlich jünger sind als die alteingesessene Bevölkerung, zum anderen mehr Kinder haben.

Die Abbildung 14 zur Altersstruktur zeigt die Entwicklung der Bevölkerung in den sieben von uns analysierten Braunkohlesanierungsgebieten zwischen 1998 und 2013, sowie die Entwicklung in den drei Bundesländern, in denen diese Gebiete liegen (Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt). Wie man den Zahlen entnehmen kann, ist in diesem Zeitraum die Bevölkerung durchweg älter geworden (der Anteil der über 65-Jährigen hat zugenommen, der Anteil der unter 20-Jährigen abgenommen).

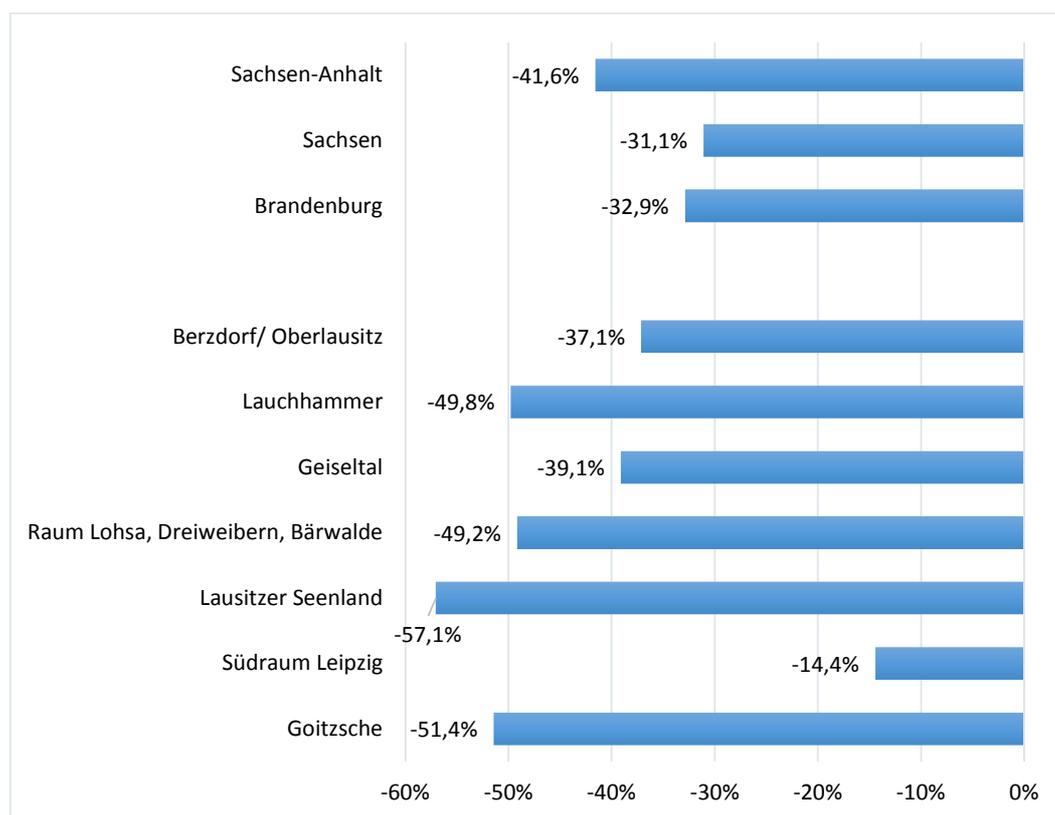
Abbildung 14: Altersstruktur der Bevölkerung - Anteile der Altersgruppen in Prozent



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 4.

Für eine differenzierende Analyse haben wir die Entwicklung bei den Jungen (unter 20 Jahre) und den Alten (ab 65 Jahre) gegenübergestellt. Der prozentuale Anteil der unter 20-Jährigen hat in den Beispielregionen mit Ausnahme vom Südraum Leipzig überproportional (im Vergleich zu den Bundesländern) abgenommen. Bedingt durch niedrige Geburtenraten und Wegzüge ist in allen drei Bundesländern die Zahl der unter 20-Jährigen stark zurückgegangen (in Sachsen-Anhalt sind dies -41,6 Prozent). Diese negative Entwicklung wird jedoch von der Entwicklung in den sieben Beispielregionen noch übertroffen. In vier der sieben Regionen liegt der Rückgang des Anteils der unter 20-Jährigen bei ungefähr 50 Prozent. Die negativste Bilanz hat das Lausitzer Seenland mit einem Rückgang von 57,1 Prozent, die relativ positivste der Südraum Leipzig mit einem Rückgang von 14,4 Prozent (vgl. Abbildung 15).

Abbildung 15: Unter 20 - Jährige – Veränderung von 1998 zu 2013

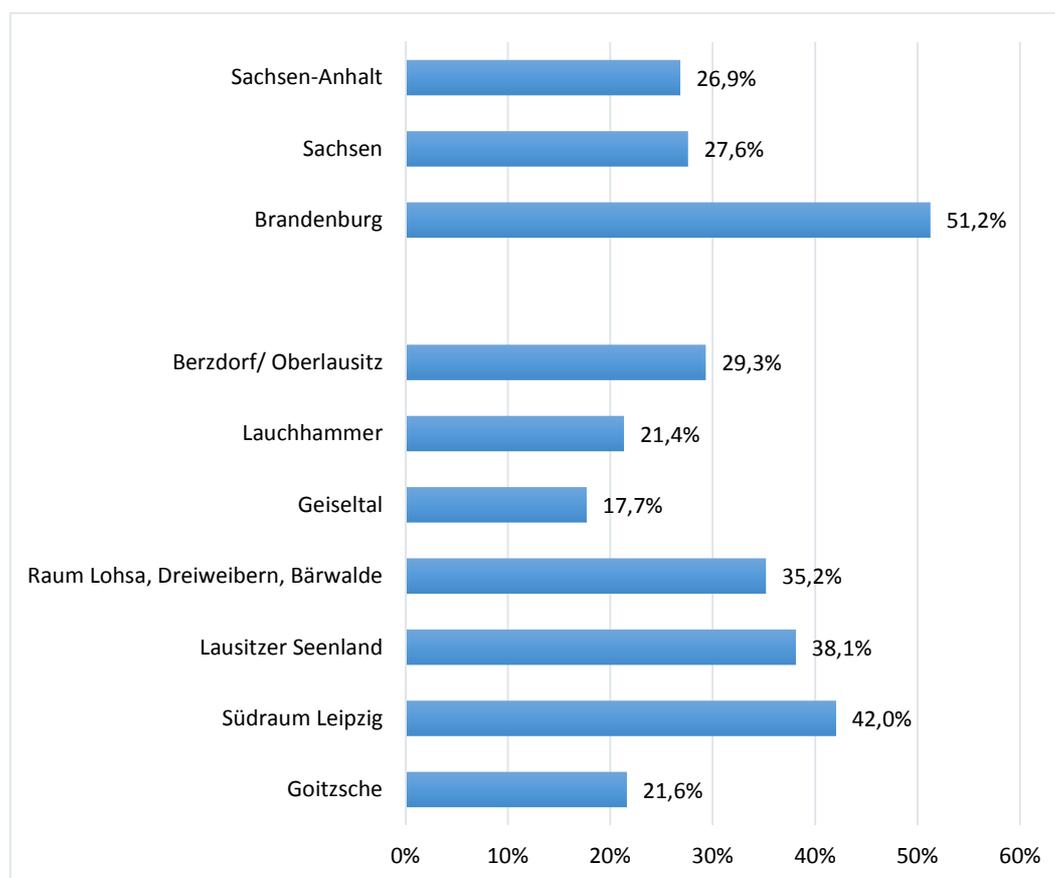


Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 4.

Wie angesichts dieser Entwicklung zu erwarten, korrespondiert mit der Abnahme der unter 20-Jährigen eine Zunahme der über 65-Jährigen. Diese Zunahme fällt allerdings weniger dramatisch aus als die Abnahme bei den unter 20-Jährigen. Die Zahlen in den Beispielregionen entsprechen in etwa denen der beiden Bundesländer Sachsen-Anhalt und Sachsen. Im Bundesland Brandenburg sind die Zahlen insgesamt am höchsten. Ein Grund dafür dürfte sein, dass sich nach der Wende viele

West-Berliner im Berliner Umland angesiedelt haben, die jetzt zu einem großen Teil das Rentenalter erreicht haben. Dieser Effekt lässt sich wohl auch im Südraum Leipzig beobachten, wo mit einer Zunahme von 42,0 Prozent bei den über 65-Jährigen der größte Zuwachs in dieser Altersgruppe aller sieben untersuchten Beispielregionen zu verzeichnen ist. Der Zuwachs liegt um 15,4 Prozentpunkte höher als der Zuwachs im Bundesland Sachsen (vgl. Abbildung 16).

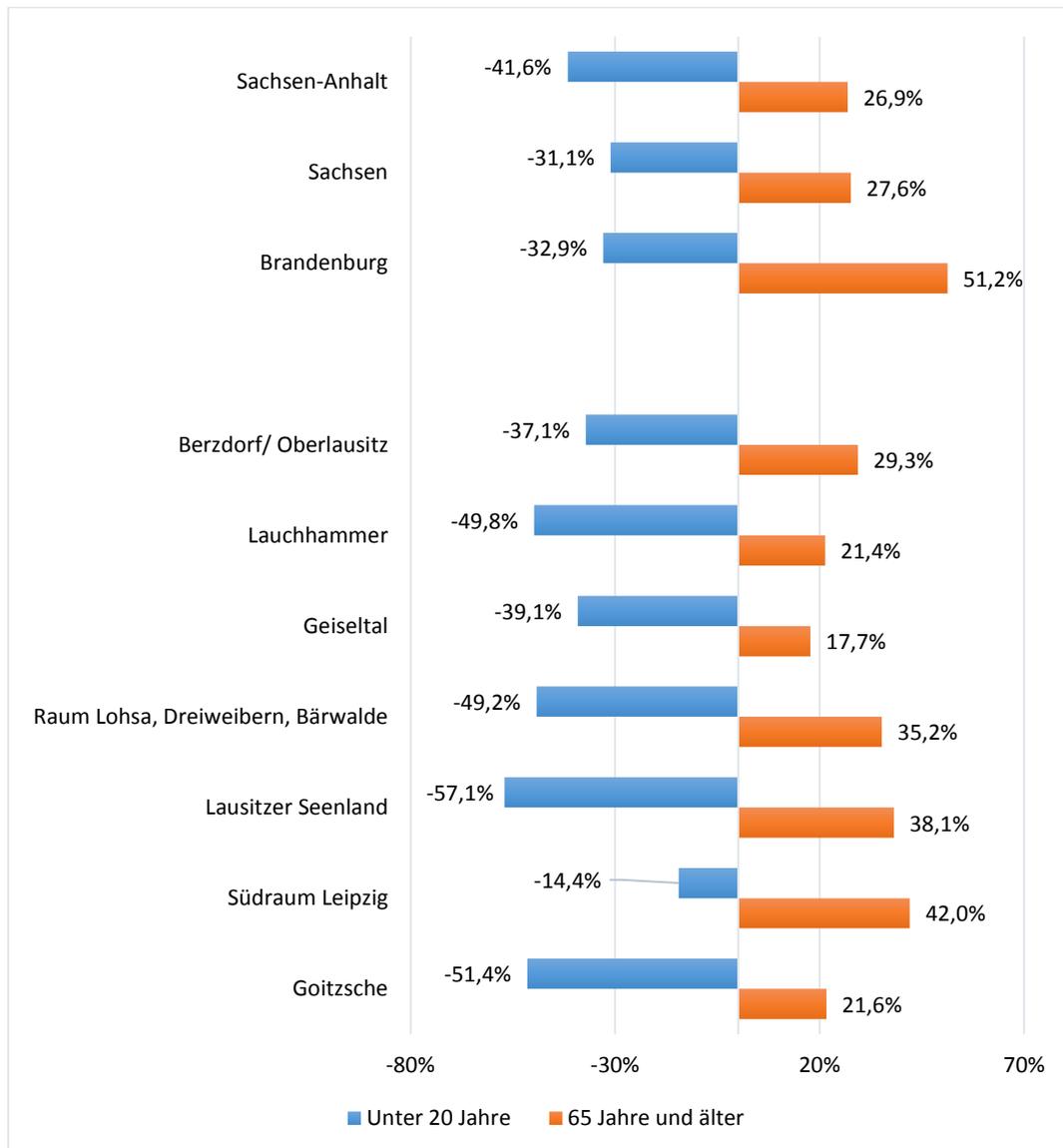
Abbildung 16: Über 65 - Jährige – Veränderung von 1998 zu 2013



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 4.

Abbildung 17 stellt die Bevölkerungsentwicklung noch einmal zusammenfassend dar und verdeutlicht plastisch die zunehmende Alterung der Bevölkerung in den Bundesländern und Regionen.

Abbildung 17: Bevölkerungsentwicklung bei Jungen und Alten von 1998 zu 2013



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 4.

Insgesamt zeichnen diese Zahlen ein problematisches Bild. Den drei Bundesländern, insbesondere aber den sieben untersuchten Braunkohlesanierungsgebieten fehlt es an Nachwuchs. Wenn er nicht durch eine verstärkte Zuwanderung kompensiert wird, könnten die Regionen in die Situation geraten, nicht genügend Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben.

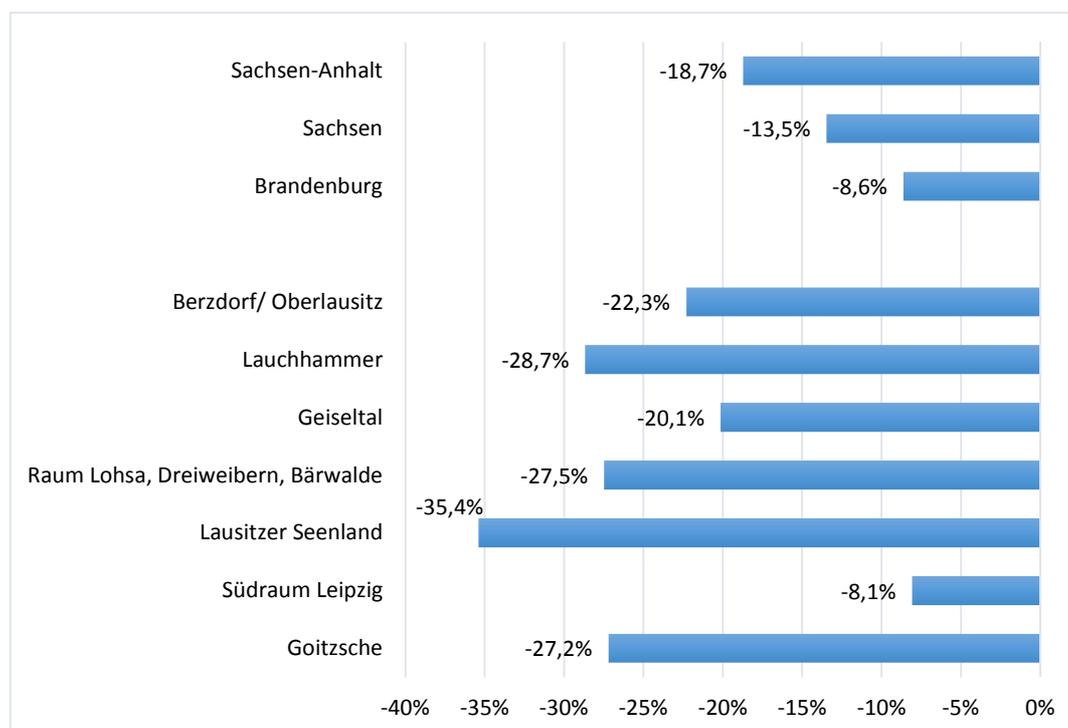
3.4 Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Im Folgenden werden zunächst die Veränderungen des Umfangs bzw. der Anzahl der erwerbsfähigen Bevölkerung betrachtet, sodann der Anteil dieser Erwerbsfähigen an der gesamten Bevölkerung (im Unterkapitel 3.4.1). Im Unterkapitel 3.4.2 erfolgt dann eine Darstellung der Veränderungen der Altersstruktur der Erwerbsfähigen.

3.4.1 Umfang/Anzahl der erwerbsfähigen Bevölkerung und Anteile an der Gesamtbevölkerung

Insgesamt ist die erwerbsfähige Bevölkerung im Untersuchungszeitraum von 1998 bis 2013 sowohl in den drei Bundesländern als auch den sieben Untersuchungsregionen zurückgegangen. Bei den Bundesländern ist dieser Rückgang in Sachsen-Anhalt mit 18,7 Prozent am stärksten und in Brandenburg mit 8,6 Prozent am geringsten. Der Rückgang in den sieben Untersuchungsregionen ist mit der einzigen Ausnahme des Südraums Leipzig nochmals deutlich stärker. Im Lausitzer Seenland hat sich zwischen 1998 und 2013 die erwerbsfähige Bevölkerung um 35,4 Prozent reduziert (vgl. Abbildung 18).

Abbildung 18: Erwerbsfähige Bevölkerung – Veränderung von 1998 zu 2013

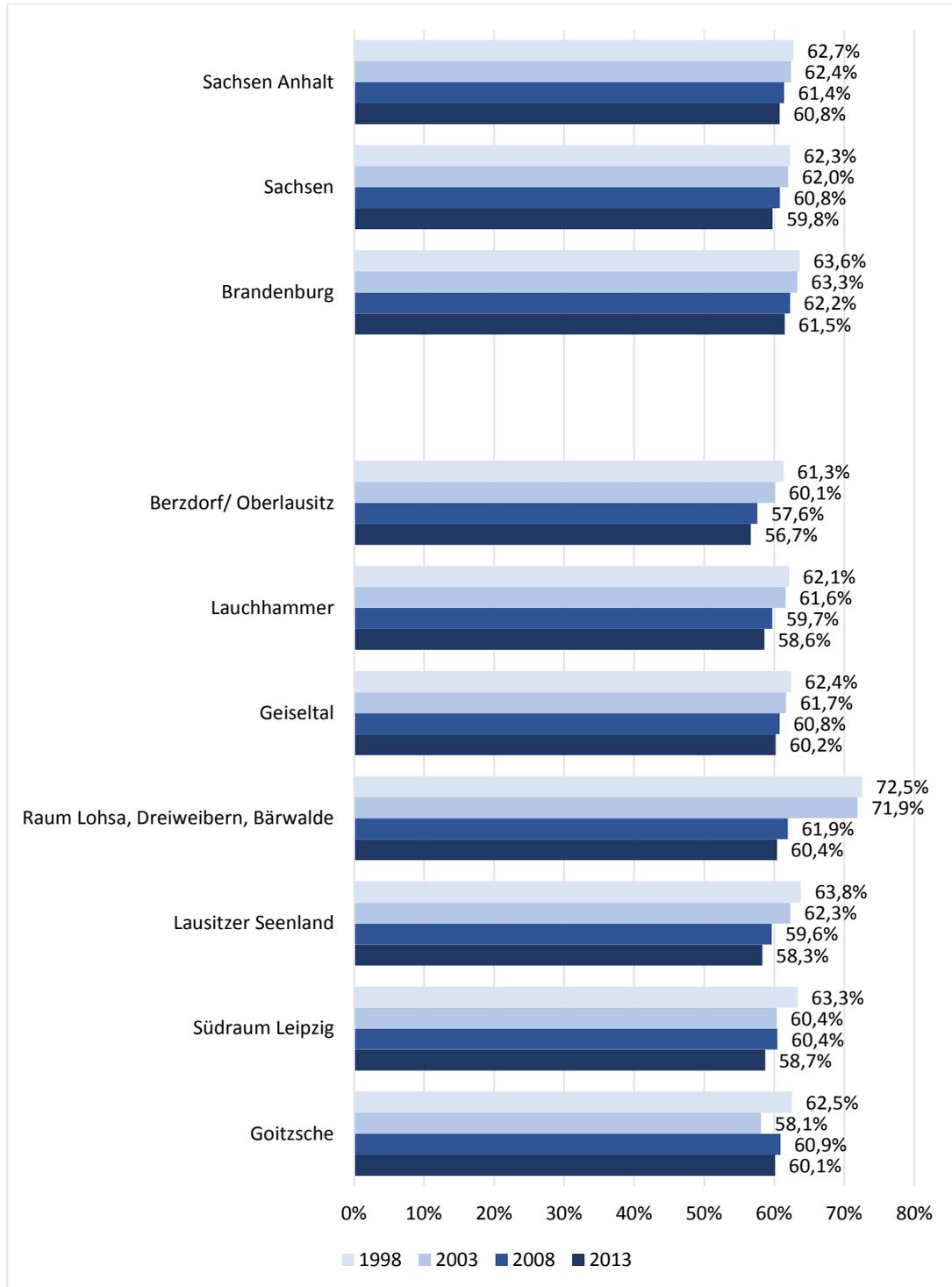


Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 5.

Vergleicht man die Zahlen mit denen zur Bevölkerungsentwicklung (sh. Abschnitt 3.2), dann liegen sie tendenziell noch ungünstiger. Der Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung in den sieben Sanierungsregionen fällt durchweg noch stärker aus als der allgemeine Bevölkerungsrückgang (vgl. Abbildung 18 und Abbildung 12).

Auch bei einer Analyse des Anteils der erwerbsfähigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung wird deutlich, dass dieser Anteil zwischen 1998 und 2013 kontinuierlich abgenommen hat (vgl. Abbildung 19). Während dieser Rückgang zwischen 1998 und 2013 in den drei Bundesländern um die zwei Prozent liegt, ist er in den Beispielregionen deutlich größer. Er reicht von Geiseltal mit einem Rückgang von nur 2,2 Prozentpunkten und Goitzsche mit einem Rückgang von 2,4 Prozentpunkten bis zu Lohsa, Dreiweibern, Bärwalde mit einem Rückgang von 12,1 Prozent. D. h., nur knapp 60 Prozent der Bevölkerung der ausgewählten Braunkohlesanierungsgebiete sind im Durchschnitt im erwerbsfähigen Alter.

Abbildung 19: Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in Fünfjahresschritten



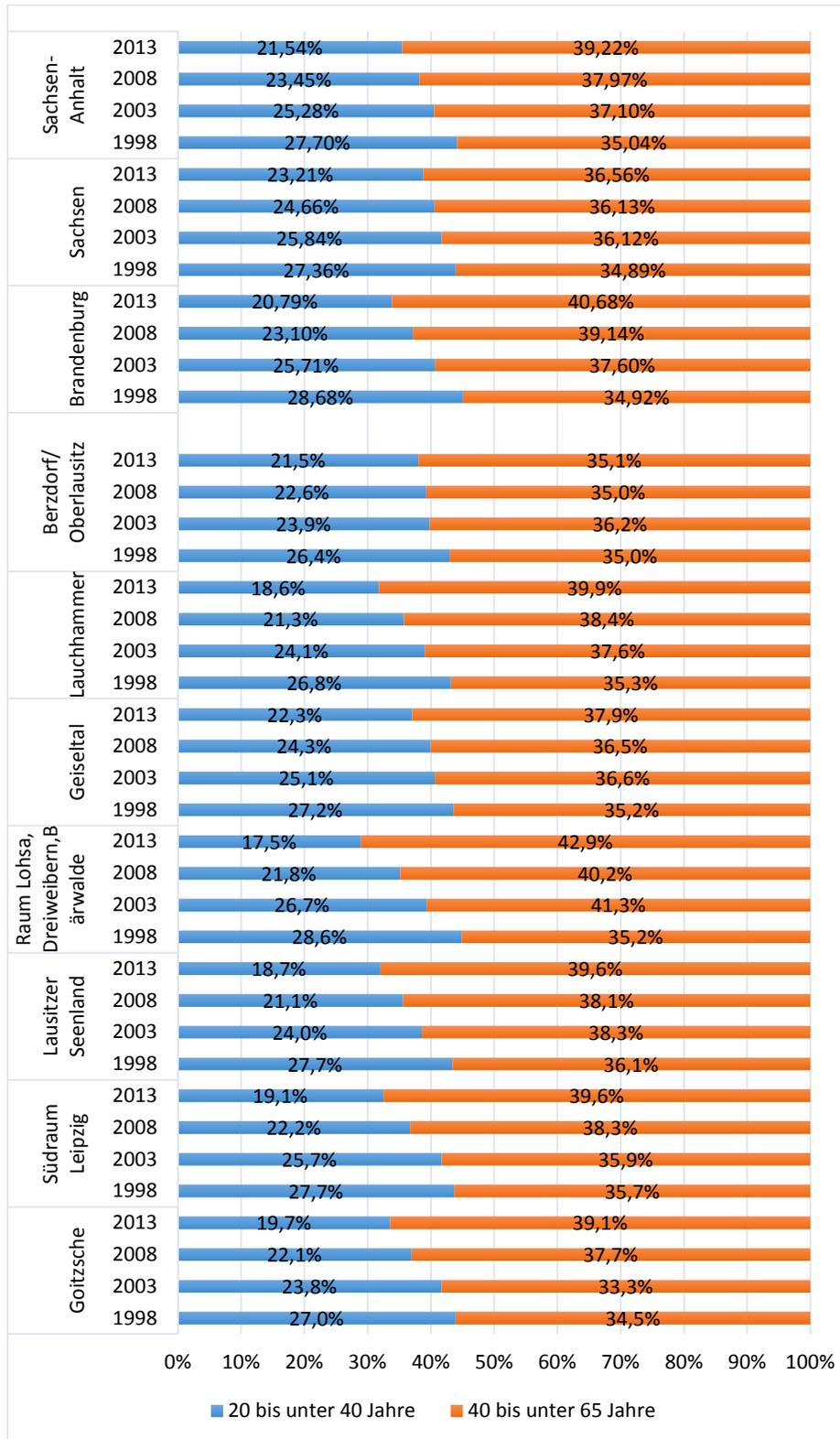
Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 5.

3.4.2 *Veränderungen der Altersstruktur der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter*

Nicht nur die Altersstruktur der Bevölkerung insgesamt hat sich zwischen 1998 und 2013 deutlich gewandelt, Veränderungen werden auch innerhalb der Gruppe der Personen im erwerbsfähigen Alter deutlich. Stellt man Jüngere im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 40 Jahre) und Ältere (40 bis unter 65 Jahre) gegenüber, dann zeigt sich in allen Beispielregionen eine prozentuale Zunahme bei den Älteren bei gleichzeitiger Abnahme bei den Jüngeren. So ist zum Beispiel der Anteil der Jüngeren im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 40 Jahre) in Lauchhammer von 26,8 Prozent im Jahre 1998 auf 18,6 Prozent im Jahre 2013 gefallen, in Lohsa, Dreiweibern, Bärwalde sogar von 28,6 Prozent auf 17,5 Prozent. Bei den 40- bis 64-Jährigen gibt es entsprechend hohe Anstiege, so in Lauchhammer von 35,3 Prozent im Jahre 1998 auf 39,9 Prozent im Jahre 2013 und in Lohsa, Dreiweibern, Bärwalde von 35,2 Prozent auf 42,9 Prozent (vgl. Abbildung 20).

D.h. auch innerhalb der Gruppe der im erwerbsfähigen Alter Befindlichen verschiebt sich der Anteil zunehmend hin zu den Älteren. Die zunehmende Alterung der Bevölkerung in der Region zeigt sich also nicht nur im Vergleich von - grob gesprochen - Jugendlichen und Rentnern, sondern auch innerhalb der Gruppe der Erwerbsfähigen. Damit wird nochmals das Ergebnis bestätigt, dass ein strukturelles Defizit in allen sieben Regionen vorhanden ist, das durch natürliches Bevölkerungswachstum kaum kompensiert werden kann.

Abbildung 20: Altersstruktur der erwerbsfähigen Bevölkerung



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 5.

3.5 Indikatoren zur wirtschaftlichen Entwicklung (1998 – 2013)

Während die Bevölkerungsentwicklung zwischen 1998 und 2013 mit Hilfe der Gemeindestatistiken recht genau nachvollzogen werden kann, ist die Datenlage zur wirtschaftlichen Entwicklung sehr viel bescheidener. Hier sind die Daten teilweise unvollständig. Vieles (wie zum Beispiel Daten zur Wertschöpfung oder Steuereinnahmen) steht in den statistischen Landesämtern nicht auf Gemeindeebene zur Verfügung.

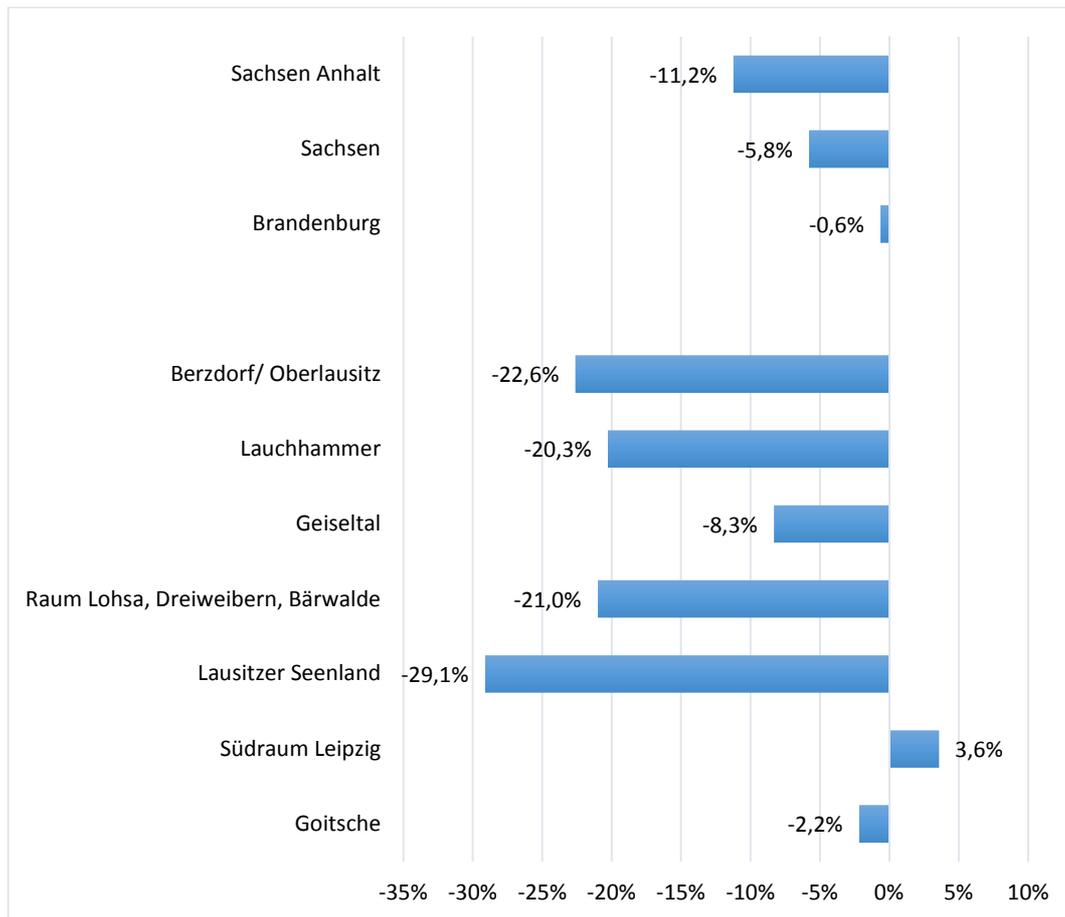
Statistiken gibt es zur Anzahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, zur Anzahl der Betriebe und der Tätigen Personen im Verarbeitenden Gewerbe, zur Arbeitslosigkeit und zur Entwicklung des Tourismus. In diesen Bereichen, insbesondere beim Tourismus, zeichnen die Daten teilweise eine positivere Entwicklung als bei den bereits diskutierten Daten zur Bevölkerungsentwicklung.

3.5.1 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

(1) Ein negatives Ergebnis zeigt sich zunächst bei der Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. In allen drei Bundesländern ist hier zwischen 1998 und 2013 eine Abnahme zu beobachten, am geringsten in Brandenburg mit 0,6 Prozent, am höchsten in Sachsen-Anhalt mit 11,2 Prozent. Mit Ausnahme des Südraums Leipzig (+3,6 %) und grenzwertig auch noch Goitzsche (-2,2 %) werden diese negativen Zahlen in den Beispielregionen nochmals übertroffen. Im Lausitzer Seenland ist dies ein Rückgang von 29,1 Prozent und in Berzdorf/Oberlausitz von 22,6 Prozent. Die positiven Zahlen im Südraum Leipzig erklären sich wiederum durch die „Speckgürtellage“ der Region, in der sich vermutlich nicht nur die Pendler aus Leipzig angesiedelt haben, sondern auch viele in der sich ausweitenden Infrastruktur der Region Beschäftigte (z.B. Kindergärten, Einzelhandel) (vgl. Abbildung 21).

Leider kann dies nicht weiter differenziert analysiert werden, da hierzu auf Gemeindeebene keine Statistiken vorhanden sind.

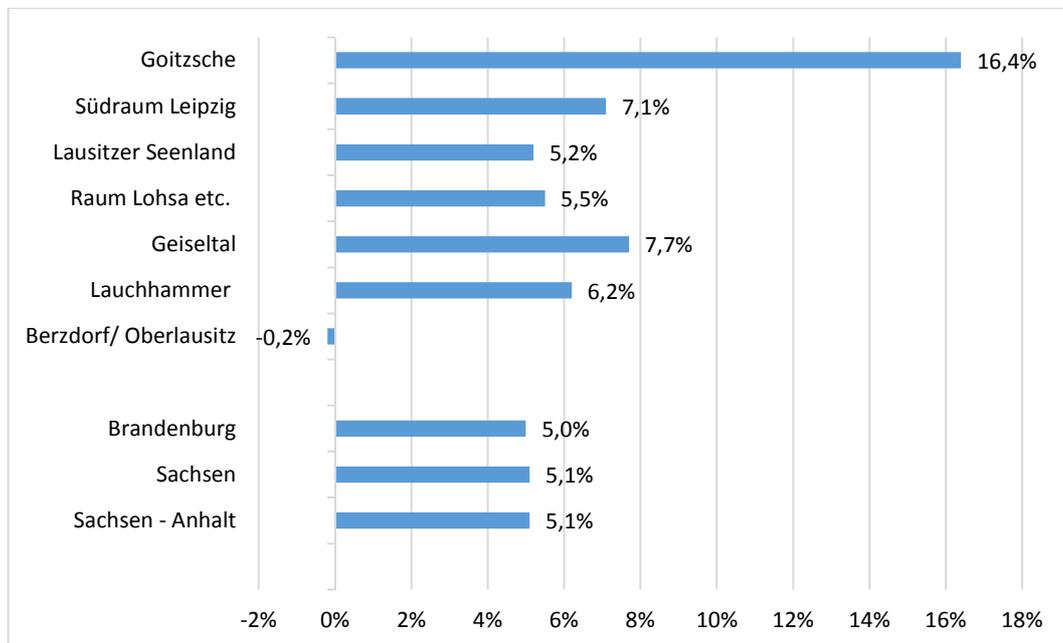
Abbildung 21: Veränderung der Anzahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort von 1998 zu 2013



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 6.

(2) Vor dem Hintergrund des Rückgangs der Zahl der erwerbsfähigen Personen (d. h. der 20- bis unter 65-Jährigen), der durch die Alterung der Bevölkerung und die Abwanderung verursacht ist, gibt es hinsichtlich der Sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung aber auch positive Entwicklungen zu vermelden: Berechnet man nämlich den Anteil der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an den Erwerbsfähigen, so zeigt sich, dass dieser von 1998 auf 2013 in sechs der sieben Beispielregionen gestiegen ist; nur in der Region Berzdorf, O.L. ist er konstant geblieben. Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass dieser Anteil der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an den erwerbsfähigen Personen im Mittel der drei Bundesländer Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt nur um 5 bzw. 5,1 Prozentpunkte, aber in den sechs Regionen Goitzsche, Südraum Leipzig, Lausitzer Seenland, Raum Lohsa/ Dreiweibern/ Bärwalde, Geiseltal und Lauchhammer sogar überdurchschnittlich (um 5,2-, 5,5-, 6,2- usw. bis 16,4 Prozentpunkte) angestiegen ist (vgl. Abbildung 22).

Abbildung 22: Anteil der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an den Erwerbsfähigen - Veränderungen 1998 bis 2013 in Prozentpunkten



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 5 und Tabelle 6.

(3) Ein Aspekt der sozioökonomischen Entwicklung, der ebenfalls die Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betrifft, ist die Situation der Pendler. Hinzuweisen ist hier also auf die Pendlersituation in den sieben Beispielregionen. Pendeln – hier von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten - beruht auf „push- und pull-Effekten“: Beschäftigte pendeln in der Regel ein, um einer Erwerbsarbeit nachzugehen, und sie pendeln aus, weil es an ihrem Wohnort diese Erwerbsmöglichkeit nicht gibt. Ein *positiver* Pendlersaldo weist also darauf hin, dass in der Stadt oder Gemeinde auch Arbeitsplätze für Personen (hier, wie gesagt: für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) angeboten werden, die nicht in der Stadt oder Gemeinde wohnen. Dies kann etwa eine größere Stadt sein, aber auch eine kleinere Gemeinde mit sehr vielen Unternehmen, beispielsweise mit einem großen Industriepark. Ein *negativer* Pendlersaldo weist umgekehrt darauf hin, dass in dieser Stadt oder Gemeinde eher weniger Arbeitsplätze angeboten werden, so dass Personen zum Zweck der Erwerbsarbeit auspendeln (müssen). Eine Stadt oder Gemeinde mit vielen Arbeitsplätzen muss aber keineswegs immer auch ein attraktiver Wohnort sein und eine (kleinere) Stadt oder Gemeinde mit wenigen Arbeitsplätzen kann als Wohnort durchaus attraktiv sein. In allen sieben Beispielregionen finden sich nun Städte und Gemeinden mit einem positiven und einem negativen Pendlersaldo, so dass sich weniger ein Blick auf die Beispielregionen insgesamt anbietet, sondern eher ein Blick auf die Städte und Gemeinden, aus denen sich die Beispielregionen zusammensetzen. Die folgende

Sicht auf die Pendlersituation beschränkt sich auf die Jahre 2008 und 2013.

Städte und Gemeinden mit einem *positiven Pendlersaldo* in den Jahren 2008 und 2013 sind in der Minderheit. Es handelt sich im Allgemeinen um Städte oder um Gemeinden mit Industriestandorten: Merseburg in der Beispielregion Geiseltal, Görlitz in der Beispielregion Berzdorf, O. L., Finsterwalde und Schwarzheide in der Beispielregion Lauchhammer, Bitterfeld-Wolfen in der Region Goitzsche, Zwenkau und Espenhain im Südraum Leipzig, Senftenberg im Lausitzer Seenland und Boxberg, O. L. im Beispielraum Lohsa/ Dreiweibern/ Bärwalde.

Böhlen im Südraum Leipzig gehört 2008 noch zu den Städten mit einem positiven Pendlersaldo, 2013 hingegen gibt es hier einen negativen Pendlersaldo.

Alle anderen Städte und Gemeinden in den sieben Beispielregionen weisen sowohl im Jahr 2008 als auch im Jahr 2013 einen *negativen Pendlersaldo* auf. Es sind dies

- in der Region Geiseltal: Braunsbedra und Mücheln,
- in der Region Berzdorf: Schönau-Berzdorf,
- in der Region Lauchhammer: Gorden-Staupitz, Lauchhammer, Lichterfeld-Schacksdorf, Plessa und Sallgast,
- in der Beispielregion Goitzsche: Muldestausee, Sandersdorf, Delitzsch und Löbnitz,
- im Südraum Leipzig: Markkleeberg, Rötha und Großpösna,
- im Lausitzer Seenland: Großräschen, Neu-Seeland, Schipkau, Welzow, Elsterheide, Lauta, Hoyerswerda und Spreetal,
- und schließlich im Beispielraum Lohsa/ Dreiweibern/ Bärwalde: Lohsa.

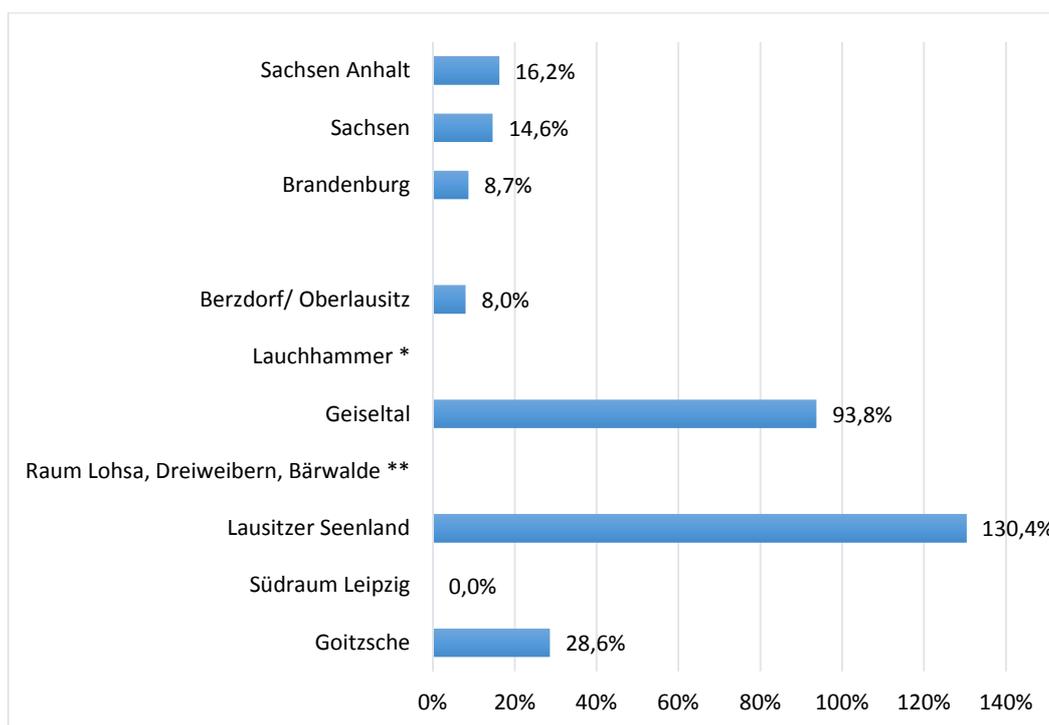
Man sieht an dieser Aufstellung übrigens auch, dass nicht alle Städte zwangsläufig Einpendler-Standorte sind (Hoyerswerda, Lauchhammer, Delitzsch beispielsweise).

Auch die Entwicklungstendenzen im Vergleich der Jahre 2008 und 2013 sind eher uneinheitlich. In einigen Städten steigt der positive Pendlersaldo (Görlitz, Finsterwalde, Zwenkau und Senftenberg), in anderen sinkt er (Merseburg, Bitterfeld-Wolfen). In den drei Industriestandorten Schwarzheide, Espenhain und Boxberg, O. L. sinkt der positive Pendlersaldo, bleibt aber positiv. Für die anderen Städte und Gemeinden mit einem negativen Pendlersaldo (2008 und 2013), die hier nicht noch einmal aufgezählt werden sollen, bleibt festzuhalten, dass in 12 dieser Städte und Gemeinden der Pendlersaldo im Vergleich der Jahre 2008 und 2013 gesunken und in 11 Städten und Gemeinden angestiegen ist. Die Vermutung liegt nahe, dass die BKS-Gemeinden eher als Wohnorte Anziehungskraft ausüben denn als Arbeitsorte.

3.5.2 Betriebe und Tätige Personen im Verarbeitenden Gewerbe

(1) Eine positive Entwicklung zeigt sich bei der **Anzahl der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe**. Während in den drei Bundesländern die Anzahl der Betriebe von 1998 bis 2013 zwischen 8,7 Prozent (Brandenburg) und 16,2 Prozent (Sachsen-Anhalt) zugenommen hat, sind in einigen der untersuchten Regionen die Steigerungsraten sehr viel höher, so im Lausitzer Seenland um 130,4 Prozent (in absoluten Zahlen: von 23 auf 53) und in Geiseltal um 93,8 Prozent (in absoluten Zahlen von 16 auf 31) (vgl. Abbildung 23). In Berzdorf, O. L. ist die Zahl von 25 auf 27 und in der Region Goitzsche von 70 auf 90 angestiegen. Im Südraum Leipzig zählte man sowohl im Jahr 1998 als auch im Jahr 2013 insgesamt 32 Betriebe. Für die Region Lauchhammer liegen nur Zahlen für 2009 und 2013 vor: In beiden Jahren gab es 32 Betriebe.

Abbildung 23: Veränderung der Anzahl der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe von 1998 zu 2013



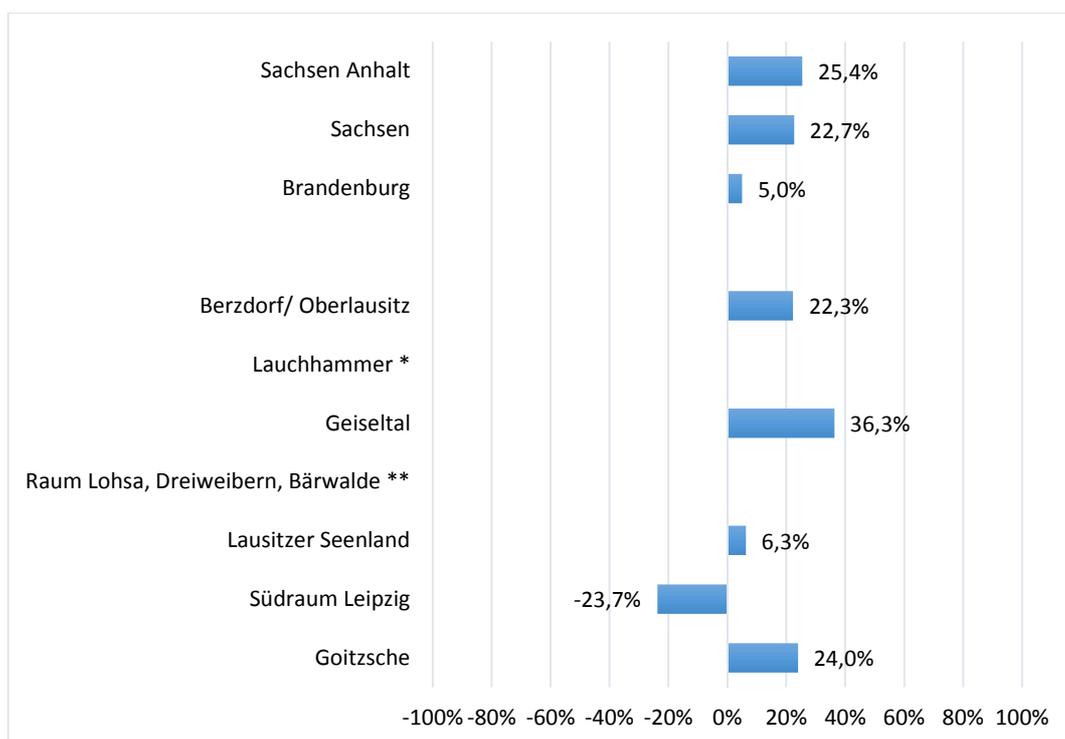
* Es sind keine Daten zur Region Lauchhammer 1998 und 2003 vorhanden

** Es sind keine ausreichenden Daten für den Raum Lohsa, Dreiweibern, Bärwalde vorhanden
Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 8..

(2) Bei der Veränderung der Anzahl der Tätigen Personen im Verarbeitenden Gewerbe sind die Differenzen zwischen den Beispielregionen und den Bundesländern geringer. Durchaus beachtlich erscheinen aber die Zuwächse in Berzdorf, O. L, Geiseltal und Goitzsche (vgl. Abbildung 24).

Interessant ist auch die Entwicklung im Südraum Leipzig: Während nämlich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hier – im deutlichen Unterschied zu den anderen Regionen - leicht angestiegen ist (+ 3,6%, vgl. Abbildung 21), geht die Zahl der im Verarbeitenden Gewerbe Tätigen Personen – wiederum anders als in den anderen Regionen – hier zurück (- 23,7%, vgl. Abbildung 24). Darin spiegelt sich vermutlich der Wandel von der Industrie- zur Tourismusregion.

Abbildung 24: Veränderung der Anzahl der Tätigen Personen im Verarbeitenden Gewerbe von 1998 zu 2013



* Es sind keine Daten zur Region Lauchhammer 1998 und 2003 vorhanden

** Es sind keine ausreichenden Daten für den Raum Lohsa, Dreiweibern, Bärwalde vorhanden

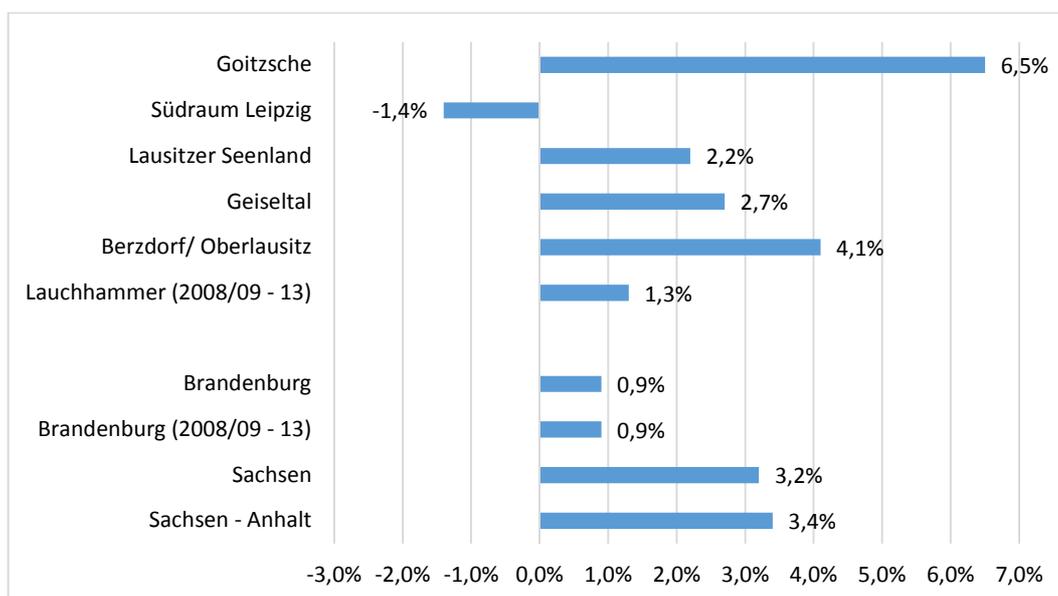
Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 7.

(3) Um zu prüfen, ob es Indizien für eine Stabilisierung des Verarbeitenden Gewerbes (bzw. der Industrie) in den Beispielregionen gibt, haben wir ergänzend noch zwei Kennziffern errechnet: Erstens den Anteil der Tätigen Personen im Verarbeitenden Gewerbe an der erwerbsfähigen Bevölkerung (20- bis unter 65-Jährige) und zweitens den „Anteil“ der Tätigen Personen im Verarbeitenden Gewerbe an den Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. (Da die Kategorie „Tätige Personen“ auch nicht Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte umfasst, ist

es nicht korrekt, von „Anteil“ im üblichen Sinn zu sprechen). Beide Kennziffern indizieren, dass es durchaus zu einer gewissen Stabilisierung der Industriebeschäftigung gekommen ist.

Erstens: In den Beispielregionen Goitzsche, Lausitzer Seenland, Geiseltal und Berzdorf, O. L. lässt sich ein Anstieg des Anteils der Tätigen Personen an den Erwerbsfähigen von 1998 auf 2013 registrieren, der in den beiden Regionen Goitzsche und Berzdorf, O. L. im Vergleich zu den drei Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt sogar überdurchschnittlich ausfällt. Im Südraum Leipzig hingegen gibt es einen Rückgang dieses Anteils im Vergleich der Jahre 2013 und 1998 (vgl. Abbildung 25). Dies hat hier wohl vor allem mit der zunehmenden Dienstleistungsorientierung der Beschäftigung in dieser Region zu tun. Für die beiden Regionen Raum Lohsa, Dreiweibern, Bärwalde und Lauchhammer liegen leider keine entsprechenden Daten vor.

Abbildung 25: Anteil der Tätigen Personen im Verarbeitenden Gewerbe an den Erwerbsfähigen - Veränderungen 1998 bis 2013 in Prozentpunkten



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 5 und Tabelle 7

Zweitens: In den vier Beispielregionen Goitzsche, Lausitzer Seenland, Geiseltal und Berzdorf, O. L. ist ein Anstieg des Indikators „Anteil“ der Tätigen Personen an den Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu beobachten. In den drei Regionen Goitzsche, Lausitzer Seenland und Berzdorf, O. L. fällt dieser Anstieg sogar überdurchschnittlich im Vergleich zu den drei Bundesländern aus und in der Region Geiseltal liegt er nur leicht unter diesem Durchschnitt. Anders verhält es sich wieder im Südraum Leipzig, wo – wie schon erwähnt – die Beschäftigung weniger auf die Industrie und mehr auf den Dienstleistungssektor ausgerichtet ist; hier geht der „Anteil“ der im Verarbeitenden Gewerbe Tätigen Personen an den

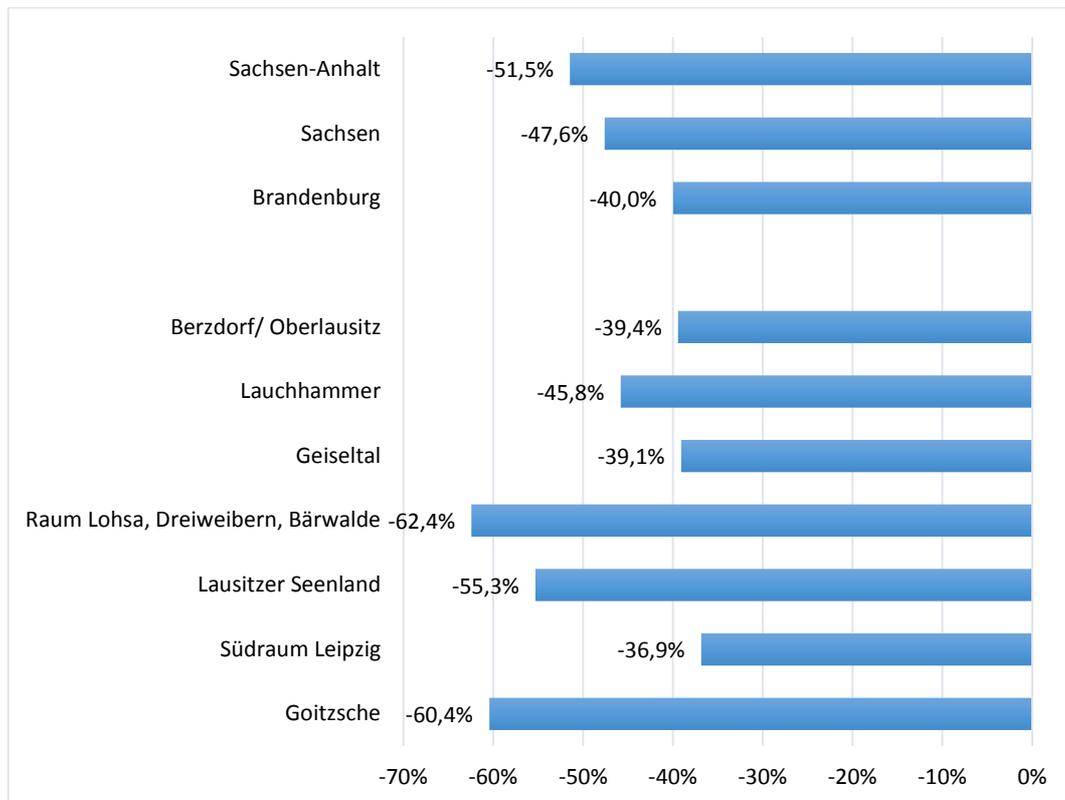
sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zurück. Wiederum liegen für die beiden Beispielregionen Lohsa, Dreiweibern, Bärwalde und Lauchhammer keine entsprechenden Daten vor.

(4) Aus Datenschutzgründen wurden Angaben zu den Umsätzen im Verarbeitenden Gewerbe von den Statistischen Landesämtern nicht zur Verfügung gestellt.

3.5.3 Arbeitslosigkeit

Durch die Schließung der Braunkohletagebaue haben die Regionen ihre Hauptbeschäftigten verloren. Da andere Arbeitsplätze kaum zur Verfügung standen und auch ein Wegzug nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung möglich war, hat die Zahl der Arbeitslosen notwendigerweise zugenommen. Diese Entwicklung hat schon sehr viel früher als in dem von uns untersuchten Zeitraum von 1998 bis 2013 begonnen, teilweise schon zu DDR-Zeiten, massiv dann in den 90er Jahren. Es muss auch weiterhin mit einem Verlust von Arbeitsplätzen gerechnet werden. Es ist die Schließung noch bestehender Braunkohletagebaue und ein folgender Strukturwandel mit langfristigem Verlauf zu erwarten.

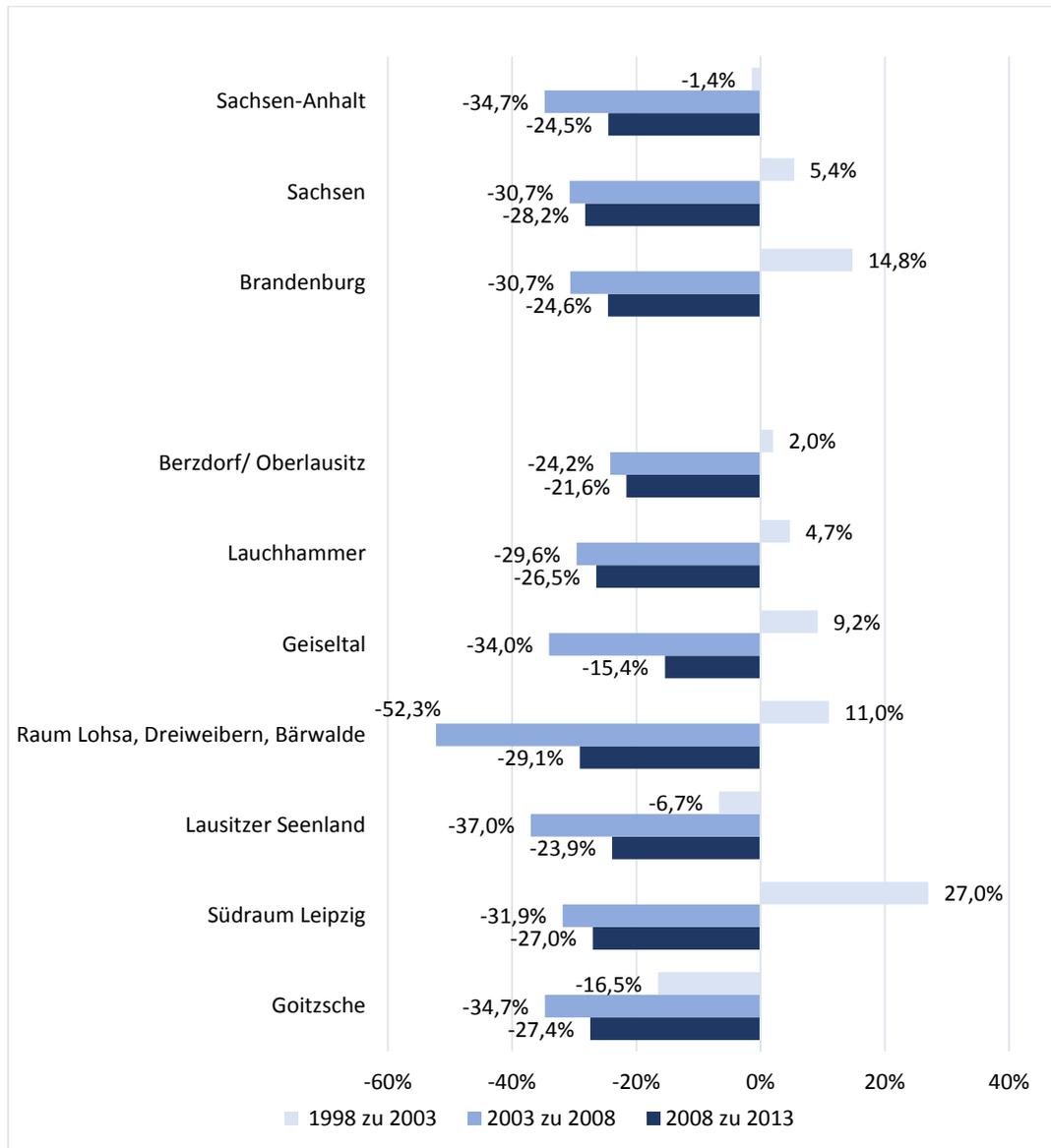
Vor diesem problematischen Hintergrund wird man die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen zwischen 1998 und 2013 als durchaus positiv einschätzen können. Insgesamt ist eine deutliche Verbesserung der Arbeitslosensituation eingetreten. In den drei Bundesländern, aber auch in allen sieben Beispielregionen ist die Arbeitslosigkeit zwischen 1998 und 2013 massiv zurückgegangen (vgl. Abbildung 26).

Abbildung 26: Entwicklung der Arbeitslosigkeit von 1998 zu 2013

Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 9.

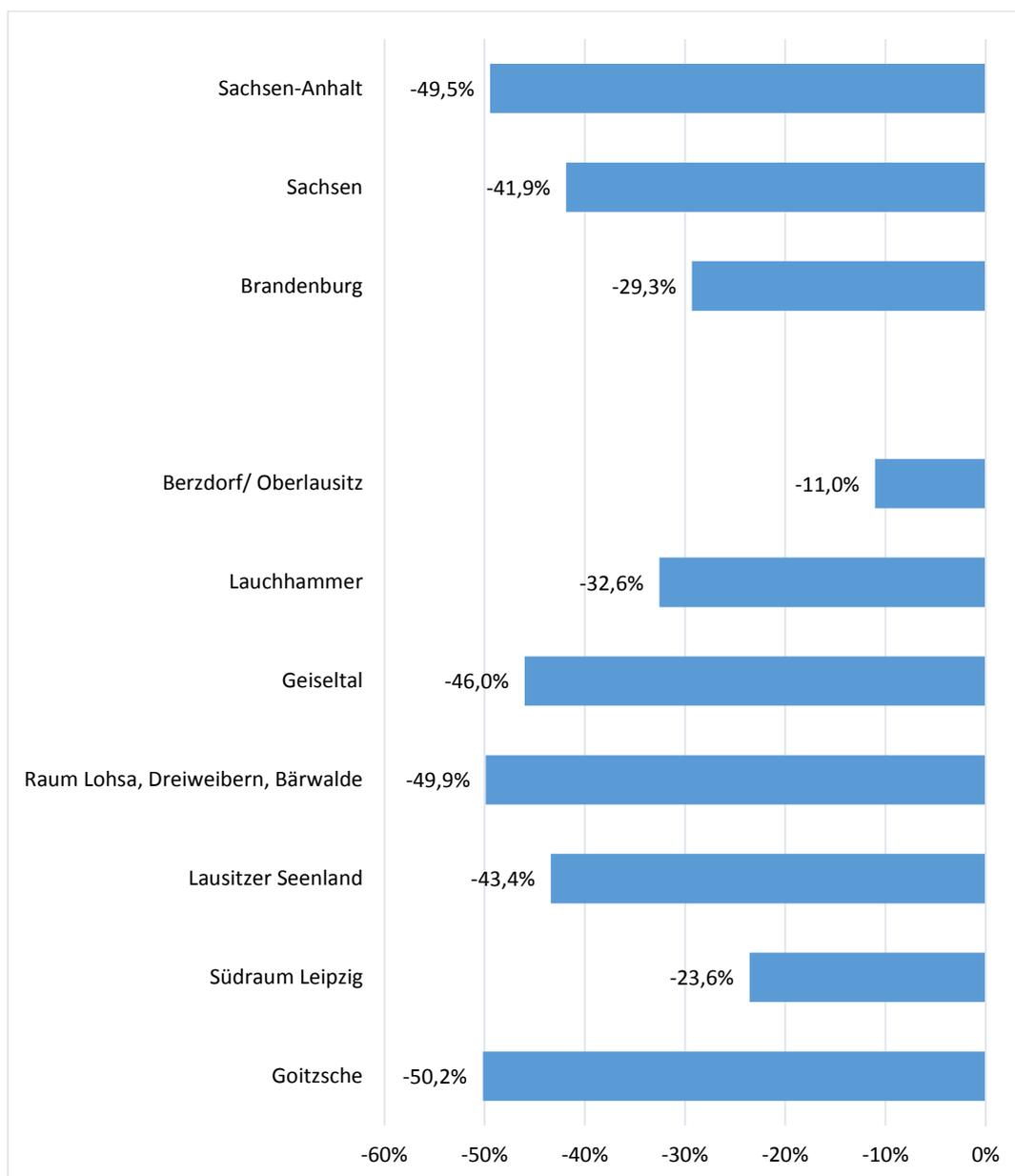
Allerdings hat dieser Rückgang überwiegend erst ab 2003 begonnen. Zwischen 1998 und 2003 hat es in den meisten Beispielregionen sogar nochmals einen Anstieg gegeben. Ab 2003 ist dann jedoch eine klare kontinuierliche Abnahme der Arbeitslosigkeit in allen Regionen zu beobachten. Der höchste Rückgang der Arbeitslosenzahlen findet in allen Vergleichsregionen zwischen 2003 und 2008 statt. Im Raum Lohsa, Dreiweibern, Bärwalde sind dies immerhin 52,3 Prozent. Zwischen 2008 und 2013 sind die Rückgänge geringer, aber mit 15,4 Prozent (Geiseltal) und 29,1 Prozent (Lohsa, Dreiweibern, Bärwalde) nochmals durchaus signifikant (vgl. Abbildung 27).

Abbildung 27: Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Fünfjahresschritten von 1998 bis 2013



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 9.

Bei den Zahlen zur Entwicklung der **Langzeitarbeitslosigkeit** gibt es eine ähnliche Entwicklung, wenn auch eine weniger positive. Der Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit ist sowohl in den drei Bundesländern als auch in den sieben Beispielregionen geringer als der Rückgang der Arbeitslosigkeit insgesamt (vgl. Abbildung 28).

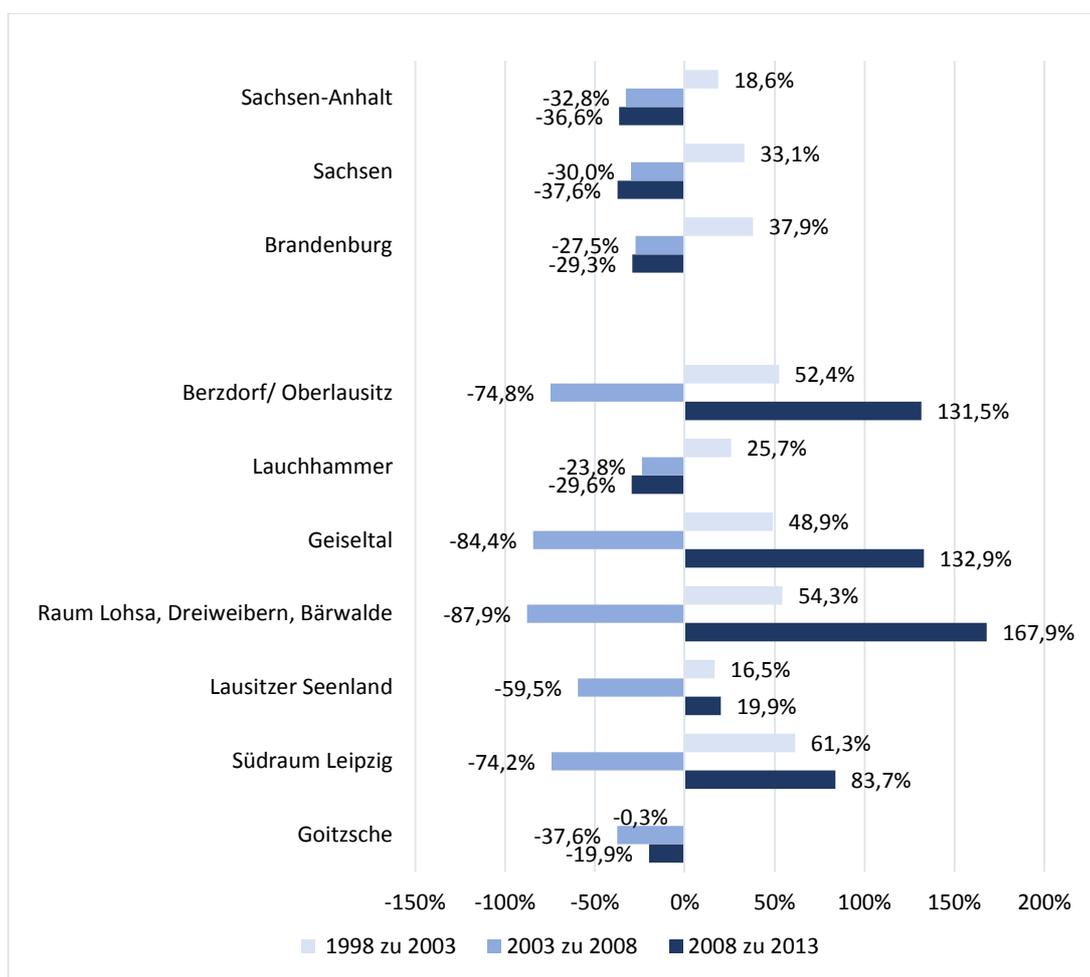
Abbildung 28: Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit von 1998 zu 2013

Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 9.

Eine differenzierende Analyse des Untersuchungszeitraums in Fünfjahresschritten zeigt ebenfalls eine ähnliche Entwicklung mit allerdings einem wichtigen Unterschied. Auch bei den Langzeitarbeitslosen sind die höchsten Zahlen diejenigen von 2003. Danach gibt es einen massiven Rückgang, in den letzten fünf Jahren aber – anders als bei den Arbeitslosenzahlen insgesamt – wieder einen Anstieg. Dieser Anstieg zwischen 2008 und 2013 unterscheidet die Beispielregionen von den drei Bundesländern, in denen die Langzeitarbeitslosigkeit auch in diesem Zeitraum nochmals deutlich abgenommen hat. Ausnahmen sind die beiden Regionen Goitzsche und Lauchhammer. Hier hat die Langzeitarbeitslosigkeit - dem Trend der drei Bundesländer folgend - ebenfalls

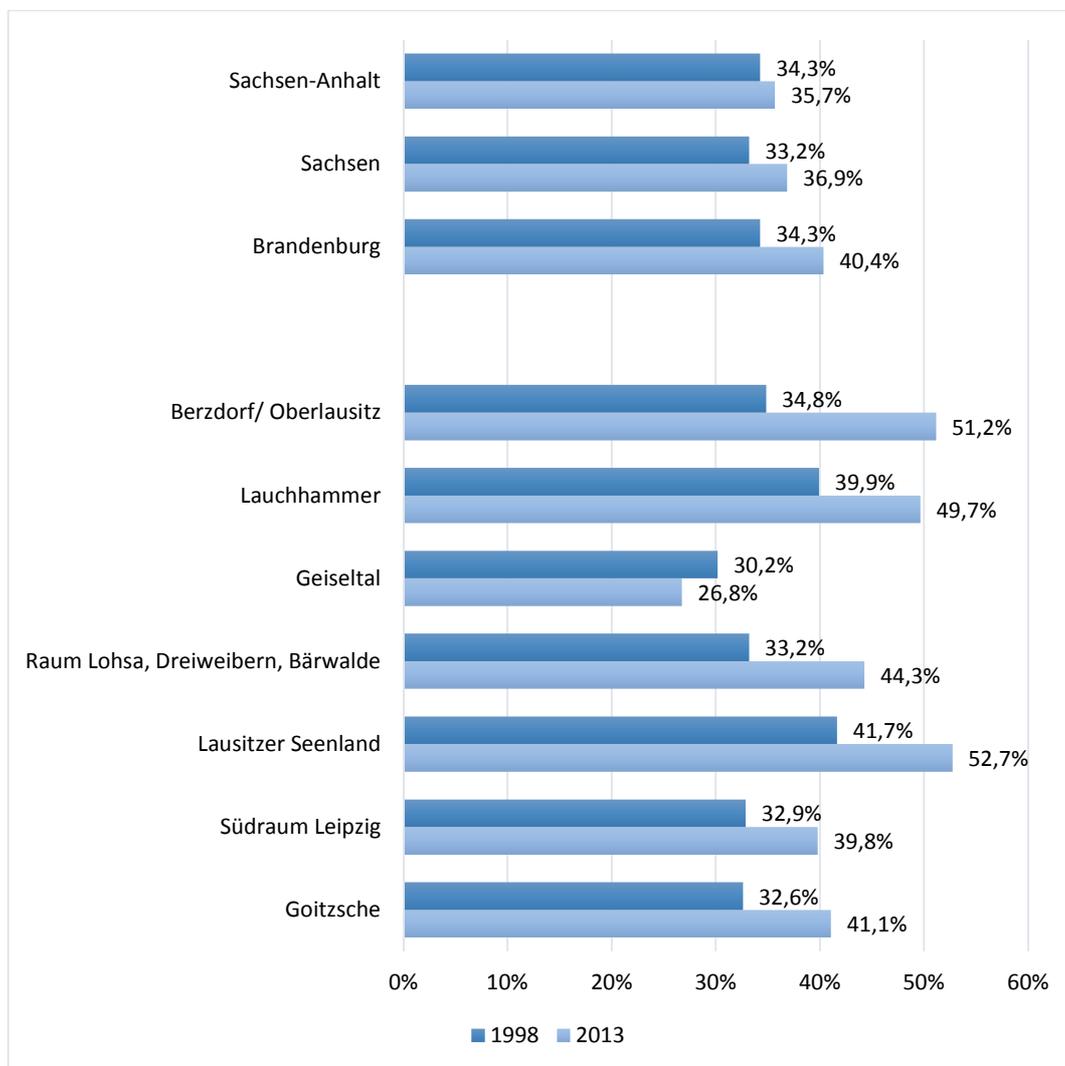
abgenommen, in den anderen fünf Regionen aber hat sie zugenommen. Diese Zunahmen sind sehr hoch, so in Lohsa/ Dreiweibern/ Bärwalde, in Geiseltal und in Berzdorf/Oberlausitz mit Zuwachsraten von weit über 100 Prozent. Allerdings sollten hier die absoluten Zahlen betrachtet werden, insbesondere im Vergleich der Jahre 2003, 2008 und 2013 (vgl. Tabelle 8 im Anhang). So ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen beispielsweise im Raum Lohsa, Dreiweibern, Bärwalde von 668 im Jahr 2003 zunächst auf 81 im Jahr 2008 gesunken, um dann auf 217 im Jahr (=+167,9%) anzusteigen. Nichtsdestoweniger muss die Entwicklung als Besorgnis erregend angesehen werden (vgl. Abbildung 29).

Abbildung 29: Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit in Fünfjahresschritten von 1998 bis 2013



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 9.

Abbildung 30: Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen in 1998 und 2013



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 9.

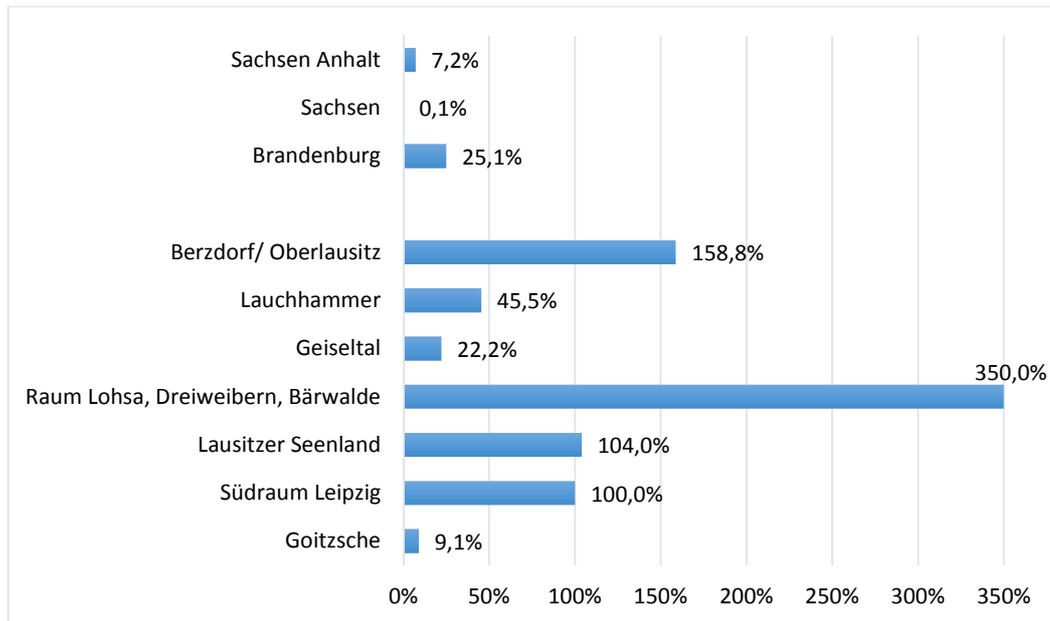
Die unterschiedliche Entwicklung der Langzeitarbeitslosenzahlen zwischen den Bundesländern und den Beispielregionen wird auch in der Abbildung 30 besonders deutlich, in der der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Zahl der Arbeitslosen insgesamt dargestellt ist. Hier zeigt sich, dass in sechs der sieben Beispielregionen (die Ausnahme ist Geiseltal) der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen deutlich gestiegen ist. In drei Regionen (Lausitzer Seenland, Berzdorf/Oberlausitz und Lauchhammer) sind mittlerweile um die 50 Prozent der Arbeitslosen Langzeitarbeitslose. Auch in den drei Bundesländern hat sich die Langzeitarbeitslosigkeit über die letzten 15 Jahre hinweg eher negativ entwickelt, aber doch in geringerem Maße.

3.5.4 *Tourismus*

In den Gemeinden und Städten mit aktivem Tagebau, Veredelungsanlagen und Kraftwerken gab es – was naheliegend und nicht überraschend ist – früher nur wenig Tourismus. Dieser konzentrierte sich in den in der Region liegenden Städten. Durch die Umwandlung der Braunkohletagebauegebiete in Seen und Naturgebiete sind diese Regionen touristisch interessant geworden. Mit steigenden Tourismuszahlen war also zu rechnen. Diese Erwartungen sind voll eingetreten. Sowohl was die geöffneten Beherbergungsbetriebe, die Zahl der angebotenen Gästebetten als auch die Anzahl der Übernachtungen betrifft (vgl. Abbildung 31 bis Abbildung 33), hat es zwischen 1998 und 2013 deutliche Zunahmen gegeben. Diese liegen über den gesamten Zeitraum hinweg bei teilweise weit über 100 Prozent. Hierbei sind allerdings die relativ kleinen absoluten Zahlen bei den Beherbergungsbetrieben zu berücksichtigen: Der Zunahme von 350 Prozent im Raum Lohsa, Dreiweibern Bärwalde entspricht eine Steigerung dieser Zahl von 6 auf 18 und in Berzdorf, O. L. einer Zunahme von 158 Prozent eine Steigerung von 17 auf 44. Im Lausitzer Seenland beläuft sich der Anstieg der Zahl der Beherbergungsbetriebe von 25 auf 51 (= 104%) und im Südraum Leipzig von 9 auf 18 (= 100%). In den drei Bundesländern ist die Zunahme des Tourismus geringer, wenn auch in allen im positiven Bereich. In Sachsen ist diese Zunahme über die drei Indikatoren für Tourismus gesehen am geringsten, was daran liegt, dass Sachsen mit den Städten Dresden, Leipzig, Görlitz und Bautzen und den landschaftlichen Attraktionen Erzgebirge und Sächsische Schweiz auch schon zu DDR-Zeiten touristisch attraktiv war.

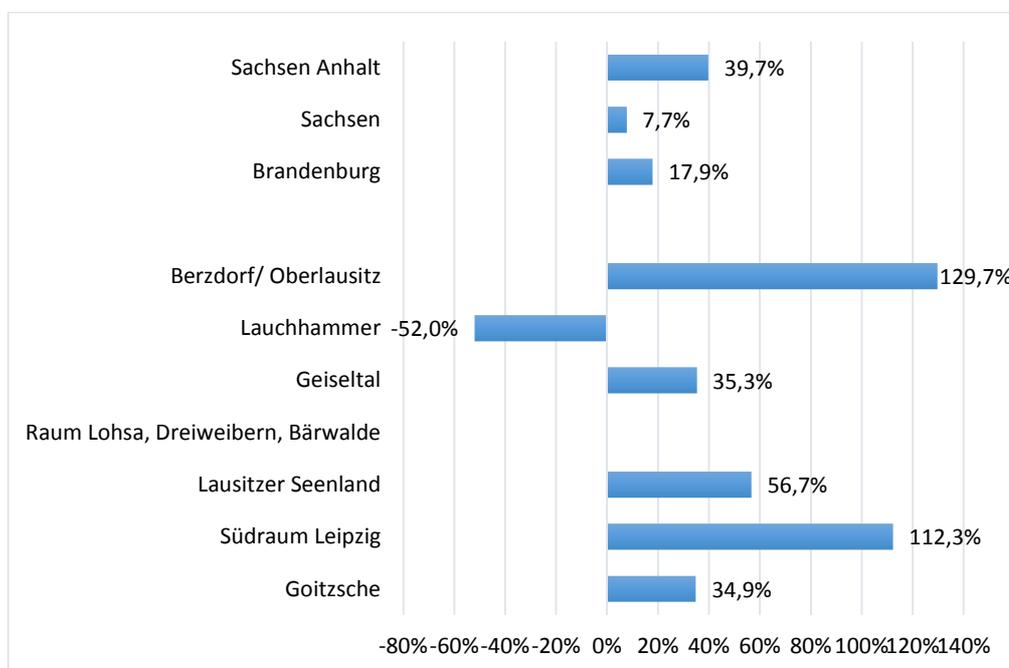
Ein Ausreißer von der positiven Entwicklung ist die Region Lauchhammer, in der die Anzahl der angebotenen Gästebetten und die der Übernachtungen deutlich (52,0% und 35,5%) zurückgegangen sind.

Abbildung 31: Zunahme der geöffneten Beherbergungsbetriebe von 1998 zu 2013



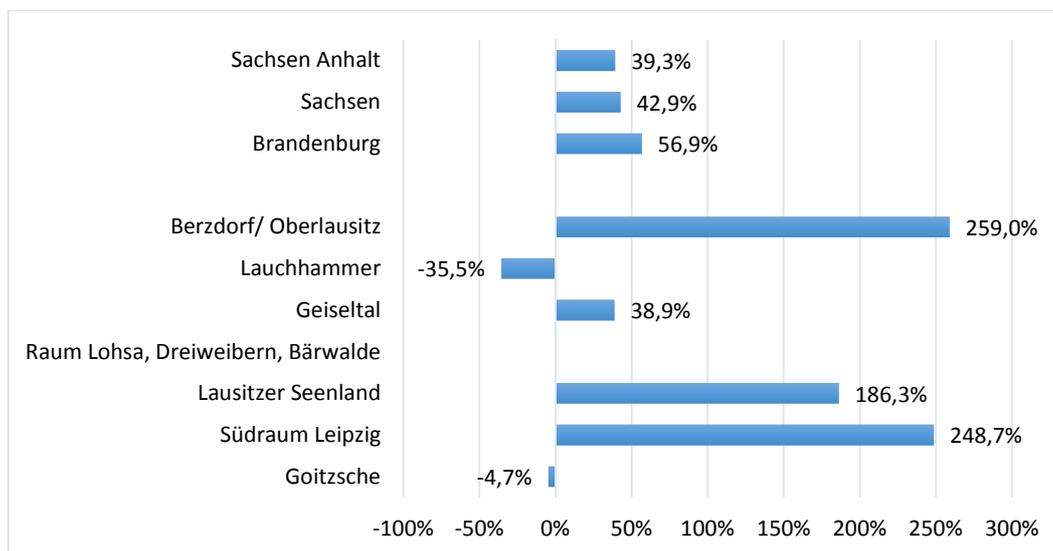
Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 10.

Abbildung 32: Zu- und Abnahme der Zahl der angebotenen Gästebetten von 1998 zu 2013



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 10.

Abbildung 33: Zu- und Abnahme der Zahl der Übernachtungen von 1998 zu 2013



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 10.

Bemerkenswert ist der hohe Anstieg des Tourismus in Berzdorf/Oberlausitz. Der Berzdorfer See ist erst in den letzten Jahren entstanden und dürfte nicht nur für das nahegelegene Görlitz zu einem wichtigen Naherholungsgebiet geworden sein, sondern auch darüber hinaus z. B. für Touristen aus der Tschechischen Republik. Auch der Südraum Leipzig ist offenbar nicht nur als Naherholungsgebiet für die Stadtbevölkerung von Leipzig attraktiv, sondern auch für den überregionalen Tourismus. Hingewiesen soll an dieser Stelle indes aber auch auf neuere Zahlen des Tourismusverbandes Lausitzer Seenland für das Jahr 2014. Das Verbandsgebiet umfasst allerdings sowohl Gemeinden im Land Brandenburg als auch im Freistaat Sachsen und ist daher nicht identisch mit der Region, die hier als „Lausitzer Seenland“ firmiert. Im Vergleich der Jahre 2013 und 2014 sind die Zahlen für die Beherbergungsbetriebe, für die Gästebetten und – allerdings nur im sächsischen Teil des Verbandsgebietes – auch für die Übernachtungen leicht rückläufig.

Wir haben es also in den Braunkohlesanierungsgebieten mehrheitlich mit einem starken Anstieg des Tourismus zu tun. Wichtig für eine Einschätzung des ökonomischen Erfolgs touristischer Aktivitäten ist aber auch die Auslastung der angebotenen Kapazitäten. Dazu gibt es leider keine offizielle Statistik.

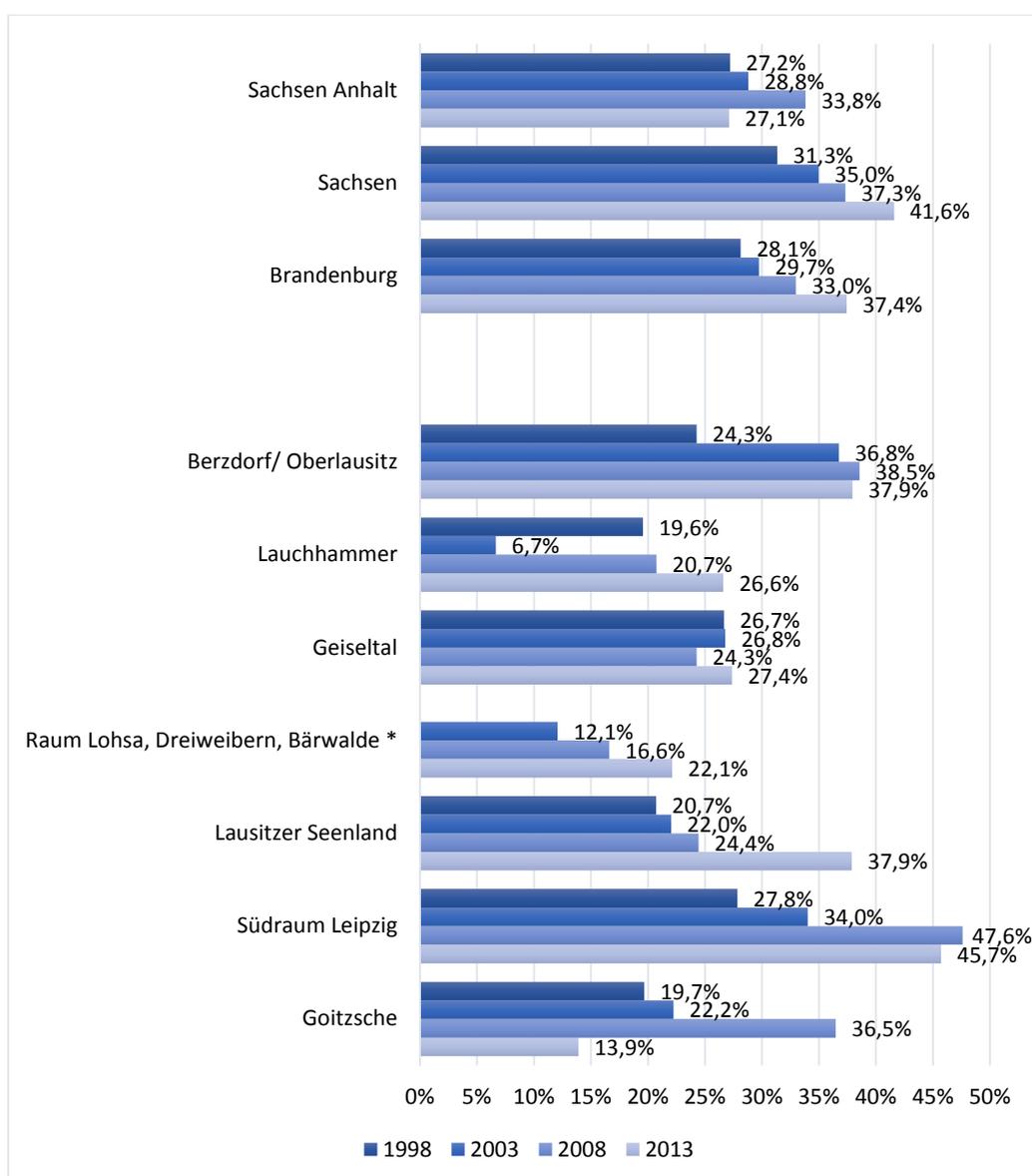
Wir haben eine eigene Berechnung auf der Grundlage der uns zur Verfügung stehenden Zahlen durchgeführt. Dazu haben wir aus den Angaben zur Anzahl der angebotenen Betten und der Übernachtungen einen Indikator für deren Auslastung berechnet: Wir haben die Zahl der angebotenen Betten multipliziert mit 365 geteilt durch die Zahl der Übernachtungen pro Jahr (vgl. Abbildung 34).

Auch hier ist eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Die Kapazitätsauslastung ist in sechs der sieben Beispielregionen 2013 größer als 1998, teilweise nur

geringfügig, wie in Geiseltal mit einer Zunahme von 0,7 Prozentpunkten, teilweise aber auch sehr viel höher, wie im Südraum Leipzig mit 17,9 Prozentpunkten oder im Lausitzer Seenland mit 17,2 Prozentpunkten.

Ausnahme ist Goitzsche mit einem Rückgang der Auslastung von 5,8 Prozentpunkten. Dieser beruht vor allem auf einem sehr hohen Rückgang zwischen 2008 und 2013 von 22,6 Prozentpunkten. In diesem Zeitraum hat es in Goitzsche eine sehr hohe Zunahme der angebotenen Betten um 208 Prozentpunkte gegeben (von 827 auf 2.549), die möglicherweise zu einer vorübergehenden Überkapazität geführt hat. Vor allem aber dürfte der Rückgang der Auslastung wohl mit den Auswirkungen des Hochwassers im Jahre 2010 zu tun haben (vgl. hierzu Tabelle 10 im Anhang).

Abbildung 34: Auslastung der angebotenen Betten in Fünfjahresschritten von 1998 bis 2013



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 10.

3.6 Zusammenfassung der Regionaldatenanalyse

Auf der Basis der ausgewählten Indikatoren für die sozioökonomische Entwicklung muss für die sieben Sanierungsgebiete eine widersprüchliche Entwicklung konstatiert werden. Dies gilt sowohl für einen Vergleich der sieben Gebiete untereinander, aber auch für den Vergleich der Gebiete zu den Bundesländern, in denen die Sanierungsgebiete liegen.

Gemeinsam ist sowohl den Sanierungsgebieten als auch den drei zum Vergleich herangezogenen Bundesländern, dass sie zwischen den Jahren 1998 und 2013 einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen haben. Dieser ist sowohl auf das durchgängige Geburtendefizit im Vergleich zu den Sterbefällen als auch auf phasenweise auftretende massive Wanderungsverluste zurückzuführen. In einigen Sanierungsgebieten ist die Entwicklung (der Geburten und Sterbefälle sowie der Wanderungen) grundsätzlich nicht viel anders, in anderen eher noch negativer als in den Bundesländern, im Südraum Leipzig allerdings insbesondere aufgrund von Wanderungsgewinnen etwas besser. In den Beispielregionen wie auch in den entsprechenden Bundesländern altert die Bevölkerung. Insgesamt ist die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 1998 und 2013 durchweg leicht rückläufig.

Bei den Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist in allen drei Bundesländern eine Zunahme zu konstatieren, die wahrscheinlich zu den zwischen 2003 und 2013 deutlich gesunkenen Arbeitslosenzahlen geführt hat. In den Sanierungsgebieten ist diese Entwicklung ungünstiger. Bis auf den Südraum Leipzig hat in den Sanierungsgebieten die Zahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den fünf Jahren abgenommen. Betrachtet man aber den Anteil der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der – rückläufigen – Zahl der Erwerbsfähigen, so stellt sich die Entwicklung günstiger dar.

Auch hat es, gemessen an der Zahl der Betriebe und der Tätigen Personen im Verarbeitenden Gewerbe sowie an den Anteilen dieser Tätigen Personen an den Erwerbsfähigen und den Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, eine Stabilisierung der Industrie in den Beispielregionen gegeben. Eine Ausnahme bildet der Südraum Leipzig, wo hinsichtlich des Verarbeitenden Gewerbes Rückgänge zu verzeichnen sind, die aber durch die Zunahme der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (vermutlich im Dienstleistungssektor, z. B. im Tourismus) kompensiert werden.

Die Arbeitslosenzahlen sind in allen Sanierungsgebieten und in den zum Vergleich herangezogenen Bundesländern zurückgegangen. Bei der Entwicklung des Anteils der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen ist die Entwicklung in den Sanierungsgebieten allerdings ungünstiger. Während in den drei Bundesländern der

Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen gesunken ist, ist er in allen sieben Sanierungsgebieten gestiegen.

Die Schaffung neuer Seen hat insgesamt zu einer Zunahme des Tourismus geführt. Während in allen drei Bundesländern die Zahl der angebotenen Betten und der Übernachtungen nur leicht gestiegen ist, lässt sich in den meisten Sanierungsgebieten eine deutliche Zunahme beobachten. Nimmt man beispielsweise die Anzahl der Übernachtungen als Indikator, so lassen sich Zunahmen bis zu 90 Prozent (Lausitzer Seenland) festhalten.

Wir haben es also mit einer nach wie vor negativen Bevölkerungsentwicklung zu tun, einer sinkenden Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit, leichten Verbesserungen im Verarbeitenden Gewerbe und einer positiven Entwicklung beim Tourismus.

4 Ergebnisse der Bürgermeister/innen - Befragung

4.1 Ansatz und Durchführung der Befragung

Wie die bisherigen Recherchen gezeigt haben, ist es sinnvoll, die Daten zu den sozioökonomischen Voraussetzungen und Folgen der Braunkohlesanierung aus verschiedenen Quellen zusammenzustellen. So sind zum einen in den Regionalstatistiken eine Reihe von für die Beurteilung der ökonomischen Entwicklung wichtige Informationen nicht erfasst, zum anderen liegen die vorhandenen Informationen nicht durchgängig in allen Gemeinden und kleineren Städten vor. (Im Folgenden wird verkürzt nur noch von „Gemeinden“ gesprochen). Für eine Verbreiterung und Differenzierung der empirischen Basis hielten wir es für sinnvoll, zentrale Indikatoren für eine Einschätzung der Folgen und des Erfolgs der Braunkohlesanierung in allen betroffenen Gemeinden zu erheben. Sehr gut für eine solche Erhebung geeignet erschien uns, die Bürgermeister/innen von Gemeinden, die Braunkohlesanierungsgebiete aufweisen, zu befragen. Verglichen mit anderen mit den Problemen der Braunkohlesanierung vertrauten Experten dürften sie diejenigen sein, die die Situation in ihren Gemeinden, für die sie zuständig sind, am besten kennen.

Schwerpunkte der Befragung sollten der Einfluss der Braunkohlesanierung auf die bisherige Entwicklung, die aktuelle Situation und die zukünftige Entwicklung der jeweiligen Gemeinde sein. Zentrale Dimensionen der Befragung waren:

Rahmendaten zur Braunkohlesanierung in der Gemeinde

- Start und Zeitverlauf der Braunkohlesanierung
- Benennung laufender Projekte und zukünftiger Planungen
- Probleme

Gemeindeentwicklung und Braunkohlesanierung

- Entwicklung und Typen des Landschaftswandels
- Branchen- und Unternehmensstruktur
- Art der Investitionsaktivitäten
- Alters-, Geschlechts- und Qualifikationsstruktur der Zu- und Wegzüge
- Einfluss der Braunkohlesanierung auf die finanzielle Situation der Gemeinde

Einschätzung des Erfolges der Braunkohlesanierung in der Gemeinde

Einstellung der Bevölkerung der Gemeinde zur Braunkohlesanierung und Bereitschaft, an Veränderungen aktiv mitzuwirken

Die Befragung erfolgte in der Regel in Form einer Online-Befragung aller 122 Bürgermeister/innen in Gebieten mit einem Braunkohlesanierungsanteil von über drei Prozent. Die entsprechenden 122 Gemeinden liegen in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Niedersachsen und wurden uns von der LMBV benannt. Die Gemeinden der sieben Beispielregionen für die Regionaldatenanalysen sind inbegriffen.

Im August 2015 wurde in Abstimmung mit dem Auftraggeber ein Fragebogen konzipiert. Im September fand mit vier Bürgermeister/innen ein Pretest statt, woraufhin der Fragebogen nochmals angepasst werden konnte. Parallel wurden alle Email-Adressen der Bürgermeister/innen der 122 Gemeinden rekrutiert. Nach der Überarbeitung des Fragebogens und dessen Online-Programmierung konnten Ende September die Emails mit den Links zur Umfrage an die Bürgermeister/innen versandt werden. Auf Wunsch wurden an die Bürgermeister/innen auch Papierversionen des Fragebogens geschickt.

Nach zwei Wochen erfolgte die erste Erinnerung zur Beantwortung des Fragebogens per Email. Ende Oktober wurden alle Telefonnummern der Bürgermeister/innen recherchiert und per Anruf an die Teilnahme bei der Befragung erinnert. Bei diesen Telefonaten, aber auch durch Rückmeldungen per Email, stellte sich heraus, dass in einigen Gemeinden - nach Auskunft der Bürgermeister/innen - keine Braunkohlesanierung stattfindet, da teilweise noch aktiv Braunkohle gefördert wird oder sich in den Gemeinden gar keine Braunkohlegebiete und folglich auch keine Sanierungsgebiete befinden. Insgesamt mussten wir feststellen, dass dies für 31 der von uns einbezogenen Gemeinden gelten soll. Diese Gemeinden wurden folglich von uns in der Befragung nicht weiter berücksichtigt. Einige Gemeinden haben eine Beteiligung aus zeitlichen Gründen abgelehnt (7). Insgesamt liegen 53 beantwortete Fragebögen vor. Dies ist nach Abzug der o. e. 31 Gemeinden eine erfreulich hohe Rücklaufquote von gut 58 Prozent. Den Fragebogen beantwortet haben Bürgermeister/innen aus Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Von den insgesamt 33 Gemeinden der sieben Beispielregionen haben 21, also etwa zwei Drittel geantwortet. Wie bei solchen Befragungen üblich, ist auch den Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen selbstverständlich Anonymität zugesichert worden.

Auszüge aus Rückmeldungen der Nichtantwortenden

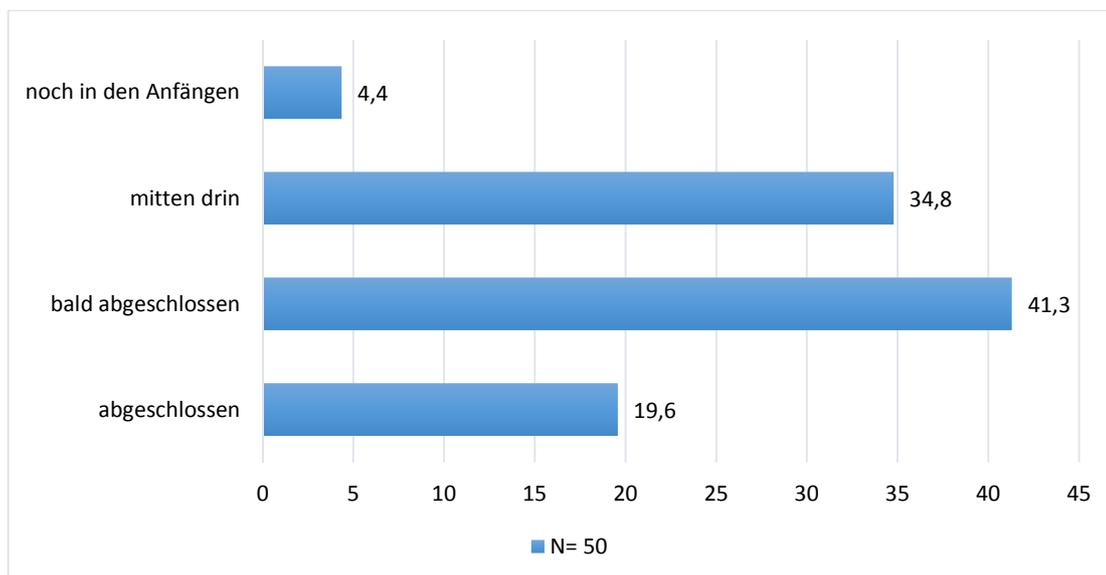
- „Der teilweise auf unserem Gemeindegebiet liegende ehemalige Tagebau wurde bereits 1968 stillgelegt. Das Tagebaurestloch wurde ab Beginn der 1970er Jahre als Mülldeponie genutzt und die bergbauliche Sicherung der Böschungen, Bepflanzung der Innenkippe, Abbau aller Geräte und Anlagen etc. war auch schon zu DDR-Zeiten abgeschlossen. Wir haben hier also nicht den typischen Fall einer Tagebaustilllegung zu Beginn der 1990er Jahre und verzichten daher darauf, die Fragebögen auszufüllen.“
- „In unserem Stadtgebiet existieren keine Braunkohlesanierungsgebiete, deshalb ist der Fragebogen für uns nicht relevant.“
- „Aufgrund des Umfangs, d.h. der vielen Fragen ist unsere Gemeinde nicht in der Lage, diese ohne Zuarbeit von Dritten zu beantworten. Auch werden zahlreiche Fragen bei uns statistisch (z. B. Arbeitsplätze, Personengruppen, Arbeitslose) nicht erfasst.“
- „Unsere Stadt wird sich nicht an der Befragung beteiligen, da wir kein Braunkohlegebiet sind.“
- „Bezugnehmend auf die heutige Anfrage zur Befragung zur Braunkohlensanierung muss ich Ihnen leider mitteilen, dass unsere Gemeinde bereits seit den 30er Jahren von der Braunkohलगewinnung und den daraus resultierenden Überbaggerungen von Ortschaften betroffen ist. Allein vier Tagebaue waren vor der Wendezeit im Territorium aktiv und heute ist es noch einer. Die von Ihnen gestellten detaillierten Fragen können unsererseits nicht beantwortet werden, da die Braunkohlensanierung nicht nur die Nachwendezeit, sondern eigentlich schon 85 Jahre umfasst. Weiterhin sind aufgrund der Größe unserer Kommune keine statistischen Angaben zu Arbeitslosen etc. vorhanden bzw. zu deren Qualifikation.“
- „Aus Zeitgründen ist es nicht möglich, den Fragebogen konstruktiv auszufüllen.“

4.2 Entwicklung der Braunkohlesanierung

(1) Die Sanierung des Braunkohltagbaus ist ein langfristiges Projekt, das in einigen Regionen schon zu DDR-Zeiten begonnen wurde. 26 Jahre nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik befinden sich die Braunkohlegebiete in ganz unterschiedlichen *Stadien der Sanierung*, in einigen gilt die Sanierung als abgeschlossen, in anderen wird immer noch Braunkohle abgebaut.

Nach Auskunft der Bürgermeister/innen ist in 19,6 Prozent der Gemeinden die Braunkohlesanierung bereits abgeschlossen, wohingegen sie in 4,4 Prozent noch in den Anfängen steckt (vgl. Abbildung 35). Am häufigsten ist die Einschätzung, dass mit einem baldigen Abschluss zu rechnen ist (41,3%). Nimmt man die 19,6 Prozent der bereits abgeschlossenen Sanierungen hinzu, dann wird man in naher Zukunft von weit über der Hälfte (rund 61%) abgeschlossener Sanierungen ausgehen können.

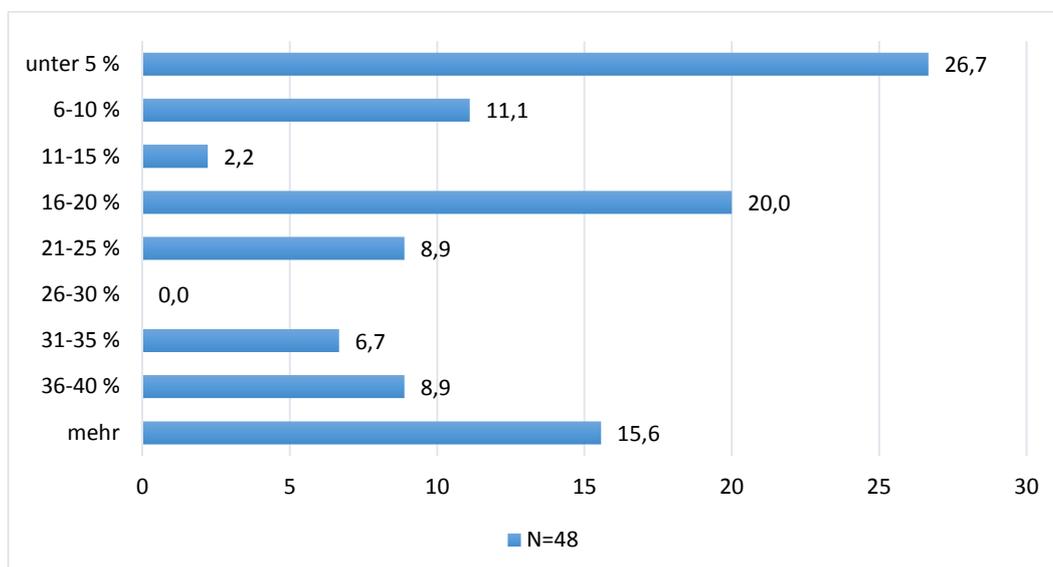
Abbildung 35: In welchem Stadium befindet sich die Braunkohlesanierung zurzeit? (in Prozent)



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 11.

(2) Sehr unterschiedlich ist auch der *Umfang der von den Sanierungsmaßnahmen betroffenen Flächen der Gemeinden*. Die Angaben reichen von unter fünf Prozent bis hin zu über 40 Prozent (vgl. Abbildung 36). Als Mittelwert ergibt sich ein Prozentsatz von 12,5 Prozent, der Median (der Wert, oberhalb und unterhalb dessen jeweils 50% der Fälle liegen) findet sich bei 8,9 Prozent. Daraus folgt, dass es große Unterschiede in der Bedeutung der Braunkohlesanierung für die einzelnen Gemeinden gibt.

Abbildung 36: Circa wieviel Prozent der Fläche Ihrer Gemeinde sind Braunkohlesanierungsgebiete?



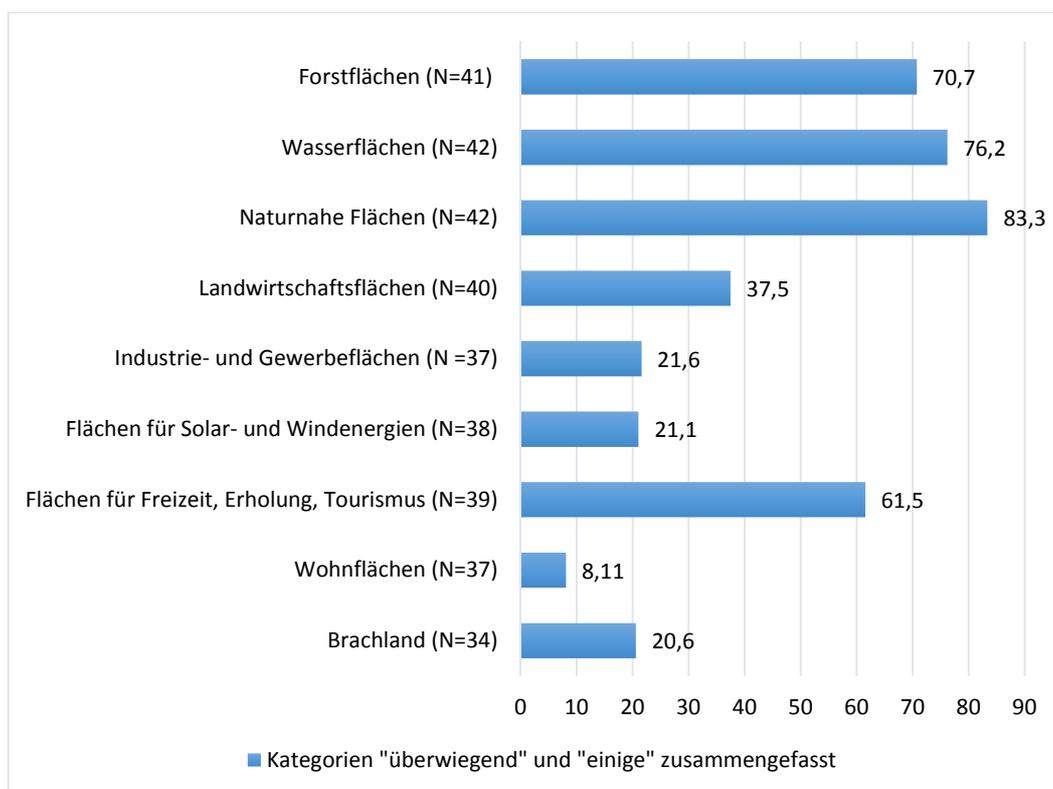
Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 13.

(3) Aus den Statistiken zur Flächennutzung bzw. zum Landschaftswandel (vgl. Kapitel 2) wissen wir, dass in den Sanierungsgebieten vor allem Wald-, Wasser- und naturnahe Flächen entstanden sind. Den Bürgermeister/innen wurde ebenfalls eine auf die entstandenen Flächen bezogene Frage gestellt, die jedoch nicht auf den Umfang der **Flächen** zielt, sondern auf ihre **Vielfalt**. Es zeigt sich, dass in der großen Mehrzahl von Gemeinden (jeweils in über 80%) naturnahe Flächen, Wasser- und Forstflächen entstanden sind (vgl. Abbildung 37). Auch Flächen für Freizeit, Erholung und Tourismus sind häufig entstanden (in über 60% der Gemeinden), während Flächen für Industrie und Gewerbe, Wohnbauten oder auch Flächen für Windenergie eine sehr viel geringere Rolle spielen (jeweils gut 20%).

Die Entstehung von Wohnflächen nimmt nur einen geringen Anteil an der Verwendung der Flächen ein (nur 8,1% der Bürgermeister/innen geben an, dass solche Flächen entstanden seien).

Auch Brachland ist entstanden (in 20,6% der Gemeinden), über dessen Verwendung erst in der Zukunft entschieden wird.

Abbildung 37: Welche Art von Flächen sind durch die BKS entstanden?
(in Prozent/ Mehrfachnennungen möglich)



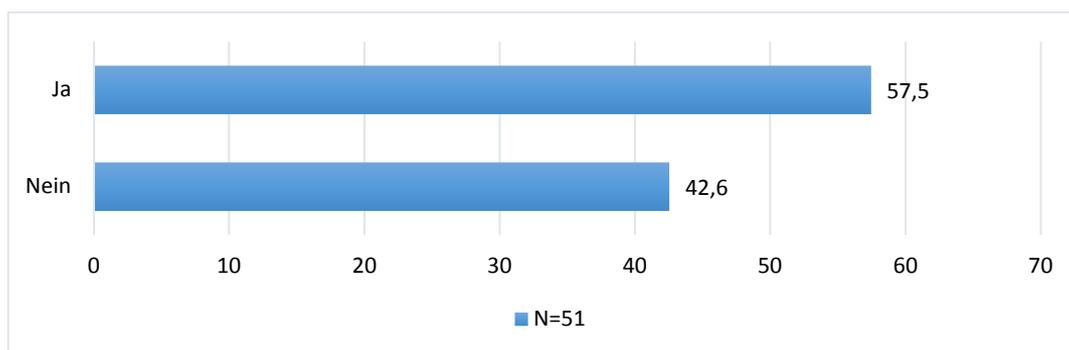
Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 14..

(4) Vom Brachland zu unterscheiden sind sog. „**gesperrte Flächen**“. Dies sind Flächen, die aus Sicherheitsgründen entweder noch nicht für weitere Verwendungen freigegeben werden können oder aber aufgrund besonderer

Vorkommnisse (z.B. Erdbeben) gesperrt werden mussten. Ziel ist es, im Zuge der Sanierung die Sperrung dieser Flächen schrittweise aufzuheben.

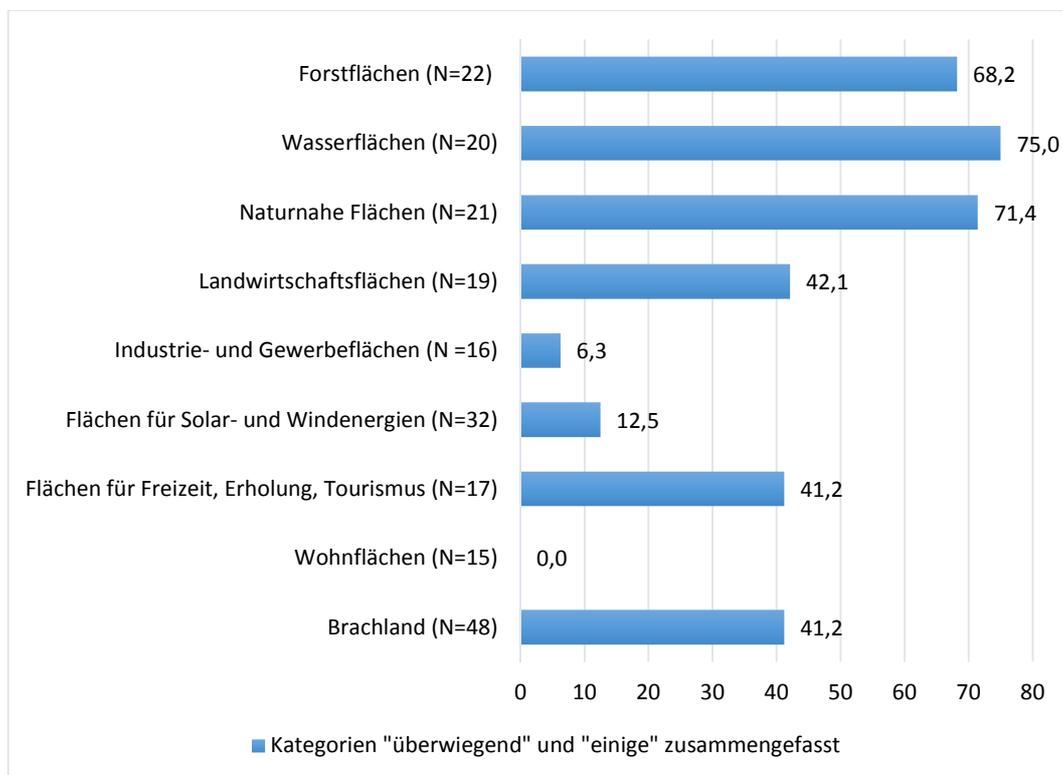
Über die Hälfte aller Bürgermeister/innen gibt an, in ihrer Gemeinde gesperrte Flächen zu haben (vgl. Abbildung 38).

Abbildung 38: Gibt es gesperrte Flächen? (in Prozent)



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 15.

Abbildung 39: Welche Art Flächen sind gesperrt? (in Prozent)



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 16.

Da über die Hälfte der Bürgermeister/innen angibt, in ihren Gemeinden gesperrte Flächen zu haben, wird es in Zukunft weitere Landschaftszuwächse aufgrund von Entsperrungen geben.

Abbildung 39 gibt einen Überblick über die Art der gesperrten Flächen. Die Prozentzahlen zeigen nicht den Umfang der gesperrten Flächen an, sondern nur in welchen Bereichen in erster Linie Sperrungen auftreten. Nach Auskunft der Bürgermeister/innen gibt es gesperrte Flächen vor allem dort, wo neue Landschaftsflächen entstanden sind. Dies sind in erster Linie Forst- und Wasserflächen sowie naturnahe Landschaftsflächen. In sehr viel geringerem Maße sind es Industrie- und Gewerbeflächen. Im Bereich der Wohnflächen treten keine Sperrungen auf. 68,2 Prozent der Bürgermeister sagen, dass es in ihrer Gemeinde besonders häufig Sperrungen im Bereich der Forstflächen gäbe, 75 Prozent sehen dies im Bereich der Wasserflächen und 71,4 Prozent im Bereich der naturnahen Flächen.

4.3 Wirtschaftliche Entwicklung in den Sanierungsregionen

Während die Gemeindestatistiken bzw. die Regionaldaten sich auf vergangene Entwicklungen beziehen, haben die Bürgermeister/innen auch Einschätzungen zur wirtschaftlichen Entwicklung abgegeben. Die Gemeindestatistiken bzw. die Regionaldaten tragen hierzu nur insofern bei, als sie sich auf die Vergangenheit beschränken.

Demgegenüber haben die Bürgermeister/innen größtenteils einen Überblick nicht nur über die vergangenen wirtschaftlichen Entwicklungen, sondern auch über die laufenden und geplanten. Da hiermit ein möglicherweise sehr breites Spektrum an Investitionen und Projekten angesprochen ist, wurden die entsprechenden Fragen nicht als geschlossene Fragen mit Vorgaben gestellt, sondern als offene Fragen.

Ein Problem offener Fragen ist, dass sie oft nicht oder nur sehr knapp beantwortet werden. Diese Sorge erwies sich hier jedoch als unbegründet. Die weitaus größte Zahl der Bürgermeister/innen hat die Fragen zu den Projekten und den Planungen beantwortet, manche haben dies sogar sehr ausführlich getan. Dies unterstreicht die Wichtigkeit des Themas der Untersuchung für die Gemeinden und das hohe Engagement der Bürgermeister/innen in dieser Sache. Ganz offensichtlich wurde die Befragung von denen, die geantwortet haben, sehr ernst genommen.

Insgesamt wurden zum Themenkomplex der laufenden und geplanten wirtschaftlichen Entwicklungen mehrere Fragen gestellt. Im Folgenden werden alle Antworten wiedergegeben, mit einer anschließenden Herausarbeitung der wesentlichen Trends.

Wir haben die Antworten auf alle Fragen vollständig dargestellt, wobei wir sie

etwas gebündelt haben, um zu viele Wiederholungen zu vermeiden. Zudem haben wir auf die konkrete Benennung einer Reihe von Projekten und Entwicklungen verzichtet und allgemeine Formulierungen verwendet, wenn aus der Antwort unmittelbar zu erschließen ist, um welche Gemeinde es sich handelt. Wenn zum Beispiel ein bestimmter See nur einer einzigen Gemeinde zugeordnet werden kann, haben wir auf den Namen des Sees verzichtet, wenn an ihn aber mehrere Gemeinden grenzen, den See mit vollem Namen genannt. Nicht alles, was an Projekten und Entwicklungen genannt wird, ist unmittelbar verständlich. Im Rahmen eines mündlichen Interviews würde man hier nachhaken und sich erläutern lassen, was an dieser Stelle gemeint ist. Bei einer schriftlichen Befragung gibt es nur die Alternativen „Weglassen“ oder „Darstellen“. Wir haben uns dafür entschieden, alle Äußerungen zu dokumentieren. Das Problem ist zudem gering, da unverständliche Antworten sehr selten auftreten.

(1) Die Frage nach im Zusammenhang mit der Braunkohlesanierung entstandenen **wichtigen Entwicklungen und Projekten** wurde von fast allen Bürgermeister/innen (44 insgesamt) beantwortet. Die Frage nimmt explizit Bezug auf den §4 VA und damit auf staatlich geförderte Projekte. Die Antworten variieren dabei von recht allgemeinen Angaben wie zum Beispiel „ein See“ oder „Tourismus“ bis hin zu konkreten Projekten (wie beispielsweise „Yachthafen“ oder „Aussichtsturm“).

Am häufigsten werden allgemeine Angaben gemacht. So wurde von 15 Bürgermeister/innen (33,3%) die „touristische Infrastruktur“ benannt. Für den Tourismus relevant sind dazu noch die Schaffung von Verbindungskanälen („Überleitern“) zwischen einzelnen Seen, Hafenerschließungen und Uferpromenaden.

Auch Investitionen in Straßen, Wege und Parkplätze, die einige Male angegeben werden, dienen ebenfalls der Entwicklung der touristischen Infrastruktur, sodass insgesamt weit über die Hälfte aller genannten Entwicklungen und Projekte sich auf den Tourismus beziehen.

Viele der aufgeführten Maßnahmen sind aber auch für die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe von Bedeutung. Industrie und Gewerbe rangieren nach dem Tourismus klar an zweiter Stelle in der Häufigkeit der Nennungen (sechs Nennungen). Demgegenüber werden Investitionen in erneuerbare Energien wie Solar- oder Windenergie lediglich zweimal angeführt.

Ansonsten wird eine Reihe von konkreten Projekten genannt, deren Förderung sich aus Problemen und Rahmenbedingungen der jeweiligen Gemeinden erklärt.

Zwei Bürgermeister/innen sagen schließlich, es habe keine Investitionen gegeben, einer, es werde erst in der Zukunft welche geben und ein weiterer, es gäbe keine „gezielten“ Investitionen.

Welche wichtigen Entwicklungen/Projekte, die im Zusammenhang mit der Erhöhung des Folgenutzenstandards (§ 4 VA) stehen, gibt es (z.B. touristische Infrastruktur, Industrie- und Gewerbeansiedlungen)?

- Touristische Infrastruktur/Entwicklungen (9x)
- Radwege, Hafenerschließung, 'Südümfahrung'
- Aussichtsturm, Schiffsanleger, Sachsenhütte
- nördlicher Straßenanschluss mit Parkplatz für den XX See
- einen See
- Projekte zur Entwicklung eines sanften Tourismus
- touristische Infrastruktur (äußere Erschließung Hafen, Dt. Ossig und Campingplatz, Bootsanlegestege, Slipanlage, Radweegeanbindung, Aussichtsturm, Parkplätze, Rettungstürme, Anbindung Hafen - Verknüpfungsstelle ÖPNV/SPNV, Fingerstege)
- Konsequente Entwicklung der Gemeinde XX zur Energie- und Tourismuskommune. Die zentrale Rolle im Bereich Tourismus spielt dabei der "Landschaftspark Bärwalder See", aber auch der Lausitzer Findlingspark Nochten. Grundlage für die Entwicklungen sind das Regionale Entwicklungskonzept "Lausitzer Seenland" und die Braunkohlenpläne als Sanierungsrahmenpläne.
- Ferienressort XX mit Yachthafen, Vineta, Personenschiffahrt im Leipziger Neuseenland, Bergbautechnikpark, Geopfad
- Nachnutzung des Gebietes für sportliche Events (z.B. O-See-Challenge), Freizeit/Tourismus, Erholung
- Besucherbergwerk F60 und Umland, touristische Infrastruktur für B-Plangebiet, XX See
- Halbinsel Pouch mit Expo 2000-Projekten, Uferpromenade mit Seebrücke und Pegelturm, Ferienhaussiedlungen, Rad-und Wanderwege
- Naherholung (naturnah); LSG
- 1999 Durchführung der 2. Sächsischen Landesgartenschau (Olbersdorf/Zittau)
- Hafen, Strände, Wohnstandort (im Aufbau), Kanäle
- Flächennutzungsplan für Randbereiche; See touristisch nutzen
- Masterplan für die Seen, Nachnutzungskonzept XX-See in Arbeit, Regionalentwicklungskonzept, Ziel 3 Projekte (Antragsstellung) zu Wasserwanderverbindungen
- Gemäß des am 29. August 1995 genehmigten Braunkohlenplanes gibt es ein "Vorranggebiet für Erholung, Tourismus und Freizeitanlagen". Hierin eingeschlossen einen 60 ha großen See. In diesem Gelände fand 1999 die 2. Sächsische Landesgartenschau statt. Inzwischen haben sich ein Campingplatz mit

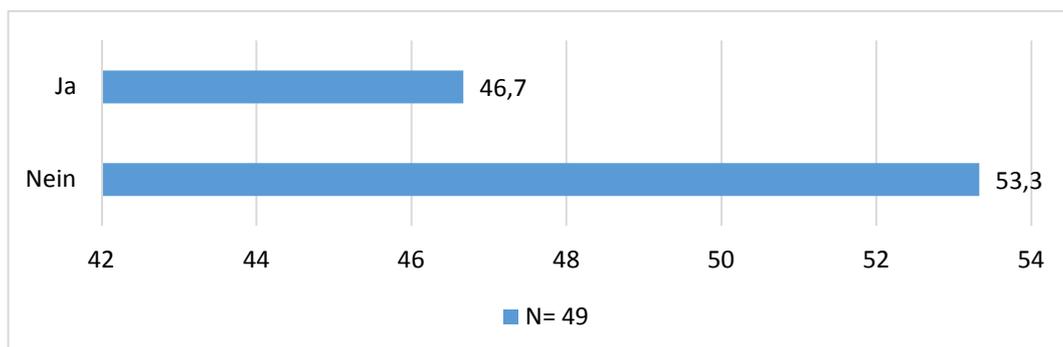
275 Stellplätzen, ein Erlebnisrestaurant, ein Hotel und zahlreiche Outdoor-sportanlagen fest und erfolgreich etabliert. Unter dem Label "O-SEE Challenge" fand in diesem Jahr der mittlerweile 15. Internationale Cross Triathlon am Olbersdorfer See statt.

- Verkehrserschließungen, Parkplätze
- 1. Weinanbau auf ehemaliger Halde Klobikau; 2. Errichtung der "Europäischen Begegnungsstätte der Kulturen" in der Nähe vom Weinberg; 3. Errichtung eines Aussichtsturmes auf der Klobikauer Halde; 4. Errichtung einer Zufahrtstraße und eines Parkplatzes für die Besucher des Aussichtsturmes.
- Schulstandort, Anbindung an Wasserflächen, Bebauungsplan Nr. 8 Naherholung und Freizeit
- Gewerbegebiet (2x)
- Industrie und Gewerbeansiedlungen (2x)
- Industriepark; Lausitzer Seenland
- XX See; XX -See; Hochhalde Trages
- Maritimtouristisches Gewerbegebiet KAP Zwenkau, XX-See, Harthkanal (schiffbare Gewässerverbindung zwischen XX und XX-See)
- Kreisstraße K 6636 (AS Kittlitz - IGG)
- Areal Stadtwald Welzow einschl. XX-See (ehem. Restloch am Bad) - Teilbereiche des Welzower Industrie- und Gewerbeparks Ost
- Photovoltaik
- Entwicklung Industriepark Schwarze Pumpe, Lausitzer Seenland, Rekultivierung Hochkippe, Radwegenetz
- derzeit keine - ab 2017 in touristische Infrastruktur, in Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur
- bisher keine, die die LMBV-Flächen betreffen - künftig gibt es Projekte zur Schaffung touristischer Infrastruktur (Wiedernutzbarmachung des aktiven Tagebaubereichs (zzt. noch VE-M))
- keine: Großteil der Flächen für Naturschutz, Landwirtschaft und private Solarparks vorgesehen
- keine (Anlage eines Golfplatzes neben und evtl. teilweise auf Altbergbaugelände als private Investition)
- § 4 Maßnahmen wurden keine durchgeführt, da über Flurneuordnungsverfahren Maßnahmen erfolgten
- Maßnahmen im Bereich des § 4 VA sind weitgehend abgeschlossen. Offen blieb jedoch das für die Gemeinde äußerst wichtige Vorhaben der Instandsetzung der öffentlichen Infrastruktur in der Ortslage XX (innerörtliche Straßen, techn. Infrastruktur) als Voraussetzung für eine Revitalisierung der Ortslage XX

Insgesamt ergibt sich ein klares Bild. Nach Angaben der Bürgermeister/innen fließen die Investitionen (oder sind schon geflossen) vor allem in den touristischen Bereich. Dem folgen mit beträchtlichen Abstand Investitionen in Industrie und Gewerbe und schließlich die Schaffung einer für Tourismus wie Industrie und Gewerbe hilfreichen Verkehrsinfrastruktur. Investitionen in erneuerbare Energien spielen nur eine geringfügige Rolle.

(2) Die Gelder, die in die Braunkohlesanierung fließen, haben nicht nur die Funktion, Entwicklungen und Projekte direkt durchzuführen und zu fördern, sondern darüber hinaus auch *kommunale und private Investitionen* und Entwicklungen anzustoßen. Auf die entsprechende Frage antwortet allerdings gut die Hälfte aller Bürgermeister/innen, dass es über die direkte Sanierungsfinanzierung hinausgehende Entwicklungen und Projekte in ihrer Gemeinde nicht gegeben habe (vgl. Abbildung 40). In knapp der Hälfte der Gemeinden sind aber offenbar weitere Investitionen getätigt worden.

Abbildung 40: Gibt es darüber hinaus noch andere wichtige Entwicklungen/ Projekte (in Prozent)



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 17.

In einer offenen Frage wurde nachgefragt, um welche Art von Entwicklungen/ Projekte es sich gehandelt habe. Die insgesamt 21 Antworten konzentrieren sich auf weitere Sanierungsmaßnahmen sowie auf Aktivitäten der Bundesländer oder der Gemeinde.

**Gibt es darüber hinaus noch andere wichtige Entwicklungen/Projekte?
Wenn „Ja“, welche sind dies?**

- Sanierung OT XX
- Braune Spree; Aufsteigendes Grundwasser
- Grundwasseranstieg, Gösel-Renaturierung
- Erarbeitung eines Entwicklungsprojekts Spreewald-Lausitz-Tagebaufolgelandschaften zwischen Calau, Luckau, Lübbenau (Spreewald), Vetschau/Spreewald
- Masterplan, REK, Zul 3
- Straßenbau
- Entwicklung Blaue Lagune, Neuberzdorfer Höhe
- Die Entwicklungen/Projekte zur Erhöhung des Folgenutzungsstandards konnten nur realisiert werden, da wir bisher eine starke Energiewirtschaft auf Basis der Braunkohle hatten. Durch sehr gute Gewerbesteuererinnahmen des Sektors Förderung von bzw. Energieerzeugung durch Braunkohle konnten die notwendigen Eigenanteile gesichert werden. Kurzum: Ohne einen starken Rückhalt der Industrie kann auch keine nachhaltige Folgenutzung gewährleistet werden. Die Nutzung der Ressource "Braunkohle" wird auch weiterhin das wichtigste Standbein der Gemeinde XX bleiben müssen.
- Sondergebiete für Freizeit und Erholung
- Planung Wege- und Wasserwegeverbindungen über mehrere Rekultivierungsbereiche vorgesehen (Kooperation 4 Städte) REK - Regionales Entwicklungskonzept Spreewald - Niederlausitzer Tagebaufolgelandschaften zwischen den Städten Calau, Luckau, Lübbenau/Spreewald und Vetschau/Spreewald
- Achse von Kernstadt zum künftigen Hafen (Seestraße) - MI/WA-Gebietsausweisungen mit dem neuen Flächennutzungsplan für Baulandpotenziale am Ostrand der kernstädtischen Siedlungsstruktur
- Entwicklung eines Sondergebietes für Erholung (Ferienhäuser, Marina, Seebrücke)
- Sanierung und Wiederaufforstung des Areals Deponie/Hochteich XX
- Entwicklung von Wegeverbindungen, Ausweisung von Eigenheimflächen, Projekten im Zusammenhang der Entwicklung des "XX-Sees"
- B-Plan in Aufstellung (Ferienhäuser, Campingplatz, Marina, Gastronomie)
- Forschungslabor SÜD-Brandenburg, "Schwimmendes Klassenzimmer" am SeeCampus Niederlausitz

- Erhöhung Standsicherheiten in Wohnbereichen und Freiflächen innerhalb des Stadtgebiets - Entwässerung bewohnter Bereiche wegen Grundwasserwiederanstieg
- Hochwasserschutz der Weißen Elster, kompletter Stadtumbau als gesamtstädtische Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahme
- Übernachtungs- und Freizeitbetriebe, Personenschiffahrt und anderes touristisches Gewerbe
- Nur auf Bergbaufolgelandschaft (XX-See) bezogen: Entwicklung Teilbereich Magdeborner Halbinsel Nord, Entwicklung zentraler Strand mit Campingareal, Entwicklung XX-Ufer, Entwicklung Ortsmitte XX (einzige Ortslage der Gemeinde direkt am See gelegen)
- Für die Gemeinde sind die noch zu erledigenden großflächigen (!) Maßnahmen der Grundsanie rung von Bedeutung (Raum Meuro-Süd, Grenzschlauch Ost des ehem. Tagebaus Klettwitz, Sanierung RL Westmarkscheide Tagebau Meuro, Sanierung Umfeld Ortslage Hörlitz), Ziel: Herstellung einer zugänglichen und lebenswerten Bergbaufolgelandschaft

Hier stehen ebenfalls Sanierungsprojekte und auf die Entwicklung des Tourismus bezogene Vorhaben im Vordergrund, ansonsten dominieren bei den Antworten konkrete, für die Gemeinde spezifische, Projekte.

Was die Art der Maßnahmen betrifft, konzentrieren sie sich auf aktuelle Probleme wie die Wasserverunreinigung („braune Spree“) oder steigendes Grundwasser, aber auch auf Maßnahmen im Bereich der Naherholung und der touristischen Infrastruktur. In einer gesonderten Frage wurde auf aktuelle Probleme Bezug genommen; auf diese wird weiter unten eingegangen.

(3) Zwei weitere offene Fragen konzentrieren sich auf **öffentliche und private Folgeinvestitionen**. Bei beiden Fragen wird von den Bürgermeister/innen eine Vielzahl von Folgeinvestitionen genannt. Diese beziehen sich, wie auch schon bei den Fragen nach den aktuell durch Braunkohlesanierungsgelder geförderten öffentlichen Investitionen, vor allem auf den Bereich der für den Tourismus wichtigen Infrastruktur (Überleiter, Hafenanlagen, Bootsanleger, Strandpromenaden, Naturparks und Museen). Bei den privaten Investitionen werden vor allem Hotellerie und Gastronomie angegeben. Es werden aber auch Gewerbeparkansiedlungen und die Errichtung eines Industriestandortes genannt sowie der Bau eines Pflegeheimes.

Welches waren die größten öffentlichen Folgeinvestitionen im Zuge der Braunkohlesanierung in ihrer Gemeinde?

- touristische Infrastruktur
- Strandgestaltung, Aufforstungen, Wegenutzung
- Radwege, Straßenbeleuchtungen, Nebenanlagen, Tiefbau
- Landesgartenschau Olbersdorf/Zittau
- Radwegebau zwischen XX und XX
- Errichtung Aussichtsturm und Sachsenhütte
- Seebrücke mit Pegelturm, Parkplätze, Geh- und Radwege, Bootsanlegestellen, Rettungsstege für Hilfskräfte
- Radwege, Museum "Zeitsprung", Aussichtsplattform Klinger See und Raubrittertor sowie Umfeldgestaltung
- Schaffung touristischer Infrastruktur am XX See, z.B. Bootshafen
- 1. Lausitzring; 2. Neubau der B 169 Ortsumfahrung Senftenberg; 3. Neutrassierung und Ortsumfahrung L 60; 4. Wiederherstellung Ortsverbindungsstraße Klettwitz-Kostebrau; 5. bergbauliche Vorbereitungsmaßnahmen zum anschließenden Bau des Radwanderwegenetzes OSL; 6. Sanierung Altbergbauregion Annahütte-Drochow (Beseitigung siedlungsnaher Gefahrenstellen, Herstellung attraktiver und siedlungsnaher Bergbaufolgelandschaft); 7. Neubau der Ortsverbindung Meuro-Senftenberg (Kreisstraße K 6611)
- Ausbau des Radwegenetzes in der Region; Bau eines Fahrrad- und Raststützpunktes am Europaradweg 1, Bau eines Forums für Großveranstaltungen am See, Informationshaus für Besucher des Abenteuerspielplatzes Rechar II. Förderprogramm 1997/99; Bau Mehrzweckhalle; Modernisierung Kläranlage
- 1. Errichtung eines Hafens mit zwei Bootsanlegern im XX-See; 2. Bau eines Tourismusinformationszentrums "XX-See"; 3. Erschließung von maritim-touristischen Gewerbegebieten am XX-See; 4. Bau des Lausitzer Findlingsparks XX; 5. Bau des Landschaftsbauwerks OHR mit Theater im OHR; 6. Bau eines Campingplatzes "Sternencamp am XX-See"; 7. Errichtung einer Inlineskate-Arena; 8. Diverse Zufahrten Rad- und Gehwege; 9. Schaffung von Badestränden in den Uferbereichen XX., XX und XX
- Besucherbergwerk F60, Straßenbau Ortslage bis F60 Ortsdurchfahrt L60 Kreisstraße XX bis XX
- Errichtung der Gleispromenade XX als Element der Landschaftsgestaltung des östlichen Stadtrandes XX
- Allein im ehemaligen Tagebaugelände wurden 5,7 Mio Euro an Fördermitteln in 10 Einzelmaßnahmen der touristischen Infrastruktur investiert

- Fördervorhaben Errichtung Seebrücke und Erschließung eines Sondergebietes (I BA)
- Errichtung des SeeCampus Niederlausitz, Bauprojekt "Hans-Fischer-Stadion", Kanäle (Überleiter), Hafen, Gewerbegebiet (im Aufbau)
- Kanupark (Wildwasseranlage) für internationale Wettkämpfe sowie Freizeitnutzung; Gewässerverbund (Markkleeberger/Störmthaler See) mit Schleusenbauwerk
- Wegebau, Sanierung Wasserläufe, Pflanzungen (aber alles über Flurneuerungsverfahren)
- Dorferneuerung OT Bornsdorf
- Gewerbegebieterschließungen Gebietsentwässerungen (Gräben)
- Erschließung des KAP Zwenkau
- Bau eines Holzschnitzelheizkraftwerks
- Versatzarbeiten infolge Abbau Tiefbau
- Industriekläranlage, ABA-II für Industriepark
- Industriegebiet Espenhain
- Industriepark Schwarze Pumpe
- Flutung der Tagebaurestlöcher
- Eigenleistung § 4 → Straßen- und Brückenbau
- Trinkwasser-, Abwasser- und verkehrstechnische Erschließung der Magdeborner Halbinsel
- noch nicht erfolgt, Flächenfreigabe noch nicht erfolgt
- bis dato nur Planungen vorhanden - keine Realisierungen

Zwölf von insgesamt 45 Bürgermeister/innen, die diese Fragen beantwortet haben, geben aber auch an, dass bisher keine öffentlichen Folgeinvestitionen durchgeführt worden seien (26,6%).

Ähnlich ist dies bei den privaten Investitionen. 15 von 44 Antwortenden (34,1%) sagen, es habe keine größeren privaten Investitionen gegeben.

Welches waren die größten privaten Investitionen im Zuge der Braunkohlesanierung in Ihrer Gemeinde?

- gastronomische Begleitung der Strandbereiche
- Bau einer Pyramide als Gastronomie am Strand
- XX See
- 1. Bau einer Marina mit Segelschule, Bistro und Leuchtturm; 2. Bau eines Imbisses; 3. Diverse gastronomische Einrichtungen und Beherbergungsstätten am XX-See und in den Ortsteilen rund um den XX See; 4. Bau eines Safariwildreviers am XX Ufer des XX Sees; 5. Bau eines Vereinshauses des Lausitzer Segelclubs XX Sees e.V.
- Entwicklung Strand Blaue Lagune, Campingplatz (Beginn)
- Ferienhausgebiete, Uferpromenade, Gaststätten
- Ferienhäuser, Gewerbeansiedlung in Planung
- Feriendorf Seepark XX; Hafenanlage im Stadtteil XX am XX See
- Ferienresort
- Bau einer Ferienhaussiedlung
- Campingplatz und touristische Unterkünfte
- Neubau eines Campingplatzes, eines Hotels mit 46 Betten, ein barrierefreies Wohnprojekt mit 35 Wohnungen und eine deutliche Zunahme an Eigenheimen.
- Entwicklung des Standortes KAP Zwenkau, Entwicklung Freizeitpark XX
- Parkplatz
- Ansiedlungen in Gewerbegebieten
- Ansiedlung von Gewerbeunternehmen im Industrie- und Gewerbepark Ost - Teilfläche I, u.a.: FA Straßen- und Tiefbau XX GmbH; Trapp Infra Rohrbau GmbH; Fahrzeugtechnik Balting, etc.
- 1. Errichtung Aussichtsturm, Zufahrtstraße und Parkplatz (LMBV); 2. Weinberg mit Straußenwirtschaft; 3. Europäische Begegnungsstätte der Kulturen (Kommunaler Zweckverband Geiseltalsee)
- Bau eines Pflegeheimes für ca. 5 Millionen Euro auf einer vom Grundwasserwiederanstieg betroffenen Fläche
- Errichtung eines neuen Industriestandortes
- Solarparks I-III
- Wind-und Solarpark XX
- Besucherbergwerk F60, Solarpark 3,7 ha 5 WKA
- Photovoltaik

- 1. Windpark XX; 2. Solarpark XX; 3. Lausitzring und DEKRA
- Wiederaufbau von Wohnhäusern: Da der XX See erst 2013 geflutet war, sind bisher noch keine nennenswerten privaten Investitionen am See umgesetzt worden.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass es eine Vielzahl unterschiedlicher Entwicklungen und Projekte sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich gibt. Diese beziehen sich schwerpunktmäßig auf die Entwicklung des Tourismus, aber auch die Bereitstellung einer Verkehrsinfrastruktur, die sowohl für den Tourismus als auch für Industrie und Handwerk nützlich ist.

(4) Neben den bereits laufenden Projekten sind auch die für die Zukunft geplanten von Interesse. Wir haben die Bürgermeister/innen deshalb gefragt, welche konkreten **Investitionen/Planungen** es in der Folge der Braunkohlesanierung oder generell für die nächsten drei Jahre in der Gemeinde gäbe.

Welche konkreten Investitionen/ Planungen gibt es in der Folge der Braunkohlesanierung oder generell für die nächsten drei Jahre in Ihrer Gemeinde?

- bauliche Gestaltung Strandbereich; Inbetriebnahme der 'Südumfahrung' Ende 2015
- Masterplan "XX See"
- Bau von Ferienanlagen und weiterer touristischer Infrastruktur.
- Ausbau touristischer Infrastruktur/Angebote (2x)
- weitere touristische Nutzung durch Schaffung von Wassersportanlagen, Ferienhausgebieten
- grundhafter Straßenausbau OT XX, Gemeinde XX
- Jetbootzentrum -Spreetaler See mit Schiffsanleger; Exklusives Wohnen am XX-See; Ferienpark am XX-See
- Gösel-Renaturierung; Grundwasseranstieg
- Erarbeitung eines Entwicklungsprojektes anknüpfend an das Regionale Entwicklungskonzept (REK)
- Errichtung eines Campingplatzes durch Campingpark GmbH & Co KG; Errichtung eines Ferienparks durch Ferienpark GmbH & Co KG; Errichtung eines Golfplatzes durch Stöcker Hotel GmbH; Erschließung der Blaue Lagune durch Gemeinde bei XX
- Nach Freigabe des XX Sees sollen laut Masterplan weitere Investitionen erfolgen, z.B. Ausbau des Strandbereiches und der Strandpromenade, Ausbau des Segelhafens, Errichtung eines Campingplatzes usw.

- In den Jahren 2015-2017 soll die öffentliche Erschließung des B-Plan-gebietes "XX See-Klitten-Jasua" erfolgen. In diesem Bereich sind private Investitionen geplant, u.a. Gastronomie, Campingplatz, Ferienhaussiedlungen. Des Weiteren werden die Schwimmsteganlagen im Hafen XX aufgrund der hohen Nachfrage um 93 Wasserliegeplätze erweitert. Den öffentlichen Investitionen folgen nun sukzessive die privaten Investitionen. Im Uferbereich XX wird nach dem kommunalen Teil des Tourismus-informationszentrums "XX-See" nun der gewerbliche Teil, u.a. mit Gastronomiekomplex realisiert.
- Bestätigung eines Masterplanes zur Folgenutzung
- Entwicklung des B-Plangebietes XX-See; Entwicklung der touristischen Angebote - vorrangig Erschließungsarbeiten
- B-Plan "Strand XX"
- "XX-Stadion" ca. 1,5 Millionen Euro im Jahr 2016, "Schwimmendes Klassenzimmer" ca. 1,8 Millionen Euro in den Jahren 2017/ 2018 jeweils wasserseitige Steganlagen je 50.000 Euro in Summe 100.000 €
- Gewerbegebiet, Wohngebiet
- Solar- und Windkraftprojekte privater Dritter (in Abhängigkeit von geotechnischen Verhältnissen)
- eventuell weitere Solarparks
- Herstellung eines Linienverbau von mehreren hundert Metern Länge an der gewachsenen Böschung für späteren Hafen, bevor die Flutung des Restloch-sees einen kritischen Grenzwasserstand erreicht hat.
- Fördervorhaben Errichtung Seebrücke und Erschließung eines Sondergebietes (I BA)
- Entwicklung (inkl. verkehrstechnischer Erschließung) des Industrie- und Gewerbebestandes Ost - Teilfläche II zu einem Industrie- und Gewerbebestandort
- Da die Gemeinde bereits seit den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts als planerisches Kohleabbaugebiet deklariert gewesen ist, ist die Gemeinde in den übergeordneten Planungsebenen nie berücksichtigt worden; Folge: keine Möglichkeiten, die Steuereinnahmen der Gemeinde irgendwie zu beeinflussen; verbleibt als einzige nennenswerte Einnahmequelle nur der Braunkohlebergbau - danach bzw. schon jetzt mit den Steuerrückzahlungsforderungen ab dem Jahr 2014 hat die Gemeinde keinen finanziellen Spielraum mehr. Da die übergeordneten Zuwendungen (Investitionspauschalen) auch noch rückwirkend berechnet werden, sind die Auswirkungen noch wesentlich desaströser.
- Der Schwerpunkt liegt in den nächsten Jahren auf der Instandhaltung und Instandsetzung der geschaffenen Infrastrukturen und damit dem Erhalt und der Sicherung einer zeitgemäßen, attraktiven Qualität der Anlagen und Einrichtungen.
- Der von Rutschungen (Altbergbau) betroffene Bereich der Ortsverbindungsstraße zwischen dem OT XX und XX soll in 2017 mit Unterstützung des OBA

saniert werden. Die Finanzierung erfolgt über das OBA. Nicht enthalten ist die Finanzierung der Straßendecke im Bereich der zu verlegenden Straße. Sie ist nicht Bestandteil der Finanzierung durch das OBA und somit noch offen. Die Gemeinde kann aus eigener Kraft die für die Straßendecke notwendigen finanziellen Mittel in den nächsten Jahren nicht aufbringen.

- Photovoltaik
- komplexe Sanierungsmaßnahmen infolge des Grundwasserwiederanstiegs im gesamten Stadtgebiet
- weitere Entwicklung der gem. ABP vorgesehenen Flächen im Bereich der Ufer des XX Sees, Infrastrukturmaßnahmen
- Gewässerverbund Cospudener/Zwenkauer See und Markkleeberger See/Pleiße
- Entwicklung von Wohnstandorten und mehrere Straßen- und Wegebaumaßnahmen im gesamten Gemeindegebiet
- Schwerpunkt ist die Sanierung der innerörtlichen Hauptsammelstraßen in der Ortslage XX, die jedoch von der bergbaulichen Mitwirkung abhängt. Darüber hinaus hat die Gemeinde ein großes Interesse an der Durchführung und am Abschluss der großflächigen Sanierungsmaßnahmen lt. Nr. 8.1, damit Sperren aufgehoben werden können - und ein lebenswertes Umfeld im Gemeindegebiet entsteht.
- Umsetzung unseres Energiekonzeptes

Neun von insgesamt 46 Bürgermeister/innen (19,5 %), die diese Frage beantwortet haben, geben an, dass es bisher für die Zukunft keine konkreten Planungen gäbe. Die genannten Planungen sind breit gestreut, beziehen sich aber wiederum in erster Linie auf eine Verbesserung der touristischen Infrastruktur. Häufig werden auch noch erforderliche Sanierungsmaßnahmen, die mit geologischen Veränderungen und dem Grundwasseranstieg zusammenhängen, genannt.

(5) Ein so großes Projekt wie die Braunkohlesanierung kann nicht völlig reibungslos gelingen. Neben **Problemen** mit der bürokratischen und fiskalischen Abwicklung, die Projekte dieser Größenordnung immer haben, musste auch mit geologischen und meteorologischen Unwägbarkeiten gerechnet werden. Einige dieser Probleme sind durch die Medienberichterstattung allgemein bekannt, so zum Beispiel die Verockerung der Spree und die Folgen des starken Grundwasseranstiegs. Die Bürgermeister/innen wurden nach den in ihren Gemeinden aufgetretenen Problemen gefragt. 47 Bürgermeister/innen haben die Frage beantwortet, teilweise ausführlich.

Festgehalten werden muss aber auch, dass es Gemeinden gibt, in denen bisher offensichtlich alles reibungslos gelaufen ist, denn immerhin neun Bürgermeister/innen antworten (22,0%), es habe keinerlei Probleme gegeben.

Welche aktuellen Probleme, wie z.B. Verzögerung der Braunkohlesanierungsmaßnahmen, Rückschläge auf Grund von Hochwasser, Sturmschäden etc. sind in Ihrer Gemeinde aufgetreten?

- stark gestiegener Grundwasserspiegel (3x)
- 470 Häuser vom Grundwasserwiederanstieg betroffen (Ausgangslage 2013), neuer Abschlussbetriebsplan (Entwurf 2015)
- Grundwasseranstieg durch Verzögerungen bei der Planung und Herstellung der Vorflut mit den Auswirkungen einer Gefährdung von Schutzgütern, wie hohe Wasserstände auch in Siedlungen und Waldsterben durch Ausspiegelungen
- 1. geotechnische Probleme (Flächensperrungen) in Folge Grundwasserwiederanstieg; 2. Folgen des Grundwasserwiederanstiegs allgemein; 3. fehlende Bearbeitungskapazitäten innerhalb der LMBV
- Grundwasserwiederanstieg → Neubewertung von Standsicherheit von Freiflächen und Böschungen
- ab 2014 umfangreiche bergtechnische Sanierungsmaßnahmen aufgrund des Gefährdungspotentials im Zusammenhang mit dem Wiederanstieg des Grundwassers am XX-See; ebenso Silbersee
- Probleme bei Gebäuden und Infrastruktur durch Grundwasserwiederanstieg; durch Sperrung seit 2012 Planung und Entwicklung der Bergbaufolgelandschaft ausgesetzt
- Braune Spree
- Versauerung Horstteich in XX
- Rückschläge im Wegenetz aufgrund von Wurzelschäden durch Gehölze
- Naturierung Mühlenbach steht aus
- Verzögerung der Sanierung der Landesstraße L60 zwischen XX und XX
- Entlassung aus dem Bergrecht
- größte Verzögerungen und Hemmnisse sind die Sperrgebiete und die sich damit verzögernde Fertigstellung der Sanierung
- Einschränkungen für die Landwirtschaft; Verzögerungen der touristischen Entwicklung
- Schäden durch Hochwasser 2010
- Rutschungen im Kippenbereich
- Das größte aktuelle Problem ist die energiepolitische Ausrichtung der Bundesrepublik. Das Unternehmen VATTENFALL fordert Gewerbesteuern in Millionen-Höhe von der Gemeinde zurück; das Braunkohlegeschäft produziert in Deutschland hohe Verluste.
- Verzögerung des Planfeststellungsverfahrens; Regelung der Wasserableitung

- starke Verzögerung durch Sperrung der L60, starke Verzögerung durch die Sperrbereiche infolge der Rutschungs- u. Senkungsgefahren, langwieriges Flurbereinigungsverfahren als Folge
- Flutung der XX vor Abschluss der Planfeststellung, Schäden an Seebrücke und Steganlagen, Zerstörung der Rad- und Wanderwege
- zu große Absenkung eines Teilbereiches der bereits bewaldeten Innenkippe; Massenauftrag/Auffüllung zur Herstellung/Gewährung der späteren Mindestüberdeckung des prognostizierten Grundwasserstandes an dieser Stelle
- Vereinzelt sind nach Abschluss der Sanierungsmaßnahmen zusätzliche Sicherungsmaßnahmen bei Tagesbrüchen in Folge nicht ausreichend verwahrter / verfüllter untertägiger Stollensysteme aufgetreten.
- Wasserstand und Wasserqualität des XX-Sees liegt hinter der Planung, Verdichtung der geschütteten Flächen, Bepflanzung der Brachen zurück
- B-Plan "Strand XX", welcher nach erfolgreichem Zielabweichungsverfahren im August 2013 rechtskräftig geworden wäre, wurde im Juni 2013 (Hochwasser Mulde) nicht mehr umsetzbar: Fläche ist heute Biotop!
- 1. Wiederherstellung der Straßenverbindung XX und XX: noch keine konkreten und verbindlichen Zusagen zur Realisierung und Straßenführung (auch nach Vorstellungen der vom Bergbau betroffenen Bürger); 2. Wiederherstellung der Flussläufe von XX und XX - der Bauauftrag wurde bereits vor 2,5 Jahren gemacht, doch seit dem tut sich nichts mehr; 3. Umverlegung der B97 führte zu einer Verkehrsverstärkung auf der L474 in Richtung Kraftwerk XX und Stadt XX- eine Nutzung dieser Straße mittels Fahrrad ist in den Hauptverkehrszeiten nur unter großen Gefahren möglich; 4. alle Versuche, das Planungsversäumnis (durch) einen begleitenden Radweg nach XX mit der Umverlegung der B97 nachzubessern, scheiterten bisher.
- Die Maßnahme an der Ortsverbindungsstraße XX - XX sollte bereits in früheren Jahren in Verantwortung der LMBV umgesetzt werden, wurde aber immer nachrangig behandelt. Die Gemeinde befindet sich gegenwärtig in einer dreijährigen Haushaltskonsolidierungsphase. Auch vorher bestanden keine Möglichkeiten einer Bezuschussung durch die Gemeinde.
- Verzögerungen im Zeitablauf der Braunkohlesanierung wegen wechselnder Handlungsstrategien der LMBV
- aufgrund geotechnischer Bedingungen Verzögerung der Errichtung des XX-Kanals, damit verbundene Verzögerung der Entlassung aus dem Bergrecht und einhergehende Verzögerungen der Folgeinvestitionen
- Gravierende artenschutzrechtliche Probleme bei der Entwicklung der wenigen Sondergebietsstandorte am XX See, Hochwasserschäden im Bereich der XX Bucht durch Göselhochwasser 2013
- Planungsverzug aufgrund des Hochwassers 2010; Maßnahmen der Grundsanierung in Böschungsbereichen (touristische Wege können nicht ausgebaut werden); Mehrerlös- und Nachbewertungsklauseln in Kaufverträgen

- Überprüfung der Böschungen im Ergebnis zum Unglück in Nachterstedt, Böschungsdeformationen im Fördergebiet
- Durch den Erdbeben in Nachterstedt wurde der XX-See, an welchem unsere Kommune eine der drei Anliegerkommunen ist, bisher nur teilweise freigegeben. Die endgültige Freigabe ist für das Jahr 2017 geplant; dadurch kam und kommt es immer wieder zu Verzögerungen bei der Schaffung infrastruktureller Maßnahmen am und auf dem XX-See
- Der Erdbeben am 18. Juli 2009 in Nachterstedt hat unsere touristische Entwicklung um viele Jahre zurückgeworfen. Seit vielen Jahren wollen wir dort weitermachen, wo wir aufhören mussten.
- keine nennenswerten Verzögerungen

Bei den Problemen werden in erster Linie geologische genannt, vor allen Dingen der in Folge der Sanierungsmaßnahmen eingetretene sehr starke Grundwasseranstieg, aber auch Rutschungen und Absenkungen. Daneben werden auch Schäden genannt, die durch die Flutungen entstanden sind. Schließlich spielte das Hochwasser von 2010 eine wichtige Rolle für eingetretene Verzögerungen.

Zwischenbilanz

Mit insgesamt sechs offenen Fragen haben wir die Bürgermeister/innen nach bestehenden, aber auch zukünftig geplanten Entwicklungen und Projekten gefragt. Zudem wurde versucht zu eruieren, welche aktuellen Probleme in den jeweiligen Gemeinden aufgetreten sind. Die Antworten auf alle Fragen waren sehr ausführlich (es haben durchweg um die 90% der Bürgermeister/innen geantwortet). Dies ist für sich genommen ein wichtiges Ergebnis, weil es das hohe Engagement derer, die den Fragebogen beantwortet haben, verdeutlicht.

Inhaltlich wurde eine Vielzahl von Entwicklungen, Investitionen und Projekten genannt. Diese sind häufig gemeinde- oder regionsspezifisch. Es gibt aber auch einen klaren übergeordneten Trend, der im Bereich des Tourismus und der dafür zu schaffenden Infrastruktur liegt. Dies reicht von konkreten Förderungen touristischer Projekte bis hin zu landschaftlichen Gestaltungsmaßnahmen, die die Ansiedlung von Tourismus fördern. Öffentliche und private Investitionen unterscheiden sich dabei von der Schwerpunktsetzung her wenig. Die Förderung von Industrie und Handwerk spielt gegenüber dem Tourismus eine sekundäre Rolle, alle anderen Maßnahmen erklären sich aus den spezifischen Gegebenheiten der einzelnen Gemeinden.

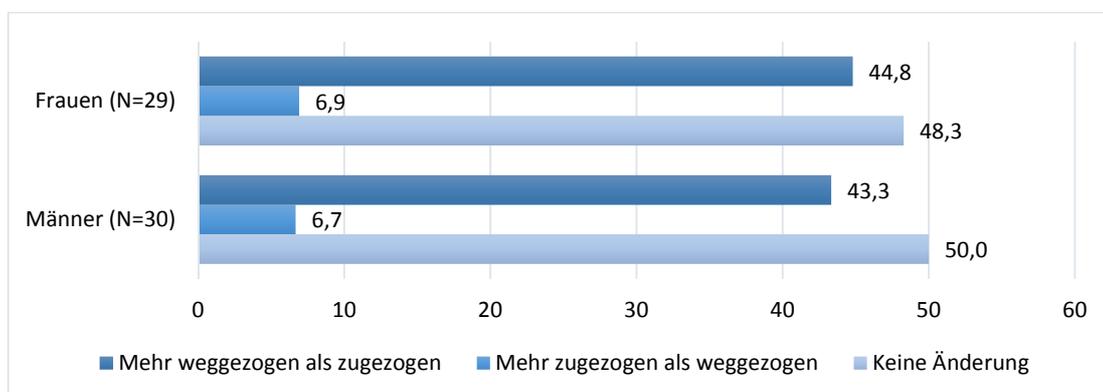
Die vorhandenen Probleme sind wiederum überwiegend gemeindeübergreifend, so vor allem Probleme im geologischen Bereich (unerwartete Absenkungen, Flutungen, Grundwasserwiederanstieg) und die Folgen des Hochwassers vom Jahr 2010.

4.4 Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung und den Arbeitsmarkt

(1) Es ist allgemein bekannt, dass die neuen Bundesländer einen starken Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen haben. Wie die Regionaldatenanalyse gezeigt hat (siehe Kapitel 3), ist dieser Bevölkerungsrückgang in den von uns analysierten Braunkohleregionen nochmals höher als in den drei Bundesländern, in denen diese Regionen liegen (Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg). Im Folgenden wird dargestellt, welche **Personengruppen** während der Braunkohlesanierung nach Einschätzung der Bürgermeister/innen weg- oder zugezogen sind. Unterschieden wird nach Geschlecht, Alter und Bildungsniveau.

Gering sind die Unterschiede zwischen Männern und Frauen. 44,8 Prozent der Bürgermeister/innen geben an, es seien mehr Frauen weg- als zugezogen und nur 6,9 Prozent, mehr Frauen seien zu- als weggezogen. Ein fast identisches Bild ergibt sich bei den Männern. 43,3 Prozent der Bürgermeister/innen sagen, es seien mehr Männer weg- als zugezogen und nur 6,7 Prozent, mehr Männer seien zu- als weggezogen. Bei rund der Hälfte der Personen hat es nach Auffassung der Bürgermeister/innen keinerlei Veränderungen gegeben (vgl. Abbildung 41).

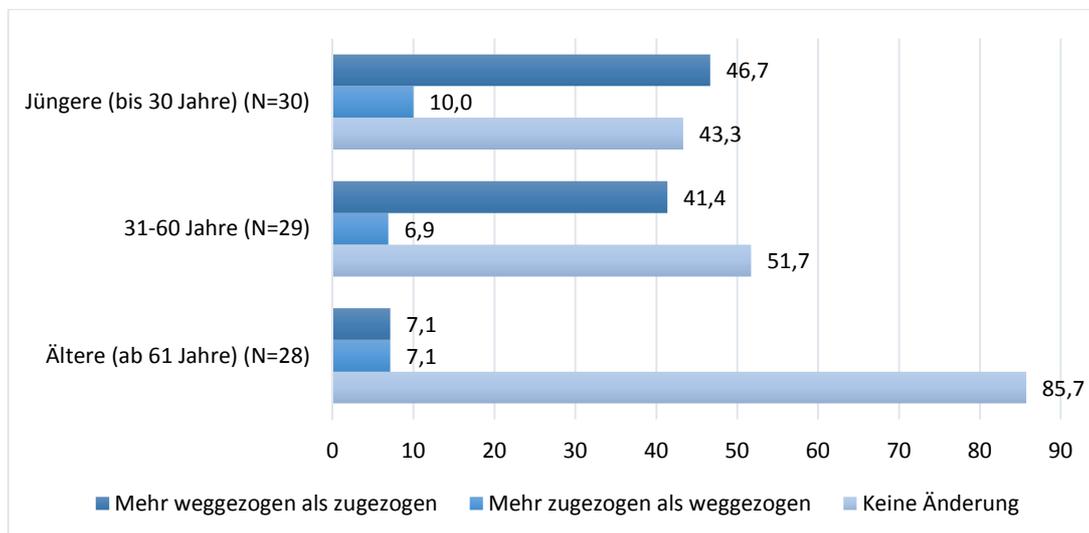
Abbildung 41: Welche Personengruppen (Geschlecht) sind während der Braunkohlesanierung in Ihrer Gemeinde weg- oder zugezogen? (in Prozent)



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 20.

Völlig anders ist die Situation laut Einschätzungen der Bürgermeister/innen beim Vergleich der Jüngeren mit den Älteren und der höher- mit den niedriger Qualifizierten: Vor allem Personen im erwerbstätigen Alter seien weggezogen. Bei den bis zu 30-Jährigen sei der Prozentsatz dabei etwas höher als bei den 31- bis 60-Jährigen, aber nur um 5,3 Prozentpunkte. Bei den über 60-Jährigen habe es dagegen kaum Wanderungen gegeben. 85,7 Prozent wohnten nach wie vor in der Gemeinde (vgl. Abbildung 42). Entscheidend für den hohen Wanderungsverlust der Gemeinden bei den Personen im erwerbsfähigen Alter ist wahrscheinlich die im Zuge der Stilllegung des Braunkohleabbaus eingetretene hohe Arbeitslosigkeit, die Arbeitnehmer gezwungen hat, ihre Heimatregion zu verlassen.

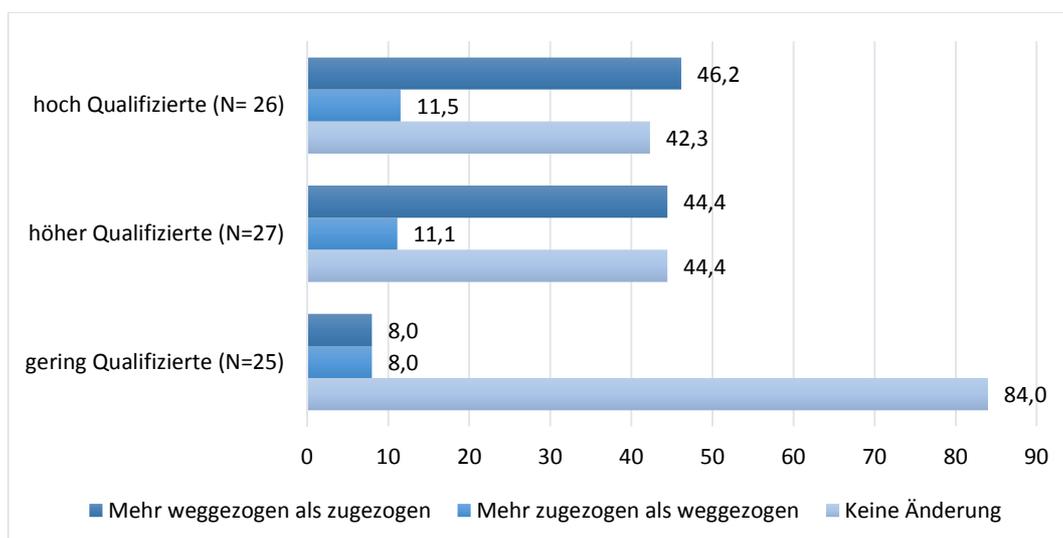
Abbildung 42: Welche Personengruppen (Jüngere, Ältere) sind während der Braunkohlesanierung in Ihrer Gemeinde weg- oder zugezogen? (in Prozent)



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 21.

Ein möglicher erfolgreicher Wegzug ist in der Regel an ein gewisses Qualifikationsniveau gebunden. Es verwundert von daher nicht, dass es nach Ansicht der Bürgermeister/innen vor allem die hoch und höher Qualifizierten sind, die weggezogen sind; zusammengefasst ergeben sich hier immerhin 90,6 Prozent. Dem steht die geringe Zahl von 8,0 Prozent niedrig Qualifizierten gegenüber, die weggezogen seien (vgl. Abbildung 43).

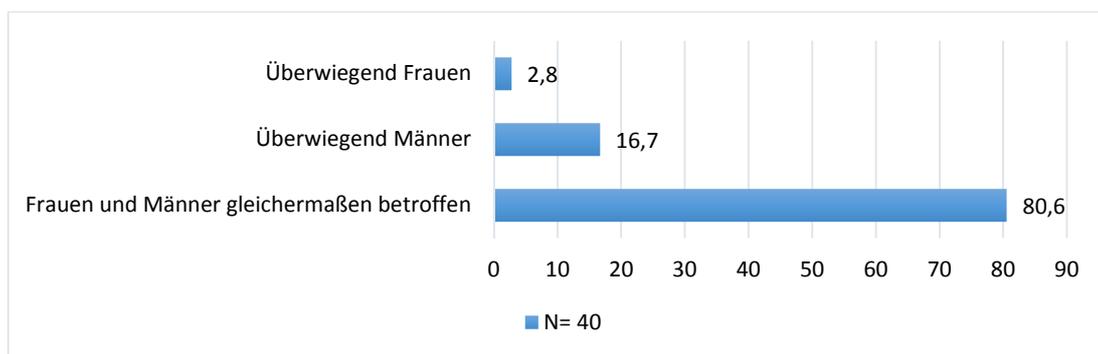
Abbildung 43: Welche Personengruppen (Qualifikation) sind während der Braunkohlesanierung in Ihrer Gemeinde weg- oder zugezogen? (in Prozent)



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 22.

(2) Die Analyse der Veränderungen bei den *Arbeitslosen* ergibt ein ähnliches Bild wie das der Zu- und Wegzüge. Die Differenzen zwischen Männern und Frauen sind vergleichsweise gering. Von Arbeitslosigkeit betroffen sind zwar nach Auskunft der Bürgermeister/innen mehr Männer als Frauen. Ganz überwiegend (zu über 80%) seien jedoch Frauen und Männer gleichermaßen davon betroffen (vgl. Abbildung 44).

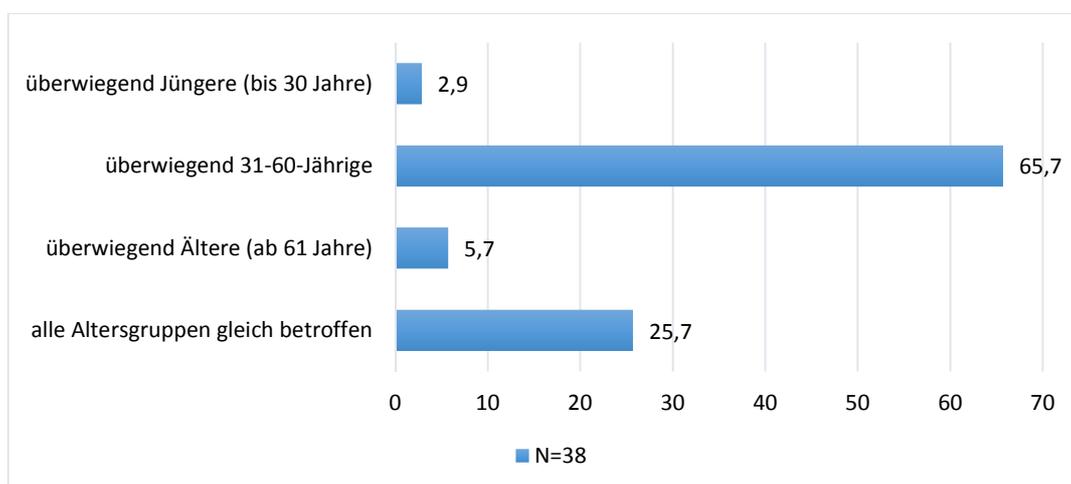
Abbildung 44: Welchem Geschlecht gehören die Arbeitslosen in Ihrer Gemeinde an? (in Prozent)



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 23.

Altersspezifisch gibt es wiederum große Differenzen. Nur 25,7 Prozent der Bürgermeister/innen geben an, dass alle Altersgruppen von Arbeitslosigkeit gleichermaßen betroffen seien, knapp zwei Drittel sehen dies vor allem bei den 31- bis 60-Jährigen. Natürlich ist die Mehrheit in diesem Alter, aber nur 2,9 Prozent der Bürgermeister/innen sehen insbesondere die Gruppe der bis zu 30-Jährigen als von Arbeitslosigkeit betroffen an (vgl. Abbildung 45).

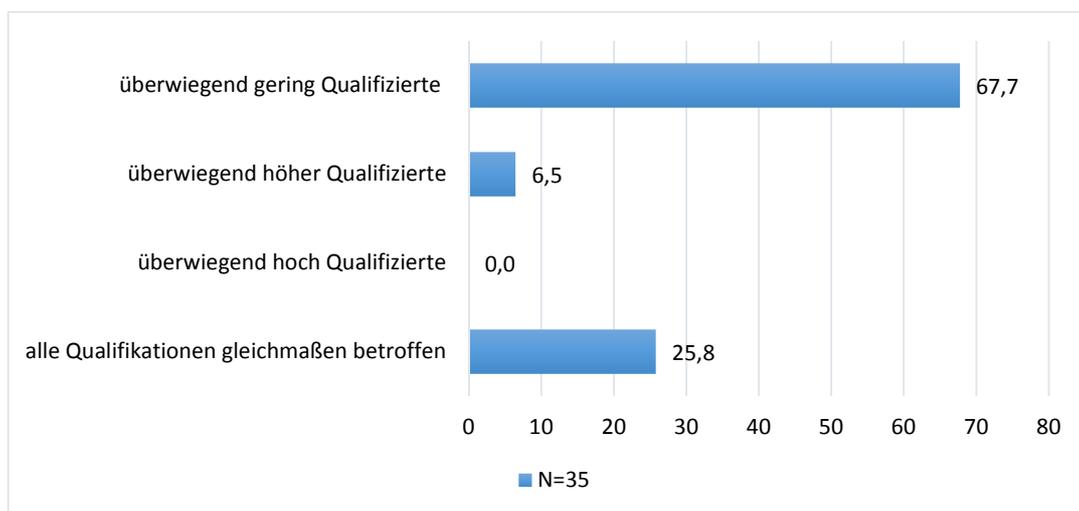
Abbildung 45: Welchen Altersgruppen gehören die Arbeitslosen in Ihrer Gemeinde an? (in Prozent)



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 24.

Noch größere Differenzen gibt es zwischen den Qualifikationsgruppen. Auch hier sagt wiederum ein Viertel aller Bürgermeister/innen, alle Qualifikationsgruppen seien gleichermaßen von der Arbeitslosigkeit betroffen, aber nur wenige meinen, die höher Qualifizierten seien besonders betroffen und kein einziger Bürgermeister/innen meint, es seien die hoch Qualifizierten. Nach Auffassung der Bürgermeister/innen handelt es sich bei den Arbeitslosen demnach vor allem (zu gut zwei Dritteln) um gering Qualifizierte (vgl. Abbildung 46)

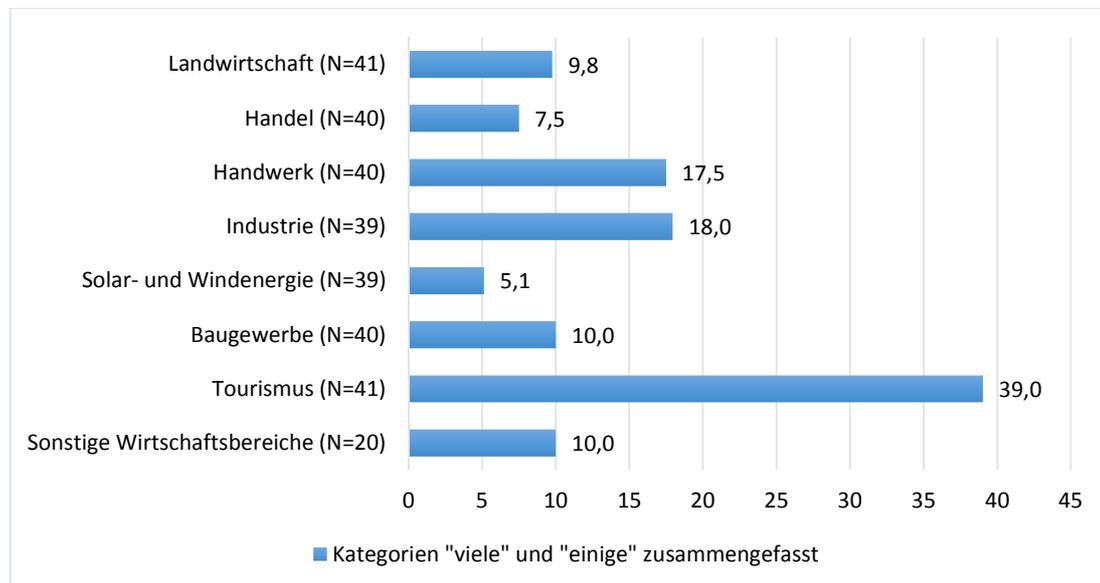
Abbildung 46: Welche Qualifikation haben die Arbeitslosen in Ihrer Gemeinde? (in Prozent)



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 25.

(3) Sieht man sich an, in welchen Bereichen durch die Braunkohlesanierung **neue Arbeitsplätze** entstanden sind, dann wird vor allem der Tourismus genannt (39,0%). Deutlich weniger werden im Handwerk (17,5%) und in der Industrie (18,0%) gesehen. Kaum Arbeitsplätze sind demnach im Bereich der erneuerbaren Energien entstanden.

Abbildung 47: Wo sind im Zuge der Braunkohlesanierung in Ihrer Gemeinde Arbeitsplätze erhalten und/oder neue geschaffen worden? (in Prozent)



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 18.

(4) Auch wenn es in der Region eine hohe Arbeitslosigkeit gibt, besteht nach Meinung der Bürgermeister/innen doch zugleich ein **Mangel an qualifizierten Fachkräften**. Angesichts der Tatsache, dass vor allem die qualifizierten Arbeitskräfte die Region verlassen haben, ist dies wenig verwunderlich. Wir haben mit Hilfe einer offenen Frage zu ermitteln versucht, welche Art von Fachkräften in der Gemeinde fehlen.

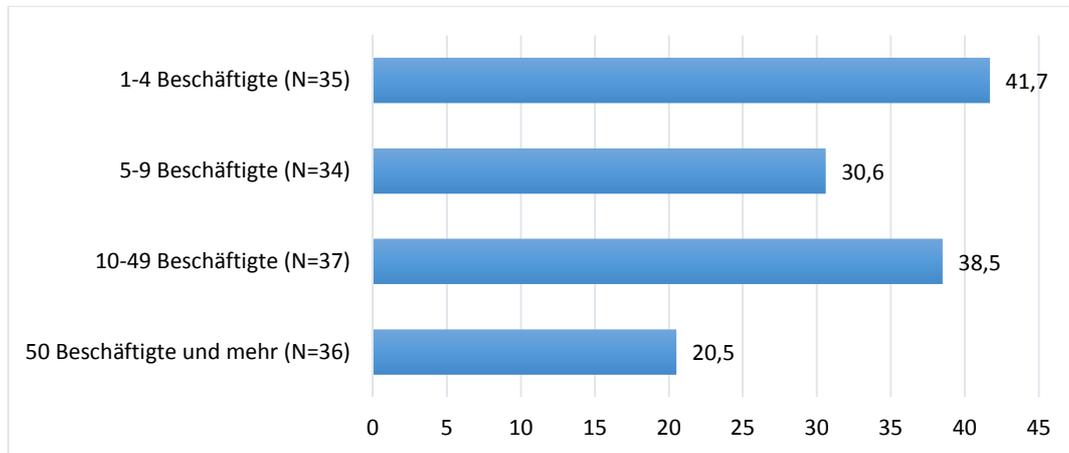
Welche Art Fachkräfte fehlen in Ihrer Gemeinde?

- Handwerker (9x)
- Facharbeiter alle Bereiche (3x)
- technische Fachkräfte
- Hochschulabsolventen
- Pflegekräfte
- Lebensmitteltechniker
- Tourismusfachleute
- Gastronomie
- Koch
- Industriemechaniker, Hydraulikspezialisten, Instandhaltungstechniker
- Baubereich, Landwirtschaft, Tourismusbereich

- höher Qualifizierte
- nur sehr spezialisierte Fachkräfte
- Fachkräfte im MINT-Bereich (sowohl im Engineering als auch in der Produktion)
- Baugewerbe
- Ingenieure, Facharbeiter für Metallindustrie
- Industriehandwerker
- Es kann nicht von fehlenden Fachkräften ausgegangen werden. Die Region ist stark landwirtschaftlich geprägt. Neben dem Abbau von Grauwacke-Gestein erfolgt der Abbau von Kiessand. Der überwiegende Teil der arbeitsfähigen Bürger pendelt bis zu 50 km zur Arbeitsstelle.
- Bei den fehlenden Fachkräften werden überwiegend qualifizierte Kräfte in Handwerk, Bau und Tourismus gesucht. Niedrig und hoch Qualifizierte werden dagegen kaum genannt.
- Durch den Deindustrialisierungsprozess seit 1990 sind der Gemeinde XX. viele Fachkräfte im Bereich Energiewirtschaft verloren gegangen. Heute fehlt es vor allen Dingen in den Bereichen "Altenpflege", Gastronomie und "Berherbergungsgewerbe" an guten und qualifizierten Fachkräften.
- keine größere Nachfrage

(5) Sieht man sich an, *in Betrieben welcher Größenordnung* Arbeitsplätze erhalten geblieben oder sogar neu geschaffen worden sind, dann ist dies nach Meinung der Bürgermeister/innen breit gestreut (siehe Abbildung 48). Zwar seien dies zumeist Betriebe mit ein bis zu vier Beschäftigten (41,7%), aber es gebe auch einen beträchtlichen Anteil von Betrieben mit zehn bis 49 Beschäftigten (38,5%) und 20,5 Prozent dieser Betriebe haben diesen Auskünften zufolge sogar 50 und mehr Beschäftigte (vgl. Abbildung 48).

Abbildung 48: In Unternehmen/Betrieben welcher Größenordnung sind Arbeitsplätze erhalten und/oder neue geschaffen worden? (in Prozent)



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 19.

Zwischenbilanz

Wie die Regionaldatenanalyse ergeben hat, sind die Braunkohlesanierungsgebiete stärker noch als die drei Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg durch einen Bevölkerungsrückgang gekennzeichnet. Dieser betrifft vor allem die jüngeren und mittelalten Jahrgänge im erwerbsfähigen Alter, während die Zahl der Älteren eher zunimmt. Dies sind schlechte Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung. Die Bürgermeister/innen bestätigen diesen Trend: Während es kaum geschlechtsspezifische Unterschiede gibt, überwiegen in den Gemeinden bei den jungen und mittelalten Jahrgängen die Wegzüge eindeutig die Zuzüge. Zudem verlassen vor allem höher und hoch qualifizierte Arbeitnehmer die Region, während die niedriger qualifizierten bleiben. Ein ganz ähnliches Bild ergibt sich bei der Zusammensetzung der Arbeitslosen. Arbeitslos sind demzufolge die Mittelalten und Älteren sowie die niedriger Qualifizierten. Dennoch sind die Bürgermeister/innen, was die Zukunftsaussichten betrifft, nicht pessimistisch: Vor allem im Bereich des Tourismus seien Arbeitsplätze erhalten geblieben und vor allem neu geschaffen worden, aber auch der Industrie und dem Handwerk werden Chancen eingeräumt.

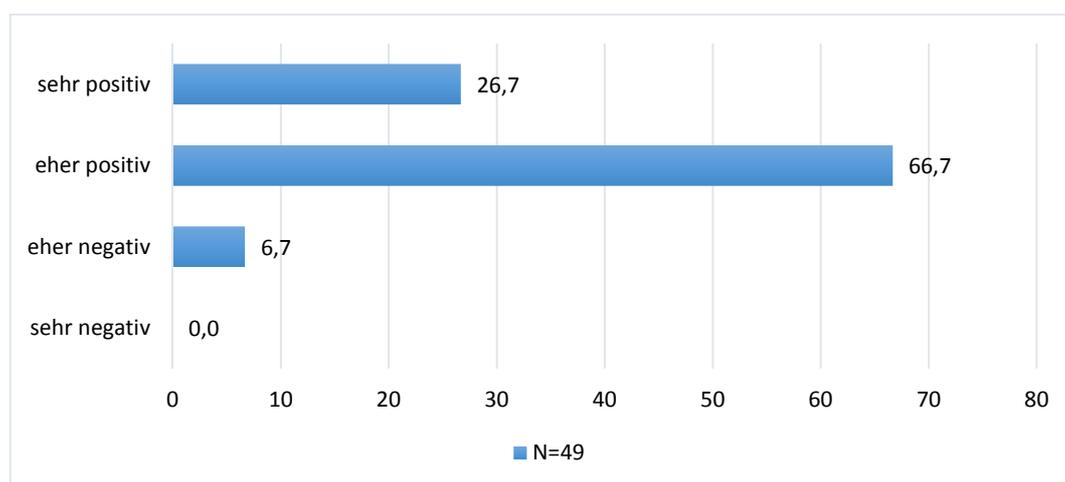
4.5 Akzeptanz der Braunkohlesanierung bei der Bevölkerung

Die Beendigung der Braunkohleförderung ist sicherlich nicht nur ein ökonomisch zu bewältigendes Problem, sondern vor allem ein soziales. Sehr viele Menschen haben ihre gesicherte Existenz verloren. Sie wurden arbeitslos. Mit nur geringen Chancen in der Region eine neue Arbeitsstelle zu finden, sahen sie sich gezwungen, ihre Heimatregion zu verlassen, oder sie mussten vorzeitig in den Ruhestand gehen. Die aufgewendeten Mittel für die Braunkohlesanierung sind zwar auch dafür

gedacht, diese Probleme zu mildern und die Regionen nicht zu sog. Sozialbereichen werden zu lassen, sie können aber nur begrenzt helfen. Von den Bürgermeister/innen wissen wir, dass sie selbst den Erfolg der Braunkohlesanierung positiv einschätzen und für die Region durchaus Zukunftschancen sehen (vor allem im Tourismus). Wie die Bevölkerung der Regionen dies sieht, konnten wir im Rahmen dieser Studie nicht erheben (hierzu wäre eine vertiefte sowie repräsentative Bevölkerungserhebung durchzuführen). Wir haben die Bürgermeister/innen aber auch danach gefragt, wie ihre Gemeindemitglieder die Braunkohlesanierung einschätzen würden. Dies ist natürlich die Sicht einer bestimmten Gruppe, die nur begrenzt objektiv sein kann, dennoch wird man davon ausgehen können, dass Bürgermeister/innen die Stimmung in ihrer Gemeinde recht gut kennen dürften.

(1) Die Bürgermeister/innen berichten von einer hohen Akzeptanz der Braunkohlesanierung in ihrer Gemeinde. Weit über 90 Prozent der Bürgermeister/innen gehen davon aus, dass ihre Gemeindemitglieder der Braunkohlesanierung sehr positiv oder zumindest eher positiv gegenüberstehen (vgl. Abbildung 49). Nur 6,7 Prozent meinen, die Bevölkerung sei eher negativ eingestellt und kein/e einzige/r Bürgermeister/in geht davon aus, die Bevölkerung sei sehr negativ eingestellt.

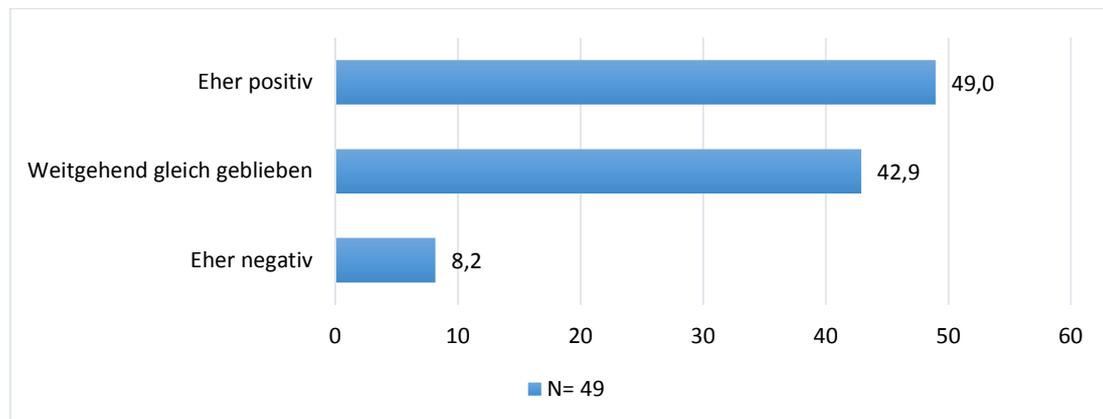
Abbildung 49: Wie steht die Bevölkerung Ihrer Gemeinde zur Braunkohlesanierung? (in Prozent)



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 34.

Mit der positiven Einschätzung der Bevölkerung korrespondiert, dass sich die Einstellung entweder positiv entwickelt hat (49,0%) oder aber gleichgeblieben ist (42,9%). Nur 8,2 Prozent der Bürgermeister/innen konstatieren einen negativen Trend (vgl. Abbildung 50).

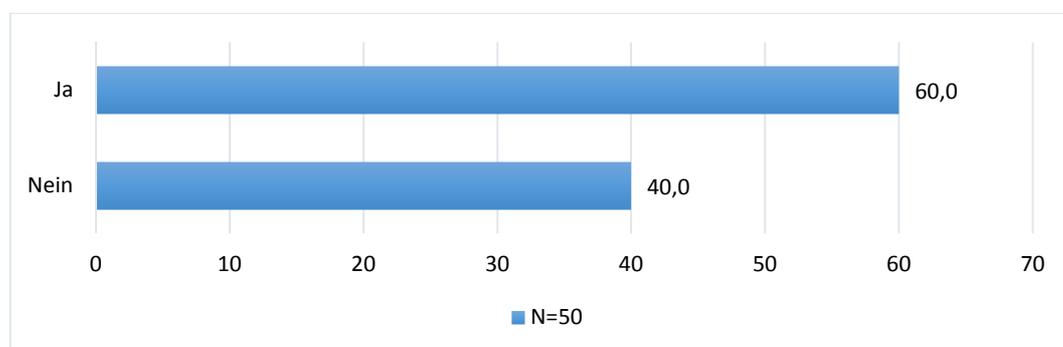
Abbildung 50: Hat sich die Einstellung der Bevölkerung eher positiv oder negativ entwickelt? (in Prozent)



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 35.

(2) In 60 Prozent der Gemeinden gibt es sogar Gruppen, die sich aktiv für die Nutzung/Weiterentwicklung der Flächen, die durch die Braunkohlesanierung entstanden sind, einsetzen (vgl. Abbildung 51).

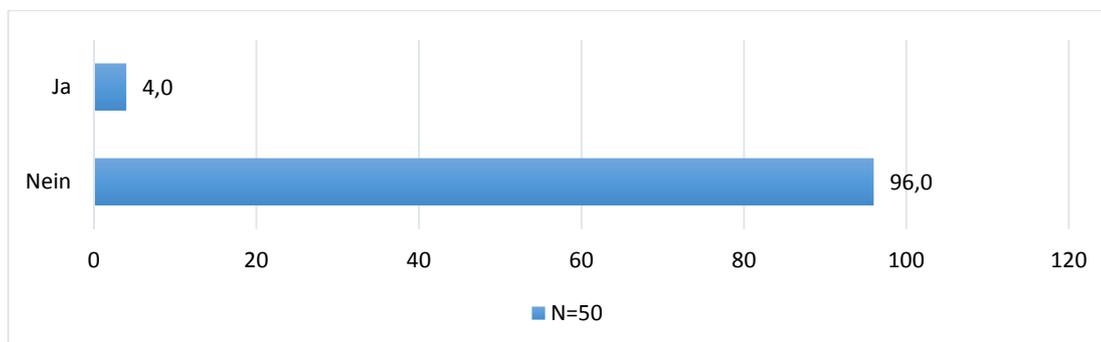
Abbildung 51: Gibt es in Ihrer Gemeinde Gruppen, die sich aktiv für die Nutzung/ Weiterentwicklung der Flächen, die durch die Braunkohlesanierung entstanden sind, einsetzen (in Prozent)



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 36.

Ebenfalls in Übereinstimmung mit diesem positiven Bild steht, dass nur zwei (4%) der Bürgermeister/innen meinen, es gäbe auch Gruppierungen, die gegen die Braunkohlesanierung votieren würden (vgl. Abbildung 52)

Abbildung 52: Gibt es Gruppierungen, die gegen die Braunkohlesanierung votieren? (in Prozent)



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 37.

Auf die offene Frage, für welche Ziele sich Gruppen in der Gemeinde engagieren würden, hat es eine Vielzahl von Antworten gegeben. Alle 30 Bürgermeister/innen, die die Frage nach den aktiv die Weiterentwicklung der Flächen unterstützenden Gruppen positiv beantwortet haben, haben auch die offene Frage beantwortet.

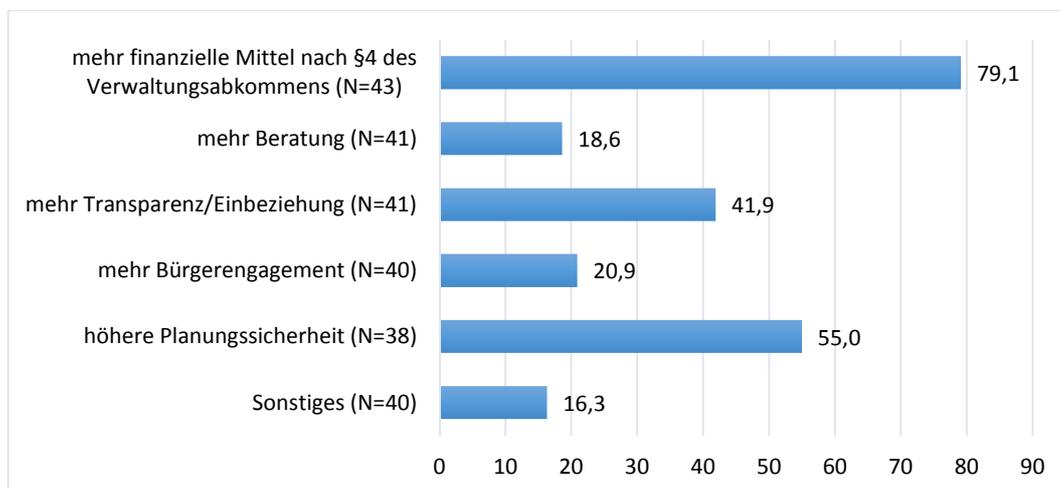
Wenn „Ja“, für welche Ziele engagieren sie sich?
<ul style="list-style-type: none"> • Tourismus/touristische Entwicklung (12x) • Wasserskizentrum, Kanusportzentrum • Entwicklung und Nutzung Naherholung • Verein zur kulturellen und touristischen Nutzung • naturverträglicher Tourismus • touristische und sportliche Nutzung der Seen und Uferrandbereiche, kulturelles Engagement • Nachnutzung/Entwicklung von Freizeit-/Erholungsangeboten an Bergbaufolgeseen • Nutzung des Gewässers, touristische Entwicklung der Flächen am See • Naturschutz (4x), Schaffung von Naturflächen, Schutz von Flora und Fauna • naturnahe Gestaltung • Im Laufe der Jahre haben sich Biotope in der Region entwickelt, diese wurden von Naturschutzgruppen betreut. • Nutzung des XX Sees und des Umfeldes • Verbesserung Infrastruktur (2x) • Erhalt und Schaffung sicherer Flächen im Stadtgebiet • Ansiedlung von Unternehmen, Waldaufforstung

- Förderung Besucherbergwerk F60
- Heinz-Sielmann-Grundschule und Stiftung
- gewerbliche Nutzung
- Für eine naturverträgliche und der vorhandenen Ortslagenbebauung angepasste und verhältnismäßige Entwicklung im Sanierungsgebiet.
- Dorfentwicklung, Regionalentwicklung, aktive Dorfgemeinschaft, Wohnstandort mit attraktiven Ortsbild, aktive Naherholungs- und Tourismusgemeinde
- Verein XX e.V. pflegt z.B. die Gedenkstätte Merzdorf/ Schöpsdorf, die Landfrauen XX erhalten devastierte Ortschaften in Erinnerung, indem sie im Modell nachgebaut werden, der Förderverein Lausitzer Findlingspark Nochten e.V. betreibt dieses europaweit einzigartige Beispiel für die Rekultivierung/Renaturierung eines Bereiches des noch aktiven Tagebaus Nochten.
- Wiederherstellung des "Kulturlandes" - Landwirtschafts- und Waldflächen, möglichst keine naturbelassenen Wüstenlandschaften; Wiederherstellung der Fluss- und Grabensysteme, der Wegeverbindungen in die Nachbargemeinden und nächsten Städte; Ersatzmaßnahmen für die Bevölkerung zur Naherholung, wie Badeseen, Naherholungs- und Sportflächen, Aufwertung der Ortsbilder in der Gemeinde mit seinen Orts- und Wohnteilen - Straßen und Anlagen müssen infolge der jahrzehntelangen Inanspruchnahme durch den Bergbau und deren Begleitunternehmen saniert werden - und das nicht auf Kosten der Anwohner!
- Förderverein SeeCampus: für die tatsächliche Seeanbindung der Schulen Emil-Fischer-Gymnasium und Oberstufenzentrum, SeeSportClub: Wiederaufnahme Seesportlicher Aktivitäten am Standort XX, die seit 1952 Tradition haben, Naturschutzbund Senftenberg Ortsgruppe Schwarzheide, Förderverein Freiwillige Feuerwehr, Angelvereine Lauchhammer und Ruhland für den XX-See, Sportverein 1892 e. V. und BSG Chemie Schwarzheide e. V. zur Sicherung des Hans-Fischer-Stadions

Bei diesen Antworten dominieren die Projekte im Bereich des Tourismus, aber auch Natur- und Umweltschutz, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und Gewerbeansiedlung spielen eine Rolle bei dem vorhandenen Engagement.

(3) Abschließend wurden die Bürgermeister/innen gefragt, welche Art von Unterstützung sie sich für ihre Gemeinde wünschen würden. Bürgerengagement spielt hier nur eine untergeordnete Rolle; 20,9% nennen es (vgl. Abbildung 53), was in Übereinstimmung mit ihrer Einschätzung steht, es gäbe bereits ein großes Engagement.

Abbildung 53: Welche Art von Unterstützung würden Sie sich in Ihrer Gemeinde für die Braunkohlesanierung wünschen? (in Prozent)



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 38.

Am häufigsten werden mehr finanzielle Mittel nach §4 des Verwaltungsabkommens gewünscht. Dass dies gut drei Viertel der Bürgermeister/innen nennen, war zu erwarten, denn bei den anstehenden Problemen wird man mit den zur Verfügung stehenden Mitteln kaum restlos zufrieden sein können. Zwei Wünsche, die vielleicht leichter erfüllt werden könnten, sind die Forderung nach einer höheren Planungssicherheit (55,0%) und die Forderung nach mehr Transparenz und Einbeziehung (41,9%). Offensichtlich hat es trotz der von den Bürgermeister/innen insgesamt als zufriedenstellend bezeichneten Kooperation mit der LMBV, der Regionalplanung und den umliegenden Gemeinden (s.u. Abbildung 59) Defizite gegeben. Interessant ist, dass nicht so sehr mehr Beratung gefordert wird (nur 18,6%) als vielmehr Transparenz und Einbeziehung (41,9%). Es ist den Bürgermeister/innen offensichtlich wichtig, dass nicht über ihre Köpfe hinweg entschieden wird, sondern sie sich als Partner des Planungs- und Entscheidungsprozesses fühlen können.

4.6 Einschätzungen zum bisherigen Erfolg der Braunkohlesanierung und zu den Zukunftsaussichten

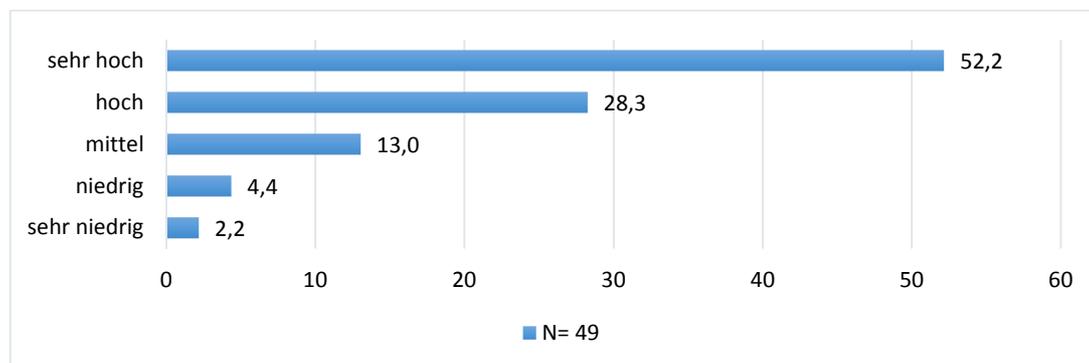
Wenn es um eine zusammenfassende Einschätzung der Bedeutsamkeit und des Erfolges der Braunkohlesanierung geht, sind die Bürgermeister/innen eine sehr gute Informationsquelle. Sie tragen Verantwortung für das Wohlergehen ihrer Gemeinden und haben Erfahrungen mit der Entwicklung der Region sammeln können.

(1) Zwei allgemeine Einschätzungen wurden von den Bürgermeister/innen erfragt: zum einen, für wie bedeutend sie die Braunkohlesanierung für ihre Gemeinden halten und zum anderen, wie erfolgreich diese war.

52,2 Prozent sagen, die Bedeutung der Braunkohlesanierung für die Entwicklung der Gemeinde sei sehr hoch und weitere 28,3 Prozent sie sei hoch, zusammen also über 80 Prozent (vgl.

Abbildung 54). Nur eine sehr kleine Minderheit von drei (6,6%) Bürgermeister/innen schätzt die Bedeutung der Braunkohlesanierung als gering oder sehr gering ein.

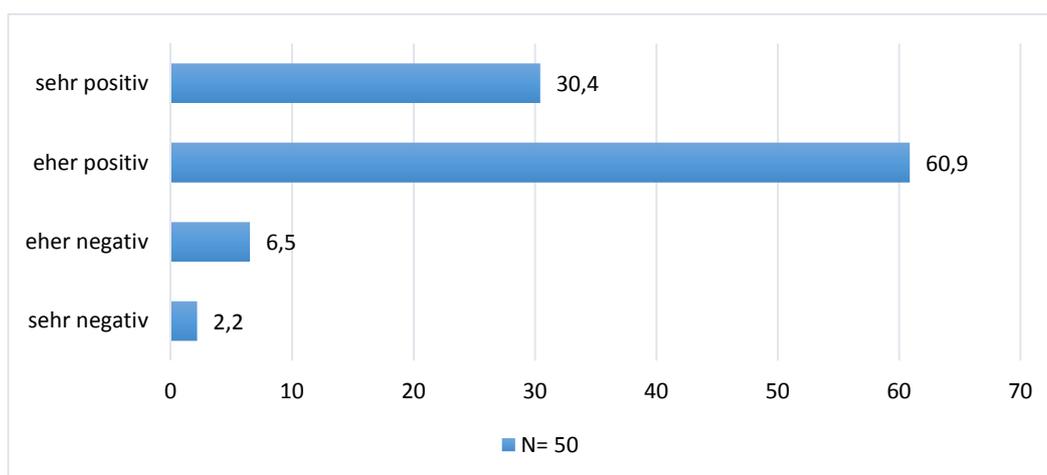
Abbildung 54: Wie hoch schätzen Sie die Bedeutung der Braunkohlesanierung für die Entwicklung Ihrer Gemeinde ein? (in Prozent)



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 12.

Die Antworten auf die Frage nach dem Erfolg der Braunkohlesanierung fallen weit überwiegend positiv aus. (vgl. Abbildung 55). Über 60 Prozent meinen, der Erfolg der Braunkohlesanierung sei „eher positiv“ gewesen und nochmals über 30 Prozent, „sehr positiv“. Nur eine kleine Minderheit schätzt den Erfolg als negativ ein, „sehr negativ“ nur eine einzige Person.

Abbildung 55: Alles in allem: Wie schätzen Sie den Erfolg der Braunkohlesanierung für Ihre Gemeinde ein? (in Prozent)

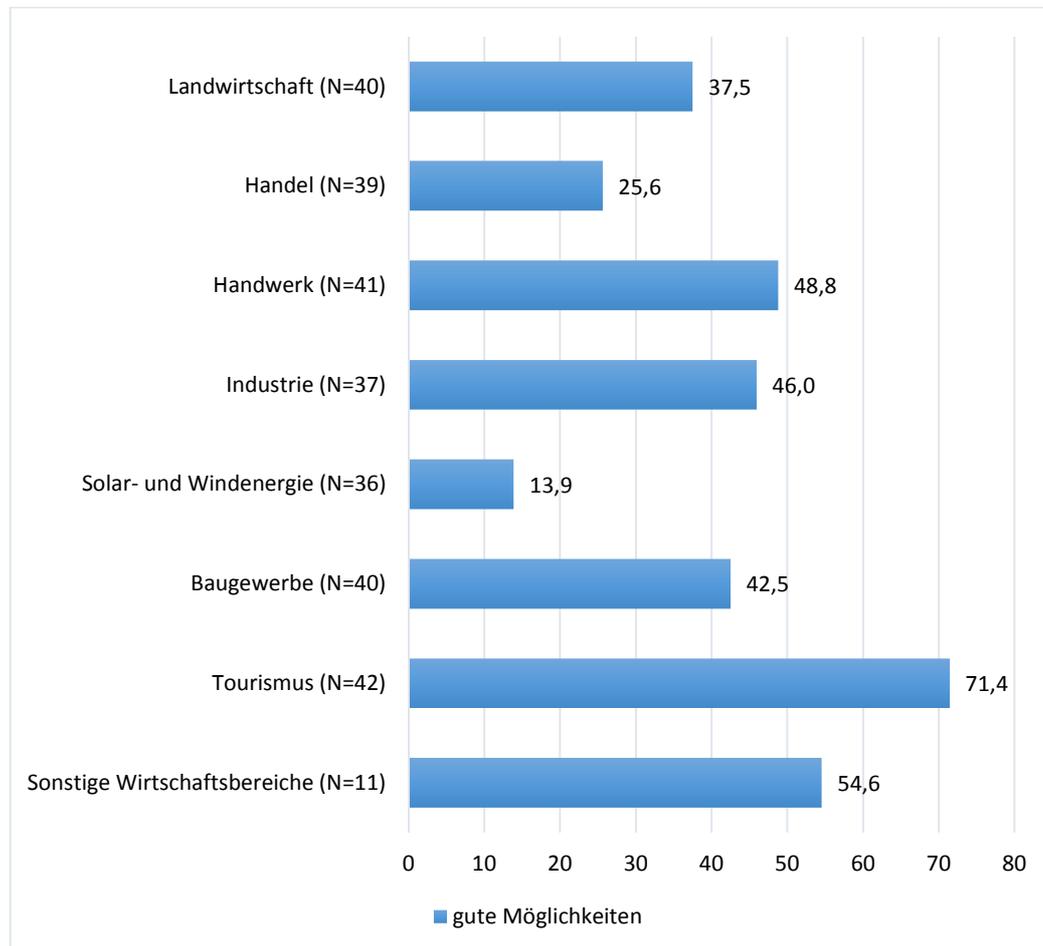


Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 33.

(2) **Zukunftsaussichten** sehen die Bürgermeister/innen in vielen Bereichen, auch wenn es zwischen den verschiedenen Wirtschaftsbereichen klare Abstufungen gibt (vgl. Abbildung 56). Eindeutig die besten Chancen räumen sie dem Tourismus ein, aber auch Handwerk, Industrie und Baugewerbe scheinen ihrer Ansicht nach Zukunftschancen zu haben. Nur wenig Aussichten werden dagegen den erneuerbaren Energien eingeräumt (Solar- und Windenergie). Den Bürgermeister/innen ist sicherlich bekannt, dass Investitionen in erneuerbare Energien kaum neue Arbeitsplätze schaffen und für die regionale Wertschöpfung keine große Rolle spielen.

Gerade dies ist aber eine der Hauptaufgaben für die Zukunft: sicherzustellen, dass eine wirtschaftliche Dynamik in Gang gesetzt wird, Arbeitsplätze geschaffen werden, und dafür Sorge zu tragen, dass die Regionen nicht noch stärker entvölkert werden, als dies bisher schon der Fall ist. Hierfür bietet der Tourismus, der ja arbeitsintensiv ist, sicherlich gute Chancen. Zudem sind die äußeren Bedingungen für eine kräftige Entwicklung des Tourismus durch die Vielzahl neu entstandener Seen sowie Wald- und Naturflächen ideal.

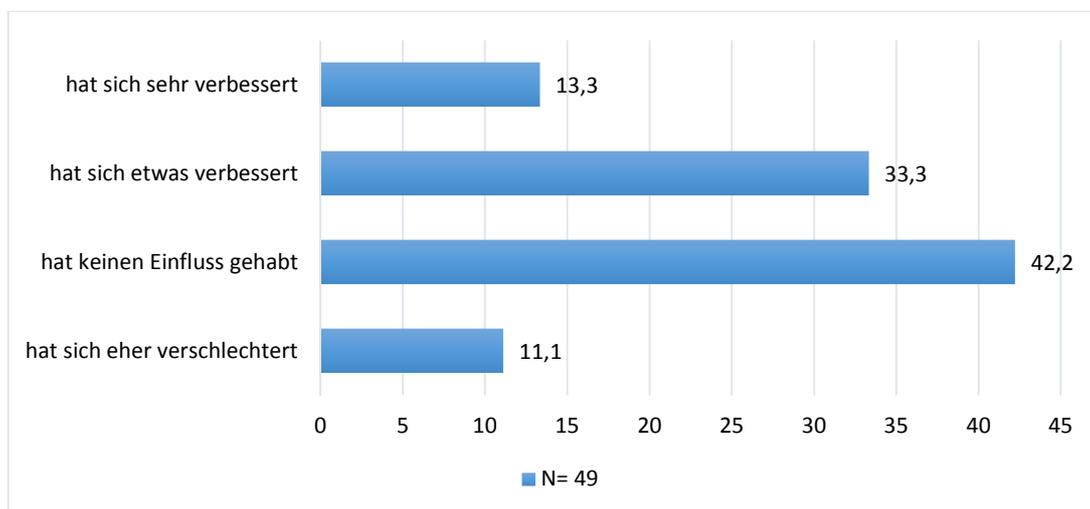
Abbildung 56: In welchen Wirtschaftsbereichen sehen Sie die besten Zukunftsaussichten für Ihre Gemeinde? (in Prozent)



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 26.

(3) Auch bezüglich der *ökonomischen Situation der Gemeinden* werden die Braunkohlesanierungsmaßnahmen eher positiv eingeschätzt. 46,6 Prozent der Bürgermeister/innen meinen, die ökonomische Situation habe sich verbessert, gegenüber nur 11,1 Prozent, die meinen, sie habe sich verschlechtert. 42,2 Prozent sind aber der Meinung, die Braunkohlesanierung habe bisher keinen Einfluss auf die ökonomische Situation der Gemeinde gehabt (vgl. Abbildung 57).

Abbildung 57: Wie haben sich die Braunkohlesanierungsmaßnahmen auf die ökonomische Situation in Ihrer Gemeinde ausgewirkt? (in Prozent)

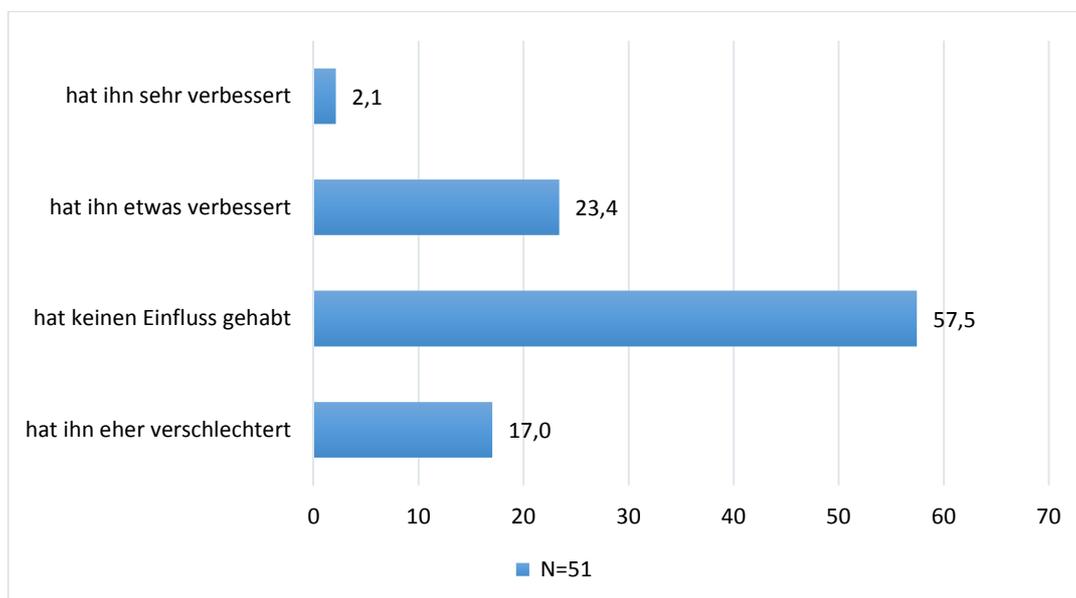


Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 27.

Die kleine Gruppe derer, die sich eher negativ geäußert haben, wurde nach den Gründen für ihre Einschätzung gefragt. Dabei werden vor allem Verzögerungen der Braunkohlesanierung für negative Entwicklungen verantwortlich gemacht. Insgesamt spielt diese Einschätzung dennoch eine geringe Rolle, da ja nur insgesamt sechs der befragten Bürgermeister/innen von einer Verschlechterung der ökonomischen Situation sprechen.

(4) Neben Veränderungen der ökonomischen Situation in der Gemeinde als Folge der Braunkohlesanierung wurde auch nach **Veränderungen für den Haushalt der Gemeinde** gefragt. Hierzu wird überwiegend gesagt, die Braunkohlesanierung habe keinen Einfluss auf den Haushalt der Gemeinde gehabt (57,5%). Ansonsten werden etwas häufiger Verbesserungen als Verschlechterungen konstatiert (25,5% gegenüber 17,0%). (vgl. Abbildung 58).

Abbildung 58: Wie hat sich die Braunkohlesanierung auf den Haushalt Ihrer Gemeinde ausgewirkt? (in Prozent)



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 30.

Die kleine Gruppe von acht Bürgermeister/innen, die meinen, ihre Haushaltslage habe sich eher verschlechtert, wurde nach ihrer Einschätzung der Gründe dafür gefragt. Die Antworten sind sehr unterschiedlich und dürften spezifischen Problemen in den jeweiligen Gemeinden geschuldet sein.

Wenn sich Ihre Haushaltslage verschlechtert hat, warum?

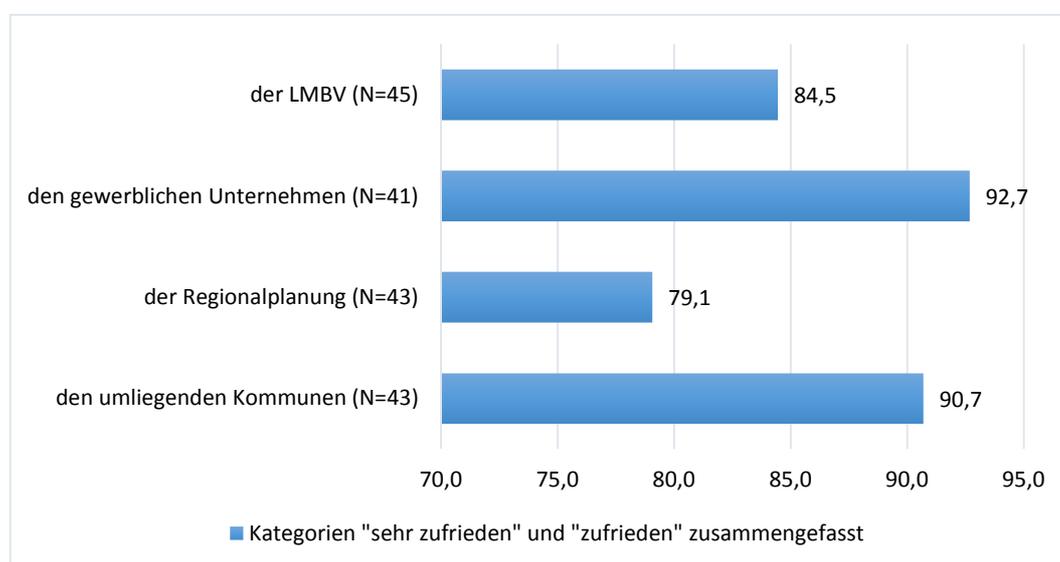
- keine Grundsteuer für LMBV
- Sparte Tourismus hat sich verschlechtert, resp. weniger Einnahmen
- Mitfinanzierung von Maßnahmen (Eigenmittel), Folgekosten (z.B. Grundwassermonitoring)
- wegen Belastung durch Kohleförderung und fehlender Ausgleichsmaßnahmen erfolgt Wegzug von Einwohnern und fehlender Zuzug von Menschen mit Einkommen
- Durch die Erhöhung der Eigenanteile der § 4 Maßnahmen auf 20 %, durch noch nicht erfolgte Nutzungsfreigabe der Bergbauflächen (Seen)
- noch keine Auswirkungen messbar, da Sanierung läuft
- Einschränkungen in der gewerblichen Tätigkeit und damit Verringerung der Steuerkraft
- Den bisher getätigten Ausgaben aus dem städtischen Haushalt (Planung, Bewirtschaftung, ...) stehen keine nennenswerten Einnahmen gegenüber.

Auch wenn hier der vorgeschriebene Eigenanteil bei der Nutzung der §4 (VA) Maßnahmen zwei Mal erwähnt wird, so haben doch nur sechs von 40 Bürgermeister/innen und Bürgermeister/innen, die auf eine entsprechende Frage geantwortet haben, auf diese §4 (VA) Maßnahmen verzichtet; die Verpflichtung zur Nachsorge nach §3 wird als Problem überhaupt nur von einem/einer Bürgermeister/in angesprochen.

Das Gesamtbild, das sich aus den Antworten zur Bedeutung und zum Erfolg der Braunkohlesanierung ergibt, ist eindeutig positiv. Allerdings scheinen die Gemeindehaushalte selbst nur geringfügig von der Braunkohlesanierung profitiert haben.

(5) **Kooperation** spielt bei einer so großen und vielfältigen Unternehmung, wie der Braunkohlesanierung, eine zentrale Rolle. Diese scheint nach Meinung der Bürgermeister/-innen bisher insgesamt gut funktioniert zu haben. Sowohl die Zusammenarbeit mit der LMBV, den gewerblichen Unternehmen, der Regionalplanung aber auch den umliegenden Kommunen wird von einer klaren Mehrheit der Bürgermeister/innen als zufriedenstellend oder sogar sehr zufriedenstellend bezeichnet (vgl. Abbildung 59).

Abbildung 59: Wie zufrieden sind Sie mit den Aktivitäten und der Kooperation mit... (in Prozent)



Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik finden sich im Anhang in Tabelle 29.

4.7 Zusammenfassung

Die Befragung der Bürgermeister/innen von Gemeinden, die von der Braunkohlesanierung betroffen sind, liefert neben Informationen zur sozioökonomischen Situation wichtige Einblicke in die Entwicklungen, Planungen und Projekte der näheren Zukunft.

Mit insgesamt sechs offenen Fragen haben wir die Bürgermeister/innen nach bestehenden, aber auch zukünftig geplanten Entwicklungen und Projekten gefragt. Zudem wurde versucht zu eruieren, welche aktuellen Probleme in den jeweiligen Gemeinden aufgetreten sind. Die Antworten auf alle Fragen waren sehr ausführlich (es haben durchweg um die 90% der Bürgermeister/innen geantwortet). Dies ist für sich genommen ein wichtiges Ergebnis, weil es das hohe Engagement derer, die den Fragebogen beantwortet haben, verdeutlicht.

Inhaltlich wurde eine Vielzahl von Entwicklungen, Investitionen und Projekten genannt. Diese sind häufig gemeinde- oder regionsspezifisch. Es gibt aber auch einen klaren übergeordneten Trend, der im Bereich des Tourismus und der dafür zu schaffenden Infrastruktur liegt. Er reicht von konkreten Förderungen touristischer Projekte bis hin zu landschaftlichen Gestaltungsmaßnahmen, die die Ansiedlung von Tourismus fördern. Öffentliche und private Investitionen unterscheiden sich dabei von der Schwerpunktsetzung her wenig. Die Förderung von Industrie und Handwerk spielt gegenüber dem Tourismus eine sekundäre Rolle, alle anderen Maßnahmen erklären sich aus den spezifischen Gegebenheiten der einzelnen Gemeinden.

Die vorhandenen Probleme sind wiederum überwiegend gemeindeübergreifend, so vor allem Probleme im geologischen Bereich (unerwartete Absenkungen, Flutungen, Grundwasserwiederanstieg) und die Folgen des Hochwassers von 2010.

Wie die Regionaldatenanalyse ergeben hat, sind die Braunkohlesanierungsgebiete stärker noch als die drei Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg durch einen Bevölkerungsrückgang gekennzeichnet. Dieser betrifft vor allem die jüngeren und mittelalten Jahrgänge im erwerbsfähigen Alter, während die Zahl der Älteren eher zunimmt. Dies sind keine guten Voraussetzungen für eine wirtschaftliche sich stabilisierende Entwicklung.

Die Bürgermeister/innen bestätigen diesen Trend: Während es ihrer Ansicht nach kaum geschlechtsspezifische Unterschiede gibt, überwiegen in den Gemeinden bei den jungen und mittelalten Jahrgängen die Wegzüge eindeutig die Zuzüge. Zudem verlassen demzufolge vor allem höher und hoch Qualifizierte die Region, während die niedriger Qualifizierten bleiben. Ein ganz ähnliches Bild haben die befragten Bürgermeister/innen hinsichtlich der Zusammensetzung der Arbeitslosen: Arbeitslos seien die Mittelalten und Älteren sowie die mit niedriger Qualifikation. Dennoch sind die Bürgermeister/innen, was die Zukunftsaussichten betrifft, nicht

pessimistisch: Vor allem im Bereich des Tourismus seien Arbeitsplätze geschaffen worden und auch den Bereichen Industrie und Handwerk werden Chancen eingeräumt.

Ein Erfolg der Braunkohlesanierungsmaßnahmen bedarf der Zustimmung der in den Gebieten wohnenden Bevölkerung. Aus der Sicht der Bürgermeister/innen ist diese Zustimmung groß. Nur eine sehr kleine Minderheit meint, die Bevölkerung sei negativ eingestellt. Es beteiligen sich zudem viele Einwohner/innen an Initiativen, durch die die Regionen attraktiver werden sollen.

Das herausragende Ergebnis der Bürgermeister/innenbefragung ist, dass Zukunftsaussichten vor allem im Tourismus gesehen werden. In diesem Bereich hat es in den letzten Jahren beträchtliche Zuwächse gegeben, darüber hinaus werden weitere für die Zukunft erwartet. Demgegenüber spielen Projekte im Bereich der Industrie und des Handwerks eine geringe Rolle. Die Gründe dafür sind offensichtlich: Die neu entstandenen Seen und Landschaften bieten gute Voraussetzungen für einen Tourismus, den es in der jetzt entstandenen Form (vor allem Wassertourismus) in dieser Gegend früher nicht gab. So sind in der Umgebung von Leipzig mittlerweile mehrere attraktive Seen entstanden, während früher fast überhaupt keine vorhanden waren. Dies hat die Gegend nicht nur für den Naherholungstourismus, sondern wohl auch für den überregionalen Tourismus attraktiv gemacht. Eine ähnliche Situation ist in der Umgebung von Cottbus zu erwarten, in der künftig der große Cottbuser Ostsee entsteht. Andere Regionen profitieren zwar nicht direkt von der Nähe größerer Städte, doch wie die Bürgermeister/innen betonen – und wie es auch aus der Analyse der Gemeindestatistiken bzw. Regionaldaten deutlich wird –, hat auch in diesen Regionen der Tourismus einen kräftigen Aufschwung genommen. Zurzeit ist der Tourismus die realistischste Chance, ihre Gemeinden vor einer Verarmung und weiter zunehmendem Wegzug qualifizierter Fachkräfte zu bewahren.

Für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Planung dürfte es aber wichtig sein, Entwicklungskonzepte für die Regionen zu entwerfen, die über den Ausbau des Tourismus hinausgehen.

5 Ergebnisse der Expert/innen - Gespräche

Die insgesamt 32 leitfadengestützten Expertengespräche wurden im Zeitraum von Mitte Februar 2015 bis Mitte Februar 2016 mit relevanten Funktionsträgern und Akteuren durchgeführt. Das heißt, es handelt sich nicht um Individualbefragungen, sondern um institutionell-systemische Erhebungen. Befragt wurden Vertreter der Landesplanung in den zuständigen Ministerien, der Regionalen Planungsverbände, der Zweckverbände, der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern, Bürgermeister/innen, Vertreter des Bundesministeriums für UB und von Unternehmen, Wissenschaftler der Stadt- und Regionalplanung und der Hydrologie sowie Experten der LMBV.

Wie sich der Landschaftswandel darstellt, wissen wir aus den Daten und ihrer Analyse, die sich in Kapitel 2 findet. In den Gesprächen interessierte uns insbesondere, wie die sanierten Flächen, einschließlich der Seen, heute genutzt werden. Werden die Flächen für die Landwirtschaft, für die Fortwirtschaft, für den Tourismus, für Industrie und anderes Gewerbe genutzt? Oder handelt es sich vor allem um naturnahe Räume, die für die (Nah-) Erholung, zum Wandern und Radfahren usw. gut geeignet sind? Oder gibt es darüber hinaus noch weitere Gebiete, die derzeit in der Sanierung begriffen, das heißt, die noch nicht für eine Wiedernutzung geeignet sind?

Weiterhin war für uns von Belang, zu erfahren, sofern die sanierten Flächen für im erweiterten Sinne wirtschaftliche Aktivitäten genutzt werden, welche Beschäftigungswirkungen damit verbunden sind und wie die bisherige wirtschaftliche Entwicklung verlaufen ist. Schließlich wollten wir Erkenntnisse erlangen über die weiteren Zukunftsperspektiven, die Erwartungen und vielleicht auch die Hoffnungen.

Im Kontext dieser Expertengespräche wurden zudem auch Materialien, Studien, Broschüren, Entwicklungskonzepte (und Ähnliches) zusammengetragen, die einerseits die statistischen Daten und andererseits die Aussagen der Bürgermeister/innen und der o.g. Experten ergänzen und untermauern.

Zu den Fragekomplexen im Einzelnen:

(1) Zu Beginn wurde gefragt, inwiefern der/die Experte(in) bzw. seine /ihre Organisation / Institution etwas mit der BKS zu tun hat und auf welche Region (Standorte) sich die entsprechenden Erfahrungen /Aktivitäten beziehen.

(2) Eine weitere Frage war die nach dem, was nach der BKS im Zuge der Wiedernutzbarmachung von Flächen in der Region/Gemeinde, am Standort alles neu entstanden ist. Weiterhin wurde versucht, zu ermitteln, wo, hierauf bezogen, die Schwerpunkte liegen, welches die hauptsächlichen Nutzungsarten sind und welche wirtschaftlichen Aktivitäten im Vordergrund stehen bzw. eine wichtige Rolle spielen (Tourismus, Industrie, Gewerbe etc.), bspw. auch, welche Branchen besonders stark vertreten sind und an welchen Branchen, an welchem Gewerbe es eigentlich mangelt. Ebenfalls war von Interesse, ob größere Investitionen in der Region, der Gemeinde, am Standort getätigt wurden und ob Ansiedlungen oder Neugründungen von Unternehmen, nachdem die sanierten Flächen wieder nutzbar gemacht wurden, stattgefunden haben. In diesem Zusammenhang war auch von Interesse, ob mit diesen Investitionen und/oder Neugründungen von Betrieben/Unternehmen auch Beschäftigungswirkungen verbunden waren und welche der wirtschaftlichen Aktivitäten, sich vor allem als beschäftigungswirksam erwiesen haben.

(3) Obwohl wir die Daten aus der Regionaldatenbank kennen, waren – wie auch im Fall der Bürgermeister/innen-Befragung - dennoch die Experteneinschätzungen für uns von Interesse, die sich auf die Erfassung bzw. Einschätzung der demografischen Entwicklung in der Region / der Gemeinde bezogen. Zudem wollten wir wissen, welche Bevölkerungsgruppen abgewandert waren und welche geblieben sind (Jüngere/Ältere, Frauen/Männer, höher/geringer Qualifizierte) und wie sich die Altersstruktur darstellt. Schließlich war für uns die Arbeitsmarktsituation, das Arbeitsplatzangebot und die Höhe der Arbeitslosigkeit sowie das Vorhandensein von Langzeitarbeitslosigkeit von Belang. Gefragt wurde weiterhin, welche Gruppen insbesondere von Arbeitslosigkeit betroffen waren bzw. sind, ob die angebotenen Arbeitsplätze besetzt werden konnten oder ob in dieser Hinsicht bereits Probleme aufgetreten sind, d.h., ob es bereits Fachkräfteengpässe gibt. In diesem Zusammenhang wurde auch nach der Akzeptanz der BKS in der jeweiligen Region gefragt.

(4) Darüber hinaus versuchten wir die Perspektiven hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Bergbaufolgelandschaften in der Region/der Gemeinde/am Standort zu ermitteln sowie die Erwartungen in Bezug auf die wirtschaftlichen, beschäftigungs-, demografischen und arbeitsmarktbezogenen weiteren Schritte und Chancen.

(5) Aufgetretene, noch vorhandene Probleme beim Start und in der Folge der BKS wurden ebenfalls angesprochen sowie die vorhandenen Vorstellungen hinsichtlich einer verbesserten Umsetzung und optimierter Maßnahmen im Rahmen der BKS. Thematisiert wurden abschließend neben der Frage nach einer Gesamtbewertung des bisherigen Verlaufs der BKS, eventuelle Umsteuerungserfordernisse und aufgetretene Defizite, sozusagen vertane Chancen und auch Hoffnungen, die

begraben werden mussten.

Wir konzentrieren uns bei der Auswertung und Analyse der Experteninterviews auf die folgenden Dimensionen:

- Schwerpunkte der Entwicklung
- Impulse für die Region
- Einschätzungen der demografischen - und Arbeitsmarktsituation
- Kooperationen mit anderen Akteuren: Akteursnetzwerke
- Bergbaufolge- und Braunkohlesanierungsprobleme
- Erfolge und Probleme

5.1 Schwerpunkte der Entwicklung

Im Vordergrund fast aller Bewertungen und Feststellungen steht der in der Folge der BKS entstandene Tourismus, bzw. stehen seine Entwicklungsperspektiven und die seiner Entwicklung entgegenstehenden, aufgetretenen Hemmnisse und Hürden. Während hinsichtlich des Leipziger Seenlandes eher positive Einschätzungen und Erwartungen überwiegen, treten in Bezug auf das Lausitzer Seenland differenziertere Sichtweisen und Erwartungen auf, die dann, bezogen auf das ostsächsische Gebiet, in der Grundeinschätzung zwar positiv sind, jedoch durchaus auch sehr kritische Momente enthalten.

Dies bezieht sich insbesondere auf die dort aufgetretene zu zögerliche „Inwertsetzung“ der Seen, die häufig vorzufindende Unentschlossenheit und mangelnde Abstimmung der Kommunen untereinander. Das heißt, es handelt sich hier auch um Orientierungen auf gegenläufige Nutzungsansprüche, wie zum Beispiel „ruhige Erholung“ oder Motor- und Speedbootverkehr auf den Seen, also Naherholung versus wirtschaftliche Nutzung. Für Letztere setzten sich durchweg Investoren und Betreiber von Erholungsgebieten ein, die sowohl von der Regionalplanung als auch von der wissenschaftlichen Beratung kritisch gesehen werden.

Ein Mangel an einer wirksamen Koordination raumwirksamer Politik wird im Rahmen solcher Sichtweisen und Problematisierungen immer wieder angesprochen. Zum Beispiel wird kritisch festgehalten, dass es häufig zu viele „bürokratische Probleme“ bei der Abstimmung zwischen Wirtschaftsministerien, Gemeinden und der LMBV gebe und dass auch die LMBV selbst sehr oft aus etwas „zu abgehobener Managementsicht“ handle. Beispielsweise seien „...Flächen in vielen Fällen viel zu schnell vermarktet worden“, was u.a. auch zurückzuführen sei auf den Druck, den das Finanzministerium auf die LMBV ausübt: „Man muss auch

mal den Mut zum Liegenlassen haben“. Oft genug habe man nicht genug Geduld gehabt, auf den „Richtigen“ zu warten. Der käme dann oft nach fünf Jahren noch einmal, aber dann sei die Fläche bereits verkauft. Derartige kritische Sichtweisen der Experten machen sich bspw. auch an der schnellen Ausbreitung der Solar- und Windparks fest, die eigentlich zunächst auf Industriebrachen gehörten und nicht auf „nicht sicher konsolidierte Flächen“. Sanierte Flächen, so Expertenurteile, sind daher, insbesondere in Bezug auf Windkraftanlagen, meist „ungeeignet“.

Insbesondere die einzelnen Kommunen bzw. die Bürgermeister/innen würden dies, so wird betont, häufig viel zu spät erkennen. Auch seien die Bürgermeister, so eine immer wieder hervorgehobene Einschätzung vieler Experten, quasi „unwissende Getriebene, die hinter Investitionsaktivitäten herhetzen, anstatt sich zum Beispiel von der Regionalplanung, Bausteine bzw. Konzepte für die Stadt- und Landschaftsentwicklung erarbeiten zu lassen“.

Auch akzeptierten weite Teile der Bevölkerung nicht, dass „auf dem Weg zur sauberen Energie“ die Wertschöpfung aus Braunkohle ein paar Kilometer weiter auf polnischer Seite in ähnlichem Umfang vollkommen neu stattfinden soll („Gubin hui, Jänschwalde pfui?“). Die hier aufscheinenden Rückzugsräume mit latentem Widerstandspotential, existieren in der einen Arena. In der anderen Arena finden in den Handlungsräumen von Funktionsträgern und Akteuren grenzüberschreitende Kooperationen und versuchte Verständigungen statt.

Abgesetzt von diesen eher kritischen Sichtweisen wird bezogen auf das Lausitzer Seenland andererseits berichtet, dass die Kommunen ihre Kooperationsstrukturen schrittweise konsolidiert haben. Insbesondere mit dem Entstehen neuer touristischer Attraktionen habe das Tourismus-Marketing dort an Bedeutung gewonnen. Eine solche, schon erheblich fortgeschrittene Entwicklung ist, wie gesagt, ebenfalls im Südraum Leipzig zu verzeichnen. Im angrenzenden sachsen-anhaltinischen Bereich ist der zu verzeichnende Fortschritt noch etwas verhaltener. In Ostsachsen hingegen waren die Startmöglichkeiten für den Tourismus und die zu schaffende Infrastruktur von Beginn an erheblich komplizierter und dies vor allem aufgrund der sehr starken Abwanderung und der geografischen Randlage. Auch konkurrieren hier, ebenso wie in Sachsen-Anhalt, Tourismus- und Naherholungsentwicklung. Da, soweit man bisher sehen kann, dort die Akzeptanz der Folgen der Braunkohlesanierung bei der Bevölkerung geringer entwickelt zu sein scheint („der Berzdorfer See wird nicht angenommen“), existiert hier auch ein latentes Konfliktpotential.

Dies wirkt sich auch hinsichtlich der zu entwickelnden (auch gastronomischen) Infrastruktur nicht unerheblich aus. Die bereits vor einiger Zeit erfolgte Abwanderung, sowohl in Sachsen-Anhalt als auch in Ostsachsen, hat zum Beispiel eine hemmende Wirkung auf die Entwicklung und Neugründung von

Betrieben/Unternehmen im touristischen Bereich.

Dennoch, so berichten zum Beispiel Kammervertreter in Ausgang vom Konjunkturreport Lausitz (2015), dass überraschenderweise die Unternehmen den Ausbau der Tourismuswirtschaft weit vor dem Ausbau der erneuerbaren Energien rangieren lassen. Einer der Gründe scheint unter anderem in den nicht vermerkbaren sozioökonomischen Effekten der Wind- und Solarenergie für die Kommunen zu liegen. Regionalwirtschaftliche Impulse, so wird unterstrichen, gehen von ihr nicht aus.

Die Gründung und Entwicklung von Betrieben und Unternehmen im industriellen, gewerblichen Bereich steht, im Vergleich zum touristischen Bereich, nicht unbedingt im Vordergrund. Eine Ausnahme spielen hier spezifische Gemeinden/Kommunen, die geographisch günstig gelegen sind. Hier sind zwar Aufwärtsentwicklungen zu verzeichnen, die bspw. im Lausitzer Seenland durchaus auch beachtliche, qualitative Sprünge gezeitigt haben; jedoch ist hinsichtlich des industriellen, gewerblichen Unternehmens-/Betriebsbestandes eher von geringfügigeren oder auch vorhandenen kleinbetrieblichen Fortschreibungen und gewerblichen Nachnutzungen auszugehen. Es wird darauf verwiesen, dass dies vor allem die Baufirmen sind, die die Sanierungsarbeiten durchführten.

Nichtsdestotrotz unterstreichen insbesondere die IHK-Experten, dass „um Wertschöpfung und Wohlstand für die Regionen zu erhalten und auszubauen Industrie und Industriearbeitsplätze vonnöten seien. Da bisher, zum Beispiel in der Lausitz, noch jedes zweite Unternehmen „von der Braunkohle abhängig ist“, seien, angesichts des zukünftigen Strukturwandels, sowohl sog. „industrielle Anstrengungen“, aber auch Anstrengungen hinsichtlich der Erschließung alternativer Geschäftsfelder erforderlich.

Wissenschaftliche Experten und Experten der Regionalplanung betonen ihrerseits, dass der sich vollziehende Strukturwandel genutzt werden solle, um beispielsweise, ausgehend von „Visionen“, Stadtbau- und Landschaftsgestaltung sowie die Entwicklung von Infrastruktur in den Blick zu nehmen („kein Starren auf sog. Natur“). Dies würde dann auch eine spezifische Anziehungskraft entwickeln.

5.2 Impulse für die Region

Wichtige Impulse für die Regionen, beispielsweise für das Lausitzer Seenland, sind nach Auffassung der Experten, die Internationale Bauausstellung (IBA), weiterhin die EXPO 2000 „Industrielles Gartenreich“ sowie die Landschaftskunst in Boxberg und der „Bergbau-Technik-Park“ in Grosspösna: „Das hat die Entwicklung forciert“. Hier waren und sind erhebliche und größere Besucherzahlen zu verzeichnen, die, angezogen von sog. touristischen Attraktionen, den Blick auf die

Entwicklungen und Erfolge der BKS gelenkt haben. Somit wurden hier bspw. das Lausitzer Seengebiet und seine Perspektiven in sowohl touristischer, naherholungsbezogener Hinsicht, als auch für anzusiedelndes Gewerbe und künftiges, naturbezogenes Wohnen in den Fokus vieler Besucher und potentieller Investoren, aber auch Anrainer, gerückt.

Überwiegend wird auch das Bemühen als zukunftsweisend und für erfolgsversprechend angesehen, ehemals vorhandene „ganzheitliche“ Kulturlandschaften wiederherzustellen und vor allem, in der Folge, sichtbar zu machen. Dies betrifft insbesondere den ostsächsischen Raum, der durchaus nicht so ohne weiteres als Rückstandsgebiet zu bezeichnen ist, wie dies häufig geschieht, sondern eher als sehr alte Kulturlandschaft mit vielen Attraktionen. Diese „muss“ nun – im Anschluss an die BKS – wieder viel mehr ins Blickfeld rücken. „Vermarktungsfähig“ sei das allemal; auch weise dieses Territorium Alleinstellungsmerkmale auf: Die Region ist zum Beispiel durch einen ausgeprägten Kulturlandschaftswechsel gekennzeichnet, d.h. von einem Wechsel zwischen naturbelassener Landschaft und einer sog. technogenen Landschaft, wie sie auf den großen Seen für Motor- und Speedboote gegeben ist. Der Lausitzring in Brandenburg spielt eine ebensolche Rolle.

5.3 Einschätzung der demografischen – und Arbeitsmarktsituation

Die Einschätzungen der Expert/inn/en bestätigen in vielen Punkten einerseits die Ergebnisse der Regionaldatenanalyse, andererseits die entsprechenden Aussagen aus der Bürgermeister/innen-Befragung; in einigen Aspekten werden diese Daten und Sichtweisen ergänzt, aber nur in wenigen Aspekten werden etwas andere Akzente gesetzt.

(1) Die Auskünfte beziehen sich überwiegend auf die gravierenden Folgen von Alterung der Bevölkerung, Abwanderung, insbesondere Jüngerer, und die des Arbeitsplatzabbaus. So wird die Befürchtung geäußert, „... dass uns die ländlichen Räume, und zwar die peripheren und strukturschwachen ländlichen Räume, noch schneller leerlaufen, als wir das bisher schon hatten.“. Ein Experte fasst die Situation so zusammen: „In der Region kommen zwei Effekte zum Tragen: Das ist die generelle Überalterung der Gesellschaft, noch verstärkt durch die starke Abwanderung insbesondere junger Frauen, die jetzt Kinder hätten. Diese beiden Sachen verstärken sich eben noch. Die Region hat einen sehr hohen Altersdurchschnitt und die jungen Familien sind größtenteils nicht da. Das merkt man natürlich auf dem Arbeitsmarkt.“

(2) Als kritisch für die regionalen Entwicklungsperspektiven wird gesehen, dass gerade auch höher Qualifizierte weggezogen sind, so dass es zu einem Mangel an

Fachkräften, aber auch an potentiellen Unternehmern komme. Hinsichtlich des Qualifikationsniveaus der Verbliebenen wird geklagt: Sie wiesen sehr häufig „mangelnde Talente“ auf, was sich insbesondere in mangelnden unternehmerischen Initiativen niederschlägt. Dies zeige sich etwa bei der Entwicklung der touristischen Infrastruktur, z. B. in der Gastronomie. In vielen Kommunen würden solche Unternehmer „mit Mut“ fehlen, obwohl gelte: „Jeder, der hier eine Existenzgründung machen möchte in den Branchen, die uns auch wirklich wichtig sind, der wird hier auf Händen getragen.“ Dies wird auf so etwas wie mangelnden Unternehmergeist zurückgeführt: „Ja, ich glaube auch, das Unternehmertum hat hier einen anderen Stellenwert als in den gewachsenen Regionen, wo Unternehmertum schon immer Unternehmertum war und auch einen gewissen Stolz hatte.“

(3) Im Gefolge der Zunahme der älteren Bevölkerung sowie der Abwanderung Jüngerer und qualifizierter Personen habe sich, so wird berichtet, in einigen BKS-Regionen ein Fachkräfte- und Auszubildenden-Mangel herausgebildet. Mehrere Expert/innen klagen entsprechend: „Also wir haben wirklich einen absoluten Arbeitskräftemangel mittlerweile. ... Weil sehr, sehr viele gut qualifizierte Arbeitskräfte natürlich in den Westen gegangen sind.“ Gerade im Handwerk sei diese Problematik extrem und ein Vertreter des Handwerks spricht sogar von einem „riesigen Fachkräftemangel.“. Etwas abgeschwächt und mehr auf die Zukunft bezogen schätzt ein anderer Experte diese Situation ein: „Das Thema Fachkräftemangel: Das wird in der Regel ein Thema werden. Gerade in der Gastronomie ist es schwierig, Personal zu bekommen. ... Wir haben zwar noch keinen deutlichen Fachkräftemangel, aber es ist deutlich sichtbar, dass er kommt.“.

In manch einer Region ist schon die fast schon kuriose Entwicklung eingetreten, dass die nach der massiven Abwanderung nunmehr fehlenden Arbeitskräfte durch Einpendler kompensiert werden müssen. Ein Experte berichtet, dass seit 1990 die Bevölkerungszahl „fast auf die Hälfte geschrumpft“ sei. Die Folge heute sei, dass es „zu wenig Arbeitskräfte“ gebe und man ca. 14 bis 15 Tausend Einpendler aus den umliegenden großen Städten verzeichne.

(4) Eher vereinzelt gibt es aber auch gegensätzliche Stimmen: „Fachkräftemangel gibt es hier überhaupt keinen. Da haben wir bestenfalls irgendwann einmal Fachkräftebedarf unter dem Motto ‘wir brauchen immer gute Leute‘. Aber konkrete Arbeitsplätze haben wir nicht.“ Wenn sich beispielsweise in der Gastronomie zu wenige Auszubildende fänden, so sei dies darin begründet, dass die jungen Leute keine Chance auf Übernahme gehabt und „überdurchschnittlich schlecht verdient“ hätten. „Dann brauche ich mich nicht wundern, dass ich keine mehr finde. Da hält sich mein Mitleid schwer in Grenzen.“.

Ein anderer Experte hebt hervor, dass man sich vielleicht über die Art der

Arbeitsplätze nichts vormachen sollte: „Das geht oft mit Zeitarbeitern, Teilzeitbeschäftigung und Saisonkräften los. ... Das ist aber ganz normal so.“

(5) Relativiert wird die wirkliche oder vermeintliche Knappheit an interessierten Auszubildenden auch von mehreren Expert/innen mit dem Hinweis auf den „Akademisierungswahn“ Ein Experte sieht gar keinen Nachwuchsmangel und antwortet auf eine entsprechende Frage lapidar: „Man darf auch nicht alles glauben, was in der Zeitung steht.“

(6) An diesem Punkt gehen die Auffassungen also auseinander, was wohl auch mit den jeweils betrachteten Regionen und Branchen zu tun hat: Zwar wird, zumindest zukünftig, ein Fachkräftemangel befürchtet, andere Expert/innen aber relativieren diese Befürchtung mehr oder minder deutlich oder stellen sie gar in Abrede. Ähnlich verhält es sich mit dem Thema Nachwuchsmangel; dieser wird weniger als Folge demografischer Entwicklungen, sondern eher als Folge des oben schon zitierten „Akademisierungswahns“ gesehen.

So erscheinen manche Regionen hinsichtlich der demografischen und Arbeitsmarktentwicklung deutlich problematisch, in anderen sieht man hingegen schon ‘Licht am Horizont‘.

„Die höher Qualifizierten sind weggegangen. Die haben sich Arbeit gesucht. Die weniger Qualifizierten sind hiergeblieben. Das hat natürlich irgendwo auch Folgen für die Zusammensetzung der Gesellschaft.“ Es liege ein „lähmender Schleier“ über den nicht so erfolgreichen Gemeinden und Regionen. Investoren würden häufig „verprellt“. Dadurch blieben insgesamt sehr viele trüchtige Möglichkeiten und Entwicklungschancen hinsichtlich Neugründungen und anstehender Investitionen „nachgerade auf der Strecke. Es fehlt sehr häufig an Visionen.“. Das wirke sich natürlich nicht immer positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Oft sei es daher so, dass eher neu Hinzugezogene die Initiative ergriffen, Betriebe gründeten und Arbeitsplätze schufen.

In einigen Regionen, insbesondere im Südraum Leipzig, aber nicht nur dort, sondern auch in Teilen des Lausitzer Seenlandes beispielsweise, sei die Bevölkerungsentwicklung günstiger. Der Trend zur Abwanderung sei abgeschwächt und teilweise sogar zum Stillstand gekommen. Die Stadt X „hat im Geleitzug der Region über 30 Prozent der Bevölkerung verloren. Das flacht aber erfreulicherweise ab, im Zusammenhang mit der Braunkohlesanierung. Wir haben jetzt ein Stabilisierungsszenario in den letzten zwei Jahren, dass sich Abwanderung und Zuwanderung ausgleichen. ... Dahinter steckt ja die Botschaft für die Stadt und die Region, dass das Ausbluten, der Abwanderungsprozess sich verlangsamt oder sogar stoppt. Das ist ja eine sehr positive Botschaft.“

Und schließlich, so wiederum aus einer anderen Perspektive betrachtet, ließen sich

der Abwanderung in Regionen mit geringem Arbeitsplatzangebot auch positive Seiten abgewinnen: „Dass so viele bis Ende der 90er Jahre weggegangen sind, muss man positiv sehen. Die Leute haben das Bestmögliche gemacht. Damit sind Krisensituationen nicht so eingetreten, wie sie sonst eingetreten wären, wenn die geblieben wären.“

5.4 Kooperation mit anderen Akteuren: „Akteursnetzwerke“

Das häufig angesprochene Kooperationserfordernis der Akteure, d.h. der Bürgermeister/innen bzw. der kommunalen Vertreter/innen, der Zweckverbände, der Regional- und Landesplaner/innen sowie insgesamt der sog. Verwaltungs- und Beratungskulissen wird sehr unterschiedlich eingeschätzt.

- Zum einen wird immer wieder ein Mangel an einer Koordination raumwirksamer Politik angesprochen.
- Zum anderen wird über Fortschritte und Konsolidierungsprogramme in den Akteursarenen berichtet.
- Weiterhin wird, trotz aller zu verzeichnender Vernetzungsansätze, darüber geklagt, dass die Regionalplanung und die Entwicklung von möglichen Nutzungskonzepten, wie bspw. eine Regionalstrategie zur Daseinsvorsorge und Mobilität, noch viel zu häufig fehlen. Gemeint ist hier zum Beispiel die Verbesserung einer teilräumlichen Versorgung mit schulischen, medizinischen Einzelhandels- und Verkehrsangeboten sowie die Ermittlung der Handlungsbedarfe für die Weiterentwicklung des ÖPNV-Netzes. Auch bedürfe die Regionalentwicklung in nationalen Grenzübereichen noch der Unterstützung und (Weiter-) Entwicklung.
- Generell wird vorgeschlagen kooperative Vernetzungen zu schaffen, d.h. sowohl institutionelle Vorkehrungen zu treffen, z. B. die Schaffung von Kompetenzzentren, Bürgermeisterkonferenzen – oder wie im rheinischen Revier zum Beispiel die Einrichtung von Innovationsgesellschaften, oder auch personelle Verbände aus Wissenschaft, Hochschulen, Regionalplanern, etc., die sich gemeinsam um den Strukturwandel kümmern: „Der Einzelakteur kann das nicht schaffen, er ist dann in der Hand von Investoren“.
- Allerdings, so wird berichtet, stoßen auch Investoren auf bürokratische Hemmnisse (verzögerte Grundbucheintragen und Schiffbarkeitsgenehmigungen, etc.)

5.5 Bergbaufolge- und Braunkohlesanierungsprobleme

Ein Teil der im Folgenden angesprochenen Probleme resultiert aus den Prozessen des aktiven Tagebaus, der Veredelung der Braunkohle (z. B. in Brikettfabriken) und dem Betrieb von Kraftwerken, ein anderer Teil aus den Prozessen der BKS im engeren Sinn. Einerseits geht es mithin um die Hinterlassenschaften der Braunkohlewirtschaft, andererseits um die aktuellen Probleme, die im Zuge der Koordination und der technischen Durchführung der BKS auftreten.

Insbesondere in letzter Zeit haben sich etliche „Wermutstropfen“ für die BKS ergeben, die aus verschiedenen Ursachen resultieren. Diese sanierungsbedingten Rückschläge lassen sich indes auch als prozessuale Lernprozesse interpretieren, denn nicht zu Unrecht wird seitens der LMBV immer wieder darauf hingewiesen, dass vergleichbar umfangreiche und weitreichende Maßnahmen der BKS bislang noch nicht durchgeführt worden sind. Hinsichtlich einiger der im Folgenden herausgestellten Problempunkte handele es sich um „Neuland“, das betreten werden müsse und das teilweise erst mit einschlägiger Forschung besser verstanden werden könne.

(1) Die gravierendsten Probleme, auf die praktisch alle Expert/innen zu sprechen kommen, sind die Unfälle in Nachterstedt und am Bergener See. Diese Unfälle haben die BKS zeitweise in Misskredit gebracht und weiträumige bzw. vorsorgliche Absperrungen von Flächen nach sich gezogen, die wiederum ebenfalls für Unmut sorgten, insbesondere dann, wenn zuvor zugängliche Gebiete wieder gesperrt wurden.

(2) Ein weiteres Problem hängt mit der Dauer der BKS-Maßnahmen zusammen: In den Gemeinden und Regionen ist ein „Nutzungsdruck“ entstanden, der es mit sich bringt, dass moniert wird, die BKS dauere zu lange. Die überwiegende Mehrheit der befragten Expert/innen konzidiert allerdings, dass man eingesehen habe und einsehen müsse, dass die BKS doch deutlich längere Zeit in Anspruch nehmen würde, als ursprünglich gedacht.

(3) Unterschätzt wurde an manchen Stellen die Verletzlichkeit und noch vorhandene Instabilität der sanierten Böschungen, Ufer usw., die erst im Zuge der Hochwasser im Südraum Leipzig und in der Region um den Goitzsche-See deutlich wurde. Auch die Winterstürme sind für die gerade im Entstehen begriffenen touristischen Räume sehr schädlich gewesen. Von Investoren wird kritisiert, dass bislang noch zu wenig getan wurde, um künftige Probleme dieser Art zu verhindern.

(4) Ein äußerst medienwirksames Problem ist mit dem Stichwort „braune Spree“ beschrieben. Die Verockerung der Gewässer, d. h. das Eindringen von Sulfaten bzw. die „Eisenschlammfrachten“, wird von einigen Expert/innen als übermäßige

Dramatisierung gedeutet, von anderen als „das größte ökologische Projekt, das wir haben“. Höchst umstritten ist auch die Idee, den Eisenschlamm in dem besonders tiefen Altdöberner See einzulagern; viele Bürger/innen dieser Kommune wehren sich dagegen. Bemerkenswert in diesem Kontext erscheint, dass deutlich seltener von der ähnlich „braunen Pleiße“ berichtet wird.

(5) Die in den letzten Jahren häufiger auftretenden trockenen Sommer haben zu einem Wassermangel geführt, der sich beispielweise im Lausitzer Seenland ungünstig bemerkbar mache, weil damit die Flutung der Seen verzögert werde, obwohl einige Investoren aktiv werden möchten.

(6) Das entgegengesetzte Problem stellt der Überfluss an Wasser durch den Anstieg des Grundwassers dar, eine Spätfolge des Entzugs dieses Grundwassers für den aktiven Tagebau. „Das Wasser hat ein Gedächtnis, das Wasser kommt immer dorthin, wo es einmal war; es versucht es zumindest. Wenn möglich geht das Wasser dahin, wo es herkommt. Und wenn es dort keine Erde gibt, dann geht es eben in die Häuser „rein“ - wie in Lauchhammer, wo dieses Grundwasser schon aus den Kellern abgepumpt werden muss.

(7) In diesem Kontext klagen einige Expert/innen über die mangelnde Planungssicherheit. Vor allem für Investitionen sei dies schädlich, weil Investoren typischerweise erst auf den Plan träten, wenn in den Gemeinden ein gewisser Entwicklungsstand bei der Vorbereitung der Flächen erreicht sei. Die Bürgermeister/innen würden dann die BKS für ihnen fehlenden Steuereinnahmen verantwortlich machen.

(8) Vereinzelt sind auch Beschwerden über unzureichende Sanierungsmaßnahmen erhoben worden. Die Baugründe für den Wohnungsbau seien ganz unzureichend; im Untergrund befänden sich noch Rückstände („Müll“).

(9) Verzögerungen sind aber keineswegs immer – und manches Mal vielleicht nicht einmal vorrangig – Resultat technischer Schwierigkeiten, sondern offenbar auch Folge unzureichender Kooperation und Koordination. Die notwendige Abstimmung zwischen Gemeinden, Planungsinstanzen und LMBV funktioniere nicht immer so, wie man es sich wünsche. Die die Bundesländer übergreifende Kooperation sei erst recht „nicht einfach“. Auch heißt es dazu: „da passiert wenig“.

(10) Auch Kritik an der mangelnden Transparenz der BKS-Planung wird von einigen Experten formuliert. Es gebe unterschiedliche Aussagen seitens verschiedener Vertreter der LMBV, was mindestens zu Irritationen führe („Der Eine sagt dies, der Andere sagt etwas Anderes.“).

(11) Ein Kritikpunkt an den Verkaufsaktivitäten der LMBV bezieht sich auf die Sichtweisen mehrerer Expert/innen, der zu frühen Vermarktung von Flächen. Gestützt wird diese Entwicklung durch den oben erwähnten Nachnutzungsdruck

seitens der Gemeinden. Die Kritik richtet sich dabei insbesondere auf die Solar- und Windparks. Hier hätte man mit mehr Gelassenheit abwarten können, bis sich Investoren finden, die mehr Arbeitsplätze bereitstellten. Sind indes die Flächen mit Solar- und Windparks belegt, so seien sie für die nächsten ca. 20 Jahre „verbrannt“. Andere Expert/innen wenden ein, dass die Böden für die Landwirtschaft noch eher ungeeignet seien und die Gemeinden sowie die verpachtenden Landwirte nicht zu Unrecht nach der Devise ‘besser als nichts‘ handelten.

(12) Eine Schwierigkeit, über die auch die Vertreter der LMBV nicht glücklich sind, betrifft die notwendige Umsteuerung der Mittel, denn statt weiterer Aufbauarbeit müssten zunächst Gefahrenabwehr-Maßnahmen ergriffen werden. Da aber die Mittel während der Laufzeit der Verwaltungsabkommen nicht aufgestockt werden könnten, blieben Maßnahmen zur Verbesserung der Flächen zunächst liegen, so dass hier ein weiterer Grund für Verzögerungen sichtbar werde.

(13) Ein, wenn man so sagen will, nicht ‘hausgemachtes‘ Problem, betrifft die nicht immer seriöse Berichterstattung in den Medien. Dies betreffe zum Teil nach Auffassung einiger Expert/innen die unnötige Skandalisierung der Verockerung der Gewässer oder das Unverständnis für die geotechnischen Schwierigkeiten, die eben „sehr aufwändig“ seien und „lange dauern“. Bemängelt wird von einigen Expert/innen, dass die Medien ihrer Aufgabe der Aufklärung des Lesepublikums nicht hinreichend nachkämen.

5.6 Erfolge und Probleme

(1) Insgesamt wurde bei den Expert/innen-Gesprächen der Eindruck gewonnen, dass die Effekte der BKS überwiegend positiv beurteilt werden. Dazu seien einige Stimmen an den Anfang dieses Unterkapitels gestellt:

-- „Die Geschichte der BKS ist im Großen und Ganzen eine Erfolgsgeschichte, was nicht unbedingt heißt, dass es nicht auch ein paar gravierende Positionen gibt, die man hier zu einer ehrlichen Bilanz mit benennen muss.“

-- „Unter dem Strich: Wenn ich es einmal mit einer Skalierung versuchen sollte, würde ich sagen, 80 Prozent der Bilanz sind positiv und 20 Prozent sind so, dass man es hinterfragen muss.“

-- „Es findet ein enormer Strukturwandel statt. Aber in welche Richtung sich die Strukturen entwickeln, können wir noch nicht im Detail belegen. Aber dass es schon einen Aufwärtstrend gibt, da bin ich relativ sicher.“

-- „Es ist ja so, dass alles auf einem guten Weg ist.“

-- Auf die Frage, ob die Expertin einer Industrie- und Handelskammer zufrieden sei mit der BKS, antwortet sie: „Glücklich und zufrieden, uneingeschränkt. Weil

wir nämlich anschließend Flächen übergeben bekommen, die wirklich toll aussehen, die landschaftlich hochwertig sind. ... Man hat wunderbare Flächen anschließend ... die sind landschaftlich hochwertig. Und wir sehr froh darüber. Also alles super, wir sind sehr zufrieden.“ Dies gelte auch für die Bevölkerung: „Dass das saniert ist und alles wieder schön ist, das schwingt alles mit.“ Und ganz allgemein ergänzt sie. „Wenn die Region, sage ich einmal ganz global, an die Braunkohlesanierung denkt, dann hat sie ein positives Gefühl.“

-- In besonderer Weise positiv wird der Südraum Leipzig beurteilt, etwa wenn man auf die Gewerbeansiedlungen und die Steuereinnahmen der Kommunen blickt: „Das sieht im Südraum Leipzig so schlecht nicht aus.“ Dies wird auch bezüglich der Naherholung und des Tourismus so gesehen: „Was die Erholungspotentiale betrifft, da hat der Südraum Leipzig echt gewonnen. ... ich sehe das ganz optimistisch.“ Dies gilt trotz mancherlei Widrigkeiten und der zum Teil nur sehr langsamen Entwicklung: „Ich bin trotzdem optimistisch.“ Und: „Das hat sich im Südraum Leipzig mit vielen Problemchen ganz gut entwickelt.“ Eher lapidar heißt es von Seiten eines anderen Experten: „Der Tourismus im Südraum Leipzig ist ein Selbstläufer.“

Die Expert/innen gehen zugleich von einer verbesserten Lebensqualität und verbesserter Stimmung in der Bevölkerung aus: „Die wirtschaftliche Wiederbelebung, die in unserer Region stattgefunden hat, ... hatte auch eine wichtige Voraussetzung: dass die Region wieder lebenswert geworden ist.“

(2) Damit solche positiven Urteile sich bilden können, sind einige Voraussetzungen vonnöten. Grundsätzlich gilt, dass der „Turn Around“, wenn man es einmal so nennen mag, dann erfolgt, wenn die privaten Investoren „angebissen“ haben. Die Aussagen einiger Expert/innen sind sehr klar. „Ohne private Investitionen wird das auf Dauer nicht funktionieren.“ Dazu aber müssen die potentiellen Standorte, Gewerbeflächen und Seen, einschließlich der Ufer, in angemessener Weise vorbereitet sein. Dazu kann es reichen, dass die LMBV die Grundsanierung durchführt und einige § 4-Maßnahmen hinzukommen. Nicht selten aber scheint es auch erforderlich, dass die Gemeinden „in die Vorlage gehen“, wie es ein Experte formuliert. Dies aber setzt wiederum einige Steuereinnahmen voraus, um die es bei nicht allen Gemeinden gut bestellt ist. Teilweise geschieht dieses „in die Vorlage gehen“ sogar in Kooperation mit Unternehmen, die sich ansiedeln wollen, wie ein Investor berichtet. Prinzipiell aber sollte damit gerechnet werden, dass es für die Investoren eine „Quasi-Freistellung“ von Sanierungs- und Nutzbarmachungsaufgaben in einem recht weiten Sinn gibt. Die investierenden Unternehmen fordern „Planungssicherheit“ und haben beispielweise für die Sperrung von Flächen, die schon einmal für die Nutzung frei gegeben waren, kein Verständnis. „Die wollen eine Zukunftsperspektive und sehen, dass man damit Geld verdienen kann.“ Wenn aber Unternehmen sich neu ansiedeln, verbessert dies

wiederum die Stimmung in der Bevölkerung: „Vieles..., was an Selbstbewusstsein zurückgekehrt ist, kommt daher, dass sich auch wieder Firmen angesiedelt haben.“

Eine weitere Voraussetzung scheint die Existenz funktionierender Kooperations- und Koordinierungsstrukturen zu sein, die sich allerdings angesichts konkurrierender Gemeinden nicht immer leicht herstellen lassen. Institutionen wie Steuerungskreise o. ä. nicht zuletzt zur Erarbeitung gemeinsamer Entwicklungskonzepte können offenbar eine wichtige Rolle spielen, was insbesondere dort schmerzlich zu spüren ist, wo sie fehlen.

(3) Damit der Tourismus ein neues wirtschaftliches „Standbein“ für die ehemaligen (und zum Teil noch immer) Bergbauregionen werden kann, sind nach den Aussagen der Expert/innen zwei Punkte zentral:

Erstens könne der Tourismus nicht allein für sich existieren, sondern bedarf der Ergänzung durch andere Gewerbe, möglichst Industrie. Daher halten die Gemeinden mit noch aktivem Bergbau auch an der Braunkohle fest. Auch aus einer Industrie- und Handelskammer vernimmt man solche Stimmen: Das „Bewusstsein in der Bevölkerung“ sei entsprechend: „Wir sind Braunkohleregion. ... die ganze Region stellt sich auch mit einem gewissen Stolz als Braunkohleregion dar, also Energieregion.“ In den beiden Bundesländern Brandenburg und Sachsen, aber wohl auch in Sachsen-Anhalt, setzt man hinsichtlich der Bereitstellung von Industrie weiterhin auf die Braunkohlewirtschaft als Brückentechnologie. Wenn nun weder ein Tagebau noch ein Kraftwerk mehr vorhanden sei, dann müsse sich eben anderes Gewerbe neben den Tourismus-Unternehmen ansiedeln. Hierzu hört man ebenfalls sehr klare Meinungen: „Und jetzt kann für die Region der Tourismus nur ein Standbein sein. Der Tourismus kann die Region nicht retten.“ Ein Bürgermeister teilt eine ähnliche Meinung: „Wir setzen ja nicht zuerst auf Tourismus. ... Das haben wir nie gemacht. ... das ist ein ergänzendes Standbein und ein ergänzender Wirtschaftsfaktor.“ Hingegen ein anderer Bürgermeister sieht es so: Es gebe „zwei Säulen: Erstens die maritim-touristische, einschließlich der Landschaftskunst und der Festivals, und zweitens das Kraftwerk.“ Derzeit sei die „Hauptsäule“ der Gemeinde noch die Kohle- und Energiewirtschaft. Die zweite Säule, der Tourismus, habe aber „gute Chancen“.

Zweitens benötigen Regionen als Tourismusregionen Alleinstellungsmerkmale. „Was muss man machen, um nachhaltigen Tourismus zu haben? Sie brauchen ein Alleinstellungsmerkmal, irgendetwas Besonderes, warum man da hinkommt.“ Ein anderer Experte räumt in diesem Zusammenhang tendenziell sogar ein Überangebot an Wasserflächen ein: „Unser Wasserflächenangebot ... ist realistisch gesehen größer als das, was man real braucht. Es geht immer darum, Profile zu bilden, Alleinstellungsmerkmale zu entwickeln.“ Diese Alleinstellungsmerkmale reichen nach den entsprechenden Auskünften der Expert/innen vom Landeplatz für

Wasserflugzeuge auf einem See über die Möglichkeit, Speedboot zu fahren, den Überleitern, die die Seen miteinander verbinden, und über Rock- u. ä. Festivals bis zu nahezu unberührter Natur und Ruhe. Selbstverständlich eignen sich Seen in der Nähe von Großstädten oder überhaupt in der Nähe dicht besiedelter Gebiete für touristische Aktivitäten aller Art besser als in dünn besiedelten Regionen. Exemplarisch lässt sich dieser Unterschied im Vergleich Südraum Leipzig mit den Seen in der Oberlausitz erfahren. Auch die Ausrichtung des Tourismus wird dann eine andere: Für die dauerhaft erfolgreiche Tourismuswirtschaft werden auf der einen Seite (im Südraum Leipzig) auch gehobene Gastronomie, Angebote auch „im Hochpreisbereich“ sowie Besucher mit höheren Einkommen als notwendig erachtet, auf der anderen Seite (im Raum um Bautzen und Görlitz) heißt es: „Wenn ich aber marktfähig bleiben will in so einer Region, dann muss ich im niedrigen Preissegment agieren. ... Das ist eine Frage der Kaufkraft.“

(4) Aus Sicht der Unternehmen scheint es eine breite Palette von unterschiedlich erlebten und interpretierten Erfahrungen zu geben. Manche sind äußerst unzufrieden mit den Sanierungsarbeiten der LMBV und mit der Kooperation mit dieser (Unternehmer X), andere sind nahezu begeistert (Unternehmer Y).

Unternehmer X: Die Baugründe, die an Investoren verkauft werden, seien unzureichend; auch mehrere Bürgermeister seien unzufrieden, würden sich seines Erachtens aber nicht trauen, offen Kritik zu äußern, weil sie auf § 4-Mittel hofften und es sich nicht mit der LMBV verderben möchten. Die LMBV würde manchmal eher „wie eine Behörde“ arbeiten und sehe sich gegenüber den Investoren „nicht als Dienstleister“. Immer wieder würden mit Hinweis auf das Bergrecht Entwicklungen verzögert, so dass Investitionen stockten. Diese Sichtweise scheint in der betreffenden Region nicht gänzlich unbegründet zu sein, denn auch ein anderer Experte aus dieser Region verweist auf stockende Investitionen und darauf, dass Investoren „auch wieder abgesprungen“ seien. Der Unternehmer X konzidiert zwar: „Es werden ja auch gute Sachen gemacht“, äußert sich aber überwiegend negativ und unzufrieden.

Unternehmer Y: Dieser findet sowohl die Kooperation mit den Gemeinden als auch die mit der LMBV und dem Bergamt ausgesprochen zufriedenstellend. „Wir haben von der LMBV gute Zuarbeit bekommen... Bis jetzt ist noch nichts schiefgegangen, muss man sagen. Da haben sie ihre Arbeit wohl richtig gemacht. Das ist positiv.“ Auch Probleme mit dem Bergrecht sind offenbar nicht aufgetreten: „Bergrecht war bei uns keine Verhinderung, überhaupt kein Kontraprogramm.“ Ein Problem sei die Sperrung von Flächen im Gefolge der Unglücke gewesen (Nachterstedt), die der Experte aber eher auf den Druck politischer Instanzen zurückführt: „Man hat ... da so ein bisschen politischen Aktionismus betrieben“. Gerade in dieser prekären Situation habe man aber sehr gut mit der LMBV zusammengearbeitet, allerdings auch, weil er als Investor Einiges „auf eigene Kosten“ vorangetrieben hätte. Das

Bergamt ebenfalls habe „sich richtig ins Zeug geworfen, damit das Ding funktioniert.“ Und zur LMBV heißt es: „Da hat die LMBV unheimlich gut gearbeitet und auch Überstunden gemacht..., damit das funktioniert.“ Der Unternehmer Y führt diese erfreulichen Erfahrungen mit den Hauptakteuren der BKS auch auf seine kooperative Grundhaltung zurück: „Wie man in den Wald hinein ruft...und wir sind immer kooperativ. Wir haben Verständnis gehabt für die komplexen Zusammenhänge, die die LMBV umtreiben, und wir haben gesagt, aber wir haben auch unsere Probleme und jetzt lasst uns doch an einen Tisch setzen.“ Die LMBV habe „für eine Behörde“ sehr flexibel agiert. Diese Art der Zusammenarbeit wird als typisch für das Unternehmen herausgestellt: „Wir haben mit den Landwirten auch partnerschaftlich gearbeitet...Wir haben sie über Jahre lang mit im Boot gehabt, sehr transparent alles entwickelt, auch in den Kommunen sehr, sehr offen diskutiert. Deswegen hatten wir da große Unterstützung in den Kommunen und in den Landkreisen.“

An dieser Gegenüberstellung wird deutlich, dass in der Tat offenbar sehr unterschiedliche Erfahrungen mit der BKS, der LMBV und den Kommunen gemacht werden können.

6 Literatur- und Quellenverzeichnis

- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2013: Ausgewählte statistische Daten mit der regionalen Tiefe: Gemeinden, Samt-/Verbandsgemeinden aus der Regionaldatenbank der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (www.regional-statistik.de)
- Bläsche, A., J. Fischer, S. Gensior, R. Kohler, A. Ringer, A., H. Miethe, Primäre und sekundäre Beschäftigungseffekte der Braunkohlesanierung in Ostdeutschland. Cottbus: BTU Cottbus, Prof. Dr. Sabine Gensior, Lehrstuhl Wirtschafts- und Industriosozologie (Hg.), Zentrum für Technik und Gesellschaft/ Fakultät 3, 1999
- Bleicher, A., J. Fischer, S. Gensior, R. Steiner, Strukturen und Stabilitätsbedingungen regionaler Vernetzung, in: G. Schmidt (Hg.): Abschlußbericht des DFG-Schwerpunktprogramms 197 "Regulierung und Restrukturierung der Arbeit in den Spannungsfeldern von Globalisierung und Dezentralisierung", Bonn, Erlangen 2003 S. 129 – 148
- Bleicher, A., J. Fischer, S. Gensior, R. Steiner: Outsourcing: Effekte auf Beschäftigung und Arbeitsbeziehungen am Beispiel der Bergbau- und Energiewirtschaft in Ostdeutschland, München und Mering, 2011
- Bund-Länder-Geschäftsstelle für die Braunkohlesanierung: 20 Jahre Verwaltungsabkommen Braunkohlesanierung. Gesichter und Geschichten der Braunkohlesanierung, Berlin 2012.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi): Wirtschaftsfaktor Tourismus Deutschland – Kennzahlen einer umsatzstarken Querschnittsbranche, Berlin 2012.
- Dreiskau-Muckern: An neuen Ufern 2000. Registriertes Projekt der Weltausstellung EXPO 2000 Hannover
- Fischer, J., Die Transformationskrise ist beendet, die Regionalkrise dauert an - Zur Neustrukturierung der gesellschaftlichen Arbeit in Ostdeutschland, in: M. Miegel (Hg.): Transformation, Leipziger Beiträge zu Wirtschaft und Gesellschaft, Schriftenreihe des Zentrums für Internationale Wirtschaftsbeziehungen der Universität Leipzig, Nr. 6: C. Kunze (Hg.): Strukturkrisen altindustrialisierter Regionen und ihre Bewältigung in West- und Osteuropa, Leipzig 1997, S. 142 - 151
- Fischer, J., S. Gensior (Hg.), Netz-Spannungen. Trends in der sozialen und technischen Vernetzung von Arbeit, Berlin 1995.
- Fischer, J., S. Gensior (Hg.), Sprungbrett Region? Strukturen und Voraussetzungen vernetzter Geschäftsbeziehungen, darin: Joachim Fischer, Sabine Gensior, Ein-

- leitung, S. 9-50 sowie André Bleicher, Roald Steiner, Funktionsweise und Potentiale vernetzter Geschäftsbeziehungen. Das Beispiel Brandenburg, S. 105-134, Berlin 2002
- Fischer, J., S. Gensior (Hg.), Sprungbrett Region? Strukturen und Voraussetzungen vernetzter Geschäftsbeziehungen, Berlin 2002
- Fischer, J., S. Gensior, Vernetzte Geschäftsbeziehungen als Organisationsform produktionsnaher Dienstleistungen - Probleme und Potentiale, in: S. Krömmelbein, A. Schmid (Hg.), Globalisierung, Vernetzung und Erwerbsarbeit. Theoretische Zugänge und empirische Entwicklungen, Frankfurt a.M., 2000, S. 47 - 69
- Fischer, J., S. Gensior, H. Mieth, A. Ringer, C. Wessels, Beschäftigungswirkungen der Braunkohlesanierung, Forschungs- und Arbeitsberichte des Lehrstuhls Wirtschafts- und Industriosozologie, Prof. Dr. Sabine Gensior (Hg.), Cottbus, Heft 98 - 2
- Freistaat Sachsen, Gemeinde Großpösna, Dreiskau-Muckern – „Ein Dorf sucht seine Bevölkerung“. Großpösna 2000.
- Gemeinde Boxberg/ O. L.: Eine Region ändert ihr Gesicht. Boxberg/ O. L. und sein Kraftwerk, 2009
- Gemeinde Boxberg/ O. L. 2013
- Gensior, S., Arbeitsmarktpolitischer Multiplikatoreffekt der Braunkohlesanierung, in: BTU Cottbus, Institut für Städtebau und Landschaftsplanung / INSL (Hg.): Eine Bauausstellung in der Landschaft. Internationale Bauausstellung für die Niederlausitz - eine Strategie für die geschundene Industrielandschaft. Schriftenreihe, 1/1998, S. 43 – 46
- Gensior, S., L. Lappe, R. Steiner, Das Spannungsfeld von Umwelt und Arbeit. Veränderungen in der natürlichen und sozioökonomischen Umwelt im Wahrnehmen und Handeln einer regionalen Bevölkerung, Teilprojekt D5, in: R.F. Hüttl, W. Gerwin (Hg.): Entwicklung und Bewertung gestörter Kulturlandschaften. Fallbeispiel Niederlausitzer Bergbaufolgelandschaft, Cottbuser Schriftenreihe zur Ökosystemgenese und Landschaftsentwicklung, Bd. 2, S. 403-419, Cottbus 2004
- Gensior, S., L. Lappe, R. Steiner, Zur Bedeutung regionaler Schrumpfungs- und Abwanderungsprozesse für das umweltbezogene Handeln der Bevölkerung, in: Forum der Forschung, 8. Jg., Heft 17 (2004), S. 78 – 81
- Gensior, S., L. Lappe, R. Steiner, Das Spannungsfeld von Umwelt und Arbeit. Veränderungen in der natürlichen und sozioökonomischen Umwelt im Wahrnehmen und Handeln einer regionalen Bevölkerung, Teilprojekt D5, in: R.F. Hüttl, W. Gerwin (Hg.), Entwicklung und Bewertung gestörter Kulturlandschaften. Fallbeispiel Niederlausitzer Bergbaufolgelandschaft, Cottbuser Schriftenreihe zur Ökosystemgenese und Landschaftsentwicklung, 2004, Bd. 2, S. 403 - 419
- Gensior, S., The German Case of Mine Site Recultivation and Social Mitigation: Legal Background and Specific Traits of Three Partite Cooperation, in: Romania

– Third Annual Social Impact Monitoring Report on the Year 2002, Vol.2, June 2003; diess. Chapter 10, Issues arising from the analysis, and recommendations, in: ebd., Voll.II, World Bank 2003

Großpösna - Eine lebendige Gemeinde mit Charme (o. J.)

Kadler, A./LMBV: Aufbereitung von ausgewählten Geo- und Sachdaten zur Entwicklung der Landnutzung und von Flächenpotenzialen im Ergebnis der bergbaulichen Sanierung im Lausitzer Revier (Lausitzer Seenland und Lohsa/Dreiweibern/Bärwalde), Berlin 01/2015a

Kadler, A./LMBV: Aufbereitung von ausgewählten Geo- und Sachdaten zur Entwicklung der Landnutzung und von Flächenpotenzialen im Ergebnis der bergbaulichen Sanierung im Mitteldeutschen Revier (Goitzsche und Südraum Leipzig), Berlin 03/2015b

Köhler, J., Events als Elemente des Regionalmarketings. Entwicklung eines Bezugsrahmens zur regional-strategischen Eventwirkungskontrolle, Wiesbaden, 2014a

Köhler, J., „Eine umfassende Wirkungsbetrachtung der nicht-monetären Effekte von Events am Beispiel des Melt! - Festivals 2011“. In: C. Zanger (Hg.): Events im Zeitalter von Social Media. Stand und Perspektiven der Eventforschung, Wiesbaden, 2014b

Landschaftspark Goitzsche, Auf der Suche nach dem Außergewöhnlichen. Muldestausee (o. J.)

Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV), Liegenschaften, Standorte, Landschaften. Das Immobilienangebot der LMBV, Senftenberg 2007

LMBV, Spreetal/ Bluno. Wandlungen und Perspektiven, Senftenberg 2008

LMBV, Sedlitz/ Skado/ Koschen. Wandlungen und Perspektiven, Senftenberg 2009

LMBV, Meuro. Wandlungen und Perspektiven, Senftenberg 2009

LMBV, Meuro-Süd. Wandlungen und Perspektiven, Senftenberg 2010a

LMBV, Nochten/Reichwalde. Wandlungen und Perspektiven, Senftenberg 2010b

LMBV, Zu neuen Ufern. Perspektiven für Freizeit und Tourismus, Senftenberg 2010c

LMBV, Landschaften im Wandel. Bergbaufolgeseen in Mitteldeutschland, Senftenberg 2011

LMBV, Plessa/Lauchhammer/Schwarzheide. Wandlungen und Perspektiven, Senftenberg 2013

LMBV, Impulse für die Regionalentwicklung in Sachsen. Tätigkeitsbericht § 4-Maßnahmen im Freistaat Sachsen. Verwaltungsabkommen Braunkohlesanierung 2012 und 2013, Senftenberg 2014a

LMBV, Bärwalde. Wandlungen und Perspektiven, Senftenberg 2014b

LMBV, Berzdorf. Wandlungen und Perspektiven, Senftenberg 2014c

- LMBV, Lohsa/Dreiweibern (2. Auflage). Wandlungen und Perspektiven. Senftenberg 2015a
- LMBV, Sanierung Gesamtbeschäftigungswirkung IV. Quartal 2014, Senftenberg 2015b
- Lintz, G., P. Wirth, P., Koordination als Lernprozess – Braunkohlesanierung und Tourismusentwicklung im Lausitzer Seenland, in: Forschungsbericht 4 der ARL, Hannover 2015
- Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg, Landestourismuskonzeption Brandenburg 2011-2015, Potsdam 2011
- Mitteldeutsche Zeitung vom 16.08.2012: „Melt kurbelt lokale Wirtschaft an“
- Projekt M GmbH, Lausitzer Seenland. Betrachtung/ Untersuchung der tourismuswirtschaftlichen Effekte aus der wassertouristischen Entwicklung der neu entstehenden Gewässerlandschaft, 2012
- Projekt M GmbH, Studie Wirtschaftliche Effekte im Wassertourismus in Berlin und Brandenburg, 2015a
- Projekt M GmbH, Erholungsortentwicklungskonzeption Senftenberg. Endbericht, 2015b
- Prognos Zukunftsatlas 2013 – Deutschlands Regionen im Zukunftswettbewerb, Prognos AG, Basel 2013, http://www.prognos.com/fileadmin/pdf/Atlanten/ZKA_2013_Regionen/Zukunftsatlas_2013_Auf_einen_Blick.pdf [Zugriff: 11.05.2015], Basel 2013
- Regionaler Planungsverband Leipzig – Westsachsen, Mitteldeutsche Seenlandschaft. Seenkatalog 201 – 2017, Leipzig 201
- Regionaler Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien, Demografischer Wandel in der Oberlausitz. Analysen – Folgerungen – Ausblick, Bautzen 2011
- Ring, I. (Hg.), Nachhaltige Entwicklung in Industrie- und Bergbauregionen – eine Chance für den Südraum Leipzig? Stuttgart, Leipzig 1997
- SeeStadt Großräschen 2013, Großräschen 2013
- Slupina, M., Damm, T., Klingholz, R., Im Osten auf Wanderschaft. Wie Umzüge die demographische Landkarte zwischen Rügen und Erzgebirge verändern. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2016
- Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, Umfrage zum Leipziger Neuseenland 2014 in der Stadt Leipzig sowie in den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen, Leipzig 2014
- Steiner, R., S. Gensior, A. Bleicher, Beschäftigungsstand und berufliche Perspektiven qualifizierter junger Frauen in Ostbrandenburg, in: D. Höhner (Hg.), KOWA-Schriftenreihe, 2006
- Wirtschaftsregion Westlausitz, Wirtschaftsstandort Großräschen 2012, Großräschen 2012

7 Anhang

Tabellenanhang zur Regionaldatenanalyse

Tabelle 3: Bevölkerungsstand zwischen 1998 und 2013 in Fünfjahresschritten

	1998	2003	2008	2013
Goitzsche	125285	112984	104751	94860
Südraum Leipzig	51051	51782	51772	50635
Lausitzer Seenland	132721	116269	104658	93823
Raum Lohsa, Dreiweibern, Bärwalde	13903	12519	11235	10333
Geiseltal	65021	60551	58008	53825
Lauchhammer	57918	52955	48723	43808
Berzdorf/ Oberlausitz	66059	60359	58141	55548
Brandenburg	2590375	2574521	2522493	2449193
Sachsen	4489415	4321437	4192801	4046385
Sachsen-Anhalt	2674490	2522941	2381872	2244577

Tabelle 4: Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen zwischen 1998 und 2013 in Fünfjahresschritten

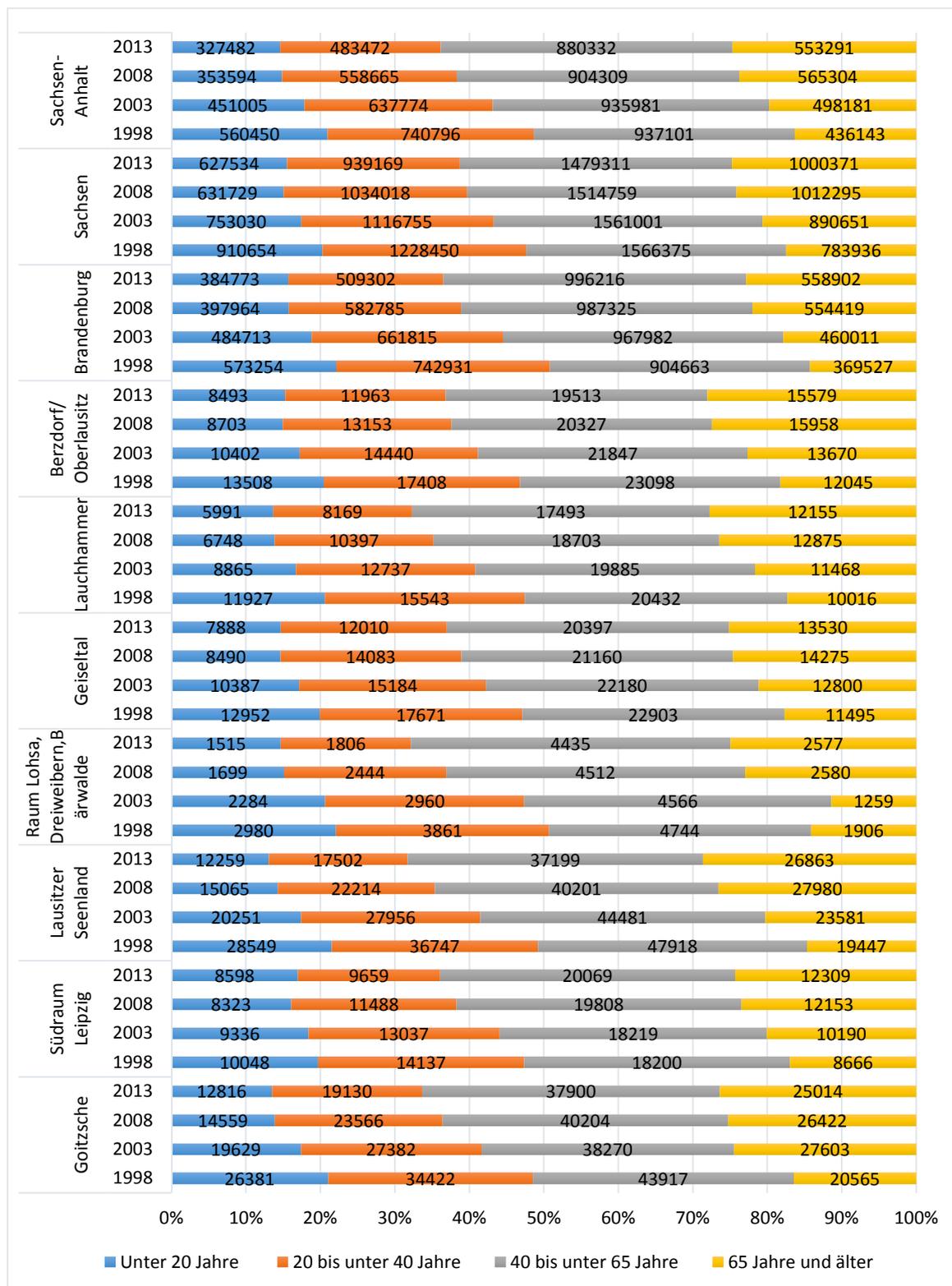


Tabelle 5: Altersstruktur der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 1998 bis 2013

	20 bis unter 40 Jahre				40 bis unter 65 Jahre			
	1998	2003	2008	2013	1998	2003	2008	2013
Goitzsche	34422	27382	23566	19130	43917	38270	40204	37900
Südraum Leipzig	14137	13037	11488	9659	18200	18219	19808	20069
Lausitzer Seenland	36747	27956	22214	17502	47918	44481	40201	37199
Raum Lohsa, Dreiweibern, Bärwalde	3861	2960	2444	1806	4744	4566	4512	4435
Geiseltal	17671	15184	14083	12010	22903	22180	21160	20397
Lauchhammer	15543	12737	10397	8169	20432	19885	18703	17493
Berzdorf/ Oberlausitz	17408	14440	13153	11963	23098	21847	20327	19513
Brandenburg	742931	661815	582785	509302	904663	967982	987325	996216
Sachsen	1228450	1116755	1034018	939169	1566375	1561001	1514759	1479311
Sachsen-Anhalt	740796	637774	558665	483472	937101	935981	904309	880332

Tabelle 6: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort

	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort			
	1998	2003	2008	2013
Goitsche	37337	32158	36857	36528
Südraum Leipzig	18110	17107	18059	18759
Lausitzer Seenland	44644	34172	32041	31648
Raum Lohsa, Dreiweibern, Bärwalde	5234	4585	4174	4135
Geiseltal	20979	17463	18924	19239
Lauchhammer	18683	15370	15022	14897
Berzdorf/ Oberlausitz	22072	16967	16511	17083
Brandenburg	928168	855213	875821	922269
Sachsen	1596167	1445521	1446281	1504065
Sachsen-Anhalt	937869	842071	829516	832490

Tabelle 7: Tätige Personen im Verarbeitenden Gewerbe

	Tätige Personen im Verarbeitenden Gewerbe			
	1998	2003	2009	2013
Goitzsche	7335	6823	10236	9093
Südraum Leipzig	2657	1626	1756	2027
Lausitzer Seenland	2908	2176	2700	3090
Raum Lohsa, Dreiweibern, Bärwalde				
Geiseltal	1579	1833	2077	2152
Lauchhammer			4347	4152
Berzdorf/ Oberlausitz	2947	2976	3107	3603
Brandenburg	94292	87418	90271	99007
Sachsen	214995	225555	234986	263703
Sachsen-Anhalt	104783	110000	124188	131393

Tabelle 8: Anzahl der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe

	Anzahl der Betriebe			
	1998	2003	2009	2013
Goitzsche	70	82	94	90
Südraum Leipzig	32	26	29	32
Lausitzer Seenland	23	22	48	53
Raum Lohsa, Dreiweibern, Bärwalde				
Geiseltal	16	25	28	31
Lauchhammer			32	32
Berzdorf/ Oberlausitz	25	22	24	27
Brandenburg	1127	1126	1099	1225
Sachsen	2663	2810	2916	3052
Sachsen-Anhalt	1262	1359	1445	1467

Tabelle 9: Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Langzeitarbeitslosigkeit von 1998 bis 2013

	Insgesamt arbeitslos				davon Langzeitarbeitslos			
	1998	2003	2008	2013	1998	2003	2008	2013
<i>Geiseltal</i>	6601	7208	4755	4022	1993	2968	462	1076
<i>Lauchhammer</i>	6609	6921	4871	3582	2638	3316	2526	1779
<i>Berzdorf/ Oberlausitz</i>	7310	7456	5650	4429	2547	3881	979	2266
<i>Goitzsche</i>	15034	12555	8197	5950	4903	4886	3049	2443
<i>Südraum Leipzig</i>	3459	4392	2992	2184	1137	1834	473	869
<i>Lausitzer Seenland</i>	17101	15959	10053	7648	7125	8301	3363	4033
<i>Raum Lohsa, Dreiweibern, Bärwalde</i>	1304	1448	691	490	433	668	81	217
<i>Brandenburg</i>	220444	253028	175459	132328	75539	104139	75504	53403
<i>Sachsen</i>	382898	403529	279573	200628	127192	169285	118463	73957
<i>Sachsen-Anhalt</i>	272209	268293	175081	132133	93309	110651	74356	47156

Tabelle 10: Entwicklung des Tourismus von 1998 bis 2013

	geöffnete Beherbergungsstätten				angebotene Gästebetten			
	1998	2003	2008	2013	1998	2003	2008	2013
Goitzsche	33	26	31	36	1890	1395	827	2549
Südraum Leipzig	9	8	9	18	398	380	424	845
Lausitzer Seenland	25	35	38	51	1705	2219	2175	2671
Raum Lohsa, Dreiweibern, Bärwalde	6	5	12	18	.	143	356	425
Geiseltal	18	17	18	22	899	663	972	1216
Lauchhammer	12	19	14	16	916	667	538	434
Berzdorf/ Oberlausitz	17	23	27	44	798	974	1194	1833
Brandenburg	1326	1492	1420	1659	71510	77878	78152	84326
Sachsen	2127	2101	2097	2129	111849	111535	115309	120466
Sachsen-Anhalt	1018	1031	1068	1091	51549	51416	54249	72037

	Ankünfte				Übernachtungen			
	1998	2003	2008	2013	1998	2003	2008	2013
Goitzsche	84888	62273	31786	88855	135814	113212	110106	129416
Südraum Leipzig	17888	25267	42274	59122	40441	47168	73663	141030
Lausitzer Seenland	44684	49616	64708	107386	128986	178485	194035	369234
Raum Lohsa, Dreiweibern, Bärwalde	.	2372	6384	8938	.	6297	21586	34317
Geiseltal	31900	31592	36978	54612	87454	64775	86146	121497
Lauchhammer	26740	8849	16347	17960	65389	16192	40726	42153
Berzdorf/ Oberlausitz	38045	63207	85215	109354	70702	130687	167995	253844
Brandenburg	2494119	2956091	3477700	4207121	7343895	32339890	9406997	11520441
Sachsen	4532711	5125603	5911979	7087419	12794634	8452025	15701033	18285259
Sachsen-Anhalt	2058299	2142285	2641801	2885235	5117997	14239746	6699594	7130846

Tabellenanhang zur Bürgermeister/innen - Befragung

Tabelle 11: In welchem Stadium befindet sich die Braunkohlesanierung zurzeit?

noch in den Anfängen	2
mitten drin	18
bald abgeschlossen	21
abgeschlossen	9

Tabelle 12: Wie hoch schätzen Sie die Bedeutung der Braunkohlesanierung für die Entwicklung Ihrer Gemeinde ein?

sehr hoch	26
hoch	15
mittel	6
niedrig	2
sehr niedrig	1

Tabelle 13: Ca. wieviel Prozent der Fläche Ihrer Gemeinde sind Braunkohlesanierungsgebiete?

unter 5 %	12
6-10 %	5
11-15 %	1
16-20 %	9
21-25 %	4
26-30 %	3
31-35 %	4
36-40 %	7
mehr	3

Tabelle 14: Welche Art von Flächen sind durch die BKS entstanden?

	überwiegend	einige	wenige	gar keine
Forstflächen (N=41)	4	25	10	2
Wasserflächen (N=42)	19	13	6	4
naturnahe Flächen (N=42)	8	27	6	1
Landwirtschaftsflächen (N=40)	1	14	16	9
Industrie- und Gewerbeflächen (N =37)	2	6	11	18
Flächen für Solar- und Windenergien (N=38)	2	6	6	24
Flächen für Freizeit, Erholung, Tourismus (N=39)	8	16	11	4
Wohnflächen (N=37)	0	3	5	29
Brachland (N=34)	1	6	17	10

Tabelle 15: Gibt es gesperrte Flächen?

Ja	30
Nein	21

Tabelle 16: Welche Art Flächen sind gesperrt?

	überwiegend	einige	wenige	gar keine
Forstflächen (N=22)	6	9	4	3
Wasserflächen (N=20)	5	10	4	1
naturnahe Flächen (N=21)	5	10	6	0
Landwirtschaftsflächen (N=19)	4	4	2	9
Industrie- und Gewerbeflächen (N =16)	0	1	2	13
Flächen für Solar- und Windenergien (N=32)	1	1	3	11
Flächen für Freizeit, Erholung, Tourismus (N=17)	1	6	2	8
Wohnflächen (N=15)	0	0	1	14
Brachland (N=48)	2	5	4	6

Tabelle 17: Gibt es darüber hinaus noch andere wichtige Entwicklungen/ Projekte?

Ja	23
Nein	26

Tabelle 18: Wo sind im Zuge der Braunkohlesanierung in Ihrer Gemeinde Arbeitsplätze erhalten und/oder neue geschaffen worden?

	viele	einige	wenige	gar keine
Landwirtschaft (N=41)	0	4	14	23
Handel (N=40)	0	3	7	30
Handwerk (N=40)	0	7	12	21
Industrie (N=39)	2	5	3	29
Solar- und Windenergie (N=39)	0	2	6	31
Baugewerbe (N=40)	0	4	15	21
Tourismus (N=41)	3	13	11	14
Sonstige Wirtschaftsbe- reiche (N=20)	1	1	4	14

Tabelle 19: In Unternehmen/Betrieben welcher Größenordnung sind Arbeitsplätze erhalten und/oder neue geschaffen worden?

1-4 Beschäftigte (N=35)	14
5-9 Beschäftigte (N=34)	10
10-49 Beschäftigte (N=37)	13
50 Beschäftigte und mehr (N=36)	8

Tabelle 20: Welche Personengruppen (Geschlecht) sind während der Braunkohlesanierung in Ihrer Gemeinde weg- oder zugezogen?

	Frauen (N=29)	Männer (N=30)
Mehr weggezogen als zugezogen	13	13
Mehr zugezogen als weggezogen	2	2
Keine Änderung	14	15

Tabelle 21: Welche Personengruppen (Jüngere, Ältere) sind während der Braunkohlesanierung in Ihrer Gemeinde weg- oder zugezogen?

	Jüngere (bis 30 Jahre) (N=30)	31-60 Jahre (N=29)	Ältere (ab 61 Jahre) (N=28)	Ältere (ab 61 Jahre) (N=28)
Mehr weggezogen als zugezogen	14	12	2	2
Mehr zugezogen als weggezogen	3	2	2	2
Keine Änderung	13	15	24	24

Tabelle 22: Welche Personengruppen (Qualifikation) sind während der Braunkohlesanierung in Ihrer Gemeinde weg- oder zugezogen?

	Höher Quali- fizierte (N=27)	Hoch Quali- fizierte (N= 26)	Gering Quali- fizierte (N=25)
Mehr weggezogen als zugezogen	12	12	2
Mehr zugezogen als weggezogen	3	3	2
Keine Änderung	12	11	21

Tabelle 23: Welchem Geschlecht gehören die Arbeitslosen in Ihrer Gemeinde an?

N= 40	
überwiegend Frauen	2
überwiegend Männer	6
Frauen und Männer gleichermaßen betroffen	32

Tabelle 24: Welchen Altersgruppen gehören die Arbeitslosen in Ihrer Gemeinde an?

N=38	
überwiegend Jüngere (bis 30 Jahre)	1
überwiegend 31-60-Jährige	24
überwiegend Ältere (ab 61 Jahre)	2
Alle Altersgruppen gleich betroffen	11

Tabelle 25: Welche Qualifikation haben die Arbeitslosen in Ihrer Gemeinde?

N=35	
überwiegend gering Qualifizierte	24
überwiegend höher Qualifizierte	2
überwiegend hoch Qualifizierte	0
alle Qualifikationen gleichermaßen betroffen	9

Tabelle 26: In welchen Wirtschaftsbereichen sehen Sie die besten Zukunftsaussichten für Ihre Gemeinde?

	gute Möglichkeiten	wenig Möglichkeiten	gar keine Möglichkeiten
Landwirtschaft (N=40)	15	21	4
Handel (N=39)	10	26	3
Handwerk (N=41)	20	21	0
Industrie (N=37)	17	13	7
Solar- und Windenergie (N=36)	5	15	16
Baugewerbe (N=40)	17	22	1
Tourismus (N=42)	30	9	3
sonstige Wirtschaftsbereiche (N=11)	6	3	2

Tabelle 27: Wie haben sich die Braunkohlesanierungsmaßnahmen auf die ökonomische Situation in Ihrer Gemeinde ausgewirkt?

N= 49	
hat sich sehr verbessert	7
hat sich etwas verbessert	17
hat keinen Einfluss gehabt	20
hat sich eher verschlechtert	5

Tabelle 28: Wenn sich die ökonomische Situation verschlechtert hat, warum?

der Verzögerung / BKS (N=6)	5
durch Sperrung von Flächen (N=6)	2
sonstiges (N=6)	4

Tabelle 29: Wie zufrieden sind Sie mit den Aktivitäten und der Kooperation mit

	sehr zufrieden	zufrieden	unzufrieden	sehr unzufrieden
der LMBV (N=45)	8	30	6	1
den gewerblichen Unternehmen (N=41)	5	33	3	0
der Regionalplanung (N=43)	8	26	6	3
den umliegende Kommunen (N=43)	12	27	3	1

Tabelle 30: Wie hat sich die Braunkohlesanierung auf den Haushalt Ihrer Gemeinde ausgewirkt?

N=51	
hat ihn sehr verbessert	1
hat ihn etwas verbessert	12
hat keinen Einfluss gehabt	30
hat ihn eher verschlechtert	8

Tabelle 31: Haben Sie wegen des vorgeschriebenen Eigenanteils bisher auf die Nutzung der §4 (VA) Maßnahmen verzichtet?

Ja	7
Nein	34

Tabelle 32: Wenn Sie wegen des vorgeschriebenen Eigenanteils bisher auf die Nutzung der §4 (VA) Maßnahmen verzichtet haben, warum?

N=6	
wegen der Verpflichtung der Nachsorge nach §3 (Übergang in kommunale Trägerschaft)	1
wegen des vorgeschriebenen Eigenanteils	5

Tabelle 33: Alles in Allem: Wie schätzen Sie den Erfolg der Braunkohlesanierung für Ihre Gemeinde ein?

N= 49	
sehr positiv	16
eher positiv	30
eher negativ	3
sehr negativ	1

Tabelle 34: Wie steht die Bevölkerung Ihrer Gemeinde zur Braunkohlesanierung?

N=48	
sehr positiv	14
eher positiv	32
eher negativ	3
sehr negativ	0

Tabelle 35: Hat sich die Einstellung der Bevölkerung eher positiv oder negativ entwickelt?

N= 49	
Eher positiv	24
Weitgehend gleich geblieben	21
Eher negativ	4

Tabelle 36: Gibt es in Ihrer Gemeinde Gruppen, die sich aktiv für die Nutzung/ Weiterentwicklung der Flächen, die durch die Braunkohlesanierung entstanden sind, einsetzen?

N=50	
Ja	30
Nein	20

Tabelle 37: Gibt es Gruppierungen, die gegen die Braunkohlesanierung votieren?

N=50	
Ja	2
Nein	48

Tabelle 38: Welche Art von Unterstützung würden Sie sich in Ihrer Gemeinde für die Braunkohlesanierung wünschen?

mehr finanzielle Mittel nach §4 des Verwaltungsabkommens (N=43)	31
mehr Beratung (N=41)	7
mehr Transparenz/Einbeziehung (N=41)	19
mehr Bürgerengagement (N=40)	9
höhere Planungssicherheit (N=38)	21
Sonstiges (N=40)	7